Der Deutsche Staat

auf nationaler und sozialer Grundlage

Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft

Von

Gottfried Feder

2. Auflage

1923

Deutschvölkische Verlagsbuchhandlung München

Digitized by Google

Das Kampfblatt

der deutschen Freiheitsbewegung

ist die große Tageszeitung

Völkischer Beobachter

Kampfblatt

der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei

Überall erhältlich!

Verlangt Probenummern!

Verlag München, Thierschstr. 15

Digitized by Google

Gottfried Feder:
Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage

Digitized by Google

Digitized by Google

F4774
.F31
D

616012

18 Aug 47 S. C.

Geleitwort:

„Glückselig das Geschlecht, welchem eine strenge Notwendigkeit einen erhabenen politischen Gedanken auferlegt, der groß und einfach, allen verständlich, jede andere Idee der Zeit in seine Dienste zwingt."

v. Treitschke.

Digitized by Google

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung 9

I. Die Grundlagen.

Die sittlichen Grundlagen 13
Die wirtschaftlichen Grundlagen 19
Über die Grenzen von Staat und Wirtschaft 24
Die staatspolitischen Grundlagen 30
Erkenntnisse und Zielsetzung 35

II. Das Programm.

Die Entstehung des Programms 43
Das Staats- und Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei 45

III. Der Staatsaufbau des nationalsozialistischen Staates.

Der völkische Gedanke 56
Das Staatsbürgerrecht 64
Die Volkswirtschaft 68
Die Zinsherrschaft 80
Die staatliche Finanzwirtschaft 87
Das Versailler Diktat 90
Die Auswirkungen der Zinsknechtschaft 95
Die Anleihewirtschaft 98
Die Reichsbank A.-G. 108
Die Teuerung 112
Staatsfinanzreform 119
Neue Wege 130
Die soziale Bau- und Wirtschaftsbank 139
Der Staat ohne Steuern 147
Die finanzpolitische Befreiung des Staates 155
Die Einwendungen 165
Sozialpolitik 176
Kulturpolitik 186
Sonstige Reformen 190
Einschlägige Literatur 192
Schlußwort: Die Erfüllung 196
Genaues Inhaltsverzeichnis nach den Randbemerkungen 201

Digitized by Google

Digitized by Google

Einleitung.

Voll Sehnsucht und starker Hoffnung blicken wir in die Zukunft. Deutschland wird leben, Deutschland kann nicht untergehen. Wie von den übermächtigen Geburtswehen einer neuen Zeit ist Deutschland geschüttelt. Die grauenvollen Schlacken eigener Schuld, sowie die fremden Peiniger werden abfallen und mit gewaltigem Ruck abgeschüttelt werden, und Deutschland wird an der Spitze der Völker schreiten.

Wäre nicht so viel Leid und Not mit Zusammenbruch und Untergang verbunden, so könnten wir mit einem gewissen Glückgefühl an den Schöpfungstagen einer neuen Zeit teilnehmen. Wenn wir den Blick über die Niederungen des Tages, über die Wirrnis der Gegenwart erheben, so sehen wir allenthalben kraftvolles Wollen, ernste Arbeit, geniale Intuition. Die deutsche Seele regt ihre Schwingen zu neuem Höhenflug.

Gewaltig sind heute die Aufgaben, größer und schwerer denn jemals in der so leidvollen Geschichte der Deutschen.

Nicht nur der Staat ist zerschlagen, auch die Wirtschaft ist zerstört. So gilt es die zwiefache Aufgabe zu lösen — Staat und Wirtschaft zu erneuern — nicht etwa nur „wieder aufzubauen", sondern neue Gestalt zu geben. Neue Gestaltung dadurch auch für das Kultur- und Geistesleben unseres Volkes.

Es ist kein Zweifel, daß wir an einer entscheidenden Wende unseres Volkes stehen. Endlich muß die alte deutsche Sehnsucht Wirklichkeit werden nach einem einigen Deutschland, ein neues Wirtschaftsrecht wird entstehen und die grauenhafte zinskapitalistische Wirtschaftsform wegfegen und damit den Kern der sozialen Frage lösen, ein neues Eigentumsrecht wird kommen! Zu neuem Höhenflug wird sich auch die deutsche Seele erheben, um Gott zu suchen, ihn zu finden, in der Verantwortlichkeit des Menschen für all sein Tun.

So umfassend und übergewaltig sind die Aufgaben die unser harren. Ernst und mahnend steht der Geist der Vergangenheit hinter uns; in Ehrfurcht vor dem geschichtlich Gewordenen, auf dem festen Grunde bester deutscher Tradition, fußend auf uralischer Weisheit muß Volk und Staat, Wirtschaft und Kultur neu geschaffen werden.

Da müssen die Werkleute sich ihrer ungeheueren Verantwortung bewußt sein, doch sind sie getragen von der Hoffnung des ganzen Volkes, — nach Freiheit!

Aus tiefer Knechtschaft — zur deutschen Freiheit führt der Weg nur durch Kampf — Blut gegen Geld. —

Die deutsche Freiheitsbewegung des Nationalsozialismus ringt sich zum Lichte durch, inmitten eines brodelnden Hexenkessels von Staat, Volk und Wirtschaft zerstörenden Irrlehren. Die nationalsozialistische Idee ist aber viel mehr als nur Rückkehr oder Umkehr in alte vätergewohnte Sitte, sie zerbricht die Ketten der marxistischen Staats- und Wirtschaftsform, sie kämpft als erste und entschlossenste bewußt den schwersten

Digitized by Google

Kampf gegen die mammonistischen Gewalten, gegen die weltumspannende Macht des alljüdischen Imperialismus, gegen den Geist der Raffgier, der Ichsucht und der Gleichgültigkeit.

Ihre kraftvollste, willenstärkste und zielbewußteste Vorkämpferin findet diese allgemeine große deutsche Freiheitsbewegung in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Die Partei hat ihre Ziele in einem kurzen Programm zusammengefaßt, das schlagwortartig die grundsätzlichen Forderungen der Bewegung in 25 Sätzen zusammenfaßt. Alfred Rosenberg, der Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters", des Kampfblattes der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands, hat in dankenswerter Weise die Programmpunkte einzeln in einer kurzen Schrift erläutert. An Hand dieser Schrift ist es wenigstens möglich, Freunden und Feinden zu sagen, was die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei will. Dagegen fehlt in dem Schrifttum des Nationalsozialismus eine umfassendere Arbeit, die Rechenschaft ablegen würde über die politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen, von denen der Nationalsozialismus ausgeht, welche Wege in staatspolitischer Hinsicht er einzuschlagen gedenkt, um zu seinem Endziel zu gelangen, dem nationalsozialistischen deutschen Staat, zum Staat der Arbeit und Leistung. Diese Aufgabe will die vorliegende Schrift erfüllen. Wir werden also Ausgangspunkt, Weg und Ziel des Nationalsozialismus zu beleuchten haben, wir werden zeigen, worin sich der deutsche nationalsozialistische Staat wesentlich von dem bestehenden Staat unterscheiden wird, welche Gebiete im Wesentlichen unberührt bleiben werden, auf welchen Gebieten es erhebliche Reformen geben wird, und wo grundsätzlich neue Wege zu gehen sein werden.

Wir werden neue Wege suchen und zeigen müssen für das öffentliche Leben, besonders für die staatliche Finanzpolitik, für die Behandlung der Rassenfrage und die damit zusammenhängenden Fragen. Wir werden uns ferner grundsätzlich auseinanderzusetzen haben mit schon lautgewordenen gegnerischen Einwendungen, Verdrehungen und Lügen.

Gewaltig groß ist die Aufgabe, die wir uns hingestellt haben, und dennoch nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Gesamtbereich von Deutschlands Erneuerung.

Vergeblich wäre alles Mühen, wenn nicht todbereite Entschlossenheit und ein unbändiger Führerwille die Voraussetzungen schafft für das Wirksamwerden der Ideen.

Nutzlos verschwendet wäre stärkster Wille, wenn wir nicht unverrückbar ein klares Bild im Herzen trügen davon, wie dieser deutsche Staat, — wie Deutschland unser Väter- und Kinderland aussehen soll nach unserem Willen — nach unserem Sieg!

München-Murnau, im September 1923.

Gottfried Feder.

Digitized by Google

I. Die Grundlagen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Die sittlichen Grundlagen.

Höchste Verantwortlichkeit gegenüber dem Volk und gegenüber sich selbst ist die Grundlage nationalsozialistischer Staatskunst. Verantwo

„Gemeinnutz vor Eigennutz" lautet das oberste Gesetz des National-Sozialismus.

Es mag seltsam erscheinen, daß ein solcher Grundsatz für einen Staat überhaupt aufgestellt werden muß; wir wollen nicht sagen, daß er neu aufgestellt werden muß, denn wir kennen aus der Geschichte Perioden, in denen den Herrschern das Wohl der Gesamtheit als Grundlage ihrer Staatsführung vor Augen schwebte. Wenn es heute notwendig ist, diesen Grundsatz allen andern Betrachtungen vorauszustellen, ist dies nur der Ausdruck dafür, daß die heutigen öffentlichen Zustände alles andere sind, als der Ausdruck dieser einzig richtigen Staatsgesinnung. Wir sehen gleich bei diesem ersten Grundsatz, wie innig Sittlichkeit und Wirtschaft miteinander verflochten sind. Sittlichkei Wirtschaft nig verfl

Gemeinnutz vor Eigennutz ist zunächst eine sittliche Forderung. Sie gibt aber gleichzeitig in ausgezeichneter sprachlicher Klarheit die Rangordnung an zwischen dem Wohl der Gesamtheit und dem berechtigten Streben des Einzelnen nach persönlichem Erwerb und Besitz. Dieser national-sozialistische Grundgedanke schließt also keineswegs das Privateigentum aus. Im Gegenteil: Der National-Sozialismus erkennt die Bedeutung des Eigentums voll und ganz an. Er weiß, daß persönlicher Besitz und freies Verfügungsrecht über das Erworbene die Grundlage jeder Wirtschaf- und darüber hinausgehend jeder höheren Kultur ist; aber ebenso sehr hat der National-Sozialismus erkannt, daß es für die Anerkennung des Privateigentums ganz bestimmte Grenzen zu ziehen gilt nämlich da, wo übergroßer Besitz zum Machtinstrument wird und sich in ausbeuterischer Weise gegen das Wohl der Gesamtheit wendet. Der Nati Sozialism kennt das tum grund an Das Pri eigentum nicht zum P instrum werde

In dieser allgemeinen Form wird sich wohl kaum ein ernst denkender Mensch finden, der diesem obersten Grundsatz widersprechen möchte. Die Schwierigkeit wird in dem richtigen Abwägen der öffentlichen Interessen gegenüber derjenigen des einzelnen Privaten liegen. Trotz der zweifellos vorhandenen Uebereinstimmung, daß die Rücksicht auf das Gemeinwohl voc den Privatinteressen zu gehen habe, ist bemerkenswerter Weise nach den bei uns geltenden Rechtsvorstellungen gerade im Hinblick auf die zulässige Größe des Eigentums keinerlei Grenze nach oben gezogen. Es ist wohl verboten, mit Gewalt gegen seine Mitmenschen vorzugehen, (Erpressung — Mord — Totschlag — Betrug und unrechtmäßige Bereicherung usw.), aber es ist nie und nirgends verboten, ungemessene Reichtümer anzuhäufen und sich dabei der doch häufig recht zweifelhaften bank- und börsentechnischen Hilfsmittel zu bedienen. Das Gesetz gibt jedem Gläubiger das Recht, einen säumigen Schuldner rücksichtslos um Hab und Gut zu bringen, wenn widrige Umstände — Krankheit, Tod, Mißwachs, schlechte Ernten und Teuerung die Erfüllung eingegangener Die jetzige ordnung keine Gren den Be

Digitized by Google

Verpflichtungen unmöglich machen. Jeder erfahrene Richter weiß von zahllosen Fällen zu berichten, in denen unser starres Recht wirtschaftliche Existenzen vernichtet hat in Fällen, in denen sich jedes gesunde Rechtsempfinden dagegen aufgebäumt hat, einen fleißigen, tüchtigen, aber vorübergehend vom Unglück verfolgten Menschen dem brutalen Drängen und Zugriff des Gläubigers auszuliefern. Es sind dies alles Leichensteine unseres geltenden Rechtes, das keine Grenzen für die Forderungen des Besitzes an den Schaffenden kennt. Uns sind sie die Wegweiser für ein besseres Recht der Zukunft, das die Rechte der Person vor die Rechte des Besitzes zu stellen wissen wird.

Diese uferlose Anerkennung persönlicher Besitztitel und Rechtsansprüche an die Gesamtheit muß folgerichtiger Weise zur Umkehrung unserer Staatsgrundforderung „Gemeinnutz vor Eigennutz" führen — zur Schädigung des öffentlichen Wohles durch die eigennützige Ausnützung dieser grundverkehrten antisozialen Rechtsvorstellung.

Wir werden zu wiederholten Malen die unheilvollen Folgen dieser grundsätzlich falschen staatlichen Einstellung auf den verschiedensten Gebieten antreffen und verfolgen können.

arxismus eint das teigentum

Gegenüber dieser bei uns herrschenden falschen Grundeinstellung ist das andere Extrem die marxistische Staats- und Wirtschaftsvorstellung. Der Grundgedanke dieser Wirtschaftsform ist die Verneinung des Privateigentums. Die marxistische Lehre geht so weit, Eigentum geradezu als Diebstahl zu erklären (Prondhon). Sie fordert in dem besonders für deutsche Proletarier so unklaren Fremdwörterkauderwelsch die „Expropriation der Expropriateure" — mit andern Worten: die Enteignung des Besitzes.!!! Ihre extreme aber logische Verwirklichung hat diese Staat, Volk, Kultur und Wirtschaft zerstörende Lehre im russischen Bolschewismus gefunden. Es gehört nicht hieher, dies im Einzelnen auch nur anzudeuten. Nur nach der wirtschaftlichen Seite sei dieses Extrem zusammengefaßt in dem Satz: „Alles gehört Allen".

Wir haben es hier mit einer Entpersönlichung des Eigentums zu tun, mit einer Ueberantwortung allen Besitzes in das anonyme Eigentum der Gesamtheit.

begrenzte nung des atbesitzes zur Zinsschaft

Das gegenteilige bei uns herrschende Extrem des unbeschränkten Eigentumsrechtes hat uns jetzt schon zur letzten Stufe geführt vor den Tempel des Gottes Mammon, über dessen Tor in goldenen Lettern steht: „Alles gehört Einem". Auch diese entsetzliche Wirtschaftsform muß ebenfalls zu einer Entpersönlichung des Eigentums führen — nur auf anderm Wege — in dem schließlich die gesamte arbeitende Menschheit hier einer anonymen Geldmacht gegenüber in eine fürchterliche Schuldknechtschaft eingespannt wird.

national- alistische haftsideal enzt das atum im resse des inwohles

Das Wirtschaftsideal des National-Sozialismus fordert im schroffsten Gegensatz zu den eben geschilderten Wirtschaftsextremen des marxistischen Sozialismus und des hochkapitalistischen Mammonismus der westlichen Demokratien die Verwirklichung des Grundsatzes „Jedem das Seine".

Gerade in diesem Grundsatz ist wiederum Sittlichkeit und Wirtschaft aufs innigste verflochten. Die Loslösung sittlicher Grundsätze von dem geschäftlichen Leben ist ja so bezeichnend für die heutige Wirtschaft,

Digitized by Google

in der lediglich die Uebermacht des größeren Besitzes, die größere Gerissenheit, die Kunst bei den gewagtesten Geschäften gerade noch den Staatsanwalt zu vermeiden, den Ausschlag gibt. Ein Hinweis auf die Tausende von meist dunklen Existenzen, die heute in allen Großstädten als Altmetallhändler, ferner im Handel mit Perlen, Gold, Silber, Perserteppichen, Altpapier, Knochen, Lumpen u. s. f. ihr Unwesen treiben, die zu diesen Geschäften über phantastische Summen verfügen, ein Hinweis auf den unerhörten Luxus, der sich in den Schaufenstern der Großstädte breitmacht, ein Erinnern daran, welche Summen an der Börse mühelos gewonnen werden, ein Erinnern daran, welch ungeheure Wuchergewinne vom Zwischenhandel mit den wichtigsten Nährgütern, bes. im Viehhandel, mit dem Verschieben von Butter und Käse gemacht werden, all dies zeigt uns, wie entsetzlich verwahrlost die heutige Geschäftsmoral ist. Halten wir noch demgegenüber das furchtbare Elend in den Kreisen des Mittelstandes und der verheirateten Arbeiterschaft, die nicht mehr Milch und Brot für die Säuglinge und die heranwachsenden Kinder bezahlen können, denken wir daran, daß die Gehälter auch hochgestellter Beamten zwar zu viel zum Verzehren und aber viel zu wenig sind, um für standesgemäße Lebenshaltung und Erziehung der Kinder zu sorgen, machen wir uns klar, daß es nicht zu viel gesagt ist, daß mit ehrlicher Arbeit kaum das zum Leben unbedingt Notwendige verdient werden kann, besonders wenn Kinder zu versorgen und aufzuziehen sind. Alles Maß übersteigend ist die Not der geistigen und freien Berufe; Künstler allerersten Ranges, bes. dann, wenn ihre Richtung nicht der heute herrschenden jüdischen Geschmacksrichtung entspricht, sind glatt dem Hunger ausgeliefert; echt deutsche Dichtwerke können keine öffentliche Aufführung erreichen. Ganz unsagbar aber ist die Not derjenigen, die durch die Mißwirtschaft des Staates in finanzpolitischer Beziehung um ihre Ersparnisse betrogen worden sind, die Kleinrentner und Pensionäre, die Schwerkriegsbeschädigten, die auf Stiftungsmittel Angewiesenen, sowie alle diejenigen, die sich auf die Sicherheit öffentlicher Anleihen, sowie auf die Festigkeit unserer Landeswährung und auf die Golddeckung der Mark verlassen haben.

Heute hervollendete moral in schaftlicher ficht

Die Arbeit entwerte

Auflösung der Wirtschaft — Anarchie — heißt so ein Zustand. Fleiß wird mit ungenügender Entlohnung vergolten, Faulheit belohnt, ehrliches Gewerbe leidet Not, unsauberer Handel, Zwischenhandel, Schiebung gedeiht aufs beste. Der bäuerliche Produzent, der rechtzeitig seiner Bedarfsdeckungspflicht nachkommt, wird verlacht, weil ja das Zurückhalten der Ware und das Ausbeuten der Not viel „rentabler" ist, der Gewerbetreibende ist in der gleichen Lage, arbeitet er, so verbraucht er sein kostbares Material, und mit den Summen, die er für sein Material und für seine Arbeit zusammen erlöst, kann er sich nicht einmal mehr Ersatz seiner Rohmaterialien beschaffen! Wer nichts tut, spart Geld! Je hochwertiger in kultureller Beziehung eine Leistung ist, desto schlechter ist der erzielbare Verdienst. Vertrauen wird mit Betrug gelohnt und zwar gerade von Seite des Staates, der der Hüter von Recht und Gerechtigkeit, der der Sachwalter der öffentlichen Moral sein sollte.

Zersetzung überall

Wir brauchen gar nicht mehr hinzuweisen auf die Korruption im öffentlichen Leben, bei der Aemter- und Stellenbesetzung, auf die

Digitized by Google

seinem Vorgesetzten verantwortlichen Beamten, des nur seinem König verantwortlichen Ministers und des nur seinem Gotte verantwortlichen Herrschers die unglaublichste Verantwortungslosigkeit der regierenden Kreisen und deren Beauftragten gegenüber den wirklichen Lebensnotwendigkeiten des Volkes verstecken konnte.

Mit dieser staatlich sanktionierten Unverantwortlichkeit wird der nationalsozialistische Staat gründlichst aufräumen.

Höchste Verantwortlichkeit wird mit ehernen Buchstaben über dem Eingangstore zum nationalsozialistischen Staate stehen. Wer die Ehre hat, an führender Stelle für die Interessen eines großen Volkes zu stehen, dem kann gar nicht stark genug seine Verantwortung ins Bewußtsein gerufen werden. Führer kann eben überhaupt nur derjenige sein, der dieses tiefste Verantwortlichkeitsgefühl in seiner Brust trägt. Für alle Staatsdiener und für diejenigen, die im öffentlichen Leben stehen, ist diese Verantwortlichkeit ganz besonders festzulegen und mit rücksichtsloser Strenge auch durchzuführen. Nur so kann eine Gesundung in gewisser Hinsicht sogar erzwungen werden. Nur so kann das Köstlichste wieder lebendig werden und wachsen, was Führer und Volk wieder zu einer wirklichen Volks- und Schicksalsgemeinschaft werden lassen kann — das Vertrauen. Und aus dem Vertrauen kann dann wieder die Treue wachsen, die mit der Verantwortung der Führer eine Gesundung und Erneuerung Deutschlands, ein Wiedererwachen der deutschen Seele, heraufführen wird in einem nationalsozialistischen Staate der Arbeit und Leistung, in dem Jeder das Seine finden wird.

Digitized by Google

Die wirtschaftlichen Grundlagen.

Wirtschaft Sittlichkeit nicht zu tre

Schon im vorangehenden Kapitel haben wir darauf hinweisen müssen, daß sich in einem gesunden Wirtschaftskörper Sittlichkeit und Volkswirtschaft gar nicht trennen lassen. Geschieht dies doch, so leidet die Wirtschaft in der schwersten Weise, besonders im Hinblick auf die vornehmste Aufgabe jeder Wirtschaft — der Bedarfsdeckung. Ohne Treue im Verkehr, ohne Fleiß, ohne die Pflichttreue der Beamten und Arbeiter kann kein Werk gedeihen. Tüchtigkeit, Gerechtigkeit, Unternehmungsgeist, Energie, gegenseitiges Vertrauen zwischen allen an einer wirtschaftlichen Aufgabe Beteiligten sind die unerläßlichen Voraussetzungen für das Gedeihen jeder Wirtschaft. Alle diese Dinge brauchen nur gesagt zu werden, um in ihrer überragenden Bedeutung anerkannt zu werden. Wie weit es heute an diesen schönen Dingen fehlt, davon weiß jeder ein Lied zu singen, der in der Gegenwart und in der jüngsten Vergangenheit wirtschaftlich tätig sein mußte. Nur mit Hängen und Würgen konnte die Wirtschaftsmaschine zur Not in Gang gehalten werden — und wer hat schließlich den Schaden von den Heilslehren des Marxismus und dessen Aktionsmitteln, den Streiks, der Sabotage und der nachlässigen und liederlichen Arbeit? — doch nur zuletzt die Bevölkerung selbst, die durch solche staats- und volkszersetzende Lehren jedes Zusammengehörigkeitsgefühl verlor und im Klassenkampf ihre wichtigste Aufgabe sieht. An diese Adresse sind daher auch die Klagen zu richten, die besonders aus dem völkischen Lager ertönen, daß wir kein Volk mehr seien, daß wir erst wieder ein Volk werden müßten, wenn wir die verlorene Machtstellung und Weltgeltung wieder erringen wollten.

Der Marxis hat sein W schaftsideal brutaler Ge durchgese

Diese Klagen sind berechtigt, aber mit Klagen kommt man nicht vorwärts. Der Marxismus hat nicht gezögert sein Wirtschafts- und Staatsideal zu verwirklichen, als er die Macht dazu hatte, er hat nicht vor brutaler Unterdrückung Andersdenkender zurückgescheut, in Rußland indem er seine Gegner auf ewig mundtot machte durch das Hinschlachten der gesamten bürgerlichen Intelligenz, bei uns durch Mundtotmachung durch die Gesetze zum Schutze der Republik. Die Erringung der politischen Macht ist selbstverständlich die Voraussetzung jeder wirtschaftlichen oder staatspolitischen Reform. Das wissen wir so gut wie die Kommunisten und Sozialdemokraten, wir wollen aber nicht die politische Macht um ihrer selbst willen, nicht um die gewonnene Machtstellung gegen eine bestimmte Klasse auszunützen, sondern um die Voraussetzungen zu schaffen für einen Wirtschaftsfrieden unter den zu einer Werkgemeinschaft verbundenen Volksgenossen. Bedarfsdeckung*) ist die Aufgabe der Volkswirtschaft — nicht die Rentabilität, die heute fast allein maßgebend ist für die Gütererzeugung. Mit dieser Grundeinstellung des Nationalsozialismus treten

Bedarfsdeck ist die Auf der Volksw schaft

*) Unter Bedarfsdeckung ist zu verstehen die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse der Gesamtheit aller in einer Volksgemeinschaft Zusammengeschlossenen zu erschwinglichen Preisen.

Digitized by Google

wir in entschiedenen Gegensatz zu den wirtschaftlichen Grundvorstellungen des kapitalistischen Staates. Nicht was notwendig war, wurde in erster Linie erzeugt, sondern was sich „rentierte“. Eine Sache, die nicht genügend Zinsen und Dividende abzuwerfen versprach, wurde von vornherein gar nicht in Angriff genommen. Um nur kurz später noch eingehender zu Behandelndes vorwegzunehmen, als besonders klares Beispiel für den Rentabilitätswahnsinn der gegenwärtigen zinskapitalistischen Wirtschaft, sei darauf hingewiesen, daß der Wohnungsbau trotz der entsetzlichsten Wohnungsnot — also trotz des dringendsten Bedarfes einfach nicht durchgeführt wird, einzig und allein deshalb, weil er sich nicht rentiert! Daß sich staatspolitisch betrachtet in höherem Sinne der Wohnungsbau sehr wohl rentieren würde, bedarf an dieser Stelle keiner weiteren Erläuterung, ist aber aus dem Gesagten, besonders im Hinblick auf die sozialen Aufgaben des Staates ohne Weiteres klar. Weiter, wenn das Volk hungert und friert, dann erblickt eine auf Rentabilität eingestellte kapitalistische Wirtschaft keineswegs ihre Aufgabe darin, diesen Bedarf durch die Erzeugung billiger und guter Schuhe, von Kleidern und Unterwäsche usw. zu decken, denn bei der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung „rentiert“ dies nicht. Dagegen ist die Luxusindustrie auf allen Gebieten voll beschäftigt, denn noch nie war mühelos erworbener Reichtum so darauf erpicht, sich mit plattem Luxus zu umgeben wie heute. Geradezu zum volkswirtschaftlichen Widersinn wird aber die kapitalistische Idee der Rentabilität in den Zweigen unserer Wirtschaft, die heute geradezu alles beherrschen, im Bank- und Börsenwesen. Gerade die Tatsache der beherrschenden Stellung der Banken beweist aufs schlagendste den volkswirtschaftlichen Unsinn der kapitalistischen Idee. Mit den „Erzeugnissen“ der Banken und Börsen ist noch nie ein Kind satt geworden, ist noch nie ein Frierender bekleidet worden, ist überhaupt noch nie der geringste lebenswichtige Bedarf gedeckt worden. Diese Feststellung ist durchaus keine demagogische Phrase, sie soll nicht einmal die Entbehrlichkeit der Geldverkehrsinstitute in sich schließen, sie soll nur mit aller Deutlichkeit zeigen, welch ungeheurer Unterschied zwischen einer wirklich volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckungswirtschaft, wie sie der Nationalsozialismus will, und einer durch und durch privatkapitalistisch eingestellten Rentabilitätswirtschaft besteht.

Die Banken müssen die Diener, nicht die Herrscher der Volkswirtschaft sein

Auch der nationalsozialistische Staat wird seine Banken und sonstigen Geldinstitute haben, aber sie werden nicht mehr die Beherrscher der Volkswirtschaft sein, sondern ihre Diener, das Geld wird nicht mehr der Herr von Staat und Volk sein, sondern nur das notwendige Hilfsmittel für den Austausch der Güter. Wir wissen genau, daß dieser Kampf gegen das Bank- und Börsenkapital den schwersten Kampf bedeuten wird für die nationalsozialistische Bewegung, weil sich heute im Bank- und Börsenkapital die ungeheuerste Machtfülle zusammenballt, die der Erdkreis je getragen hat. Hier handelt es sich um einen Machtkampf auf Leben und Tod, dies weiß der Gegner viel besser wie die meisten unserer Freunde und Mitläufer, sowie die große Masse derjenigen Volksgenossen, um derentwillen wir diesen größten Kampf der Weltgeschichte aufgenommen haben, und die heute noch abseits stehen. Dieser Kampf wird um so schwerer sein, als ganze Bevölkerungsschichten noch im Renta-

Digitized by Google

bilitätswahn befangen sind. Bei der großen Masse des bürgerlichen Mittelstandes hat dieser Rentabilitätswahn die besondere Form des Rentenideals angenommen, d. h. des Strebens danach ohne Arbeit einmal von den Zinsen, — also auf Kosten Anderer! leben zu können. Wir wollen an dieser Stelle nicht länger bei diesen Fragen verweilen, weil die Besprechung gerade dieser Fragen sehr eingehend noch erfolgen muß, da eine durchgreifende Reform auf diesem Gebiet sowohl staatswirtschaftlich wie auch privatwirtschaftlich zu den allerwichtigsten Aufgaben des nationalsozialistischen Staates gehören wird.

Eine Grundfrage, die an dieser Stelle noch einmal mit aller Deutlichkeit beantwortet werden soll, ist die Frage, wie der Nationalsozialismus grundsätzlich zum Eigentum steht. Aus den grundsätzlichen Betrachtungen des I. Kapitels speziell aus der dort geschilderten grundsätzlichen Gegnerschaft zum marxistischen Sozialismus ergibt sich mit natürlicher Folgerichtigkeit für den Nationalsozialismus die grundsätzliche Anerkennung des Privateigentums. Diese Anerkennung des Privateigentums ist zu tiefst verankert in der klaren Erkenntnis arischer primärer Geistesstruktur. Der schaffende Geist, der die Umwelt erkennt, der die Umwelt ins Auge faßt, um daraus seine Welt zu schaffen, zu gestalten, der Schaffende, der als Ackerbauer in harter Arbeit dem Boden seine Früchte abringt, der sich seßhaft macht, sich Wohnungen und Städte baut, der seßhaft und wurzelfest Gewordene im Kreise seiner Sippe, seiner Schicksalsgenossen, seiner Volksgenossen, der Mensch der dann auf solchem erdverwurzeltem Unterbau zu höherer Kultur fortschreitet und sich im höheren geistigen Sinne auf den Gebieten von Philosophie, Dichtkunst, Musik, Malerei und Plastik seine, — die Welt erschafft, der Mensch solch primär schaffender Kraft kann es gar nicht anders als im tiefsten Herzen spüren, daß die Werke seiner Hand, die aus seinem Eigenen geboren sind, auch sein Eigentum sind. Aus diesem letzten Wissen im Unterbewußtsein des schaffenden Menschen wächst auch ohne Weiteres die Achtung vor fremden Eigentum heraus, das Recht entsteht.

Der schaffe Geist

In grundsätzlichem und unversöhnlichem Gegensatz zum schaffenden Geist steht der raffende räuberische Geist der sogenannten sekundären Menschen, die nie die Lust des Schaffens gekannt haben, die ruhelos mit ihren Herden von Ort zu Ort zogen, die nirgends Wurzel fassen konnten, die nicht breit und erdverwachsen in langsamer Entwickelung zu immer höherer Kultur emporstiegen, sondern die räuberische Einfälle und Einbrüche bei seßhaften Ackerbauern machten, die zuerst ihre Kundschafter aussandten, und dann einbrachen in die stille friedliche Arbeit der Städte und dort mit ihrem ruhelos beweglichem Geist, wie sie früher mit ihren Herden (die ihr Geld, pecunia von pecus das Vieh) wechselten, so jetzt Geld wechselten und mit ihrem Geld von Land zu Land wechselten, wenn sie die einzelnen Städte oder Landstriche „abgegrast" hatten. Der Jude hielt sich auch eingedrungen in die Gebiete der primär schaffenden Völker im Wesentlichen durchaus fern von der eigentlichen Produktion, wir kennen den sekundär beweglichen raffenden Geist des Juden nicht als Ackerbauer, nicht als Gewerbetreibenden, nicht als Ingenieur oder Baumeister, nicht als Fabrik- und Lohnarbeiter, und wahrhaft schöpferische Genialität ist ihm auch bei den schönen Künsten, und in den

Der raffe Geist

Digitized by Google

Wissenschaften fremd. Der bewegliche Geist beginnt erst da seine eigenartige Tätigkeit, wo von schaffender Hand das Werk geschaffen ist, das Gut erzeugt ist, da versteht der raffende Geist sich diese Güter zu verschaffen und zu seinem pekuniären Vorteil zu bewegen. Nicht um den volkswirtschaftlichen Bedarf zu decken, sondern um aus diesem Verschieben der Produktion zur Konsumption für sich einen möglichst hohen Nutzen zu schlagen, schaltete er sich zwischen Erzeuger und Verbraucher, — der Händler entstand. Händler und Kaufherr sind zwei ganz verschiedene Menschen, doch können wir wiederum bei diesen grundsätzlichen Erörterungen nicht zu sehr ins Einzelne gehen, dies wird später geschehen. Aus dem Händler und Wechsler ist heute der Aufsichtsrat und Bankherr geworden. Die Wirtschaft der ganzen Welt ist in der sinnlosesten Weise auf den Kopf gestellt. Es herrscht nicht mehr der kluge erfinderische, abwägende, schöpferische und schaffende primäre Geist, es herrscht der gerissene, zu ureigenem Schaffen unfähige, ausbeuterische, raffgierige sekundäre Geist. Das Geld herrscht über Arbeit und Blut.

Alles hat der bewegliche Geist des Juden beweglich zu machen verstanden, sogar den Boden durch die Hypotheken, die größten bodenständigen Industrien durch die Anonymisierung, durch die Aktiengesellschaft und durch die Staatsanleihewirtschaft hat das Weltkapital sogar die Regierungen von ihren Völkern losgelöst. Heute sind die Regierungen restlos abhängig vom Großleihkapital und ihren Völkern gegenüber sind sie nur mehr die Zinseintreiber für ihre anonymen Herren in Wallstreet, London City und Paris.

Diese kurzen Betrachtungen haben uns das tiefste Geheimnis des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen schaffenden Völkern und dem raffenden semitischen Geiste des Juden gezeigt. „Der Arier erschafft, der Jude errafft sich die Welt".

Zurückkehrend zu dem Ausgangspunkt wiederholen wir die Feststellung, daß ein Volk und Staat der schaffenden Arbeit unbedingt das Eigentum anerkennen muß. Nur ganz kurz sei hier eingeschaltet, daß hier ein sehr feiner Unterschied besteht zwischen Eigentum und Besitz. Besitz muß gar nicht notwendigerweise Eigentum sein, es muß Besitz nicht selbsterschaffen sein. Beim Besitz wird nicht mehr nach der Herkunft des Besitzes gefragt. Der Jude hat vom Eigentum der arischen Völker Besitz ergriffen und beherrscht nun die Schöpfer durch seine Geldmacht. Diese abstrahierte sekundäre Form des Eigentumes in Form von Rechtsansprüchen, Schuldverschreibungen, Hypotheken usw. hat die ganze Welt heute dem Kapital zinspflichtig gemacht. Diese zinskapitalistische Wirtschaftsform kennt überhaupt keine Schranken des Besitzes, sie läßt es zu, daß ganze Völker einer Handvoll Bank- und Börsenmagnaten mit all ihrer Arbeit zinspflichtig geworden sind.

Eigentum und Besitz

Dieser nicht minder entsetzlichen zinskapitalistischen Raubwirtschaft setzt der Nationalsozialismus die Begrenzung des Eigentums nach oben entgegen. Der Grundsatz für diese Begrenzung liegt in dem Satze: „Gemeinnutz vor Eigennutz." Daß diese Grenze nach oben für das Eigentum sehr hoch gezogen werden kann, geht daraus hervor, daß der Nationalsozialismus auch größte industrielle Werke, solange sie im Privatbesitz der Schöpfer bleiben (wir denken an Krupp, Mannesmann, Tyssen

Begrenzung des Eigentums

Digitized by Google

usw.), keineswegs als den Interessen der Gesamtheit zuwiderlaufend ablehnen wird, besonders dann nicht, wenn die Besitzer dieser großen Werke Empfinden und Verständnis für die sozialen Fragen haben, und die richtigen Grenzen zu finden wissen zwischen eigenen angemessenen Gewinnen aus der Produktion, einer auskömmlichen Preisgestaltung für den Absatz und die Bedarfsdeckung der Volkswirtschaft und einer entsprechenden und würdigen Form der Teilnahme der Arbeiterschaft an den Erträgnissen der Werke.

Die Struk
deutschen
schaft wa

Hiermit kommen wir zu kurzen grundsätzlichen Betrachtungen über die äußerlichen Formen der Produktion. Die gewaltig aufstrebende deutsche Wirtschaft vor dem Kriege war ausgezeichnet durch eine sehr glückliche Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben. Im Allgemeinen liegt nun allerdings in der Tendenz zum Großbetrieb eine Gefahr für die Volkswirtschaft, insoferne als die nächste Stufe über dem Großbetrieb, das Syndikat nicht mehr der Bedarfsdeckung dient, sondern hochkapitalistischen Interessen der Beherrschung des Marktes und der Preisdiktatur. Immerhin wird ohne weiteres zugegeben, daß gewisse Industrien eben nur als Großbetrieb wirklich wirtschaftlich arbeiten können. Dies trifft für diejenigen Industriezweige zu, die wir kurz als Schwerindustrie bezeichnen. Ohne an dieser Stelle auf Einzelheiten eingehen zu wollen, sei grundsätzlich ausgesprochen, daß der nationalsozialistische Staat keine Veranlassung sieht, in diesen äußeren Formen der Wirtschaft grundlegende Aenderungen anzustreben. Alle Arten von „Sozialisierung oder Nationalisierung" im marxistischen Sinn lehnt der Nationalsozialismus ab. Unser Wirtschaftsideal verlangt eine möglichst große Zahl wirtschaftlich freier Existenzen gerade in Mittel- und Kleinbetrieben. Wir wissen, daß nur die freien und unabhängigen Menschen, die über ihre Arbeit und ihren Arbeitsertrag frei verfügen können, von ernstem Verantwortlichkeitsgefühl erfüllt sind gegenüber ihrer Arbeit, daß nur auf diesem Boden kraftvolle Persönlichkeiten wachsen und daß nur auf dem Boden von Freiheit und Verantwortlichkeit der Gemeinsinn gedeiht, der die durch gemeinsame Arbeit Verbundenen auch zur Lebens- und Schicksalsgemeinschaft eint und damit zu einem freien selbstbewußten Volke macht. Nur auf solchem Grunde kann das Wohl der Einzelnen mit dem Wohl der Gesamtheit ideal vereinigt werden.

Bevor wir zur Betrachtung der staatspolitischen Grundlagen des Nationalsozialismus übergehen, müssen wir eine kurze Auseinandersetzung bringen über die Grenzen zwischen Staat und Wirtschaft.

Digitized by Google

Ueber die Grenzen von Staat und Wirtschaft.

Manchestertum und Staatssozialismus sind die polaren Gegensätze, wenn es sich darum handelt, die Grenzen festzulegen, die der Staat beobachten müsse bei seinen Eingriffen in die Wirtschaft. Die erstere Lehre verlangt möglichste Freiheit von jeder staatlichen Bevormundung, sie möchte am liebsten den Staat in die Rolle des Nachtwächters gedrängt sehen. Der Staatssozialismus glaubt die meisten Betriebe am besten vom Staat selbst betrieben und verwaltet. Die extremsten Formen der Sozialisierung oder Nationalisierung, wie die russische Bezeichnung für den Betrieb der Werke durch die Gesamtheit lautet, haben für jedermann, der unvoreingenommen die sozialistischen Experimente beobachtet hat, mit unwiderleglicher Deutlichkeit erwiesen, daß derartige kommunistische Produktionsformen auf die Dauer undurchführbar sind. Ein Blick auf die von der Sowjet-Regierung selbst herausgegebenen Statistiken über den Rückgang der Produktion um 50, 60 bis 75% der früheren Betriebsziffern beweist mehr als lange Ausführungen die grundsätzliche Unhaltbarkeit staatssozialistischer Wirtschaftsführung. Wer unseren Ausführungen über die Grundlagen der Wirtschaft gefolgt ist, wird unschwer die inneren Gründe erkennen können für diese Erscheinung. Die Ausschaltung der Unternehmerinitiative, das Fehlen des Gewinnstrebens, die Beseitigung der Konkurrenz einerseits, andererseits der Arbeitszwang, der mit rücksichtsloser Gewalt von seiten der Sowjets ausgeübt wurde, müssen den Nutzeffekt der Produktion auf ein Minimum herabdrücken.

erstaatlichung
ist einige Ge-
te beschränkt

Die graduell mildere Form der „Verstaatlichung" von Betrieben, wie wir sie auch aus unserem deutschen Wirtschaftsleben kennen, ist mit Vorteil nur auf verschiedenen Gebieten der öffentlichen Wirtschaft mit Erfolg anzuwenden. Auf den Gebieten, die in Konkurrenz mit der freien Wirtschaft besonders auf dem Gebiete großindustrieller Produktion (Kohle) betrieben werden, ist der geschäftliche Erfolg stark eingeschränkt gegenüber der freien Wirtschaft, die in der Lage ist, alle wichtigen Entschlüsse rascher und selbständiger zu fassen, als es notwendigerweise bei Staatsbetrieben möglich ist. Um ein richtigeres Urteil darüber zu erhalten, welche Betriebe sich überhaupt für eine Verstaatlichung eignen, müssen wir uns klar werden, welche Stellung der Staat im Gesamtgetriebe einer Volkswirtschaft einnimmt.

oduktion und
onsumption
s individuell

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß der Nationalsozialismus die Aufgabe der Wirtschaft in der Bedarfsdeckung sieht. Produzent und Konsument, Erzeuger und Verbraucher sind die beiden Hauptbeteiligten an jeder Wirtschaft. Nun wissen wir, daß der Verbrauch letzten Endes immer und überall rein individuell ist, oder recht sinnfällig ausgedrückt: jedes Stück Brot kann eben nur von einem verzehrt werden, Kleider und Schuhe sind eben nur für den persönlichen Gebrauch bestimmt, die Wohnung gibt nur jeweils einem kleinen zusammengehörigen Kreis Obdach, die Arbeitsstätte gibt jeweils nur einer zwar schon größeren aber immerhin begrenzten Zahl

Digitized by Google

von Arbeitsgenossen Aufnahme, von einem gemeinschaftlichen Verbrauch oder Gebrauch der Produkte kann also gar keine Rede sein. Ist also der Konsum — der Verbrauch — im letzten Grunde individuell, so gilt das Gleiche auch für die Produktion, für die Gütererzeugung. Je hochwertiger ein Erzeugnis der schaffenden Arbeit ist, desto klarer ist, daß dies nur aus höchst persönlicher Schöpferkraft entsteht. Für die Werke des Geistes auf den Gebieten der Wissenschaft und der schönen Künste, auf dem Gebiete der technischen Erfindungen und Entdeckungen, ist dies ohne weiteres klar, aber selbst bei zusammengefaßter Arbeit in fabrikmäßigen Betrieben, bei der die seelenlose Mechanisierung durch die Maschine die menschliche Einzelleistung schon fast ganz ausschaltet, gilt schließlich immer noch, daß das Paar Schuhe, das eben gerade dieser Arbeiter anfertigt, eben nur von diesem und nicht von einem anderen angefertigt werden kann. Die Qualität der Erzeugnisse sinkt allerdings mit der zunehmenden Mechanisierung. Schon im landwirtschaftlichen Betrieb gilt die alte Regel: „Das Auge des Herren mästet das Vieh", d. h. nur die persönliche Sorgfalt des Züchters erzielt die höchsten Resultate.

Alle Versuche kommunistischer Wirtschaft haben noch jedesmal mit einem vollkommenen Mißerfolg geendet. Wir müssen also grundsätzlich festhalten, daß sowohl Konsumption als auch die Produktion einer Sozialisierung widerstreben. Nun schiebt sich aber zwischen Konsumption und Produktion, zwischen Erzeugung und Verbrauch, sobald die Menschheit die ursprünglichsten Wirtschaftsformen der Einzelwirtschaft in der Familie verlassen hat und zu den komplizierteren Wirtschaftsformen durch Arbeitsteilung übergegangen war, und größere staatliche Gemeinschaften gebildet hatte, etwas Neues zwischen Erzeugung und Verbrauch ein — *Handel und Verkehr, sowie das Geldwesen.*

Vermittler Verwalter zwischen E fer und V brauche

Siehe da, diese ganz schlichte wirtschaftsphilosophische Betrachtung gibt uns den klarsten Hinweis auf die Gebiete, auf welche der Staat seine wirtschaftliche Tätigkeit zu beschränken hat. Es ist ja ohne weiteres klar, daß es sich hier um Angelegenheiten handelt, an denen jeder Einzelne in gleicher Weise interessiert ist. Und es ist nur folgerichtig, daß hier der Staat, als die Verkörperung der gemeinsamen Interessen, seinen Aufgabenbereich finden wird.

Verkehr, Ha und Geldw liegen im gabenkreis Staates

Wenn unsere Wirtschaftsphilosophie richtig ist, so muß der Staat auf einem dieser Gebiete, wenn er sich in einem schon versucht haben sollte, Mustergiltiges geleistet haben. Dies *hat* er auch geleistet auf dem *Gebiet des Verkehrs.* Die Leistungen der deutschen Eisenbahnverwaltungen vor dem Krieg waren schlechthin mustergiltig und sie sind es heute noch in dem Umfange, als noch die alte Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit zu Hause ist. Man rühmt manchesmal auch dem nicht staatlichen Eisenbahnwesen in Amerika besondere Vollendung nach; dies trifft in gewisser Beziehung auch zu, insoferne sich der Verkehr etwas freier abspielt, und manche kleine Erschwerungen, die bei uns nun einmal mit dem bürokratischen Betrieb verbunden sind, kaum zu vermeiden sind. Auch der Bau von Lokomotiven gewaltiger Abmessungen in Amerika hat früher bei uns Staunen hervorgerufen, hiefür war aber der Hauptgrund, daß die größere Spurweite des amerikanischen Eisenbahnnetzes dies eben technisch leichter ermöglichte. Dies ist aber keine Seite des Verkehrs, sondern eine technische

Die staatli Verkehrsein tungen wa mustergil

Digitized by Google

Angelegenheit, die nicht in den Rahmen unserer Betrachtungen hineingehört. Dagegen ist von viel größerer Wichtigkeit für unsere Frage — die Sicherheit des Verkehrs auf den Eisenbahnen. Auf diesem Gebiete war sich das deutsche Eisenbahnwesen dieser vornehmsten Aufgabe des staatlichen Verkehrs stets bewußt gewesen und kann auch den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, technisch und organisatorisch alles getan zu haben, was möglich war. Mit welch unverantwortlicher Leichtfertigkeit auf diesem Gebiet gerade auf amerikanischen und französischen Eisenbahnen das Leben der Reisenden gefährdet wurde, geht aus der Geschichte der Eisenbahnunglücksfälle auf amerikanischen Bahnen und auf den französischen Bahnen vor der Verstaatlichung hervor, solange die letzteren dem rücksichtslosen Gewinnstreben der Pariser Rothschilds dienten. — Auch hier sehen wir schon wieder den grundsätzlichen Gegensatz zwischen der kapitalistischen Idee der Rentabilität und dem Pflichtgedanken der Bedarfsdeckungswirtschaft.

Die Aufgabe des Verkehrs ist in erster Linie der Volkswirtschaft zu dienen, für die sichere, schnelle und billige Verbringung der Güter und der Personen an die Verwendungs- bzw. Arbeitsstätte. Die Frage der Rentabilität kommt bei einem staatlichen Unternehmen erst in zweiter Linie, bzw. ist sie nur eine Frage der Tarifpolitik. Zum Verkehr gehört natürlich auch das Post- und Telegraphenwesen. Auch hier bedarf es nur der rühmenden Erinnerung an die Leistungen der deutschen Post- und Telegraphenverwaltungen, um zu zeigen, wie sicher, rasch und zuverlässig diese wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe vom Staate gelöst wurde.

m Handel mit nur eine tliche Rege- für Massen- sumgüter in Betracht

Der Handel ist dagegen immer als die ausschließliche Aufgabe privater Unternehmerinitiative angesehen worden. Nun läßt sich über den Handel nicht so eindeutig sprechen wie über das Verkehrswesen. Für eine staatliche Regelung kommt von vorneherein nur eine gewisse Art von Gütern in Betracht und zwar die Massenkonsumgüter. So wenig Verständnis man noch vor dem Krieg für eine staatliche Regelung des Handels mit den wichtigsten Nährgütern hätte erwarten können, da die freihändlerische Lehre unser volkswirtschaftliches Denken beherrschte, so sehr kann man heute angesichts des schamlosen Wuchers mit den wichtigsten Volksnahrungsmitteln erwarten, daß der Gedanke, es sei Aufgabe des Staates für die Bereitstellung, Verbringung und Verteilung der wichtigsten Nährgüter zu sorgen, auf fruchtbaren Boden fallen wird. Ausnahmsweise finden wir sogar einmal bei unseren Antipoden auf wirtschaftlichem Gebiet, den Bolschewiken, Versuche, dieses Problem zu lösen, nämlich durch die staatliche Kontrolle der Produktion und Verteilung derselben. Falsch daran ist, wie wir schon gezeigt haben, die Produktion staatlich betreiben oder dauernd statistisch erfassen zu wollen. Dagegen ist die richtige Verteilung der Produktion zweifellos eine besonders wichtige staatliche Aufgabe. Es ist bemerkenswert, daß in Rußland die einzigen bürgerlichen Organisationen, die erhalten geblieben sind, die landwirtschaftlichen Produktiv- und die Konsumptivgenossenschaften waren, also mit anderen Worten diejenigen Organisationen, die sich gerade die Aufgabe gestellt hatten, die wichtigsten Nährgüter in gemeinnützigem Interesse aufzubewahren und zu sammeln und andererseits in gemeinnützigem Interesse dem Verbraucher zuzuführen. Eine Umschau in unserem deutschen Wirt-

Digitized by Google

schaftsleben zeigt uns nun, daß auch bei uns dieser Gedanke durchaus nicht neu ist, sondern daß der genossenschaftliche Gedanke immer mehr um sich greift, und damit die Voraussetzungen schafft, die dem Nationalsozialismus für die Regelung dieser außerordentlich wichtigen Frage vorschwebt. Die genossenschaftliche Verwertung der landwirtschaftlichen Güter sichert einerseits dem Landwirt die Abnahme seiner Produkte zu auskömmlichen Preisen zu, sie sorgt für genossenschaftlichen Einkauf von Düngemitteln, landwirtschaftlichen Geräten usw. und besonders macht sie Ansätze durch die Errichtung von landwirtschaftlichen Lagerhäusern die Bedarfsdeckung sicher zustellen durch pflegliche Behandlung und Aufspeicherung der Nährgüter. Auf der anderen Seite haben die Verbrauchervereinigungen ihrerseits durchaus gangbare Wege beschritten, die Produkte den Konsumenten möglichst direkt und vor allem unter Ausschaltung des Zwischenhandels zuzuführen. Ein Zusammenschluß der Produktivgenossenschaften und der Verbrauchergenossenschaften unter staatlicher Aufsicht ist berufen diese Frage zu lösen.

Auch hier ist wieder der Kern der Frage: **Nicht Rentabilität, sondern die Bedarfsdeckung ist die erste Aufgabe der Wirtschaft.**

Für den Handel bleibt noch mehr wie genug übrig sich zu betätigen, besonders auf all den Gebieten, wo das persönliche Moment des Risikos in Frage kommt. Für das Nährgut, das immer und unter allen Umständen des Absatzes sicher ist, scheiden ja die Momente die den Kaufmann auszeichnen sollen, von vornherein aus.

Das Geld ist Staatsa

Das **Geldwesen** ist das dritte und wichtigste, das staatlicher Regelung zuzuführen ist. Das Geld wird von vielen Geldtheoretikern als ein Tauschmittel zum Austausch der Produkte erklärt, diese Erklärung ist zwar nicht falsch, aber auch nicht erschöpfend und nicht eindeutig. Jedenfalls gibt diese Definition dem richtigen Gefühl Ausdruck, daß das **Geld** ein Hilfsmittel für den Güterverkehr ist. Die Tatsache, daß der Staat die **Münzhoheit** für sich in Anspruch nimmt, beweist allein schon, daß der Staat das Geldwesen als ein besonders wichtiges Gebiet des öffentlichen Lebens erachtet. Die Tatsache, daß der Staat im Strafgesetzbuch eine ganze Reihe von Paragraphen geschaffen hat, die sich mit Münzverbrechen befassen, beweist ebenso, daß es sich beim Geldwesen um eine öffentliche Angelegenheit ersten Ranges handelt. Tatsächlich bestimmt ja auch der Staat schon längst aus eigener Machtvollkommenheit darüber, was im öffentlichen Verkehr als Geld zu gelten hat. Eine ganze Richtung von Geldtheoretikern — die sogenannten Chartalisten — vertreten die staatliche Theorie des Geldes, die kurzerhand erklärt: „Geld ist, was der Staat zu Geld erklärt". Damit ist das Geld ganz losgelöst von der Substanz des Geldes, und es genügt das staatliche Hoheitszeichen, um aus Eisen, Aluminium, Porzellan und vor allem aus Papier „Geld" zu machen. Die Gegenwart lehrt uns, daß diese Theorie in der Tat Wirklichkeit geworden ist. Die Gegner dieser Geldtheoretiker — die Metallisten halten an der alten Vorstellung fest, daß das Geld einen inneren Wert haben müsse, also aus Edelmetall (Gold und Silber) sein müsse. Die Verhältnisse der Gegenwart geben dieser Richtung nicht recht, denn tatsächlich **macht** eben der Staat aus Papier — Geld, und

Digitized by Google

zwar Geld mit dem man sich wirklich etwas kaufen kann, auch wenn die Geldscheine aus ganz wertlosem Papier bestehen. Auf einem anderen Blatte steht allerdings die Frage nach der Kaufkraft dieses Geldes. Hier scheint die im umgekehrten Verhältnis zur anschwellenden Menge des Papiergeldes stehende sinkende Kaufkraft des Geldes den Metallisten recht zu geben, denn tatsächlich hat das Hartgeld aus Gold und Silber den Kaufkraftschwund des Papiergeldes nicht mitgemacht. Dies beruht aber auf einem anderen Grunde, nämlich auf dem Warencharakter des Goldgeldes. Nicht weil das Goldgeld wirkliches Geld ist, behält es seine Kaufkraft, sondern weil das Goldgeld auch Ware ist. Das 20 Mk.-Stück nimmt heute seine Kaufkraft gar nicht mehr her von der aufgeprägten staatlichen Währungsbezeichnung 20 Mk., sondern aus seinem Gehalt an der Ware Feingold. Wir können indes hier nicht länger bei diesen geldtheoretischen Streitfragen verweilen, wir werden bei der Darstellung des staatlichen Geldwesens nach den Gedankengängen der nationalsozialistischen Staatsfinanzreform noch eingehend über diese Fragen zu sprechen haben. Hier handelt es sich darum zu erkennen, daß das Geldwesen bei der uns augenblicklich beschäftigenden Frage nach den Grenzen von Staat und Wirtschaft jedenfalls zu den Gebieten gehört, die als eminent wichtige Angelegenheit des gesamten Wirtschaftslebens, genau wie der Verkehr und der Handel mit den wichtigsten Nährgütern unbedingt der sorgsamsten treuhänderischen Regelung seitens des Staates unterstellt werden müssen.

Unklarheit Unsicherheit Staates im blick auf das wesen führt den verderbten Zuständen

Die Wichtigkeit des Geldproblems an sich bedarf heute wirklich keiner besonderen Erläuterung. Die allesbeherrschende Macht der großen Geldmächte liegt für jeden, der sehen will, so offen zu Tage. Der Tieferblickende hat schon längst erkannt, daß gerade die unfähige, falsche Art und Weise, in der der Staat sich dem Geldwesen gegenüber eingestellt hat, die Grundursache ist, für die heutigen katastrophalen Zustände in den Staatsfinanzen. Die Tatsache, daß die meisten sog. staatlichen Notenbanken gar keine reinen Staatsinstitute, sondern Aktiengesellschaften sind, in denen die Regierungen sich nur gewisse Aufsichtsrechte vorbehalten haben, gibt schon eine Ahnung von den verfahrenen Zuständen auf dem Gebiete des öffentlichen Geldwesens. In Wirklichkeit hat ja die Entstaatlichung der Notenbanken, besonders der Reichsbank A.-G. (!) geradezu die Auslieferung wichtigster staatlicher Hoheitsrechte an das Privatkapital bedeutet. Daneben sind die Großbanken und die übrigen Geldinstitute die unbeschränkten Herren der gesamten Volkswirtschaft geworden. Daß dies ein volkswirtschaftlich vollkommen ungesunder Zustand ist, ist vielleicht am besten durch die Tatsache gekennzeichnet, daß, während Volk und Staat in immer tiefere Not versinkt, die Geldinstitute sich immer mehr ausdehnen, Gewinne und Umsätze erzielen, die in die Milliarden und Billionen gehen. Das Heer der Bankbeamten und Angestellten wächst lawinenartig, an jeder Straßenecke entstehen nicht nur eine oder zwei, sondern oft gleich drei neue Bankpaläste. Wir haben schon einmal im Vorbeigehen darauf hingewiesen, daß das Bankgewerbe an sich völlig unproduktiv ist, daß es also vollendeter volkswirtschaftlicher Widersinn ist, wenn in Zeiten höchster wirtschaftlicher

t und Staat Not — die ken blühen

Digitized by Google

und völkischer Not, in Zeiten, in denen man Arbeitern und Angestellten immer vorpredigt, daß „Nur die Arbeit uns retten könnte", in Zeiten, in denen immer wieder generelle Angriffe auf den 8 Stundentag des Arbeiters gemacht werden, andauernd neue gänzlich unproduktive Wechselstuben eingerichtet werden. Bezeichnend endlich für die völlige Perversion des heutigen Denkens ist der Umstand, daß heute die Banken nicht nur aufs üppigste und prunkvollste ausgestaltet sind, sondern auch von Seite des Publikums mit einem großen Respekt behandelt werden. Dem gewöhnlichen Sterblichen wird es im Vorzimmer eines Großbankdirektors mindestens so angstvollbeklommen wie im Vorzimmer irgend einer gestrengen Behörde. Vielleicht veranlaßt manchen die Tatsache zum Nachdenken über diese Zustände, daß unsere Vorfahren das Gewerbe der Geldwechsler besonders im Mittelalter als unehrlich ansahen, und daß sie deshalb dieses „schmutzige" Gewerbe — den Juden überlassen hatten. Auch im Mittelalter hatte man den Raubrittern, die von ihren Burgen herab die friedlichen Bürger und Kaufleute brandschatzten, schließlich auch keine besondere Hochachtung entgegengebracht, mir drängt sich aber immer dieser Vergleich mit den Raubritterburgen des Mittelalters auf, wenn ich so einen Bankpalast an den Verkehrszentren unserer Großstädte sehe. Jeder Gewerbetreibende, Industrielle, Kaufmann, überhaupt jeder, der in den Bannkreis dieser modernen Raubritterburgen gerät, muß unfehlbar der Bank Tribut und Zins leisten. Sie beherrschen Staat und Wirtschaft — und Staat und Wirtschaft geht dabei zu Grunde.

Digitized by Google

Die staatspolitischen Grundlagen.

Ohne Macht kein Staat

Ohne Macht kein Staat, ohne Autorität keine Regierung. Nichts ist selbstverständlicher und dem schlichten Gefühl ohne Weiteres einleuchtender. Man muß die ganze Verwahrlosung unseres öffentlichen Denkens zu Hilfe nehmen, wenn man heute bei uns in Regierungskreisen immer noch glaubt — bei der völligen militärischen und politischen Ohnmacht überhaupt regieren zu können.

Nach Außen Machtstaat

Macht ohne ein Machtinstrument, ist undenkbar, politische Macht und militärische Machtmittel bedingen sich gegenseitig so innig, wie sich Wirtschaft und Sittlichkeit nicht voneinander trennen lassen. Um verlorene Macht wiederzugewinnen, gibt es nur das einzige Mittel, ein militärisches Machtinstrument wiederzuschaffen.

Wie furchtbar unser armes Vaterland gezüchtigt wird, weil es dem Machtgedanken abgeschworen hat, und sich den pazifistischen Friedensschalmeien hingegeben hat, erleben wir jetzt täglich und stündlich. „Um Schlimmeres zu verhüten" haben wir selbst unsere Waffen abgeliefert und zerbrochen, „um Schlimmeres zu verhüten" haben wir das Versailler Diktat unterzeichnet, „um Schlimmeres zu verhüten" hat die Berliner Regierung zu Allen Ja und Amen gesagt, was man von uns verlangt hat, „um Schlimmeres zu verhüten" haben wir jede Niedertracht, jede Demütigung, jede Ausplünderung über uns ergehen lassen. Mit dieser schamlosen Phrase der Feigheit und Erbärmlichkeit „um Schlimmeres zu verhüten" ist das deutsche Volk in immer tieferes Elend hineingeführt worden. Wir erfüllten, was man von uns forderte, und ein deutschfeinwollender Minister, Herr Dr. Rathenau, hat gewagt, öffentlich auszusprechen: Es gäbe keine absolute Unerfüllbarkeit, es komme nur darauf an, wie tief man ein Volk in Not geraten lassen dürfe!! Dies heißt mit anderen Worten: — obwohl die Rathenauschen Worte schon deutlich genug sind — das deutsche Volk ist vollkommen wehrlos, es ist politisch vollkommen machtlos, geistig ist es fast verblödet, nur arbeiten kann es noch. Es hat sich eine so riesige Schuldenlast aufladen lassen, daß die Angehörigen des auserwählten Volkes von diesen Tributleistungen in aller Herren Länder dauernd ein glänzendes arbeitsloses Leben führen können auf Kosten der deutschen Arbeit. Nun besteht allerdings Gefahr, daß auch die ungeheure Arbeitskraft der Deutschen unter der phantastischen Last zusammenbricht. Deshalb müssen die Deutschen ständig durch Reizmittel in Atem gehalten und gerade so an der Grenze ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit erhalten bleiben, daß sie mit Aufgebot aller Kräfte arbeiten, immer in der trügerischen Hoffnung, sie könnten sich jemals von ihren Lasten befreien. „Es kommt nur darauf an, wie tief man ein Volk in Not geraten lassen darf"! Dies war die Staatsgesinnung des von allen Republikanern so gefeierten Ministers Rathenau.

Wenn wir an dieses Musterbeispiel neudeutscher Regierungskunst erinnert haben, so geschah dies nur, um an diesem uns so naheliegenden und so furchtbaren Beispiel zu erhärten, daß sich ein wehr- und waffenloses Volk einfach alles bieten lassen muß, sogar jede Verhöhnung. Demgegenüber gilt uns das Bekenntnis zum Machtstaat nach Außen, der

Digitized by Google

allein Friede und Freiheit verbürgen kann. Wir verzichten auf geschichtliche Begründung, dies ist nicht die Aufgabe einer Programmschrift, sondern Angelegenheit der Historiker.

Das Korrelat des machtpolitischen Gedankens gegen Außen ist der straffe Rechtsstaat nach Innen. Wir waren diesem Idealzustand verhältnismäßig im Bismarckschen Machtstaat ziemlich nahe gekommen, nur eben auf den Gebieten, die das Geldwesen und die unbeschränkte Anerkennung des Privateigentums und der Forderungen betreffen, die daraus abgeleitet wurden, standen unsere Rechtsvorstellungen völlig unter der kapitalistischen Idee. Nach In Rechtsst

Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß der Nationalsozialismus sich innerpolitisch unbedingt auf den Rechtsstandpunkt stellt, insofern als vor dem Gesetz alle gleich sein müssen, und daß es keine Unterschiede der Stände geben darf. Aber eine wesentliche Wandlung wird sich vollziehen müssen im Hinblick auf die Grundidee des Rechtes, das dem Deutschen ein inneres Bedürfnis, eine freiwillige Unterordnung gegenüber den höheren Interessen der Gesamtheit bedeutet, während die Vorschriften des heute bei uns geltenden Rechtes einfach als Gebote der Macht erscheinen, und zwar als die Gebote einer Macht, die eben nicht im Dienste der Allgemeinheit steht, sondern eben gerade in Bezug auf die Fragen des Besitzes den Schutz des Eigentums vor dem Schutz der Person gestellt hat. Auf die Frage der Neuordnung des öffentlichen Rechtes wird noch an anderer Stelle näher eingegangen werden müssen.

Wir wenden uns jetzt kurz den Fragen der äußeren Staatsform zu. Eine endgültige Entscheidung über diese Frage ist keineswegs vordringlich, Sie kann überhaupt erst einer Lösung zugeführt werden nach einer ganz gründlichen Reinigung unserer innerpolitischen Verhältnisse. Der einzig mögliche Weg zu dieser innerpolitischen Reinigung scheint uns ausschließlich über den Weg einer Diktatur zu gehen, die völlig frei von den jetzigen Fesseln der Staatsführung durch die Parlamente, mit aller Entschiedenheit die Fäulnis- und Krankheitsherde an unserem Volkskörper ausschneidet und ausbrennt. Die Staati wird spät schiede Der Ueber ist die Di

Die Forderungen, die wir an einen solchen Führer stellen, sind außerordentlich hohe; leidenschaftliche Liebe zu seinem Volk, unbeugsamer Wille, eine geradezu traumwandlerische Sicherheit bei allen seinen Entschließungen müssen ihn auszeichnen. Daß seine geistigen Fähigkeiten den Durchschnitt überragen müssen, ist selbstverständlich, doch sind Kenntnisse und Fähigkeiten, auf den verschiedensten Gebieten nicht das Ausschlaggebende. Kenntnisse und Wissen von Anderen lassen sich verwerten. — Wie viele Menschen gibt es von hohem Wissen, großer Klarheit des Denkens, von großer Intuition, feinster künstlerischer Begabung — wenn ihnen aber das Letzte fehlt, der leidenschaftliche Wille, der unbeirrbare innere Drang, gegründet auf tiefstem sittlichem Ernst, dann werden sie niemals als Bahnbrecher und Führer vor den Völkern zu neuen Höhen voranschreiten. Wir denken an Religionsstifter, wie Christus und Luther, an Savanarola und Mohammed, an Staatsmänner wie Bismarck und Cromwell, an Feldherrn wie Friedrich den Großen und York u. a. m. Der Diktator muß vollkommen frei sein von allen unnötigen Hemmungen und Bedenklichkeiten, für ihn darf es keine Zwangsläufigkeiten geben, denn er Die Eig schaften Führer

Digitized by Google

muß es sein, der Geschichte macht, er greift mit kühner entschlossener Hand zu, wenn seine Stunde da ist, er verkörpert die Sehnsucht der Nation und deshalb irrt er nie und wird getragen von der fanatischen Liebe derjenigen, denen seine Tat Befreiung bringt. Er muß zu hassen verstehen, so stark und rücksichtslos, wie er sein Volk und seine heilige Aufgabe liebt. Seinen Helfern und Mitarbeitern steht er gegenüber als der Erste unter Freien und Gleichen.

Dieser alte deutsche Gedanke bildet die Grundlage dieses eisernen Zusammenhaltens zwischen dem Führer und seinen Freunden um der Sache willen.

Er ist Führer, weil er sich bewährt, und solange er sich bewährt. „Jedwedem zieht er seine Kraft hervor, ihm eigentümlich und zieht sie groß, — läßt jeden ganz das bleiben, was er sei, und sorgt nur, daß er immer sei am rechten Orte." (Schiller.)

Sich selbst gegenüber ist er streng und hart, er richtet sich nach seinen eigenen Gesetzen. Für jeden hat er Zeit und hört ihn an, doch weiß er wohl zu scheiden zwischen Wichtigem und Unwesentlichem. Zur Erringung seines Zieles darf er auch vor Blut und Krieg nicht zurückschrecken, er darf nicht ruhen und rasten, bis sein Ziel erreicht ist, dann sichert er seine Schöpfung noch, soweit dies menschenmöglich ist, er selbst aber kann zurücktreten, wie es der Diktator Sulla gemacht hat, und sichert dadurch in zweifacher Hinsicht sein Werk indem er von ferne wirkt, aber doch nicht durch seine starke Persönlichkeit alles mit außergewöhnlichen Maßstäben zu rechnen zwingt, andererseits wird eine freiere und selbstständigere Nachfolgerschaft heranwachsen können, wenn der Titane nicht dauernd im politischen Alltagsleben bestimmt, sondern der Führer im geistigen Sinne bleibt. Eine solche Genialität des Handelns und Wollens wird den Diktator auszeichnen, der Deutschland wieder zur Höhe führen wird. Ist dann durch die Leistung eines außergewöhnlichen Führers der Weg aus Sümpfen und Niederungen gefunden worden, sind die inneren und äußeren Voraussetzungen für ein selbständiges völkisches Leben wieder gewonnen worden, dann mag sich die Nation wieder über die äußere Staatsform schlüssig werden.

Unsere Anschauung über die künftige Staatsform wird wesentlich davon beeinflußt sein, auf welche Weise gewisse Formen des öffentlichen Lebens besonders das Wahlrecht und die daraus hervorgehende Volksvertretung beschaffen sein werden. Wir können uns durchaus die Möglichkeit einer gesunden republikanischen Staatsform denken, etwa wie im alten Rom. Allerdings weisen fast alle geschichtlichen Erinnerungen in Deutschland auf die monarchische Staatsform hin. Mit der monarchischen Staatsform ist nun allerdings keineswegs der dynastische Gedanke unzertrennlich verbunden. Im Gegenteil scheint es, daß nur zu oft dynastische Interessen sehr zum Schaden der Völker ausgeschlagen sind. Noch ein weiteres Moment mahnt uns zu äußerster Vorsicht bei der Frage nach einer eventuellen Wiedereinführung der monarchischen Staatsform — die Konsequenz der Erblichkeit bei den Dynastien. In der leidvollen Geschichte des deutschen Volkes konnte man immer und immer wieder finden, daß die dritte Generation nach einem bedeutenden Herrscher das Erbe der Väter vertan hat, die Ehre und Würde der Nation geschädigt, die Machtstellung

monarchische
ıtsform muß
ıt zugleich
astisch sein

Digitized by Google

des Reiches verloren, Frieden und Wohlstand der Bürger vernichtet hat. Das was dem Deutschen vorschwebt, wenn er von den Vorzügen der Monarchie speziell unter einem erblichen Herrscherhaus spricht, ist immer der Gedanke an diejenigen, denen die Geschichte den Beinamen des „Großen" gegeben hat. Wir denken dabei an Karl den Großen, an Otto den Großen, an Friedrich den Großen und an die wenigen, die sich diesen wirklichen Herrschern noch ebenbürtig anreihen; aber nur ein flüchtiges Erinnern an die Galerie von Unfähigkeit, Trägheit, Eigensucht, Verschwendungssucht, Phantasterei, Volksfremdheit und anderer schöner Eigenschaften, die mit dem Namen Ludwig der Fromme, Otto III., Wenzel, Karl VI., Friedrich Wilhelm III. Wilhelm II. zusammenhängen, genügt, um klar zu erkennen, daß die dynastische Staatsform keinerlei Garantie für das Wohl des Volkes in sich schließt.

Das, was die Hinneigung des Deutschen zur Monarchie ausdrückt, ist das Bedürfnis des Deutschen nach einem Führer, und die Bereitwilligkeit, sich einem Führer unterzuordnen. Gerade die letztere Eigenschaft ist wohl eine besonders wesentliche Eigenschaft des Deutschen, wir kennen diesen Zug des deutschen Charakters in seinen guten und schlechten Seiten nur zu gut. Die Mannestreue bis zum Tod hat ihn die gewaltigsten Siege erfechten lassen, sie ließ ihn selbst fremden Fahnen folgen; aber sie schließt auch unendlich viel Unselbständigkeit unter den schwächeren Typen in sich bis zur Würdelosigkeit und Knechtseligkeit, Ausländerei und Urteilslosigkeit.

Die Frage der Gefolgschaft ist also in Deutschland an sich nicht schwer zu lösen. Die weit schwierigere Frage liegt im Führerproblem.

Die Führerauslese war bisher mehr oder minder immer dem reinen Zufall ausgeliefert gewesen. Das fürstliche Ehebett ist eben keineswegs eine Garantie für die von einem Monarchen unbedingt zu fordernde geistige Befähigung und für die notwendigen Charakteranlagen. Und wenn wir uns gar an die neudeutsche Wirtschaft erinnern, wo lediglich die Parteizugehörigkeit über die Befähigung für die höchsten öffentlichen Aemter entscheidet, so müssen wir dieser Frage ein ganz besonderes Augenmerk widmen.

Die Lösung liegt in der Richtung dessen, was wir über die Anforderungen gesagt haben, die wir an einen Diktator stellen. Der Schwerpunkt liegt also in der Sicherung der sittlichen und charakterlichen Qualitäten dessen, dem die Geschicke des Volkes in die Hände gelegt werden sollen. Während indessen der Diktator von sich aus die Führung auf sich nimmt und seine Legitimation gewissermaßen aus sich selbst schöpft, als Träger nationaler Sehnsucht, so muß der zukünftige Führer tatsächlich aus dem bewußten Willen der Nation als der Beste und Geeignetste hervorgehen. Dabei mag noch durchaus offen bleiben, ob die höchste Würde auf eine Person vereinigt werden soll oder ob das Staatsoberhaupt aus zwei oder mehreren bestehen soll. Jedenfalls, das eine steht für uns fest, daß von dem mit der Führung der höchsten Staatsgeschäfte Betrauten, seien es gekrönte Häupter oder ein konsularisches Duum- oder Triumvirat, die höchste Verantwortlichkeit nach bester Möglichkeit in der Verfassung verankert werden wird. Höchste Verantwortlichkeit wird daher die wesentlichste staatspolitische Grundlage sein, die den nationalsozialistischen Staat vor den bisherigen Herrschaftsformen auszeichnen wird.

Digitized by Google

Eine besondere Seite der staatspolitischen Grundlagen des nationalsozialistischen Staates ist die Forderung des völkischen Staates, in dem die Angehörigen fremder Länder und Rassen von der Führung der Staatsgeschäfte sowie von der Bekleidung öffentlicher Aemter ausgeschlossen sind.

Die große Lehre der ganzen deutschen Geschichte läßt sich darin zusammenfassen, daß Deutschland immer arm, schwach und elend war, wenn seine Herrscher fremden Interessen nachjagten und wenn die engen kleinen Belange der einzelnen Länder und Städte über die gemeinsamen Angelegenheiten des Reiches gestellt wurden; und ebenso war Deutschland immer stark und mächtig, wenn es einig war und seine Herrscher deutsch dachten und fühlten und Länder und Städte sich als Glieder des großen gemeinsamen Vaterlandes fühlten. Nationale Geschlossenheit nach außen bei aller Freiheit und Vielgestaltigkeit nach innen. Dies ist der richtige deutsche Staatsgedanke. Diesem Ideal des deutschen Staatsgedankens war das Bismarckreich schon sehr nahe gekommen, nur daß unsere Stammesbrüder in Deutschösterreich noch außerhalb des Reiches geblieben waren.

r geschlossene deutsche tionalstaat ist das deutsche Staatsideal

Die Vereinigung aller deutschen Stämme zu einem geschlossenen Nationalstaat ist daher unser vornehmstes staatspolitisches Ziel. Innerstaatlich ist der föderative oder bundesstaatliche Charakter der größeren Länder, wie er geschichtlich sich ergibt, aufrechtzuerhalten bzw. wieder aufzubauen. Die staatspolitischen Grundlinien in dieser Hinsicht sind folgende: Alle Funktionen des Reiches, bei denen es sich um die machtpolitische Stellung des Deutschen Reiches gegenüber dem Ausland handelt, sind Reichsangelegenheiten. Es sind dies das Auswärtige Amt, Gesandtschaften und Konsulate, das Paßwesen, Außenhandelskontrolle, das Zollwesen und vor allen Dingen Heer und Flotte. Innerstaatlich dagegen ist der Gedanke weitgehendster Selbständigkeit der einzelnen Länder oder Bundesstaaten zu pflegen. Voraussetzung hiefür ist, daß die finanzielle Souveränität der einzelnen Länder, die weniger die Weimarer Verfassung, als vielmehr die Berliner Zentralisierungssucht und die Erzbergersche Finanzreform bzw. Finanzruinierung vernichtet hat, wiederaufgerichtet wird. Die finanzielle Selbständigkeit ist die Voraussetzung für staatliches Eigenleben, deshalb wird die Steuergesetzgebung in der Hauptsache den Ländern zu überlassen sein.

Die Gesetzgebung für Zivil-, Handels- und Strafrecht wird reichsgesetzlich geregelt, aber in der Durchführung des Landesjustiz- und Polizeibehörden unterstellt.

In gleicher Weise werden die Verkehrsanstalten zwar nach reichsgesetzlichen Richtlinein geregelt, sie verbleiben jedoch nach ihrer Vermögenssubstanz und verwaltungs- und betriebstechnisch unter der Landeshoheit.

Daß die Freiheit des Religionsbekenntnisses in staatsrechtlicher Hinsicht voll aufrechterhalten bleibt, bedarf keiner besonderen Erwähnung, dagegen genießen diesen Schutz nicht Religionsbekenntnisse, deren Schriften nicht in vollem Umfange in deutscher Sprache und jedermann zugänglich geschrieben sind und deren Inhalt staatsgefährliche Lehren enthalten.

Die staatsrechtliche Ausprägung des sozialen Grundcharakters des Reiches wird insbesondere auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes, sowie auf den Gebieten der Kranken-, Unfall- und Alters- und Invalidenversicherung betont und gesetzlich besser herausgearbeitet werden, als dies jetzt geschieht.

Digitized by Google

Erkenntnisse und Zielsetzung.

Erfordert schon jede Zeitfragenbehandlung großen Stils eine Beantwortung der drei Fragen: Wie steht's? Wie kam's? und Was nun?, denn ohne diese gründliche Untersuchung ist niemals eine ganze und gewissenhafte Arbeit zu erwarten, so gilt dies natürlich in noch viel höherem Sinne, wenn es sich darum handelt, einen neuen Staat aufzubauen. Eine Schilderung der heutigen Lage im Rahmen dieser Denkschrift hat natürlich nur soweit Platz, als es sich darum handelt, die wesentlichen Merkmale für die heutigen krisenhaften Zustände von Staat und Wirtschaft herauszuschälen. Bei einer solchen Aufgabe muß man sich besonders davor hüten, irgendwelche Erscheinungsformen für Ursachen zu halten. Gerade dies ist ja die Kunst jeder Diagnose, daß sie sich nicht täuschen läßt von Aeußerlichkeiten oder Auswüchsen, sondern tiefer auf den Grund der Dinge sieht. Am ärztlichen Beispiel bzw. am lebendigen Menschen wird dies am besten klar. Wenn sich irgendwo am Körper eine Geschwulst zeigt, so ist die Ursache zunächst in der Erkrankung des betreffenden Körperteils zu suchen; daß dieser Körperteil erkrankt ist, hat seine Ursache in schlechter Blutbeschaffenheit, aber auch diese Erkenntnis ist noch nicht als letzte Ursache anzusehen, sondern die schlechte Blutbeschaffenheit wird wiederum die Folge falscher oder ungenügender Ernährung sein. Die Heilung würde nun durchaus nicht erfolgen können, wenn der Arzt nur die äußere Erscheinung bekämpfen würde, hiedurch würde im besten Falle eine vorübergehende Erleichterung eintreten, eine Linderung der Schmerzen, aber die Krankheit würde fortbestehen. Auch ein Heilversuch durch eine Blutreinigungskur würde keine Dauerheilung bringen können, wenn nicht die Grundursache, nämlich die mangelhafte oder schlechte Ernährung oder die sonstigen schädlichen Umstände beseitigt werden. Nur eine solche Gesundung von innen heraus kann eine wirkliche Heilung bringen. Dies leuchtet Jedem ein. Genau ebenso muß die Untersuchung geführt werden, wenn wir es mit einem erkrankten Volkskörper zu tun haben. Auch hier nützt es nur herzlich wenig, wenn die äußeren Krankheitserscheinungen bekämpft werden. Die Verurteilung eines kleinen Butterschiebers oder eines Geschäftsmannes wegen Ueberschreitung der Höchstpreisverordnung ist selbstverständlich eine durchaus angezeigte Maßnahme, aber irgendeinen Einfluß auf die Heilung tiefer sozialer Schäden kann natürlich eine solche Maßnahme niemals nach sich ziehen, die Ursache liegt eben tiefer. Ein bekanntes Sprichwort, das dem unbeirrbar richtigen Volksempfinden Ausdruck verleiht, sagt: „Die kleinen Lumpen hängt man, die großen läßt man laufen." Die Häufigkeit von Verstößen gegen das Allgemeininteresse ist nur das äußere Anzeichen dafür, daß sich hinter den Kulissen Dinge abspielen, die in ungeheurem Maße das Allgemeinwohl beeinträchtigen; wir denken hier an Schiebung und Wucher im Großen, gefördert und geduldet von Staats wegen. Denn nur wenn etwas faul im Staate ist, können sich solche große Schäden halten und zu einer dauernden Gefahr für den

Der Sta
schwer

Digitized by Google

Bestand des Staates selbst werden. Ist somit der Staat selbst krank, so ist mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Ursache davon falsche geistige Einstellungen sind gegenüber den Belangen des Volkes und gegenüber den eigenen Funktionen und Machtvollkommenheiten des Staates selbst. Eine Heilung kann daher im letzten Grunde nur erwartet werden aus einem neuen gesunden Staatsgedanken heraus, durch die Schaffung einer gesunden kraftvollen Staatsführung, die völlig unabhängig ist und unbelastet mit den Sünden der Vergangenheit. Jede Lösung, die ihren Ausgangspunkt von einem Kompromiß nimmt mit den bestehenden Gewalten, oder die wiederanzuknüpfen sucht an die niedergebrochenen Formen früherer Staatlichkeit, tragen den Keim eigenen Siechtums in sich. In diesem Zusammenhang muß auch davor gewarnt werden, an hi[illegible]sche Staatsformen anzuknüpfen, die zwar an sich nicht schlecht, aber doch sehr bald dem Untergang verfielen.

Welches sind nun die hervorstechendsten Merkmale der heutigen Krisis?

Krankheitserscheinungen

Aeußerlich und oberflächlich — wie bei einem Fieberkranken — erhöhte Temperatur oder ins wirtschaftlich-politische übertragen herrscht Erregung, Gereiztheit bei jeder Gelegenheit, Unruhe und Unordnung. Es ist äußerst bezeichnend, daß jeder Spießer und Denkfaule, ebenso aber auch das ganze Heer der eigentlichen Schuldigen immer mit lautester Stimme als Allheilmittel die „Ruhe und Ordnung" gepriesen haben. Ruhe und Ordnung ist natürlich überhaupt kein politisches Ziel, sondern nur ein Zustand, der anzeigt, daß gesunde Zustände im Völkskörper herrschen. Ist aber ein Volk krank, so ist es ganz natürlich und selbstverständlich, daß sich dies in Unruhe und Unordnung äußert. Eine politische Einstellung, die nur die „Ruhe und Ordnung" predigt und herzustellen versucht, ist daher vollkommen unrichtig eingestellt; sie dient im Gegenteil nur dazu, daß die Krankheit sich immer tiefer einfrißt, bis dann der Tod unter den fürchterlichsten Krämpfen doch eintritt. Die Geschwüre und Eiterherde selbst personifiziert gedacht, haben ihrerseits natürlich ebenfalls den Wunsch, daß der Kranke hübsch ruhig bleibt, denn dann können sich die Bazillen so herrlich rasch vermehren und sich über den ganzen Körper ausbreiten und ihn auch innerlich ganz zersetzen. Nein, ganz im Gegenteil, fort mit den Eiterherden, diese müssen herausgeschnitten werden, da kann man nicht die Schmerzen des operativen Eingriffes als Gegengrund anführen; der Patient muß aus seiner schlechten Umgebung weggebracht werden und vor allen Dingen muß er eine gesunde und kräftige Ernährung bekommen.

Die weiteren Erscheinungen sind die Besetzung von Staatsstellen mit ungeeigneten Elementen, die Verfügung über staatliche Angelegenheiten durch Mehrheitsbeschlüsse, das Zustandekommen solcher Mehrheitsbeschlüsse in Parlamenten, die keinerlei Verantwortlichkeit tragen, die Wahl solcher Parlamente nach einem Wahlrecht, das zwar äußerlich das freieste und umfassendste ist, innerlich aber auf die Urteilslosigkeit der Massen spekuliert und bessere Einsicht und höheres Verantwortlichkeitsgefühl einfach unterdrückt. Eine Regierung, die abhängig ist von Parlamentmehrheiten, die rein zufällig zustandekommen und für die nur parteipolitische Erwägungen maßgebend sind, kann natürlich ihrerseits nicht mehr die

Digitized by Google

objektive Wahrerin des allgemeinen Wohles sein, sondern sie ist der Tummelplatz für ehrgeizige Parteipolitiker und verbohrte Doktrinäre. Alle diese Erscheinungsformen lassen sich zusammenfassen in dem Wort „Parlamentarismus".

Parlamentarismus

Dieser Parlamentarismus ist die große demokratische Lüge von der Fähigkeit des Volkes zur Selbstregierung. Wohl können wir uns denken, daß verantwortungsbewußte Staatsbürger durchaus befähigt sind, über öffentliche Angelegenheiten maßgebend zu urteilen und die Geschicke ihrer Gemeinde oder ihres Landes zu leiten, aber ein Wahlrecht wie das allgemeine, direkte und geheime für Personen über 21 Jahre beiderlei Geschlechts trägt notwendigerweise den Keim in sich für die Afterherrschaft der Minderwertigen und Gewissenlosen.

Zinsherrsch des Weltkapitals

Neben der Afterherrschaft der Parlamente und der davon abhängigen Regierungen herrscht heute in Wirklichkeit trotz aller antikapitalistischer Phrasen der Marxisten das Großleihkapital. Die Hochfinanz ist der unbeschränkte Gebieter über Staat und Wirtschaft. Keine Regierung wagt gegen das Profitinteresse der Bank- und Börsenwelt irgendwelche einschneidende Maßnahmen zu treffen. Alle Völker sind durch ganz riesenhafte Staatsschulden dieser überstaatlichen Weltgewalt zins- und tributpflichtig geworden. Die Folgen dieser Zinsknechtschaft sind ungeheure, sie erschüttern die ganze Welt in wirtschaftlicher und staatspolitischer Beziehung bis in ihre Grundfesten. Das Eintreiben der Schuldzinsen ist geradezu die Hauptbeschäftigung der Regierungen geworden. Dies bedeutet für die Völker eine furchtbare steuerliche Ausplünderung und Aussaugung durch die verschiedenartigsten Mittel der direkten und besonders der indirekten Steuern, durch eine rasende Geldentwertung, die zu einer Beraubung des gesamten bürgerlichen Mittelstandes um ihre Spargelder geführt hat. Diese ungeschränkte Herrschaft des Geldsackes übt unter der Maske des Rechtsanspruches auf Zins die brutalste Herrschaft aus, die je die Welt beherrscht hat. Sie führt zu einer Verarmung und Verelendung der Massen und besonders derjenigen Kreise, denen der Gelderwerb nicht Selbstzweck und daher Mittelpunkt ihres ganzen Denkens ist. Hieraus entsteht erst die allerentsetzlichste Folge dieser absoluten Geldherrschaft, das ist die moralische Versumpfung der unter dieser Herrschaft stehenden Völker. Alle Instinkte richten sich auf Erwerb und Besitz, in rücksichtslosem Gewinnstreben versinken alle Begriffe von Treu und Glauben, der anständige Mensch muß erleben, daß er als Lohn für seine Anständigkeit wirtschaftlich immer tiefer hinabsinkt, während die Skrupellosigkeit bei allen möglichen und unmöglichen Geschäften riesenhafte Gewinne einbringt. Die wichtigsten Volksnahrungsmittel unterliegen einer ungeheuren Bewucherung von Seiten des Zwischenhandels und des Kettenhandels. Verzweifelt ringen weiteste Volkskreise um ihr Auskommen, — durch Arbeit allein wird ein erträgliches Auskommen immer schwerer — und gepeinigt und gepeitscht von der Not der Zeit wenden sich immer mehr Menschen dem Schieber- und Wuchertum zu. Zehntausende werfen sich trotz inneren Widerwillens der Börsenspekulation in die Arme. In geschlossenen Kampffronten versuchen die Arbeiter immer höhere Löhne zu erzwingen, Streiks erschüttern die wirtschaftlichen Arbeitsstätten, lähmen deren Produktion und schädigen somit indirekt diejenigen am meisten, die auf die größtmöglichste Erzeugung

Wucher u Betrug

Börsenspekul

Digitized by Google

aller Güter der Volkswirtschaft angewiesen sind, eben gerade die Arbeiterschaft selbst.

Streiks

Wenn keine Kohlen mehr gefördert werden, dann frieren die Armen, wenn dann keine Züge mehr gehen, dann tritt überall Mangel ein, dann hungert das Volk. Die Geldgewaltigen finden leicht und immer Mittel und Wege, ihre üppigen Wohnungen zu beheizen, sie sind nicht auf die Eisenbahnen angewiesen, sie besitzen Automobile, für sie gibt es keinen Hunger, keine Entbehrung. Für sie sind ja alle die Herrlichkeiten da und erreichbar, die aus den üppigen Schaufenstern der großstädtischen Feinkostgeschäfte herausschauen. Neid und Haß flammt auf — dort ist Ueberfluß und Reichtum, während das Volk in Not ist, und es entbrennt der Kampf Aller gegen Alle. Neid und Haß machen blind, der Arbeitnehmer sieht im Unternehmer nicht mehr den Arbeitgeber, sondern den Ausbeuter, der Stadtbewohner sieht im Bauern nicht mehr denjenigen, dem er das tägliche Brot verdankt, sondern denjenigen, der die Nahrungsmittel zurückhält und verteuert, der Bauer ist erbittert über Zwangsbewirtschaftung und Höchstpreise, die durch Jahre hindurch die Preise der landwirtschaftlichen Produkte weit unter dem Teuerungsindex gehalten haben, über die „Faulenzer" in den Städten, die immerfort streiken, während er selbst keinen Achtstundentag kennt.

ampf Aller gegen Alle

Und während so die verschiedenen Bevölkerungskreise sich gegenseitig die Schuld an den grauenhaften Zuständen beimessen, reibt sich der Nutznießer dieser Zustände die Hände. Durch ein verbrecherisch ausgeklügeltes System der Volksbegaunerung versteht es der Jude, alle Besitztitel der Völker in seine Hand zu bekommen, um endlich das ersehnte Weltreich seiner Prophezeiungen aufzurichten — die irdische Weltherrschaft des Gottes Mammon.

assenkampf

Als Gesamterscheinung können wir diese Zustände unter dem Begriff „Mammonismus" zusammenfassen.

mmonismus Weltherr

Die Kehrseite dieses Mammonismus ist die aus der Seelenstimmung der Objekte der mammonistischen Vergewaltigung geborene marxistische Weltanschauung. Wir wissen sehr wohl, daß die Drahtzieher der Marxisten diese Seelenstimmung klug für sich als Zutreiber für das Weltkapital zu benützen verstanden und gleichzeitig den Haß der Ausgebeuteten von sich selbst abzulenken verstanden haben, aber wir müssen hier mit einer Seelenverfassung rechnen, die der Wiederaufrichtung eines gesunden völkischen Staates nicht nur hinderlich, sondern im höchsten Maße feindlich gegenübersteht.

arxismus Zutreiber

Das Wesentliche des Marxismus müssen wir darin erblicken, daß er das Privateigentum leugnet und damit jeder Wirtschaft und darüber hinaus jeder höheren Kultur den Boden entzieht; ferner darin, daß er den Klassenkampfgedanken gepflegt hat und damit das Volk in verschiedene sich bekämpfende Klassen zerrissen hat. Es genügt auf das namenlose Elend des russischen Volkes hinzuweisen, wo im Sowjetstaat diese volks- und wirtschaftsmordende Irrlehre in größtem Maßstabe in die Wirklichkeit umgesetzt wurde.

Diese drei hauptsächlichsten Krankheiten fressen am Mark unseres Volkes: **Parlamentarismus — Mammonismus — Marxismus.**

Digitized by Google

Und wenn wir nun nach dem eigentlichen Krankheitserreger suchen, so stoßen wir seltsamerweise überall auf den Juden als Führer und hauptsächlichsten Nutznießer.

Die Juden

Die Judenfrage wird zur Weltfrage, von deren Lösung das Wohl und Wehe der Völker abhängig sein wird. die Nutznie der Weltfr

Es kann nicht die Aufgabe dieser Denkschrift sein, den quellenmäßigen Nachweis für die tatsächliche Richtigkeit dieser These zu erbringen, wir verweisen auf die ungeheuer reiche Literatur über die Judenfrage, auf die Aussprüche unserer größten Geister über die Schädlichkeit des Juden für jedes Volk, das von dieser Seuche ergriffen worden ist. Wer nach dem Lesen der Schriften von Theodor Fritsch, Henry Ford und Alfred Rosenberg nicht zu tiefst von der Wahrheit des obigen Satzes durchdrungen ist, dem ist einfach nicht zu helfen, der gehört nicht zu uns, nicht in unsere Kampffront zur Brechung der Vorherrschaft des Judentums.

Ein Rückblick über die Geschichte zeigt uns, daß die verzweifelten Völker immer wieder versucht haben, durch blutige Unterdrückung und Ausrottung der einzelnen Juden sich von diesem Uebel zu befreien — nach einigen Generationen aber sind die Juden nach solchen Pogromen stärker und geldgewaltiger wieder eingedrungen.

Wir müssen uns deshalb davor hüten, die Lösung der Judenfrage auf diese primitive Weise zu suchen — den Pestbazillus kann man ja auch nicht einzeln töten, man kann ihn nur ausrotten, indem man ihm die Lebensbedingungen abschneidet.

Der in der ganzen Welt aufflammende Antisemitismus ist das Flammenzeichen, daß die Völker ihren größten und tödlichsten Feind erkannt haben, nun ist es aber unsere Aufgabe, diese richtige gefühlsmäßige Erkenntnis verstandesmäßig richtig zu lenken. Die in diesem Abschnitt angestellte kritische Untersuchung zeigt uns schon den Weg, sie zeigt uns, daß wir eine dreifache Kampffront haben:

gegen Parlamentarismus und seine Nebenerscheinungen,
gegen das **Weltwucherkapital** und
gegen den Marxismus.

Der Kampf gegen den **Marxismus** erfolgt durch unermüdliche Aufklärung der verhetzten Massen, soweit freilich die Verführungskünste der jüdischen Arbeiterverführer mit ihren Lügen und Verleumdungen eine Verständigung hintertreiben, ist der offene Kampf aus Schuld dieser Hetzer unvermeidlich und muß — wenn auch blutenden Herzens — gegen die eigenen verführten Volksgenossen ausgefochten werden.

Die Beseitigung des **Parlamentarismus** und die Aufrichtung einer nationalen Diktatur, die die öffentliche Moral verkörpert und die unbedingte Verantwortlichkeit für alle dem Gemeinwohl Dienenden ist die zweite Etappe in diesem schweren Kampf.

Die **Brechung der Zinsknechtschaft** ist dann der letzte und schwerste Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet zur Befreiung von Volk und Staat aus den goldenen Netzen der überstaatlichen Finanzgewalt.

Erst nach Durchkämpfung dieser drei Etappen und wenn der volle Sieg errungen und gesichert ist, ist die Zeit gekommen, alle die weiter-

Digitized by Google

gehenden Reformen zur Durchführung zu bringen, die dem geſchwächten und kranken Volkskörper wieder neuen Lebensmut und Lebenskraft geben werden, die erſt das verwirklichen wird, was uns allen vorſchwebt, an das wir alle mit heißem Herzen glauben und das wir alle mit unbeugſamem Willen erſtreben:

Deutſchlands Wiedergeburt.

Ein neues, freies, einiges Alldeutſchland in einem geſunden ſtraffen und kraftvollen Staate der Arbeit und Leiſtung.

Digitized by Google

II. Das Programm.

Digitized by Google

Digitized by Google

Die Entstehung des Programms.

Jedes Werk bedarf eines Planes, jeder Verwirklichung muß die geistige Schöpfung vorangehen. Je klarer und besser durchgearbeitet die Baupläne sind, desto schöner und rascher läßt sich der Bau erstellen. Auch politische Neubauten bedürfen eines klaren Bauplanes, man nennt dies hier politisches Programm.

Die Anforderungen, die man an ein politisches Programm stellen muß, sind sehr hohe und sehr verschiedenartige. Es handelt sich um eine Aufgabe von höchster Verantwortlichkeit, denn das Wohl und Wehe des eigenen Volkes hängt davon ab, ob der Plan gut war. Ein Programm muß ferner in gedrängtester Kürze alle wichtigen Gebiete des öffentlichen Lebens behandeln, es muß jedem verständlich sein, muß ganz eindeutig sein, muß jeder Kritik standhalten, darf sich nicht in Einzelheiten verlieren, darf den Gegnern keine unnötigen Angriffspunkte geben, darf keine utopischen Hoffnungen erwecken, die dann nicht eingehalten werden können. Das Programm muß ein getreues Abbild des kommenden Staates und der neuen Wirtschaft sein. Es muß jedermann in großen Linien den Umriß der gewollten Staats- und Wirtschaftsordnung zeigen, es darf aber auch die Durchführung im Einzelnen nicht einengen oder ihr vorgreifen wollen.

Jedes Programm hat auch eine Geschichte und eine Entwickelung, aber es ist sicherlich ein Prüfstein für die grundsätzliche Richtigkeit einer Bewegung, wenn nach 5 Jahren an den Grundzügen nichts wesentliches geändert werden muß und nur einige Unklarheiten beseitigt werden müssen. Nur der wichtigste und markanteste Programmpunkt des alten Programmes vom 24. Februar 1925 Nr. 11 „Abschaffung des arbeits- und müheloſen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft" bedarf dringend einer eingehenderen programmatischen Behandlung in staats-, finanz- und wirtschaftspolitischer Hinsicht. Die ausführlichere Behandlung dieses Punktes war seinerzeit keine so unbedingte Notwendigkeit gewesen, weil damals die diesbezüglichen ausführlicheren Schriften „Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft" und „Der Staatsbankerott, die Rettung" fast die einzigen vorhandenen Schriften waren und den Gründern und ersten Anhängern der Bewegung durchaus bekannt und vertraut waren. Gewissermaßen war es der geistige Inhalt dieser Schriften, die dem Erneuerungswillen, der einen kleinen Kreis um Anton Drexler zusammengeführt hatte, zu dem nationalen und völkischen Ideenkreis noch den sozialen Aufgabenkreis mit damals schon in den Grundzügen festbestimmten Vorschlägen hinzufügte.

Gerade diese Programmpunkte und Forderungen sind es, durch die sich die deutsche Freiheitsbewegung des Nationalsozialismus wesentlich und grundsätzlich von allen anderen völkischen und nationalen Gruppen, Bewegungen und Parteien unterscheidet, durch die sie sich besonders von allen sog. parlamentarischen Parteien unterscheidet, die ja ihrerseits nur eine Erscheinungsform mammonistisch-plutokratischer Herrschaft sind.

Digitized by Google

Eine weitere Notwendigkeit bei der Neuformulierung des Programmes war die, eine übersichtlichere Form und eine klare Gliederung zu gewinnen über die einzelnen Gebiete des öffentlichen Lebens. Dies ist geschehen.

Es ist eine Pflicht, hier noch einer anderen grundlegenden Arbeit zu gedenken, die einer Parallelerscheinung des Nationalsozialismus in Oesterreich und Böhmen seine Entstehung verdankt, ich meine die Schrift von Ingenieur Jung-Troppau, Abgeordneten für das Sudetendeutschtum in der Tschechoslowakei im Prager Parlament.

Der österreichische Nationalsozialismus reicht in seinen Anfängen weit in die Zeit vor dem Kriege zurück. Sein Ideenkreis fußte mehr auf dem Versuch, die sozialistische Gedankenwelt mit dem nationalen Gedanken in Einklang zu bringen, während der ganz getrennt davon — ja ganz ohne Wissen von dem Vorhandensein dieses österreichischen Nationalsozialismus — in Deutschland erst nach dem Zusammenbruch entstandene reichsdeutsche Nationalsozialismus von vornherein eine grundsätzliche Kampfstellung gegen den Marxismus einnahm.

Heute haben sich die beiden Bewegungen zusammengefunden in ihren gemeinsamen Zielen, so daß Jung's Werk auch für den deutschen Nationalsozialismus von grundlegender Bedeutung ist.

In jüngster Zeit ist eine reichsdeutsche Ausgabe erschienen, die alles berücksichtigt, was in den großen zwischenstaatlichen Tagungen in Salzburg 1920, Linz 1921, Wien 1922 beschlossen wurde, nachdem auf dem Salzburger Parteitag die beiden mächtigen Bewegungen sich zusammengefunden hatten.

Digitized by Google

Das Staats- und Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Unser Ziel ist — Deutschlands Wiedergeburt in deutschem Geist zu deutscher Freiheit.

Der Weg zu diesem Hochziel ist:

I. Staatspolitischer Grundsatz: **Das Deutsche Reich ist die Heimat der Deutschen,**

a) außenpolitisch:

1. Die Aufrichtung eines geschlossenen Nationalstaates, der alle deutschen Stämme umfaßt.
2. Die kraftvolle Vertretung der deutschen Interessen im Ausland.

b) rassenpolitisch:

3. Die Ausscheidung der Juden und aller Nichtdeutschen aus allen verantwortlichen Stellen des öffentlichen Lebens.
4. Unterbindung der Zuwanderung von Ostjuden und von anderen parasitären Ausländern. Lästige Ausländer und Juden können abgeschoben werden.

c) staatsbürgerlich:

5. Nur der Deutsche, der sich zur deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft bekennt, kann staatsbürgerliche Rechte ausüben.
6. Wer nicht Deutscher ist, kann nur als Gast im deutschen Staat leben und steht unter Fremdenrecht.
7. Die Rechte und Interessen der Deutschen gehen vor denen der Angehörigen fremder Völker.

II. Wirtschaftspolitischer Grundsatz: **Die Aufgabe der Volkswirtschaft ist die Bedarfsdeckung und nicht eine möglichst hohe Rentabilität für das Leihkapital.**

8. Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz.
9. Das Wohl des Volkes zieht aber der maßlosen Reichtumsanhäufung in den Händen Einzelner eine Grenze.
10. Alle Deutschen bilden eine Werkgemeinschaft zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt und Kultur.
11. Im Rahmen dieser allgemeinen Arbeitspflicht jedes Deutschen und unter grundsätzlicher Anerkennung des Privateigentums steht jedem Deutschen freie Erwerbsmöglichkeit und freie Verfügung über seinen Arbeitsertrag zu.
12. Die gesunde Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens, also auch in der Landwirtschaft, bleibt aufrechterhalten.
13. Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Trusts) werden bekämpft.

Digitized by Google

14. Wucher und Schiebertum, sowie die rücksichtslose Bereicherung auf Kosten und zum Schaden des Volkes wird mit dem Tode bestraft.
15. Einführung eines Arbeitspflichtjahres für jeden Deutschen.

III. Finanzpolitischer Grundsatz: **Das Geldwesen steht im Dienste des Staates, die Geldgewaltigen dürfen keinen Staat im Staate bilden;** daher unser Ziel: **Brechung der Zinsknechtschaft** durch

16. Befreiung des Staates und damit des Volkes aus seiner zinspflichtigen Verschuldung gegenüber dem Großleihkapital.
17. Verstaatlichung der Reichsbank A.-G. und der Notenbanken.
18. Finanzierung aller großen öffentlichen Aufgaben (Ausbau der Wasserkräfte, Verkehrswege etc.) unter Vermeidung des Anleiheweges durch die Ausgabe zinsloser Staatskassengutscheine bzw. auf bargeldlosem Wege.
19. Einführung einer stabilen Währung auf gedeckter Grundlage. (Währungsreform.)
20. Schaffung einer gemeinnützigen Bau- und Wirtschaftsbank zur Gewährung zinsloser Darlehen.
21. Durchgreifende Umgestaltung des Steuerwesens nach sozialen volkswirtschaftlichen Grundsätzen. Befreiung des Konsums von der Last der indirekten Steuern sowie der Produktion von einengenden Steuern. (Steuerreform und Steuerbefreiung.)

IV. Sozialpolitischer Grundsatz: **Das allgemeine Wohl ist oberstes Gesetz.**

22. Großzügiger Ausbau der Altersversicherung durch Verstaatlichung des Leibrentenwesens. Jedem bedürftigen deutschen Volksgenossen wird von einem bestimmten Lebensalter an oder bei vorzeitigem Eintritt dauernder Erwerbsunfähigkeit eine auskömmliche Rente sichergestellt.
23. Beteiligung aller an produktiven Unternehmungen Beschäftigten je nach Leistung und Alter an den Erträgnissen des Werkes unter gleichzeitiger Mitverantwortlichkeit für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben des Werkes.
24. Einziehung aller nicht auf ehrlicher Arbeit beruhenden Kriegs- und Revolutionsgewinne sowie von Hamster- und Wuchergut und deren Verwendung für den Ausbau der sozialen Fürsorge.
25. Behebung der Wohnungsnot durch umfangreiche Wohnungsneubauten im ganzen Reich mit den Mitteln der nach Ziffer 21 neu zu schaffenden gemeinnützigen Bau- und Wirtschaftsbank.

V. Kulturpolitisch.

Eine Blüte aller Wissenschaften und schönen Künste auf der Grundlage eines politisch freien, wirtschaftlich gesunden Staates ist unser kulturelles Hochziel.

Dies soll erreicht werden durch

26. Erziehung der Jugend zu körperlich gesunden und geistig freien Menschen nach den großen Ueberlieferungen des deutschen Geisteslebens.

Digitized by Google

27. Volle Religions- und Gewissensfreiheit.
28. Besonderen Schutz der christlichen Glaubensbekenntnisse.
29. Unterdrückung und Fernhaltung von Glaubenslehren, die dem deutschen Sittlichkeitsgefühl zuwiderlaufen und deren Inhalt staats- und volkszerstörenden Charakter tragen.
30. Unterdrückung aller schädigenden Einflüsse in Schrifttum und Presse, Bühne, Kunst und Lichtspiel.
31. Freiheit der Lehre auf den deutschen Hochschulen, Heranbildung einer Führerschicht von charaktervollen Männern.

VI. Militärisch.

32. Wehrhaftmachung der Nation durch Einführung des Wehrrechtes für jeden freien Deutschen.
33. Aufhebung der Söldnertruppe.
34. Schaffung eines Volksheeres zur Verteidigung der Heimat unter einem in strenger Standeszucht aufzubauenden Berufsoffizierskorps.

VII. Sonstige Reformen.

35. Reform des Pressewesens. Unterdrückung aller Presseerzeugnisse, die gegen die Belange des deutschen Volkes verstoßen. Strengste Verantwortlichkeit für alle falschen oder tendenziös entstellten Nachrichten.
36. Reform des Wahlrechtes unter Ausschaltung der jetzt so korrumpierenden Formen des Wahlkampfes, der Unverantwortlichkeit der Gewählten (Immunität).
37. Bildung von berufsständischen Kammern.
38. Justizreform auf dem Gebiete des
Bodenrechtes — (grundsätzliche Anerkennung des Eigentumsrechtes am Boden, Unbeleihbarkeit des Bodens von seiten des Privatkapitals, Vorkaufsrecht des Staates, und Heimfall von Grund und Boden an den Staat im Falle liederlicher Bewirtschaftung).
Civilrechtes — (weit strengerer Schutz der persönlichen Ehre, der Gesundheit gegenüber dem heute vorherrschenden einseitigen Rechtsschutze des Eigentums).
39. Staatsrechtliche Reformen.
Staatsform. Die dem deutschen Wesen entsprechende Staatsform ist die in einer obersten Spitze vereinigte souveräne Staatsführung. — Ob diese oberste Spitze durch einen vom Volk zu wählenden Monarchen besetzt wird, oder durch 2 oder 3 verantwortliche höchste Reichsbeamte, muß späterer Volksabstimmung überlassen bleiben.
Bundesstaatlicher Charakter des Reiches.
Die Zusammensetzung des deutschen Volkes aus verschiedenen durch Stammesart und Geschichte innerlich enger verbundenen Ländern bedingt die weitestgehende Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten im Hinblick auf ihre inneren Angelegenheiten.

Digitized by Google

Reichsangelegenheit ist die Vertretung des deutschen Volkes nach Außen, Paßwesen und Zölle, ferner Heer und Flotte.

Der Erreichung dieses Staats- und Wirtschaftsprogrammes des Nationalsozialismus stellen sich 3 hauptsächliche Gegner in den Weg. Der Marxismus, der Parlamentarismus und beiden übergeordnet das Großleihkapital.

1. Unser antimarxistischer Kampf richtet sich gegen die staatszersetzende Lehre des Juden Karl Marx, gegen die das Volk zerreißende Lehre vom Klassenkampf, gegen die wirtschaftsmordende Lehre der Verneinung des Privateigentums und gegen die rein ökonomische materialistische Geschichtsauffassung.

2. Unser antiparlamentarischer Kampf richtet sich gegen die Unverantwortlichkeit der sogenannten Volksvertreter, die — immun — niemals tatsächlich Rechenschaft ablegen müssen über die Folgen ihrer Beschlüsse, sowie gegen alle sich daraus ergebenden Schäden (Korruption, Günstlingswirtschaft, Käuflichkeit) und als schlimmste Folge — eine von einem solchen Parlament abhängige Regierung.

3. Unser antimammonistischer Kampf, der den beiden anderen Kampffronten übergeordnet ist, richtet sich gegen die weltumspannende Geldmacht, d. h. gegen die dauernde finanzielle und wirtschaftliche Ausblutung und Ausbeutung unseres Volkes durch das Großleihkapital.

Dieser Kampf ist aber andererseits auch ein gewaltiges geistiges Ringen gegen den seelentötenden materialistischen Geist der Ichsucht und der Raffgier mit allen seinen zersetzenden Begleiterscheinungen auf allen Gebieten unseres öffentlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Im letzten und tiefsten handelt es sich um den Kampf zweier Weltanschauungen, die ausgedrückt sind durch die zwei grundsätzlich verschiedenen geistigen Strukturen — den primär schaffenden und schöpferischen Geist und den sekundär beweglichen raffenden Geist. Der schöpferische, erdverwurzelte und doch wiederum die Welt in metaphysischem Erleben überwindende Geist findet seinen hauptsächlichsten Träger im arischen Menschen; — der raffende, wurzellose, rein auf das Diesseitige gerichtete, händlerisch materialistische Geist findet seinen hauptsächlichsten Vertreter im Juden.

Der Nationalsozialismus erblickt wie der Antisemitismus im jüdisch-materialistischen Geist die Haupt-Wurzel des Uebels, er weiß aber auch, daß dieser gewaltigste Kampf der Weltgeschichte nicht bei rein negativen antisemitischen Forderungen stehen bleiben darf, deshalb erhebt sich das gesamte Staats- und Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus weit über den zwar grundlegenden aber negativen antisemitischen Kampf, indem es positiv ein schöpferisch aufbauendes Bild davon gibt, wie der nationalsozialistische Staat der Arbeit und Leistung aussehen soll.

Ist dieses Hochziel erreicht, dann löst sich die nationalsozialistische Partei auf. Der Nationalsozialismus ist dann Lebensinhalt für das ganze deutsche Volk geworden. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist ja überhaupt keine parla-

Digitized by Google

mentarische Partei im gewöhnlichen Sinn des Wortes, sondern nur der entschlossene zukunftsfrohe und zukunftssichere Volksteil, der sich um willens- und geistesstarke Führer gesammelt hat, um Deutschland aus Schande und Ohnmacht nach Außen, aus Zerfleischung und Entsittlichung im Inneren wieder emporzuführen zu einer kraftvollen achtunggebietenden Stellung nach Außen, und im Inneren zu einer wirtschaftlich gesunden, kulturell blühenden, geistig und sittlich hochstehenden Volksgemeinschaft.

Wir wollen bauen das Reich der deutschen Sehnsucht, wie es Geibel besingt:

„Nach Außen eins und schwertgewaltig"
„Nach Innen reich und vielgestaltig."

Digitized by Google

Digitized by Google

III. Der Staatsaufbau des national-sozialistischen Staates.

Digitized by Google

Digitized by Google

Vorbemerkung.

Wie schon in der Einleitung betont, kann sich eine Denkschrift nicht allzusehr in Einzelheiten verlieren. Es werden daher diejenigen Programmpunkte, die nach Erringung der politischen Macht einfach diktatorisch verfügt werden können, ebenso diejenigen Gebiete, die als langsam und gründlich zu beratende Reformen durchgeführt werden müssen, nur mit kurzen Erläuterungen und Erklärungen versehen werden. Nur ein Hauptgebiet — die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus wird einer eingehenden Darstellung und Begründung unterzogen werden. Gerade diese Seite des nationalsozialistischen Gesamtprogramms ist, obwohl stark betont, in den Rosenberg'schen Ausführungen zu kurz behandelt worden, und gerade das ist es, worüber in allen Kreisen der Bevölkerung die meiste Unklarheit herrscht.

Es wäre vielleicht genügend gewesen, nur das Finanz- und Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus zu behandeln, und sich im übrigen auf die nationalen Forderungen des Programmes zu beziehen. Das Wesen des Nationalsozialismus ist aber sosehr eine nationale und soziale Einheit, daß man nur um den Preis schwerer Lücken eine beliebig herausgerissene Seite des Gesamtprogrammes behandeln könnte.

Bestimmend war außerdem noch der Wunsch, eine gewisse Systematik in das Programm hineinzubringen, und die zusammengehörigen Punkte unter größeren Gesichtspunkten zusammenzufassen.

Der deutsche Staatsgedanke des Nationalsozialismus.

Schon in dem Kapitel über die machtpolitischen Grundlagen haben wir darauf hingewiesen, daß jede Abkehr der Herrscher von ihren rein deutschen Aufgaben von den unheilvollsten Folgen für das deutsche Volk begleitet war. Ueberblickt man die deutsche Geschichte, so finden wir immer nur in kurzen geschichtlichen Perioden die deutsche Sehnsucht nach einem geschlossenen Nationalstaat verwirklicht, immer und immer wieder zerrann dieser deutsche Traum, und immer und immer wieder sank Deutschland in Ohnmacht und Zerrissenheit zurück. Dabei steht aus der gesamten deutschen Geschichte die eine Lehre fest, daß einzig und allein die völkische Geschlossenheit in einem kraftvoll geleiteten Staat Deutschland befähigt hat, den ungeheuren Gefahren Widerstand zu leisten, die ihm schon aus seiner ungünstigen geopolitischen Lage erwachsen. Nirgends fast hat Deutschland natürliche Grenzen, fast überall liegt es für feindliche Einbrüche frei und ungeschützt da. Weder das Meer, das England umgürtet, noch hohe Gebirge, die Spanien und Italien von ihren Nach-

Die völl
Zerrissen
Deutschl
Ungli

Digitized by Google

barn trennen, geben Deutschland einen natürlichen Schutz. Frankreich hat nur eine offene Seite gegen uns, Rußland desgleichen. Nur Deutschland liegt mitten zwischen den anderen Völkern — als das Herz — und als das Schlachtfeld Europas. Nur allzuoft war Deutschland das Schlachtfeld Europas. Auf deutschem Boden kämpften spanische, französische, englische, schwedische, russische und mongolische Heere, auf deutschem Boden wurden die fürchterlichen Religionskämpfe des dreißigjährigen Krieges ausgefochten und umgekehrt bluteten Deutsche in fremden Diensten für fremde Interessen in aller Herren Ländern. Aus tausend Wunden blutete Allmutter Germania, die ihr fremde Heere schlugen und — die ihr die Zwietracht der eigenen Söhne schlug. Unendlich tragisch ist die deutsche Geschichte, so tragisch, daß man die deutsche Sehnsucht nach einem einigen geschlossenen deutschen Reich ins Märchen in die Sage vom Alten Barbarossa im Kyffhäuser einschloß. Durch Jahrhunderte hindurch blieb die Verwirklichung des deutschen Staatsgedankens — Sehnsucht und Hoffnung der Besten der Nation, bis im Jahre 1871 ein gewaltiger Schmied die deutsche Einheit schuf. Noch viel blieb zu wünschen übrig an der Verwirklichung des großdeutschen Staates, der alle Deutschen umfassen soll, die in territorialem Zusammenhang mit dem Mutterlande wohnen. Aber schon diese Teilverwirklichung deutscher Sehnsucht hat uns eine Hochblüte deutscher Geschichte beschert, wie selten zuvor.

Wir haben aber nicht mit Wenn und Aber's zu rechten, sondern wir haben aus der Geschichte zu lernen. Politik ist werdende Geschichte, und wenn aus dem „Geschichte machen" Heil für unser Volk erblühen soll, dann muß unsere Staatskunst, unsere Staatspolitik in Ehrfurcht vor dem geschichtlich Gewordenen die Fehler früherer Zeiten vermeiden und an beste Tradition anknüpfen. Deshalb wird der geschichtslose Mensch, der Politiker, der dogmatisch vom grünen Tisch aus Geschichte macht, nur Unheil über ein Volk bringen können, wie wir es in den letzten Jahren von seiten der neudeutschen marxistischen Regierungskünstler erleben. So verhängnisvoll und verderblich das vollkommene Einreißen der alten Gesellschaftsform ist, besonders dann, wenn sich mit diesem Zerstören die Kraft der marxistischen Bewegung erschöpft, sowenig darf das Alte nur deshalb erhalten werden, nur deshalb weil es alt ist. Hierin liegt wieder die Tragik des konservativen Geistes, daß er schöpferisch unfruchtbar und phantasielos alles Neue ablehnt, nur weil es neu ist, und weil er zäh an überlebten Formen festhält, die längst den Gehalt verloren haben. Volk und Staat sind keine Mumien und keine Konstruktionen, sondern lebendige Gebilde, die einmal zugeschnittenen Kleider passen nicht auf ewige Zeiten. Nur einige ganz große Grundlinien ziehen sich durch die Völkerschicksale hindurch und ein Abweichen von solchen Grunderkenntnissen hat sich immer bitter an den Völkern gerächt. Für uns Deutsche lautet die geschichtliche staatspolitische Grundlehre: „Seid einig!"

Einigkeit deutschen me ist die dlage der Macht

Das Hauptwort von „einig" heißt nun aber nicht „Einheit", sondern „Einigkeit". Erst aus der Einigkeit der deutschen Stämme über die Grundlinien der äußeren und inneren Politik kann als schönste Blüte ein innerlich freier nach Außen kraftvoller Staat mit weltpolitischem Gewicht werden.

Digitized by Google

Für den deutschen Staat darf es also keine europäischen oder weltwirtschaftlichen, keine kirchlichen oder humanitären Beweggründe geben, sondern nur ausschließlich das Wohl des gesamten deutschen Volkes. Wohlgemerkt „Beweggründe" für politisches Handeln. Daneben laufen selbstverständlich die Einflüsse kirchlicher, wirtschaftlicher und allgemein menschlicher Natur her, die gebührend gewertet und berücksichtigt werden müssen. Aber Grundsatz muß sein und bleiben, daß der deutsche Nationalstaat nur deutsche Belange zu vertreten hat und zwar sowohl in der inneren Politik wie in der äußeren.

Unser staatspolitisches Ziel ist daher:

1. Die Aufrichtung eines geschlossenen Nationalstaates, der alle Deutschen umfaßt,

2. Die kraftvolle Vertretung aller deutschen Interessen im Ausland.

Digitized by Google

Der völkische Gedanke.

Die Voraussetzung für das Erwachen oder besser für das Wiedererwachen eines starken Nationalbewußtseins ist

die Ausscheidung aller Juden und Nichtdeutschen aus allen verantwortlichen Stellen des öffentlichen Lebens.

Der entschlossene Abwehrkampf gegen das Ueberwuchern der Juden auf fast allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens wird allein vom Nationalsozialismus mit aller Energie geführt. Der Kampf gegen das Judentum ist das bewußte Ringen für den deutschen Geist und für die deutsche Freiheit.

Es wäre ein müßiges und auch überflüssiges Beginnen, wollte man im Rahmen der vorliegenden Schrift die gesamte Judenfrage auch nur in großen Umrissen umschreiben. Hier muß auf die umfangreiche und eingehende wissenschaftliche Literatur ausdrücklich verwiesen werden.

Das isemitische chrifttum

Wer die grundlegenden Werke über die Judenfrage von Th. Fritsch „Der falsche Gott Jahwe", „Das Handbuch der Judenfrage" nicht kennt, wer die Schriften von Alfred Rosenberg „Die Spur der Juden im Wandel der Zeiten" und „Unmoral im Talmund" nicht kennt, wer die Veröffentlichungen von Ford „Der internationale Jude" nicht gelesen hat, wer Meister „Judas Schuldbuch", Roderich Stoltheim „Das Rätsel des jüdischen Erfolges", Armin „Die Juden in den Kriegsgesellschaften", den „Semigotha" nicht kennt, und wem beim Lesen des Buches aller Bücher für alle nichtjüdischen Völker „Die Geheimnisse der Weisen von Zion" es nicht wie Schuppen von den Augen fällt, mit dem müssen wir es ablehnen, überhaupt uns über die Judenfrage auseinanderzusetzen. Wer aber nach dem Studium der genannten Werke noch wagt, ein Wort zu Gunsten der Juden zu sagen, der kann nur selbst jüdisches Blut in den Adern haben, oder er muß von den Juden direkt oder indirekt bezahlt sein, oder er steht in wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Juden.

Die genannten Werke zeigen mit wissenschaftlicher Gründlichkeit den zerstörenden Einfluß der Juden auf das Geistes- und Wirtschaftsleben aller von ihnen befallenen Völker.

Juden sind Fäulnisreger im lksleben

Der Einfluß und die Wirkung der Juden auf ihre Wirtsvölker kann gar nicht mit den Kräfteverhältnissen und den Kämpfen der übrigen Völker untereinander verglichen werden, sondern nur mit dem Ringen auf Leben und Tod zwischen einem gesunden Körper und den ihn befallenden tödlich giftigen Krankheitskeimen. Wenn ein lebendiger Organismus von giftigen Bazillen befallen wird, dann ist die Frage nur die: wird die gesunde Kraft des Körpers der fremden Eindringlinge Herr — dann scheidet er sie aus — oder er wird ihrer nicht mehr Herr, dann geht er dran zu Grunde. So gibt es auch für die primär schaffenden

Digitized by Google

Völker der Welt nur die einzige Möglichkeit — die Juden aus dem Volkskörper auszuscheiden — oder sie gehen am Juden zu Grunde.

Gerade der Vergleich mit dem menschlichen Körper und den Krankheitskeimen zeigt uns sehr bildhaft, wie schief die beliebte irreführende Behauptung ist, die Juden hätten sich nur wegen ihrer größeren Tüchtigkeit überall hinaufgearbeitet, und es sei höchst unrecht und ungerecht, sie deshalb anzugreifen und zu verfolgen. Man kann einfach nicht sagen, der Cholerabazillus sei eben so viel stärker und tüchtiger als der Mensch, und deshalb habe er den gesunden Menschen überwunden — nein, er ist Gift für den Menschen. Und genau so wie bei diesem Kampf des lebenden Organismus gegen eingedrungene Giftstoffe besondere Vergiftungserscheinungen auftreten, begleitet von Fieberzuständen, Krämpfen, Lähmungserscheinungen u. s. w., genau so äußert sich der Kampf der vom Juden befallenen Völker in ganz ähnlichen Krankheitserscheinungen — Unruhe und Erregung im bürgerlichen und politischen Leben, gewaltsame Zuckungen im Volkskörper, Aufruhr, Terror, Bürgerkrieg abwechselnd mit ganz typischen Lähmungserscheinungen besonders in den Gehirnpartieen der Völker — bei den Regierungen. Es ist dann nur eine Frage, ob es den den Feind erkennenden völkisch bewußten Kreisen gelingt, die Regierungen zu warnen und aufzuklären oder selbst die Regierung zu bilden und die Juden auszuschalten — dann tritt mit Bestimmtheit die Heilung ein — oder es gelingt dies nicht, dann tritt ebenso bestimmt der völkische Tod ein. Etwas Drittes gibt es nicht. Eine vorübergehende Einkapselung — um bei dem medizinischen Bild zu bleiben — ergibt nur Scheinheilungen — über kurz oder lang brechen die Bazillen aufs neue in die Blutbahnen des Körpers ein, der Ausgang dieses zweiten Ringens ist dann für den Patienten tödlich.

Endscheidend für den Enderfolg ist — wie im Leben überhaupt, — der Wille zur Macht. Ohne diesen Machtwillen — ohne diesen Willen zur völkischen Selbsterhaltung ist ein Volk rettungslos dem Untergang geweiht. Was nicht buchstäblich zugrunde geht — wird zum Sklaven — zum Fellachen — zum Hörigen und Diener der alljüdischen Weltmacht.

Der Wi
Macht en
im Völk
über A
oder Un

An der Aufklärung unseres Volkes arbeiten viele der besten Männer unseres Volkes durch Wort und Schrift, besondere Erwähnung verdient „Der völkische Beobachter", das Kampfblatt der nationalsozialistischen Partei Großdeutschlands und „Der Reichswart" des Grafen E. zu Reventlow, der inmitten des brodelnden jüdischen Hexenkessels Berlin mit unerhörtem Mut für Deutschland im nationalsozialistischen Geiste kämpft.

Es ist ein Kampf auf Leben und Tod. Viel tüchtige Streiter haben sich aufgemacht — aber noch schläft die Mehrzahl unserer Volksgenossen. Aufklärung immer und immer wieder, unermüdlich ist hier die Losung. Was diese Aufklärung so besonders schwierig macht, ist die Arglosigkeit und Harmlosigkeit des Ariers gerade in diesen grundlegenden Rassenfragen, es ist dies eine Folge jahrhundertelanger Mischung und Bastardierung der Völker des mittleren Europas. Mitteleuropa war immer wieder der kriegerische Tummelplatz der verschiedensten Völkerschaften. Mongolen, Türken, Russen, Franzosen, Schweden, Polen, Tschechen mordeten und brannten, schändeten und mißbrauchten die Bevölkerung Deutschlands, auf diese

Der Kam
die jüdi
fahr ist ei
auf L
und

Digitized by Google

enntnis über Rassenfrage schwert den Kampf

Weise kam unendlich viel fremdes Blut in den deutschen Volkskörper hinein, es kommt hinzu, daß Deutschland selbst in seinen Grenzen eine ganze Reihe verschiedenster Stämme beherbergt, die untereinander auch wieder sehr erheblich vom Rassestandpunkt aus verschieden sind. Neben den rein nordischen Menschen mit lichten blonden Haaren, großgewachsenem Körperbau, blauen Augen finden wir den dinarischen Menschen von dunklerer Hautfarbe, dunklen Haaren und Augen, nicht so hochgewachsen, aber auch körperlich kräftig, mehr rundschädelig gegenüber den nordischen Langschädeln, beide Rassenzweige aber von edler Art. Daneben und darunter lebt die ostische Rasse, die im Aeußeren sich mehr der dinarischen oder alpinen Rasse nähert, aber kürzer, gedrungener ausgesprochen rundschädelig ist, und gegenüber der nordischen und dinarischen Rasse als Niederrasse angesprochen werden muß.

Dies drückt sich besonders in geistiger Hinsicht aus, ihr fehlt der hohe idealistische Schwung, die Aufopferungsfähigkeit, die Führereigenschaften, höhere geistige Fähigkeiten, niemals ist der ostische Mensch Herr seines Schicksals, dumpf und stumpf, auf den engen Kreis des Zunächstliegenden gerichtet, lebt er dahin, triebhaft unphilosophisch hauptsächlich geschickt mit den Härten und Schwierigkeiten des Lebens fertig zu werden auf schlaue oder auf sich duckende Art und Weise.

Die sogenannte westische Rasse scheidet sich äußerlich schärfer von den anderen drei Zweigen der großen arischen Völkerfamilie. Für den gegenwärtigen Zweck genügt es im allgemeinen die Angehörigen der Mittelmeerländer hier einzureihen, also die Spanier, Italiener, die Südfranzosen und Griechen. Von diesen Völkern sind nur verhältnismäßig sehr wenig Blutbeimischungen bei uns zu verzeichnen. *)

Diese starke Rassenvermischung innerhalb unseres deutschen Volkes hat das klare und hohe Rassenbewußtsein fast vollkommen verschüttet, so daß nur mehr ein unbestimmtes Gefühl von Abneigung gegen den rassefremden Juden verblieben ist, an Stelle genauen Wissens über Rassengesetze. Der Jude seinerseits hat durch Jahrtausende aufs strengste seinen Rassegesetzen Folge geleistet in der klaren Erkenntnis von der überragenden Wichtigkeit der Reinerhaltung des Blutes für Charakter und Volkstum.

erhaltung Blutes ist ausetzung r reines olkstum

Dagegen hat er es verstanden, uns die Rassenhetze als überlebten Plunder hinzustellen, was ihm mit dem Hinweis auf die Rassenvermischung in Deutschland leider mit einem gewissen Schein von Berechtigung möglich war. Anstatt daß der jüdischen Verhöhnung der Rassenkunde von deutscher Seite mit aller Entschiedenheit die Forderung: „Deutscher halte Dein Blut rein“ entgegengestellt worden wäre, unterlag auch auf diesem Gebiete der Deutsche den psychagogischen Künsten des Juden. Das Jahrhundert der Aufklärung brachte mit seinen Humanitätsidealen zwar den Juden die Emanzipation aus Fesseln, die von unseren Vorfahren in hoher Weisheit gegen das Ueberwuchern des jüdischen Raub- und Wuchergeistes geschmiedet waren, uns selbst aber nur Verwirrung und Unsicherheit in dieser grundsätzlichen Frage. Mit der Phrase: „die Juden seien auch Menschen“ — ein Satz, der in anthropologischem Sinn ja von gar niemand bestritten wurde und wird — — war der Einbruch

*) Ueber die Rassenfrage besitzen wir in dem ausgezeichneten Buche von Dr. Hans Günther ein hervorragendes Quellenwerk.

Digitized by Google

der Juden zur bürgerlichen Gleichberechtigung gegeben. Der völkisch-rassische Widerstand gegen das jüdische Fremdvolk von gänzlich anderer geistiger Struktur war damit eingeschläfert, und der Kampf gegen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung war damit von vorneherein gelähmt.

Von dieser Plattform aus ging nun die Eroberung unseres ganzen wirtschaftlichen und zuletzt des öffentlichen Lebens vor sich bis zum heutigen Zustand der unbeschränkten Vorherrschaft der Juden.

Die Jud emanzipa war der gangspunk die jüdis Vorherrsc

Eine ganze Reihe von eigenen Zeugnissen der Juden bekundet, daß sie sich bewußt als Staat im Staate fühlen, daß sie sich mit ihren Rassegenossen in den anderen Ländern viel enger verbunden fühlen, als mit ihren Wirtsvölkern.

Die Juden und fühlen als Sta im Sta

Aus diesem zwischenvölkischen engen Zusammengehörigkeitsgefühl der Juden unter sich ergeben sich schon ohne weiteres Gefahren für die bodenständigen Völker auf dem Gebiet der außenpolitischen Beziehungen der Völker im Krieg und Frieden.

Zunächst richtete sich das Augenmerk der Juden jedoch auf die Erlangung wirtschaftlicher Vorteile. Hiebei kam ihnen wiederum ihr hemmungsloses, durch keinerlei soziale Gefühle für ihre Wirtsvölker beeinträchtigtes Gewinnstreben zu gute.

Als Erfin des Kreditw haben sie wirtschaftl Macht an gerisse

Als Erfinder und Träger des modernen Kreditwesens war es ihnen bald ein leichtes, die gesamte Finanzwirtschaft der Staaten und durch Bank und Börse auch der Privatwirtschaft zum größten Teil unter ihren Einfluß zu bringen.

Von hier aus, also nach Schaffung ihrer finanziellen Position streckte das Judentum auch seine Finger nach den geistig kulturellen Gütern der Nation aus; hier kam ihnen ihr beweglicher Geist zu Hilfe, ihre schnelle Auffassungsgabe, ihr kritischer Verstand, Eigenschaften, die dem ernsten, schwereren, gründlicheren, arischen Geist oft als gewisse Vorzüge erschienen sein mögen.

In Wirklichkeit waren es aber nur die Raubinstinkte, ihre Gewissenlosigkeit und Skrupellosigkeit, die sich schon in ihren Religionslehren kundgibt. Für den Juden ist nach den Lehren des Schulchan-Aruch das Gut der Nichtjuden wie herrenloses Gut, — dazu da, daß es der Jude sich aneigne! Alle Mittel der Bank- und Börsentechnik stellte der Jude in seine Dienste. Durch die Anonymisierung, — die Entpersönlichung unserer Wirtschaft durch die börsengängige Form der Aktiengesellschaft — wurde das Kapital gewissermaßen von der Arbeit losgelöst, — der Aktionär weiß in den seltensten Fällen etwas von seiner Fabrik — — er hat nur das einseitige Interesse an der Rentabilität seines Geldes, wenn er es in Form von Aktien angelegt hat. Diese Erscheinung ist an dieser Stelle um deswillen wichtig erwähnt zu werden, weil mit dieser Entpersönlichung unserer Wirtschaft auch deren Entedelung Hand in Hand geht. Der Gewerbetreibende und Fabrikant, der seinen Betrieb von Grund auf aufgebaut hat, der die Bedürfnisse seiner Kundschaft kennt, der noch die alte geschäftliche Ehre hat und es als seine Aufgabe betrachtet, eine solide, gute, dauerhafte, den wirklichen Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechende Ware zu erzeugen, dieser reelle solide Gewerbetreibende ist etwas so grundverschiedenes von dem modernen Großaktionär, der durch den rein kapitalistischen Besitz eines großen Aktienpaketes nur das eine Interesse kennt, eine

Die Entper lichung d Wirtschaft zur Entedel derselben ge

Digitized by Google

möglichst große Gewinnquote zu erzielen. Ob in den Betrieben gute und preiswerte Gegenstände erzeugt werden, ob überhaupt von einer Aktiengesellschaft produktive Werte geschaffen werden, oder wie bei den Kreditgesellschaften (den Banken) überhaupt keine Werte erzeugt werden, ist dem Kapitalisten — dem Aktienbesitzer — höchst gleichgültig. Dies hat zur weiteren Folge, daß die Erzeugung weniger nach den Bedürfnissen eingerichtet wird, sondern daß durch eine ungeheure Reklame erst ein scheinbarer Bedarf angereizt werden muß. Es war früher im Ehrenkodex des Gewerbetreibenden durchaus verpönt, seine Erzeugnisse anzupreisen, wer dies tat, war ein Marktschreier, und eine solche marktschreierische Anpreisung seiner Waren galt dem soliden Geschäftsmann als unlauterer Wettbewerb. Der jüdische Händler betrieb aber gerade diese Art von marktschreierischen Händlergeschäften mit allem Nachdruck, wobei ihm seine psychagogischen Verführungskünste zu statten kamen. Heute ist an die Stelle des aufdringlichen jüdischen Schnorrers die jüdische Reklame getreten.

An die Stelle der Bedarfsdeckung trat die Rentabilität

Auf dem Gebiete der Wissenschaft vollzog sich eine ähnliche Entwickelung, besonders auf dem Gebiete der Wirtschaftswissenschaft — der sogenannten Nationalökonomie. Nach und nach erblickte man die Aufgabe der Nationalökonomie nicht mehr darin, die volkswirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und Notwendigkeiten zu untersuchen und aus den Untersuchungsergebnissen Leitsätze für die Wirtschaftsführung abzuleiten, sondern man betrieb mehr und mehr nur reine Zustandsschilderung, ohne zu untersuchen, ob das was man als wirtschaftliche Erscheinungen und Formen vorfindet, auch gut und zweckmäßig und den wirklichen Bedürfnissen der Volkswirtschaft zuträglich war. Auf diese Weise gelang und gelingt es heute mehr denn je, die fürchterlichsten Schädigungen der Wirtschaft und damit der Volksgesamtheit — als wissenschaftlich begründet — und darum unabänderlich hinzustellen. In dieses Gebiet spielt insbesondere die Lehre von der staatlichen und privaten Kreditwirtschaft herein und insbesondere die Lehre vom Zins. Wir werden uns an anderer Stelle noch besonders eingehend mit diesen Fragen zu befassen haben, an dieser Stelle möge es daher genügen, darauf hinzuweisen, daß im Grunde das, was wir heute Nationalökonomie nennen, nur eine privatkapitalistische Anweisung zu persönlicher Bereicherung ist und ein großangelegter Begründungsversuch für die wucherkapitalistische Ausraubung der Arbeitskraft der schaffenden Völker.

Auch die Nationalökonomie wurde in den Dienst der jüdischen Raubwirtschaft gestellt

Es ist bemerkenswert, daß unter den Dozenten der Nationalökonomie ein überaus großer Prozentsatz von Juden sich befindet.

Dem Laien viel mehr in die Augen springend, ist der Einbruch der Juden auf literarischem und künstlerischem Gebiet.

Theater, Kunst und Schrifttum verjudet immer mehr

Wer unsere heutigen Theater ansieht, der wird erschrecken über den Tiefstand und den Zynismus, der sich da breit macht. Ganz besonders gilt dies von der neuzeitlichen Erscheinung des Kinos. Das Lüstlings- und Wüstlingsdrama beherrscht unsere Bühnen, mit zersetzender und geistreicher Dialektik wird dem braven Deutschen vorgeredet, daß Moral und Sittlichkeit, Ehre und Gewissenhaftigkeit im Grunde lauter dummes Zeug sei, ohne das man es viel weiter bringe. Zu diesen Angriffen auf das Publikum gesellt sich das jüdische Theateragenten-Unwesen, bei dem weniger die

Digitized by Google

Kenntnisse der Kunstbeflissenen, sondern die Erkenntlichkeit der Stellensuchenden den Theater- und Konzertagenten gegenüber den Ausschlag zu geben pflegt.

In gewaltigem Ausmaß erfolgte aber dann die Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die Tagespresse. Fast alle großen Zeitungen gingen nach und nach in jüdischen Besitz über. Damit war der Ring um das deutsche Volk geschlossen. Zu der wirtschaftlichen Herrschaft kam die geistige Herrschaft. Alles was den jüdischen Interessen abträglich war, wurde der Oeffentlichkeit so lange wie möglich vorenthalten und totgeschwiegen, setzten sich dann Gedanken oder Leistungen trotzdem durch, dann begann erst das eigentliche Kesseltreiben zunächst durch den Versuch, solche Bestrebungen lächerlich zu machen, wenn auch das nichts half, mußte Lüge und Entstellung sowie persönliche Verunglimpfung herhalten, Bestechungen, Drohungen wurden versucht und schließlich scheute man auch nicht davor zurück, den unbequemen Gegner oder Warner wirtschaftlich zu ruinieren oder gar zu töten.

Die Presse ist fast ausschließlich in jüdischem Besitze

Diese letztere furchtbarste Waffe wurde im Allgemeinen nicht oder nur selten gegen Privatpersonen angewandt, denn kaum jemals gelangte die Gegenwirkung eines wirklichen Volksfreundes ohne politische oder staatliche Machtstellung bis zu einem Grade der Wirksamkeit, daß er nicht schon unter dem Trommelfeuer von Lüge und Verleumdung in den öffentlichen Organen der Juden zusammengebrochen wäre. Diese letzte Tat wurde meist nur angewandt auf politischem Gebiet.

Selbst politischer Mord wurde in den Dienst des jüdischen Weltmachtstrebens angewandt

War durch diese Minierarbeit die Herrschaft der Juden in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht aufgerichtet worden, so ging zum Schlusse der Jude daran, auch noch die äußerliche Herrschaft im Staate an sich zu reißen. Hier stand seinen ehrgeizigen Plänen die uralte Tradition der Krone im Wege, ferner die Gewissenhaftigkeit und das Pflichtbewußtsein der Beamten und das Heer. Hier galt es zunächst das Ansehen dieser alten Traditionen zu untergraben; diesem Zwecke dienten vor allen Dingen die Witzblätter. Was auf diesem Gebiete gesündigt wurde, ist gar nicht abzumessen. Nicht daß Kritik an Uebelständen geübt wurde, ist zu verurteilen, sondern daß ausgehend von gewissen Einzelfällen schlechthin ganze Stände oder Einrichtungen als troddelhaft, überlebt, und schädlich hingestellt wurden. Unermüdlich wurde diese Zersetzungsarbeit geleistet, die Beamten als weltfremde Idioten und rücksichtslose Patrone, die Offiziere als Leuteschinder, Verschwender, Affen, die Studenten als Säufer und Gecken und die Fürsten und Adeligen als degenerierte Hanswurste hingestellt.

Die sittlichen und politischen Machtfaktoren im Staat werden untergraben

Im Parteileben wurde durch maßlose Uebertreibung die Unzufriedenheit der Massen geschürt und der Klassenhaß gegen die Besitzenden und deren angebliche Schützer die Staatsgewalt und das Heer entzündet. Auch hier waren — wie überall bei diesen Anschlägen auf den völkischen Staat — Juden, die am meisten hetzten und schürten. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß ja Karl Marx, der Begründer der marxistischen Lehre vom Klassenkampf ein Jude war (Mardochai war sein eigentlicher Name). Sein Verkünder in Deutschland — Lassalle — war ebenfalls Jude.

Die Lehre vom Klassenkampf zerriß das Volk

In Krieg und Revolution wurde dann das jüdische Zerstörungswerk am deutschen Staat vollendet. Die Fürsten wurden davongejagt, den

Digitized by Google

Krieg und Revolution vollendete das jüdische Zerstörungswerk und vollendete die jüdische Vorherrschaft

Offizieren die Achselstücke heruntergerissen, die Beamten durch Hunger kirre gemacht, damit sie ihre auch dem sozialistisch-hochkapitalistischen Staat Neudeutschland unentbehrliche Arbeitskraft zu Verfügung stellten. So wurde das deutsche Volk entwaffnet, entmannt, seiner Führer beraubt, enteignet und vergewaltigt, entsittlicht und entkräftigt, während überall im ganzen öffentlichen Leben in Wirtschaft und Politik in Kunst und Theater die Juden die unzweifelhafte Vorherrschaft sich angemaßt haben.

Die Grundlage ihrer Herrschaft bildet ihr ungeheurer Reichtum.

Trotz ihrer geringen Zahl im Verhältnis zu ihren Wirtsvölkern haben sie es verstanden, alle wichtigen Posten des öffentlichen Lebens in die Hände ihrer jüdischen Volksgenossen oder jüdisch-versippter Deutscher zu bringen. Aber trotzdem ist eine Ausscheidung der Juden aus dem deutschen Volkskörper durchaus möglich — umsomehr, als die wirklich lebenswichtige schaffende Tätigkeit in Industrie und Landwirtschaft, in Gewerbe und Verwaltung fast durchaus frei von Juden ist.

Eine Ausscheidung der Juden stört das Wirtschaftsleben nicht

Eine Ausscheidung der Juden aus unserem Volkskörper würde weder die landwirtschaftliche Produktion stören, — ich habe noch keinen Juden hinter dem Pflug in der Ackerfurche hergehen sehen —, noch würden die Fabriken und Hochöfen stillstehen müssen aus Mangel an Arbeitern — die Arbeiterschaft wird ja wissen, daß kein Jude in harter Arbeit die Kohlen fördert oder an der Esse steht — unsere Werkstätten beim Schmied und Schlosser, bei Schreiner, Schuster wären nicht verwaist — die Häuser müßten keineswegs als Ruinen stehen bleiben nach der Ausscheidung der Juden, die Statistik vermeldet nichts von jüdischen Maurern und Zimmerleuten, Dachdeckern oder Glasern. Aber selbst nicht einmal in Handel und Verkehr müßte eine Stockung eintreten, wenn die Juden nicht mehr wären. Auf dem Gebiet des Verkehrswesens hat der Staat schon bisher in mustergiltiger Weise für den Personen- und Güterverkehr gesorgt, und wer hat schon Juden als Eisenbahnschaffner oder Lokomotivführer gesehen — oder als Straßenbahnschaffner, oder als Fuhrleute oder Transportarbeiter?

Aber selbst auf dem Gebiete der ureigenen Veranlagung des Juden, dem Handel und der Geldwirtschaft, haben die militärischen Verwaltungsstellen vor dem Kriege bewiesen, daß sie eine sorgsame Vorrats- und Bereitstellungswirtschaft zu treiben wissen, im Handel selbst sind Hunderttausende von Handlungsgehilfen und deutschen Kaufleuten tätig, die die reellen Seiten und Notwendigkeiten des Handels verstehen, und in der Staatsbank und den Postscheckkassen besitzen wir Einrichtungen, die die Grundlage bilden können für eine gesunde, von der jüdischen Raubwirtschaft befreite Volkswirtschaft.

Haben wir an diesem ganz kurzen Ueberblick gesehen, daß die Juden keinerlei unersetzliche Funktion in unserem Staats- und Volksleben darstellen, daß sie im Gegenteil ihre Vorherrschaft in der rücksichtslosesten Weise zum Schaden ihrer Wirtsvölker mißbrauchen, so ergibt sich als selbstverständliche und logische Konsequenz die Forderung nach Ausscheidung der Juden aus unserem Volke. **Staatsbürger kann nur sein, wer sich zur deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft bekennt.**

Digitized by Google

Aus dieser Aufrollung der völkischen Frage ergeben sich natürlich und zwangläufig auch die anderen Folgerungen der Verhinderung der Zuwanderung von Ostjuden. Es ist eine vollständige Verkennung der Judenfrage, wenn man glaubt — zwar die Ostjuden durch Verhinderung der Zuwanderung abwehren zu müssen, wenn man nicht gleichzeitig auch die volksfremden bei uns ansässigen Juden unter Fremdenrecht stellt. Die Ostjuden sind nun einmal das große Reservoir, aus dem sich die Juden immer wieder ergänzen. Die große Gefahr, die diese Zuwanderung in sich schließt, ist durch die Erfahrungen der letzten Jahre mit aller Deutlichkeit bewiesen worden. In wenigen Jahren haben es diese Ostjuden verstanden, sich durch alle möglichen Geschäftskniffe und Pfiffe in den Besitz von ungeheurem Vermögen zu setzen. Unsere Gerichtssäle sind voll von Betrügereien, verübt von solchen fremden Elementen. Es sind auch heute wieder die gleichen Methoden, die gleichen Gebiete der Betätigung, auf die sich diese ungebetenen Gäste werfen. Handel mit Edelmetallen, Altmetallen, Teppichen, Perlen, Rohprodukten aller Art, Kettenhandel und Zwischenhandel mit Vieh und Lebensmitteln, dann besonders durch Geldhandel insbesondere in der modernen Form der Devisenspekulation. Alle diese Formen des Handels sind volkswirtschaftlich ohne jede Bedeutung, sie dienen nur der privaten Bereicherung. Der Staat hat daher nicht das geringste Interesse an der Zuwanderung solcher Existenzen, die sich in keiner Weise produktiv nützlich machen, sondern nur als Zehrer an der ohnedies zu knappen Menge von verfügbaren Lebensmitteln teilnehmen.

Die Zuwanderung der Ostjuden zu verhinde

Diese Einstellung des nationalsozialistischen Staates zu den Ostjuden schließt nicht aus, daß auch die Angehörigen anderer Nationen, die nur als Verzehrer unter Ausnützung der überlegenen Kaufkraft ihrer Währungen der einheimischen Bevölkerung ein Leben in Müßiggang und Wohlleben führen, auszuscheiden sind.

Schmarotzer Volkskörpe werden au gestoßen

Die Erörterung dieser Fragen führt uns nun zu dem dritten Abschnitt der Staatspolitik des nationalen Sozialismus zum Staatsbürgerrecht.

Digitized by Google

Das Staatsbürgerrecht.

Das Staatsbürgerrecht muß erworben werden. Mit diesem Grundsatz weicht der nationalsozialistische Staat erheblich ab von dem jetzt gültigen Recht, wonach jeder erwachsene Deutsche über 20 Jahre männlichen und weiblichen Geschlechts staatsbürgerliche Rechte ausüben kann. Desgleichen steht heute nach der Weimarer Verfassung diese Möglichkeit den Angehörigen des jüdischen Volkes offen. Ebenso kann diese Staatsangehörigkeit von jedem Ausländer unter Beobachtung von wenigen äußerlichen Formalitäten erworben werden.

Die Weimarer Verfassung kennt keine „Staatsbürger" sondern nur „Staatsangehörige"

Die Weimarer Verfassung kennt überhaupt den Begriff Staatsbürger nicht, sondern spricht in § 110 von der Staatsangehörigkeit, und in § 109 von den gleichen Rechten vor dem Gesetz für alle Staatsangehörigen männlichen und weiblichen Geschlechts. Die Verwaschenheit dieses Begriffes schließt natürlich die Forderung von sittlichen und völkischen Voraussetzungen für den Erwerb des Staatsbürgerrechtes aus. Im Gegensatz hiezu nimmt der § 113 der Reichsverfassung die fremdsprachigen „Volksteile" (!) unter seinen besonderen Schutz; sie „dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien volkstümlichen Entwickelung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden." (!)

Vergleicht man mit dieser weitestgehenden Rücksichtnahme auf fremde Volksangehörige die Praxis unserer Republikschutzgesetze gegen die eigenen Volksgenossen, die Annahme der Auslieferungsverpflichtung der sogenannten Kriegsverbrecher an den Feind, mit der in § 112 gewährleisteten Sicherheit, daß „kein Deutscher einer ausländischen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung ausgeliefert werden darf", und vergleicht man gerade diesen letztgenannten Paragraph mit den letzten Schandurteilen der Franzosen gegen Krupp und seine Direktoren, so genügt vielleicht der Hinweis darauf, daß der Verfasser dieser Verfassung der Jude Preuß gewesen ist, um allen diesen Vorkommnissen ein ganz bestimmtes Licht aufzusetzen.

Die Weimarer Verfassung ist von dem Juden Preuß geschrieben worden

Nicht „die glücklichere Zukunft der Polen" wie Bethmann-Hollweg in einer seiner unglückseligen Reichstagsreden meinte, auch nicht die Besserstellung der Juden in Rumänien (nach „Kühlmann"), kann der Leitgedanke eines deutschen Staates sein, sondern einzig und allein das Wohl des deutschen Volkes. Dieses Leitmotiv ist ausgedrückt in unserer Ziffer 7 „Die Rechte und Interessen der Deutschen gehen vor denen der Angehörigen fremder Völker." und Ziffer 6 „Wer nicht Deutscher ist, kann nur als Gast im deutschen Staat leben und steht unter Fremdenrecht."

Die Frage der staatsbürgerlichen Rechte findet eine schärfere Umschreibung in den am Schlusse des Buches veröffentlichten Leitsätzen für die Verfassung.

Digitized by Google

Danach muß das Staatsbürgerrecht erworben werden. Es kann auch bei Unwürdigkeit wieder verloren werden. Es ist ein Recht, von dem die Juden grundsätzlich ausgeschlossen sind, von dem auch Angehörige anderer Völker ausgeschlossen werden können.

Das deutsche Staatsbürgerrecht muß erdient wer

Die innere Voraussetzung für den Bewerber für das deutsche Staatsbürgerrecht ist das Bekenntnis zur deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft. Wer sich demnach nicht zum deutschen Volk bekennt, wer sich als Feind des deutschen Staates erklärt, wer sich international mit den Angehörigen anderer Nationen enger verbunden fühlt als mit seinem Volke, der kann keine deutschen Staatsbürgerrechte verliehen bekommen, denn er will ja nichts von dieser deutschen Schicksalsgenossenschaft wissen.

Es mutet einen doch wie Wahnsinn an, wenn Leute, die in aller Oeffentlichkeit erklären, kein Vaterland zu kennen, das Deutschland heißt, wie Crispien und andere es getan, in diesem Land sogar noch mitberaten wollen über die Geschicke dieses Landes, wenn sie beanspruchen als Vertreter des Volkes, als Abgeordnete, noch besondere Vorrechte zu genießen und wenn sie gar noch den Schutz besonders strenger Gesetze (Republikschutzgesetz) genießen, wenn sie aus diesem Parlament heraus in Regierungsstellen aufgerückt sind.

Der nationalsozialistische deutsche Staat wird gerade von solchen Männern schwerste Rechenschaft fordern, die Immunität muß aufgehoben werden, und mit rückwirkender Kraft werden sich die Angehörigen der Revolutionsregierungen und der Parlamente für ihre Taten bzw. Unterlassungen zu verantworten haben.

In den Rahmen dieser Ausführungen gehört all das hinein, was unter dem Begriff Abrechnung mit den sogenannten Novemberverbrechern verstanden wird. Die zu schaffenden Gesetze über die Verantwortlichkeit aller Personen, die im öffentlichen Leben stehen, werden daher mit rückwirkender Kraft auszustatten sein.

Wer sich d deutschen St bürgerrecht unwürdig weist, hat zu verantwo

Wir wissen, daß uns gerade diese Entschlossenheit, im Inneren des Staatslebens reinen Tisch zu machen, die geschlossene Gegnerschaft der derzeitigen Regierungen und aller Parlamentsparteien einträgt, aber wir wissen ebenso, daß gerade der Wille, hier einmal gründlich Ordnung zu schaffen, uns die Zustimmung des gesamten deutschen Volkes zubringt. Durch das ganze Volk, durch alle Kreise und Berufsstände geht diese tiefe Sehnsucht, geht die tiefe Hoffnung, daß endlich einmal mit all dem Parlaments- und Regierungsschwindel gründlich aufgeräumt wird.

Die derzeit unverantwor Regierungs- Parlamen wirtschaft u aufhören

Es handelt sich hier nicht wie bei dem Irrtum der deutschen Revolution um den Lohnkampf der hungrigen Kapitalisten gegen die gesättigten und unersättlichen Kapitalisten, also nicht um die Irreleitung der gesunden und richtigen Empfindungen des arbeitenden Volkes durch den Klassenkampfgedanken, sondern hier handelt es sich um die sittliche Forderung, daß die Verantwortungslosigkeit der derzeitigen Nutznießer des jetzigen Parlaments- und Regierungssystems ein Ende nehmen muß, und daß diejenigen, die sich an der Not des Volkes in maßloser Weise bereichert haben, oder die den Machenschaften anderer Kreise Vorschub geleistet haben, auch wirklich einmal der verdienten Strafe zugeführt werden.

Das Sprichwort soll einmal nicht recht behalten: „Die kleinen Lumpen hängt man, die großen läßt man laufen." Der nationalsozia-

Digitized by Google

Die großen Verbrecher am deutschen Volk werden zur Rechenschaft gezogen

listische Staat wird im Gegenteil bei der Strafabmessung die Tatsache des Verführtwordenseins bei allen kleinen Lumpen sehr strafmildernd in Betracht ziehen, dagegen mit der ganzen Strenge des Gesetzes die großen Verbrecher am deutschen Volk zur Rechenschaft ziehen.

Die Reinigungsarbeit dieses Staatsgerichtshofes wird nun keineswegs stehen bleiben dürfen — bei denjenigen, die mit der Revolution erst zur Macht gekommen sind. Sie wird auch diejenigen zu treffen haben, die unter der kaiserlichen Regierung durch ihre Fahrlässigkeit diese deutsche Götterdämmerung ermöglicht haben. Der Hauptverantwortliche — Bethmann-Hollweg — ist ja bereits seinen irdischen Richtern entrückt, das Gleiche gilt für den Nächstschuldigen — Erzberger, der als Vater der unseligen Reichstagsresolution vom Juli 1917 den gesunkenen Siegeswillen der Feinde wieder aufgerichtet hat. Auch Eisner und Rathenau sind zwar auf ungesetzlichem Wege aber nach den ehernen Gesetzen der Geschichte von dem Schauplatz ihrer volkszerstörenden Tätigkeit abgetreten. Aber noch leben viele derjenigen, die dem kämpfenden Heer durch die Organisierung des Munitionsstreikes im Januar 1918 in den Rücken gefallen sind, noch leben diejenigen, die durch Wort und Schrift den Siegeswillen zerbrochen haben, noch leben die, die den Frieden ohne Sieger und Besiegte gepredigt haben, noch leben diejenigen und lassen es sichs wohl sein, die die Not des Volkes in Krieg und Revolution zu ihrer eigenen maßlosen Bereicherung mißbraucht haben.

Unter diese letzte Gruppe von Leuten, nach deren Bestrafung das Volk besonders lechzt, gehören alle die Wucherer in Stadt und Land und vor allen die großen Nutznießer unseres durch und durch verkehrten, weil gegen die Interessen des Volkes gerichteten, Geld- und Kreditwesens.

Gewiß eine derartige staatspolitische Forderung wird Schrecken und Entsetzen verbreiten und Zehntausende werden für sich fürchten, weil sie nicht reinen Herzens sind. Für den Nationalsozialismus steht und fällt aber mit dieser Forderung der sozialen Gerechtigkeit die Schicksalsfrage für das deutsche Volk, ob das deutsche Volk wieder zurückfinden kann zum Edelvolk, oder ob es sein jämmerliches Leben in Schande und Verderbtheit als Fellachenvolk weiterfristen wird. Für die nationalsozialistische Bewegung entscheidet sich auch mit dieser Frage ihre Existenzberechtigung. Entweder das deutsche Volk hat in seinen Massen noch dieses politische Reinlichkeitsempfinden, und aus diesem Reinlichkeitsempfinden heraus stoßen zu unserer deutschen Freiheitsbewegung genügend viel entschlossene Mitkämpfer — dann wird Deutschland bald wieder von seinen Peinigern und Schmarotzern befreit sein. —

Diese kurze Abschweifung in das Gebiet völkischer Sittlichkeit war um deswillen notwendig, um sehr klar herauszustellen, daß das Staatsbürgerrecht nicht ein Ding ist, das jedem von einer deutschen Mutter in Deutschland Geborenen in die Wiege gelegt wird, sondern, daß dieses Staatsbürgerrecht auch höchste sittliche Verpflichtungen gegenüber Staat und Volk in sich schließt. Die Einhaltung dieser Verantwortlichkeit gegen Staat und Volk muß aber auch dadurch geschützt werden, daß dieses Recht auch bei Unwürdigkeit wieder verloren werden kann.

Auf der anderen Seite wird die Erwerbung des Staatsbürgerrechtes nicht etwa ein Gnadenakt sein, sondern ein Anspruch, den jeder fleißige

Digitized by Google

brave Deutsche erheben kann, der sich der deutschen Volksgemeinschaft würdig erweist und der sich zur deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft bekennt. Wer seiner Wehr- und Arbeitspflicht genügt hat, wer als ehrbarer Arbeiter in seinem Berufe tätig ist, der hat Anspruch auf Verleihung des Staatsbürgerrechtes.

Jeder tüch Deutsche Anspruch das Sta bürgerre

Mit diesem Staatsbürgerrecht ist aber auch die Verpflichtung verbunden, bei seinem ganzen Tun den Blick auf das große Ganze nicht zu vergessen und auch in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit sich immer dessen bewußt zu sein, daß sich seine Arbeit ins Ganze fügen muß. Auch dies muß nicht falsch verstanden werden etwa als eine verkappte kommunistische Lehre, sondern nur insoweit, als bei aller Freiheit im Einzelnen die Tätigkeit des deutschen Staatsbürgers sich nicht gegen das Wohl der Gesamtheit richten darf.

Jede wirtsc liche Tätig muß sich Ganze fü

Digitized by Google

Volkswirtschaft.

Die Aufgabe der Volkswirtschaft ist die Bedarfsdeckung und nicht die Erzielung einer möglichst hohen Verzinsung für das Leihkapital.

Man sollte glauben, daß sich dieser Leitsatz für jede Wirtschaft von selbst versteht und dennoch unterscheidet sich die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik gerade durch dieses Leitmotiv grundsätzlich von der derzeitigen zinskapitalistischen Wirtschaft. Es ist für den arglosen Sinn des schaffenden Menschen nicht so ganz einfach, sich überhaupt eine Volkswirtschaft vorzustellen, die nicht in erster Linie der Bedarfsdeckung dienen würde; und dennoch muß einmal gründlich darüber Klarheit geschaffen werden, daß den derzeitigen Herren der Wirtschaft — dem Bank- und Börsenkapital — im Grunde blutwenig an der Bedarfsdeckung für das Volk liegt. Nur insoweit diese Bedarfsdeckung wucherkapitalistisch ausgebeutet werden kann, hat das Weltkapital daran Interesse.

edarfsdeckung
t die Haupt-
aufgabe der
olkswirtschaft

Wir haben es hier tatsächlich mit zwei grundverschiedenen Einstellungen zur Wirtschaft zu tun. Die einzig zwingendste Forderung an die gesamte Volkswirtschaft von Seite der Gesamtbevölkerung ist naturgemäß die Befriedigung des Nahrungsmittelbedarfes, dann die Deckung des Bedarfes nach Behausungen und Kleidung, und erst dann reihen sich in bunter Folge alle übrigen täglichen Bedarfsgegenstände an, dann die höheren Kunst- und Kulturgenüsse. Dazwischen schieben sich die Hilfstätigkeiten hinein, das gesamte Transportwesen und was damit zusammenhängt, der Handel und das Geldwesen. Die Gütererzeugung ihrerseits hat in einer gesunden Wirtschaft das vornehmste Bestreben, den Bedarf aufs beste zu decken gegen ein Entgelt, das die Erzeugungskosten deckt und einen entsprechenden Arbeitsertrag für den Unternehmer einschließt und eine angemessene Gewinnquote, aus der sowohl unvermeidliche Verluste und Verbesserungen und Neuerungen im Betrieb bestritten werden können.

Die großen
utschen Unter-
ehmer waren
ch dieser Auf-
gabe bewußt

Das Augenmerk des richtigen Unternehmers ist nicht auf die Erzielung übermäßigen Gewinnes in Einzelfällen gerichtet, auch dann nicht, wenn Glückszufälle dies ermöglichen würden. Der richtige Unternehmer ist sich seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe durchaus bewußt, die Erzeugung so einzurichten, daß der Bedarf mit den geringsten Kosten für den Konsumenten gedeckt werden kann, daß gleichzeitig das Unternehmen wächst und gedeiht, daß die Herstellungskosten immer geringer werden, ohne daß die Löhne geschmälert werden.

Wohl das leuchtendste Beispiel solcher wahren Unternehmerdenkweise ist Ernst Abbe, der geniale Mitschöpfer und Leiter der Zeißwerke in Jena. Dieser Mann hat bis zu einem hohen Maß der Vollkommenheit diese volkswirtschaftliche Aufgabe des Unternehmers begriffen und nach besten Kräften in die Tat umzusetzen versucht.

Aber wir haben auch im Allgemeinen keine Ursache, nach dieser Richtung hin über unser Unternehmertum vor dem Kriege besondere Klage

Digitized by Google

zu führen. Männer, wie Alfred Krupp, Mannesmann, Werner Siemens, Thyssen, Borsig, Krauß, Maffei usw. haben sich auch in sozialer Hinsicht einen Ehrenplatz in der Geschichte der deutschen Industrie gesichert. Sie alle waren nicht von einseitigem Gewinnstreben beherrscht, sie alle blieben für ihre Person einfach und bescheiden, nur das Gedeihen ihrer Werke war ihr Leitstern.

Tatsächlich hat es auch die unermüdliche Schaffens- und Erfindungskraft der deutschen Industrie dahin gebracht, daß nicht nur der riesige Bevölkerungszuwachs Arbeit und Brot fand, sondern daß trotz steigender Löhne, trotz einer durchgehenden Verbesserung der Lebenshaltung aller Schichten der Bevölkerung die wichtigsten Produkte verbilligt werden konnten, dank immer neuer Verbesserungen und Erfindungen. Der deutsche Handarbeiter möge nie vergessen, daß er dies dem Kopfarbeiter zu verdanken hat.

Der geist
Arbeit wo
allgemeine
besserung
Lebenslag
deutschen
zu verda

Und noch eines muß gleich an dieser Stelle wieder mit allem Nachdruck betont werden, daß die Grundlage und Voraussetzung für diese Hochblüte deutscher Wirtschaft das kraftvoll geleitete Bismarckreich war. Diese beiden Faktoren, die einige und deshalb machtvolle politische Stellung des deutschen Reiches und der unerhörte Gewerbefleiß der deutschen Unternehmer und Arbeiterschaft haben es ermöglicht, daß eine durchgehende Hebung der Lebenshaltung der Gesamtbevölkerung zu verzeichnen war, daß der riesige Bevölkerungszuwachs Deutschlands ernährt, bekleidet und untergebracht werden konnte und daß die Auswanderung aus Deutschland auf unbedeutende Ziffern zurückging.

Die Ziffern der deutschen Auswanderung in den Jahrzehnten nach 1870 umschlossen nur mehr den gesunden Ueberschuß deutschen Unternehmer- und Kaufmannsgeistes, der als Pionier deutschen Fleißes und deutscher Leistungen in die Welt hinausströmte.

Im Großen und Ganzen wurde die Gesamtvolkswirtschaft des deutschen Reiches den grundsätzlichen Anforderungen gerecht, die auch wir an eine gesunde Volkswirtschaft stellen.

Der Bedarf wurde reichlich gedeckt. Trotzdem zeigten sich auch schon damals tiefe Schäden in unserer Wirtschaft, die sich in vierfacher Weise äußerten.

Tiefe Sc
fraßen a
blühen
deutsch
Wirtsch

1. Unsere Staatsfinanzen gerieten in der gleichen Zeit, in der das deutsche Volk immer reicher und mächtiger wurde, in denen die Produkte deutschen Industrie- und Gewerbefleißes sich die Absatzmärkte der Welt eroberten, in der Zeit, in dem unsere innere Wirtschaft von Erfolg zu Erfolg fortschritt, die Gesundheits- und Wohnungsverhältnisse von Jahr zu Jahr besser wurden, in immer tiefere Schulden hinein.

Nun ist es natürlich kein gutes Zeichen, wenn die Schulden immer größer werden. Eine solche Erscheinung deutet immer darauf hin, daß irgend etwas nicht in Ordnung ist. Denn es muß doch als absolut absurd und widersinnig bezeichnet werden, wenn ein Staat, dessen Bürger sich wachsenden Wohlstandes erfreuen, sich nicht gleichfalls in einem Zustand gesunder und blühender Staatsfinanzen befindet. Dies muß um so erstaunlicher sein, als dem deutschen Reich und den Bundesstaaten aus ihren Eisenbahnen, Posten und Bergwerken, sowie aus staatlichem Waldbesitz usw. außerordentlich große Einnahmen zuflossen, ganz abgesehen davon,

Die St
finanzen
in Abhän
vom Leih

Digitized by Google

daß das Reich und die Bundesstaaten kraft ihrer Finanzhoheit die beträchtliche Steuerkraft ihrer Bürger in Anspruch nehmen konnten.

Grundbesitz geriet in Schulden

2. Ein weiterer tiefsitzender wirtschaftlicher Schaden war die fortschreitende Verschuldung unseres ländlichen und städtischen Grundbesitzes. Die dagegen einsetzende Bewegung der Bodenreform hat einen sehr wichtigen Ausschnitt des Gesamtproblems richtig erkannt, ohne daß sie leider zu durchgreifender Wirksamkeit gekommen wäre.

Inflation rer Industrie chte dieselbe ie Abhängig- der Banken

3. Mußte den schärferen Beobachter auch die Tatsache der Aufblähung unserer Industrie durch Kredite aller Art mit Besorgnis erfüllen. Gewiß in Zeiten steigender Konjunktur nehmen die gewerblichen und industriellen Unternehmungen die Aufnahme fremder Gelder und die damit verbundene Zinspflicht leicht, weil eben die stark gesteigerte Arbeits- und Verdienstmöglichkeit die Tragung dieser Lasten gestattet. Aber wehe, wenn Wirtschaftskrisen einsetzen, dann zeigt sich die Benützung des zinspflichtigen Kredites in seiner ganzen wirtschaftlichen Schädlichkeit.

Die in diesen Jahrzehnten aufgekommene Form der Aktiengesellschaft mit der damit verbundenen tatsächlichen Loslösung des Kapitals von der Arbeit, d. h. die Abtrennung des rein kapitalistischen Interesses an der Rentabilität des Geldes auf Seite der Geldgeber von der einzig gesunden Zusammenarbeit des Einzelunternehmers und dessen Verbundensein mit seiner ganzen Existenz mit seinem Unternehmen — hat ebenfalls den Keim zu tiefen wirtschaftlichen Schäden gelegt.

e Banken irden aus enern von taat und rtschaft zu en Herren

4. Mußte den ehrlichen Volksfreund die wachsende Machtstellung der Geldvermittlungsinstitute, der Banken, mit ernster Besorgnis erfüllen. Aus Dienern der Wirtschaft sind heute die Banken zu unbeschränkten Herren der gesamten Volkswirtschaft geworden. Merkwürdiger- und bezeichnenderweise geht mit dieser wachsenden Machtstellung der Banken keineswegs eine gleichlaufende Blüte unserer Volkswirtschaft Hand in Hand, sondern im Gegenteil, je kläglicher unsere Wirtschaft geworden ist, umso mehr vergrößerten sich die Banken.

Wir wollen an dieser Stelle nicht weiter auf diese Entwicklung eingehen, dazu wird bei der Besprechung der reinen Finanz- und Geldwirtschaft noch viel zu sagen sein. Die Aufzeigung der vierfachen Wurzel der großen volkswirtschaftlichen Schädigung von der Geld- und Kreditseite her war um deswillen von großer Wichtigkeit, weil gerade diese Seite der Gesamtwirtschaft das gerade Gegenteil einer wahren Volkswirtschaft geworden ist, nämlich eine einseitige Raubwirtschaft der Geldmächte.

Abhängig- von dem hen Kapital t die meisten u ihrem wehrkampf

Wem sich das Bild eines von Schmarotzern befallenen Körpers nicht unwillkürlich bei der Betrachtung unserer heutigen Wirtschaft aufdrängt, der muß an der Aufrechterhaltung der heutigen Zustände stark interessiert sein oder von den Nutznießern dieser Ausbeutungswirtschaft abhängig sein. Leider ist das letztere bei einer sehr großen Anzahl von Menschen der Fall. Daher kommt es, daß sich der innere Widerstand gegen dieses moderne wirtschaftliche Raubritterwesen nicht entsprechend hervorwagt.

Besonders schlimm ist es, daß selbst die Wissenschaft und zwar speziell die Wissenschaft, die sich mit diesen Dingen pflichtmäßig zu befassen hat, noch vollkommen im Bannkreis der derzeitigen zinskapitalisti-

Digitized by Google

schen Wirtschaft ist und sich in Abhängigkeit von derselben befindet. Die heutige Nationalökonomie ist keine Führerin zur Wahrheit und zu richtigen Erkenntnissen, sondern der Wortführer volkswirtschaftlicher Verbrechen geworden.

Alle großen Wahrheiten und Weisheiten können von jedem einfachen Menschen begriffen und in ihren Grundzügen nachgedacht werden. Nicht zu verwechseln damit ist, daß es natürlich nicht so einfach ist, zu solchen grundsätzlichen Erkenntnissen zu gelangen — zwar die Erkenntnis selbst, die Intuition — ist wie ein helles Licht, das in der ewig nach Erkenntnissen dürstenden Seele aufleuchtet. Schwierig ist die nachfolgende Verstandesarbeit, die mühsam Baustein um Baustein herbeischaffen muß, um damit unter sorgfältigster Materialauswahl das ganze Gedankengebäude aufzubauen, sodaß das fertige Werk jedermann als selbstverständlich erscheint.

Das Gebiet Finanz- u Kreditwese ist für d Arier beson undurchsich

In solchen Fällen gibt es dann kein schöneres Lob, als wenn man selbst da und dort auf solche Gedanken stößt. So bekam ich selbst in diesen Tagen eine ausgezeichnete Schrift eines heute alten Herren des österreichischen Ingenieurs W. Schober in die Hände, in der mit unerhörter Klarheit schon vor 30 Jahren die ganze unheilvolle Entwickelung der österreichischen Geld- und Kreditverhältnisse vorausgesagt wurde.

Zu den wer Klarblicker gehört J Schober

Schober hat darauf hingewiesen, daß nur eine völlige Abkehr von den grundfalschen nationalökonomischen Lehren die unheilvolle Entwickelung der Nationalwirtschaft aufzuhalten vermöchte — leider ohne den geringsten Erfolg.

Der Hauptgrund lag damals daran, daß die Freunde Schobers von der christlichsozialen Partei nach anfänglicher begeisterter Zustimmung mit faulen Ausreden — „die Zeit sei noch nicht reif", in Wirklichkeit weil es der christlichen Hochfinanz nicht in den Kram paßte — sich von ihm abwandten.

Ein Ueberblick über die heutige Wirtschaftslage zeigt uns überall solche wirtschaftliche Krankheitserscheinungen. Wir sehen Millionen von früher selbständigen Existenzen in Abhängigkeitsverhältnisse geraten, unzählige kleine Betriebe müssen schließen — sie können die Betriebsmittel, das Geld nicht mehr aufbringen, mittlere und große Betriebe schließen sich zu Riesenbetrieben zusammen — sie alle aber beherrscht die Bank. Längst hat die Bank aufgehört, die treuhänderische Vermittlerin zu sein zwischen Sparkapital und den Ansprüchen der Wirtschaft auf Betriebsmittel. Heute haben die Großbanken ihre Direktoren und Delegierten in allen großen Aktiengesellschaften drinnen. Nichts kann geschehen, was die Bank nicht erfahren würde. Und welches Interesse hat nun die Bank an der Wirtschaft? Sie hat einzig und allein das Interesse, daß sich das Kapital möglichst hoch rentiert, auf welche Weise ist ihr ganz gleichgültig. Nicht etwa in der Befruchtung der Wirtschaft durch die Verleihung von Geld zu billigsten Sätzen gerade dann, wenn die Volkswirtschaft von Krisen schlimmster Art bedroht ist, sieht sie ihre Aufgabe — dies wäre aber ihre vornehmste Aufgabe —, sondern die Großbanken pflegen immer gerade dann in der rohesten Weise mit Krediteinschnürungen und Kreditkündigungen vorzugehen, wenn die produzierende Industrie eine Bevorschussung ihrer Arbeit am dringendsten notwendig hätte.

Die Rentak ist der Ab des Bank- Börsenkapi

Digitized by Google

Man bedenke ferner noch Folgendes: Welchen Bedarf decken die Banken? — Man wird sagen den Geldbedarf — jawohl, aber wie und unter welchen Bedingungen! Der Bäcker, der Schuster, der Fabrikant, der Kaufmann, ja diese decken den wirklichen Bedarf an Nahrung, Kleidung usw., sie bekommen dafür den Gegenwert, den Preis in Geld oder durch Geldüberweisung. Damit ist der Bedarf gedeckt, und der Fabrikant etc. hat wieder Betriebsmittel zum Einkauf, zur Lohnzahlung und zur weiteren Fabrikation. Hier sehen wir einen volkswirtschaftlichen Kreislauf geschlossen. Der Erzeuger deckt den Bedarf des Verbrauchers, das Geld erfüllt seine ureigene Aufgabe als Vermittler eines Tauschgeschäftes und befruchtet in den Händen des Erzeugers von Neuem die Wirtschaft.

Ganz anders beim Geldverleihgeschäft der Banken. Zunächst besteht für keine Bank irgend eine Verpflichtung, ihre Ware — das Geld — herzugeben, wie eine solche Verpflichtung z. B. für jeden Gewerbetreibenden besteht. Sie hat es also in der Hand, nur den ihr Genehmen Geld zu geben. Ferner verlangt die Bank in der allermeisten Zahl der Fälle Sicherheiten, die den Wert des Darlehens weit übersteigen, sie verlangt ferner einen Schuldschein, nach welchem der Geldsuchende sich meistens mit allem, was er hat und verdienen wird, für die Rückzahlung der Schuld verpflichten muß. Mit anderen Worten, gegen die Hergabe von Geld zieht die Bank Vermögensbestände, die weit größer sind als die geliehenen Summen in ihrem Machtbereich, sie läßt sich ferner einen Schuldschein aushändigen, der die Arbeitserträgnisse des Darlehennehmers ihrem Zugriffe öffnet — aber damit noch nicht genug —, für diese doppelt und mehrfach gesicherte Geldhingabe läßt sich die Bank auch noch schön bezahlen in Gestalt von ungeheuren Zinsen. 90—100 % und mehr beträgt der derzeitige Zinssatz! Wir haben es also hier mit einer Leistung zu tun, die volkswirtschaftlich betrachtet, gar keine produktive Leistung ist, die Gegenleistung — Pfandhingabe, Schuldschein — wird sofort gegeben und außerdem muß der Darlehensnehmer noch eine dauernde Leistung bewilligen, die in wenigen Jahren den Wert des empfangenen Geldes übersteigt, ohne daß dadurch die Pfänder frei würden, oder die Schuld erlöschen würde. Ein derartiges Geldgeschäft ist natürlich volkswirtschaftlicher Widersinn, es ist Wucher in Reinkultur.

Die darfsdeckung eressiert das apital nicht

Der wahre Sinn des Kredites, des Glaubens an die größere wirtschaftliche Tüchtigkeit eines Anderen, ist doch der, daß der Besitzer von erspartem Gelde sich nicht in der Lage sieht, selbst sein Geld nutzbringend zu verwenden, er sieht sich daher nach jemandem um, zu dem er das Vertrauen haben kann, daß er diesem sein Geld anvertrauen kann und der ihm die Gewähr bietet, daß er ihm seine Ersparnisse nach Bedarf auch wieder voll und ungeschmälert zurückgibt. Mit dieser Zurückgabe des geliehenen Geldes ist Leistung und Gegenleistung abgeschlossen und ein eigener Anspruch auf eine besondere Vergütung kann weder sittlich noch wirtschaftlich begründet werden. Hat das Darlehen den Darlehensnehmer in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit so gestärkt, daß er erheblich größere Gewinne machen konnte, so kann man es als Akt der Billigkeit oder Dankbarkeit ansehen, wenn der Darlehensnehmer dem Darlehensgeber außer der Rückzahlung des Geldes auch noch einen gewissen Anteil an seinem Gewinne zukommen läßt. Diese Auffassung der privaten Geld- und Kredit-

Sinn und nsinn des Kredits

Digitized by Google

wirtschaft beherrschte das ganze Mittelalter, sie bildete den Kern der kirchlichen Zinslehre. Die Forderung von Zinsen galt als Wucher. Heute ist der von der Kirche als Wucher verurteilte Zins geradezu zum Axiom unserer gesamten Wirtschaft geworden— der volkswirtschaftliche Sinn des Kredites ist zum volkswirtschaftlichen Unsinn geworden. Freilich für die Geldbesitzer ist eine solche Lehre geradezu zur Quelle dauernder müheloser Bereicherung geworden. Nicht weil das Geld wirklich — wie es beinahe scheinen möchte — eine aus sich selbst heraus geldgebärende Macht wäre, ein übermenschliches Phänomen, das losgelöst von den irdischen Gesetzen der Vergänglichkeit unvergänglich und ewig alles in seinen Bann zwingt, sondern weil es in der modernen Geld- und Weltwirtschaft einfach als Recht empfunden wird, daß jede Art von Geldbesitz ein dem Gelde gewissermaßen innewohnenden Anspruch auf Zins in sich tragen würde, wird diese ungeheuerlichste Umkehrung des Verhältnisses zwischen Arbeit und Geld hingenommen als ein Recht, als etwas, an dem man nicht rühren kann, als etwas, für das die damit befaßte Wissenschaft eine ganze Menge von Rechtfertigungsgründen vorzubringen hat.

Der Zi anspruch zum „Re

So und nur so war es möglich, die gesamte Volkswirtschaft von ihrer einzigen und natürlichen Aufgabe, den Bedarf zu decken und damit Arbeit und Brot für jedermann zu schaffen, abzudrängen und in erster Linie als Instrument für die persönliche Bereicherung der Besitzer des Bank- und Börsenkapitales zu mißbrauchen.

Wir mußten uns bei der Darstellung dieser Verhältnisse etwas länger aufhalten, wir werden auch immer wieder darauf hinweisen müssen, daß diese Tatsache der allbeherrschenden Geldmächte besteht, während gleichzeitig die Volkswirtschaften der unter die Botmäßigkeit des Weltkapitales gezwungenen Nationen aufs schwerste notleidend sind.

Dieses heute bestehende grundverkehrte Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit muß aber wieder geändert werden, wenn man wieder gesunde wirtschaftliche und politische Verhältnisse herstellen will. Wir werden in dem Kapital über die Finanzpolitik noch eingehender auf diese Zusammenhänge zu sprechen kommen, denn nicht die Wirtschaft als solche ist schlecht und krank, sondern schlecht und falsch ist nur unsere Geld- und Kreditwirtschaft.

Das Verh von Arbei Kapital u umgeke

Es war ferner noch notwendig unser Leitmotiv für die Wirtschaftspolitik des nationalsozialistischen Staates: „Die Aufgabe der Volkswirtschaft ist die Bedarfsdeckung und nicht die Sorge für die Rentabilität des Kapitals“ so scharf herauszustellen, weil gerade dies der Punkt ist, in welchem wir uns — trotz der Selbstverständlichkeit dieser Forderung — in vollkommenem Gegensatz mit allen derzeit in Staat und Wirtschaft wirksamen Kräften und Mächten befinden.

Selbst die Parteien der „Ruhe und Ordnung“ leisten mit dieser ihrer Forderung nur der unentwegten weiteren Ausbeutung unseres Volkes durch die anonymen Geldmächte Vorschub. Unsere Auffassung ist die, daß eine Ruhe und Ordnung erst dann eintreten kann, wenn die Grundursache aller sozialen und wirtschaftlichen Unruhe und Unordnung — eben diese falsche Einstellung der Nationalökonomie oder, wie sie Arthur Trebitsch*) bezeich-

*) Deutscher Geist oder Judentum.

Digitized by Google

net, die internationale Antiökonomie — beseitigt ist. Erst dann kann sich als Folge gesunder sozialer Zustände der dann erst natürliche Zustand der Ruhe und Ordnung einstellen; aber man kann nicht Ruhe und Ordnung als politisches Ziel aufstellen, wenn schwerste wirtschaftliche Grundfehler den Wirtschaftsorganismus in dauernder Erregung halten. Von der Erhaltung einer solchen Ruhe und Ordnung haben nur die volkswirtschaftlichen Verbrecher Nutzen, aber nicht das Volk.

Ruhe und Ordnung ist politisches Ziel

Es ist nun ein beliebter Trick des politischen Kampfes gegen unsere Bewegung, daß man diese unsere Gegnerschaft gegen die hochkapitalistische Ausbeutung unserer Volkswirtschaft und unseren Kampf für eine den Forderungen sozialer Gerechtigkeit genügeleistende Nationalwirtschaft als Gegnerschaft gegen das Eigentum oder sonstige Formen des Besitzes ausgibt, daß man unsere fanatische Forderung: „Gemeinnutz vor Eigennutz" als kommunistisch verschreit. Obgleich solche niederträchtige Anwürfe uns nicht erreichen können, weil sie eben nur der Versuch sind, unser hohes und heiliges Ideal mit Dreck zu bewerfen, um es in den Augen des sehnsuchtsvoll nach einer Erlösung von ihren wirtschaftlichen und auch seelischen Nöten ausschauenden Volkes herabzuziehen und zu verdunkeln, so wollen wir trotzdem an dieser Stelle noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinweisen, was wir in dem grundlegenden Abschnitt über „die wirtschaftlichen Grundlagen" erklärt haben.

„Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz."

Es wird indes die Aufgabe der Gesetzgebung sein, die Grenzen zu ziehen gegen die Anhäufung maßloser Reichtums in den Händen Einzelner zum Schaden der Gesamtheit.

e Deutschen den eine Wirtschafts-gemeinschaft

Positiv und für die Wirtschaft selbst ergibt sich als Forderung für die Gesamtwirtschaft und deren Aufgabe im Geiste des Nationalsozialismus die Forderung 10. Alle Deutschen bilden eine Werkgemeinschaft zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt und Kultur des deutschen Volkes.

Hieraus wiederum leitet sich die sittliche Forderung ab, daß jeder Deutsche nach seinen Kräften körperlich und geistig arbeiten müsse, daß sich aber diese seine Arbeit ins Ganze fügen muß.

Ich betone, daß dies eine sittliche Forderung ist, es handelt sich also nicht etwa um die Festlegung eines Arbeitszwanges, wie solcher jetzt durch das neue Arbeitszwangsgesetz von Trotzki für Sowjetrußland eingeführt worden ist. Etwas ganz anderes ist die von uns geforderte Einführung eines Arbeitspflichtjahres für jeden Deutschen vor Erlangung der vollen staatsbürgerlichen Rechte.

Etwas anderes ist es wiederum, daß gerade unser Hochziel dahingeht, allen Volksgenossen, die in ihren Jünglings- und Mannesjahren fleißig gearbeitet haben, ein sorgenfreies Alter zu sichern. Gerade das soll und muß und kann leicht erreicht werden, daß eine Volkswirtschaft, die nicht dauernd unter dem Aderlaß der Zins- und Tributpflicht an das Leihkapital steht, so reichliche Ueberschüsse abwirft, daß allen Volksgenossen nach Erreichung eines bestimmten Alters oder bei vorzeitig ein-

Digitized by Google

getretener Arbeitsunfähigkeit eine angemessene und auskömmliche Altersrente — ähnlich wie die Ruhegehälter der Beamten — sichergestellt wird.

Hinter der Pflicht zur Arbeit steht die Sicherheit auf ein sorgenfreies Alter

Ich ziehe diese sozialpolitische Forderung hier herein, weil die Erfüllung dieser Aufgabe zu den Leistungen der Gesamtvolkswirtschaft gehört, weil sie der Punkt ist, der dem Arbeiter im weitesten Sinn des Wortes nicht nur immer wieder zu sagen weiß: Du mußt arbeiten! sondern weil sie hinter der Arbeitspflicht etwas Beruhigendes und Versöhnendes aufrichtet — die Aussicht auf ein gesichertes Alter für jeden, der sein Leben lang seine Pflicht getan hat.

Jeder Deutsche verfügt frei über seine Arbeit

In den Rahmen der grundsätzlichen Anerkennung des Privateigentums als Grundlage unserer Wirtschaft gehört natürlich auch hinein, daß jeder Deutsche in seiner freien Erwerbsmöglichkeit und in der freien Verfügung über seinen Arbeitsertrag und sein erworbenes Vermögen geschützt wird (Ziffer 11). Einengung dieser Grundrechte, ist nur durch Gesetz zulässig, wobei als Richtlinie wiederum zu gelten hat, daß als Arbeit nur solche Arbeit gilt, die nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit gerichtet ist. Kettenhandel und Schiebereien verursachen zweifellos auch manche Arbeit, ebenso wird ein Einbrecher bei dieser Arbeit oft mehr Schweißtropfen vergießen als der Maurer beim Hausbau, aber solche „Arbeit" ist eben nur auf einseitige persönliche Bereicherung auf Kosten und zum Schaden anderer gerichtet. Solche Arbeit ist daher gemeinschädlich und muß daher mit aller Härte bestraft werden können.

Arbeit ist nur was der Allgemeinheit dient

Eine solche ausdrückliche Feststellung ist keineswegs überflüssig, denn aus der Praxis der Gerichte ergibt sich nur allzu oft und in erschreckendem Maße, was da alles als ehrliche Arbeit bezeichnet wird. Es gibt auch eine ganze Reihe von Tätigkeiten, die sehr hart an der Grenze sind, wo es schwer ist, noch davon zu sprechen, daß sich diese Arbeit noch „ins Ganze" füge.

Wir wollen nicht davon sprechen, daß z. B. die Antialkoholgesetzgebung Amerikas im Grunde einer ganzen großen gerade bei uns in Bayern blühenden Industrie aberkennt, daß sich ihre Arbeit ins Ganze füge, auch nicht davon, daß viele Luxusindustrien eben nur dem reinen Luxus im schlimmen Sinn dienen. Aber jedenfalls müssen gesetzliche Handhaben dafür geschaffen werden, daß alle Tätigkeiten oder Betriebe, die gegen die Volksgesundheit in körperlicher oder seelischer Hinsicht gerichtet sind, unterdrückt werden können. Das Gleiche gilt von der wucherischen Zurückhaltung oder Ausbeutung der Notlage der Bevölkerung durch Schiebung und Wucher.

Todesstrafe für Volksausbeu

Für solche volksfeindliche Schädlinge fordern wir die Todesstrafe. Geldstrafe oder selbst Gefängnisstrafe ist gegen solche gewissenlose Existenzen wirkungslos.

Diese volkswirtschaftliche Reinigungsarbeit muß mit aller Entschiedenheit durchgeführt werden. Dies wird schon an sich die günstige Folge haben, daß zahllose Existenzen, die jetzt auch schon auf die schiefe Bahn gedrängt sind, wieder zu ehrlicher Arbeit zurückfinden werden.

Zusammengefaßt wird sich also die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus dahin auswirken, eine grundsätzlich falsche Einstellung der Wirtschaft auf Rentabilität zu beseitigen und dafür die einzig rich-

Digitized by Google

tige und vernünftige Aufgabe der Volkswirtschaft — die Bedarfsdeckung — wieder zu Ehren zu bringen.

Ertrag und Gewinn aus schaffender Arbeit wird geschützt

Dies schließt keineswegs Ertrag und Gewinn für die Gewerbetreibenden, Fabrikanten und die ehrlichen Kaufleute aus, im Gegenteil werden und sollen dem berechtigten Streben nach Erwerb, solange sich dieses Streben im Rahmen der Gesamtinteressen hält, in keiner Weise Erschwerungen gemacht werden.

Es handelt sich demnach um eine Reinigungsaktion, dann um die Erhaltung der sowohl in Bezug auf ihre Formen als auch in Hinblick auf ihre Leistungen einwandfreien deutschen Wirtschaft. Hierunter ist zu verstehen, was die Ziffer 12 verlangt: Die gesunde Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, also auch in der Landwirtschaft — bleibt aufrechterhalten.

Damit ist auch die grundsätzliche Einstellung des Nationalsozialismus zu den verschiedenen Ständen gegeben.

Der Nationalsozialismus wird die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes als der Grundlage eines kraftvollen Volkstums und der Volksernährung mit allen Mitteln unterstützen und fördern.

Bauernstand und Mittelstand werden besonders geschützt und gefördert

Bei dieser grundsätzlichen Einstellung wird jedermann die mit Vorbedacht verbreitete Behauptung, daß der Nationalsozialismus den Bauern das Land wegnehmen wollte, als bösartige Verleumdung erkennen. Wenn die erste Fassung des Programmes einen Nebensatz enthält, der unter besonderen Umständen eine kostenlose Enteignung vorsieht, so war dabei nur daran gedacht, daß deutscher Grund und Boden, der von volks- und rassefremden Personen während oder nach dem Krieg oft auf unter sehr merkwürdigen Umständen zum Schaden der einheimischen Bevölkerung erworben worden war, diesen Schädlingen unter Umständen auch ohne Entschädigung abgenommen werden kann. Dieser Satz war also nur zum Schutze der einheimischen Bevölkerung gedacht.

Besonders am Herzen liegt dem Nationalsozialismus auch das Gedeihen und die Selbständigkeit eines gesunden gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes.

Auch gegen die Produktionsformen der sog. Schwerindustrie ist vom nationalsozialistischen Standpunkte aus nichts wesentliches einzuwenden. Gerade die Großindustrie hat in vorbildlicher Weise alle Betriebe rationalisiert, d. h. sie hat keine Kosten gescheut, um immer bessere und einfachere Produktionsmethoden herauszubringen. Die heutige auf Kommunisierung hinzielende Ueberlastung der Betriebe mit einer Unzahl von Personen, die eigentlich entbehrlich wären (wir denken hier nur an die Notwendigkeit, eigene Steuer- und Versicherungsbeamte zu halten, Betriebsräte usw.), wirkt natürlich dem Rationalisierungsstreben der Industrie geradewegs entgegen.

Die Hochblüte der modernen Zivilisation kommt dem Volke nicht zu Gute

Zum Schlusse dieses grundlegenden Kapitels sei noch eine Ueberlegung erwähnt, nämlich die, daß trotz der ungeheueren Erfindungen des menschlichen Geistes, trotz des Ersatzes von Millionen von Menschenkräften durch die Maschine, trotz der dadurch ins riesenhafte gesteigerten Produktivkraft unserer Wirtschaft, trotz der außerordentlichen Ertragssteigerungen in

Digitized by Google

unserer Landwirtschaft keine Rede davon sein kann, daß heute die Arbeiter weniger arbeiten müßten, daß die sozialen Spannungen herabgemindert wären und daß der allgemeine Wohlstand sich gehoben hätte.

Ja nicht einmal die Vermögensbildung oder die Behaglichkeit des Lebens ist gewachsen — im Gegenteil — das heutige Bild unseres wirtschaftlichen Lebens ist das eines wilden Kampfes, eines besinnungslosen Wettrennens nach Gelderwerb, bei der Arbeiterschaft ein ununterbrochener Kampf um die Erreichung des Existenzminimums. Man wäre sonach gerne versucht, zu sagen, da war die gute alte Zeit doch noch besser, wo es keine Dampfmaschinen und Fabriken gab, keine Eisenbahnen und Telegraphen — damals waren die Menschen noch zufriedener und glücklicher.

Ein solcher Wunsch ist begreiflich von Menschen, die keinen Ausweg wissen und nicht die Kraft haben, neue Wege zu gehen.

Die Sinn einer nu Rentabilit gestellten schaft m Ende fi

Der Grundfehler an dieser unserer hochentwickelten Wirtschaft liegt auch keineswegs etwa an diesen großartigen Erfindungen und den sonstigen Leistungen des menschlichen Geistes, sondern er liegt daran, daß diese ganze ungeheure Volkswirtschaft heute einseitig dem Götzen „Rentabilität" dienen muß, und daß auf diese Weise sich ungeheure Reichtümer in den Händen weniger Großleihkapitalisten zusammenballen, während die gesamte arbeitende Menschheit dieser überstaatlichen Geldmacht zinspflichtig geworden ist.

Wir müssen an dieser Stelle noch einer besonders bösartigen Krankheitserscheinung gedenken, es ist dies der Wucher mit dem täglichen Brot in weitestem Sinne. Der Lebensmittelwucher ist wohl eine der widerlichsten Auswuchserscheinungen zu allen Zeiten gewesen, in denen eine schwache Regierung nicht gewagt hat, gegen solche volkswirtschaftliche Schmarotzer vorzugehen. Unser derberes Mittelalter wußte sich solcher Leute eher zu erwehren. Die Korn- und Mehlwucherer wurden an den Pranger gestellt, ihnen ihr Hamstergut abgenommen und sie wurden unter Umständen auch kurzerhand aufgehängt.

Der Leben wucher besonders bestra

Heute haben wir es aber auch auf diesem Gebiete mehr oder weniger mit staatlich konzessionierten Ausraubungszentralen in Gestalt der verschiedenen Kriegsgesellschaften zu tun. Was unter dem Deckmantel dieser Einrichtungen, die fast durchaus von Juden geleitet waren, — wie sie ja auch von dem Juden Rathenau ins Leben gerufen waren — für Verbrechen an der Ernährung des deutschen Volkes begangen wurden, ist noch in Aller Erinnerung. Dabei erscheint es uns noch wahrscheinlich, daß durch diese unverantwortliche Form der Zwangswirtschaft ein an sich durchaus beachtenswerter Gedanke der völkischen Ertragswirtschaft sabotiert hat werden sollen. An sich ist nämlich der Gedanke der Zuführung der Erzeugnisse des deutschen Bodens zu den Verbrauchern unter der sorgsamen Oberaufsicht des Staates durchaus gesund und richtig. Diese Aufgabe ist eben auch eine verwaltungstechnische Aufgabe, die aber nicht mit ungeheuren Profiten für die Kriegsgesellschaften belastet sein dürfte.

Die Krieg schaften besond unheil

Wir besitzen zu diesem Punkte ein ausgezeichnetes Buch von O. Armin „Die Juden in den Kriegsgesellschaften", das eine einzige furchtbare Anklage gegen diese und gegen die Regierung ist.

Digitized by Google

Weitere äußerst beachtenswerte Werke zu diesem Kapitel, sind die Werke von Germanus Agricola „Die Rettung des Mittelstandes“ und „Schafft billige Nahrungsmittel“.

Die kleine geordnete Privatwirtschaft ist vor Auswucherung zu schützen

Germanus Agricola stellt den Bedarf der kleinen geordneten Privatwirtschaft in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Nicht Erhöhung des Einkommens, sondern Sicherung des Auskommens ist bei ihm die Aufgabe einer gesunden von Wucher und Schiebergeist freien Volkswirtschaft. Mit großer Plastik schildert der Verfasser alle die unzähligen unreellen, unsauberen Machenschaften auf den Gebieten der Lebensmittelversorgung, die das Nährgut zum reinen Spekulationsobjekt haben werden lassen, an dem sich 10 000e gewissenloser Existenzen bereichern. Die Bücher sind deshalb für unsere Bewegung so wertvoll, weil sie gerade ein Gebiet mit größter Gründlichkeit behandeln, das dem täglichen Leben am nächsten liegt, und an dem sie das Wüten der kapitalistischen Idee in einer jedermann verständlichen Form zeigen.

Wir bedauern nur, daß der Verfasser sich eines Decknamens bedient, denn was er zu sagen hat, und welche Vorschläge er macht, das gereicht ihm nur zur Ehre und wenn er ab und zu etwas weniger lehrhaft und doktrinär wäre, und wenn er die von ihm mit vollem Recht gegeißelten Zustände nicht geradezu als den Mittelpunkt und die Grundursache unserer jetzigen Not bezeichnen würde, würde dies den Eindruck seiner Ausführungen nur vertiefen. Die geschilderten Zustände auf dem Lebensmittelmarkte sind eben nur ein Teilabschnitt in dem Vernichtungsfeldzug, den der raffende Geist des Judentums und die von dieser Raffgier angesteckten Kreise gegen die gesunde vernünftige nationale Bedarfsdeckungswirtschaft unternommen haben.

Unser Programm fordert für solche volkswirtschaftliche Schädlinge mit allem Nachdruck die Todesstrafe.

Das Arbeitspflichtjahr

Zum Abschlusse dieser wirtschaftspolitischen Aufgaben des Nationalsozialismus steht noch eine organisatorische Riesenleistung: „Die Einführung eines Arbeitsdienstjahres für jeden Deutschen.“

Auch hier ist es wieder ein tief sittlicher Leitgedanke, der zu dieser Forderung zwingt — die Pflicht.

Wer staatsbürgerliche Rechte ausüben will, der muß dem Staate auch gedient haben, der muß auch Pflichtbewußtsein und Treue seinem Staate gegenüber bewiesen haben durch die Tat und zwar ohne Lohn, d. h. Bereicherungsmöglichkeit, genau wie der Soldat seinem Vaterlande dient.

Wir erblicken in dem Gedanken der Arbeitsdienstpflicht einen vollwertigen Ergänzungsgedanken zum Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht.

So sehr wir es für möglich halten möchten, die Erziehung zu tüchtigen Soldaten gegenüber der früheren zwei- und dreijährigen Dienstzeit ganz erheblich abzukürzen, so sehr halten wir es für notwendig und angezeigt, daß jeder junge Deutsche mit einem oder mehreren gewerblichen Tätigkeiten bekannt wird, in denen er dem Staate dienen kann.

Der Pflichtgedanke veredelt die wirtschaftliche Tätigkeit

Das Pflichtbewußtsein gegenüber der Qualität der Arbeit hat unter der Herrschaft der Maschine und unter der noch mehr verwüstenden Lehre von der Klassenfeindschaft des Arbeiters gegen den Unternehmer so sehr

Digitized by Google

gelitten, daß eine Nachhilfe auf diesem Gebiete unter straffer staatlicher Leitung nach einheitlichen Grundsätzen geradezu unerläßlich erscheint. Gerade das Unternehmertum im guten Sinne wird eine solche Einrichtung begrüßen und keineswegs als Konkurrenz auffassen. Eine Konkurrenz kann ein solches Heer der Arbeit schon um deswillen nicht sein, als erfahrungsgemäß jede produktive wirtschaftliche Betätigung des Staates zu stark mit dessen Beamtenapparat belastet sein muß, weil das Einstellen und Einlernen der jungen ungeübten Kräfte zu viel Nutzeffekt auffrißt.

Auf der anderen Seite wird es die Aufgabe dieses Arbeitsdienstjahres sein, den jungen Leuten in staatlichen Musterbetrieben alle Fortschritte der Technik näher zu bringen, sie sollen nach Möglichkeit die eigenen Bedürfnisse des Arbeitsheeres und der unter der Waffe dienenden Volksgenossen decken.

Gegenüber der übrigen Volkswirtschaft kommt also eine staatliche Konkurrenz nicht in Betracht, sie könnte höchstens auf gewissen Gebieten als Preisregulator wirken mit Marktpreisen, die dem freien Gewerbetreibenden und dem freien Unternehmertum noch reichlichen Spielraum für einen angemessenen Gewinn lassen.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Programmschrift sein, weiter in Einzelheiten einzugehen. Dies wird die Aufgabe eingehender Beratungen der Führer sein, diese Aufgabe ist auch noch keineswegs dringend. Immerhin mußte sie kurz gestreift und beleuchtet werden, denn wir wissen, daß eine richtige Lösung dieser Frage von ungeheurem Segen für die Gesundung unserer wirtschaftlichen Moral sein wird, ganz abgesehen von dem Nutzen, den die gesamte Wirtschaft aus der Tatsache ziehen wird, daß der Pflichtgedanke gegenüber der Arbeit als sittliche Pflicht dem Volke gegenüber geweckt werden wird.

Im Hinblick auf die Einstellung des Staatsbürgers gegenüber der Volkswirtschaft äußerte Bismark einmal:

„Wir sind nicht dazu da, um glücklich zu sein, sondern um unsere Pflicht zu tun."

Dieser sittliche Grundgedanke liegt auch unserer Einstellung zu Staat und Wirtschaft zu grunde.

Wie weit wir uns von dieser Grundlage jeder Wirtschaft entfernt haben, wie tief unser Volk selbst verführt von dem jüdischen Raffgeist einesteils materiell versumpft und moralisch verlumpt, andererseits in wirtschaftlicher Not zugrunde geht, erleben wir tagtäglich. Welch ungeheure Widerstandskraft und welch unfaßbare Leistungsfähigkeit andererseits auch ein geschwächtes Volk noch aufzuweisen hat, und wie diese unerschöpfliche Produktivkraft eines Volkes von den heutigen Herren der Wirtschaft ausgebeutet wird, das wird uns das folgende Kapitel über die Geldwirtschaft zeigen.

Digitized by Google

Staatsfinanzreform — Geld und Kredit im nationalsozialistischen Staat.

Die Zinsherrschaft.

e verschieden-
tigen Gegner
ser Forderung

Diese Forderung nach Brechung der Zinsknechtschaft ist grundlegend neu in einem politischen Programm. Diese Tatsache allein genügt natürlich, daß weiteste Kreise ein unbegrenztes Mißtrauen dieser Forderung entgegenbringen, — wenn man dazu noch das „sozialistisch" hält, so ist für diese Leute bereits kein Zweifel mehr möglich, daß es sich hier um ein kommunistisches Attentat auf das Privateigentum und die bürgerliche Gesellschaftsordnung handeln kann.

Der weitaus größte Teil der Gegner setzt sich aus denjenigen zusammen, die zwar durch die jetzige zinskapitalistische Wirtschaft alles verloren haben, die aber aufgewachsen in diesen Vorstellungen immer noch den Verlust bereits verlorener Ansprüche fürchten. Diese Gegnerschaft besitzt zwar keinerlei Stroßkraft, denn gerade der Mangel jeglicher innerer Stoßkraft ist bezeichnend für die im Rentenideal befangenen Kreise.

Eine weitere Gruppe sind diejenigen, die auf Leihgeld angewiesen sind, oder wenigstens glauben darauf angewiesen zu sein. Diese Gruppe fürchtet natürlich nicht etwa die Aufhebung der Zinszahlungspflicht, sondern sie befürchten, daß sie kein Betriebskapital mehr bekommen würden, falls ein Zinsverbot erlassen werden sollte.

Eine weitere Gruppe sind die zünftigen Nationalökonomen, für die die Gegnerschaft gegen das Zinsbefreiungsproblem das A. u. O. ihrer volkswirtschaftlichen Weisheit ist.

Eine weitere Gruppe sind die Böswilligen, die zwar besserer Einsicht nicht bar wären, die aber aus persönlichen oder parteitaktischen Gründen mit unwahren Behauptungen und Entstellungen diese Grundforderung des Nationalsozialismus bekämpfen.

Daß die die Zinsherrschaft ausübenden Kreise der Weltfinanz gerade ob dieser Forderung unsere unversöhnlichsten und erbittertsten Feinde sind, versteht sich natürlich von selbst.

Schließlich gibt es noch eine Gruppe, die es besser wissen wollen, die unter Umständen sogar eigene Vorschläge bringen, die zwar gut gemeint, aber schlecht gedacht sind. Es fehlt auch nicht an Angehörigen oder Freunden der Partei, denen diese Forderung gegen den Strich geht, und die sich am liebsten um diese unbequeme Forderung herumdrücken möchten.

Mit Ausnahme der Böswilligen und der sachlich interessierten Gegnerschaft ist der Hauptgrund für gegnerische und mißtrauische Stellungnahme — Unkenntnis und Denkfaulheit, Dummheit.

Wir haben es also hier mit ganz gewaltigen Gegnern zu tun, mit Gegnern, bei denen jede Systematik versagt, die man noch so bedrängen mag, die wie Quallen zwar vor dem Druck überzeugender Dar-

Digitized by Google

legungen zurückweichen, aber sofort nach dem Nachlassen des Druckes wieder in die alten Denkbahnen zurückfließen.

Die Darstel erfolgt in Grund a

Aus all diesen Gründen ist eine Darstellung notwendig, die von Grund auf aufgebaut wird, so daß nirgends eine Lücke bleibt, die den Gegner Anlaß zum Einhacken geben würde; die Einwendungen werden daher gleich beim Aufbau des Gedankengebäudes mit vorweggenommen werden, sodaß die ganze Frage schlüssig und glatt gelöst am Schlusse dasteht. Meine Tätigkeit in Hunderten von großen und größten öffentlichen Versammlungen und Vorträgen und in tausenden von Unterhaltungen und Besprechungen im kleinen Kreis dürften mir wohl schon so ziemlich alle erdenklichen Einwände zur Kenntnis gebracht haben, die überhaupt gemacht werden können. Es gibt heute keinen Einwand mehr, der nicht restlos beantwortet werden könnte, wobei natürlich davon abgesehen werden muß, auf böswillige oder unsinnige Einwände zu antworten, denn bekanntlich fragt ein Narr mehr als zehn Weise beantworten können.

Was ist Z knechtsch

Was versteht man denn nun unter „Zinsknechtschaft"? Unter Zinsknechtschaft ist zu verstehen die zinspflichtige Verschuldung von Staat und Volk gegenüber den überstaatlichen Geldmächten. Hier handelt es sich also um eine neue Form der Knechtschaft, um die Knechtschaft unter der Herrschaft des Geldes. Diese Knechtschaft ist fürchterlicher und brutaler als jemals eine Herrschaftsform gewesen war unter der Herrschaft absoluter Fürsten, weil sie unpersönlich ausgeübt wird, ohne irgendwelches menschliche Gefühl, nur von unersättlichem Ausbreitungs- und Vergrößerungstrieb besessen, von einem Machthunger ohnegleichen.

Der gewöhnliche Ausdruck für das Bestehen dieser Herrschaft lautet: „Geld regiert die Welt". Hier ist aber das Geld nur als Herrschaftssymbol gebraucht für die Geldmacht. Das Geld selbst, die metallnen und papiernen Zahlungsmittel sind an sich natürlich ganz ungefährlich, und üben keinerlei Herrschaft aus. Geld als Zahlungsmittel ist unentbehrlich für den Austausch der Güter und Leistungen. Deshalb sind auch alle Versuche der Herrschaft der Geldmächte von der Geldseite her beizukommen, von vorneherein irrig und zur Unwirksamkeit verurteilt, weil es sich eben bei dieser Herrschaft nicht um eine Frage des engeren Geldwesens handelt, sondern um Machtfragen. Das Geld als Machtinstrument an sich ist natürlich weder gut noch schlecht, es kommt nur auf den Gebrauch an. Ein Messer ist ebenfalls weder gut noch schlecht an sich, es kommt nur auf den Gebrauch an. Die Tatsache, daß es auch zum Mord gebraucht, d. h. mißbraucht werden kann, hebt noch lange nicht seine unendlich vielen und unentbehrlichen nützlichen Verwendungsmöglichkeiten auf. Auch das Geld, nützlich angewendet, ist von segensreichster Wirkung auf die Volkswirtschaft. Man hat das Geld nicht mit Unrecht als das Blut im Volkswirtschaftskörper bezeichnet. Solange das Geld seiner Aufgabe als Tauschmittel treu bleibt, solange eingenommenes oder verdientes Geld wieder der Wirtschaft zugeführt wird, kann es gar keinen schädlichen Einfluß auf die Volkswirtschaft ausüben.

Geld al Zahlungsm

Geld al Sparmitt

Nun kommt ein Moment hinzu, das ist der Wunsch, das Geld als Sparmittel zu verwenden. Dieser Wunsch ist an sich durchaus berechtigt, im Gegenteil, es ist nur durchaus zu wünschen, daß der Sparsinn wieder zu Ehren kommen möge, — wenn — ja wenn das Sparen bei den

Digitized by Google

heutigen Zuständen überhaupt möglich wäre. Die dauernde Entwertung unseres deutschen Geldes durch eine unverantwortliche Staatsfinanzpolitik macht ja das Sparen geradezu zur Dummheit, denn nach wenigen Wochen oder Tagen ist der Wert des Geldes auf einen Bruchteil des früheren Wertes gesunken. Soll daher das Geld seiner Aufgabe als Spargeld gerecht werden, so muß es wertbeständig sein.

Da das deutsche Geld aus Gründen, die wir noch zu untersuchen haben werden, z. Z. nicht wertbeständig ist, und auch nicht wertbeständig sein kann, sieht sich der deutsche Sparer nach solchem wertbeständigen Geld um. Solch wertbeständiges Geld sind aber die sogenannten Edelvaluten, also die Dollars, die Schweizer Franken und holländischen Gulden, und die Geldsorten der skandinavischen Völker u. s. w., ebenso das Metallgeld aus Edelmetall.

Wesen des Geldes

Diesem Wunsch nach Aufspeicherung von wertbeständigem Geld steht nun aber die volkswirtschaftliche Aufgabe des Geldes als Betriebsmittel der Wirtschaft feindlich gegenüber. Um diese Frage in ihrer ganzen Tiefe zu erkennen, müssen wir daran festhalten, daß das Geld seinem Wesen nach nichts anderes ist und sein soll, als eine „Anweisung auf geleistete Arbeit". Die übliche Erklärung: Geld ist Tauschmittel, ist keineswegs falsch, aber sie erschöpft die Frage nicht. Es ist eine Aufgabe des Geldes, und zwar seine wichtigste, den Tausch der Güter zu vermitteln. Aber diese Aufgabe erfüllen auch andere Dinge, wie die Teepäckchen der Chinesen, oder die Kaurimuscheln der Neger u. s. w. Das innerste Wesen des heutigen vom Staate ausgegebenen Geldes, sowie auch der Geldsurrogate ist doch die, daß sie Anweisungen sind — man könnte auch Bezugsscheine sagen — auf irgend welche von anderen Personen geleistete Arbeit. Unter „geleisteter Arbit" müssen wir ganz umfassend jedes wirtschaftliche Gut verstehen, also auch Rohmaterialien, denn auch diese haben nur dann Verkehrs- oder Verkaufswert, wenn sie gefördert sind und wenn sie auf den Markt gebracht sind. Um diesen Austausch der Güter untereinander zu erleichtern, ja um diesen in einer komplizierten Wirtschaft überhaupt möglich zu machen, mußte ein Tauschvermittler erfunden werden, der es eben ohne weiteres ermöglichte, daß der Erzeuger von nur einer Ware seine eigenen vielfältigen Bedürfnisse durch dieses Tauschmittel, das allgemeine Geltung hatte, zu befriedigen vermochte. Ein Schuster macht jahraus jahrein Schuhe und Stiefel — er braucht nun aber sein tägliches Brot, Fleisch, Milch, Eier, er braucht Kleidung u. s. w. und sofort. Der Bäcker, bei dem der Schuster sein Brot kauft, kann zwar recht gut ein oder zwei paar Stiefel im Jahr brauchen, aber er kann doch wirklich nicht das ganze Jahr für das viele Brot, das jener ißt, sich nur mit Stiefeln bezahlen lassen, er muß ja auch seinen Müller und Holzlieferanten bezahlen, für Mehl und Brennmaterial, diese können aber auch keine Stiefel mehr gebrauchen, weil sie selbst schon von einem anderen Schuster Stiefel und Schuhe bekommen. Aber auch mit seinen eigenen Produkten kann der Bäcker natürlich nicht den Müller für sein Mehl bezahlen, der Bäcker soll ja für die Allgemeinheit Brot backen. M. a. W. eine reine Tauschwirtschaft ist in einer entwickelten Volkswirtschaft mit weitgehender Arbeitsteilung ganz unmöglich. Ein Tauschvermittler ist daher unerläßlich. In allgemeinster Form muß

Digitized by Google

dieser Tauschvermittler eine allgemein anerkannte, vom Staate geschützte Anweisung sein — auf die Erzeugnisse der Volkswirtschaft — man muß sich mit diesen Anweisungen etwas kaufen können, und jedermann muß verpflichtet sein, seine gewerblichen Erzeugnisse dagegen — gegen dieses Tauschmittel Geld — abzugeben.

Der Kreisl des Geld

Es ist z. B. auch irrig, zu sagen, Geld sei Anweisung für geleistete Arbeit. Gewiß, man nimmt das Geld an für geleistete Arbeit, aber nicht, weil damit ein wirtschaftlicher Kreislauf schon beendet wäre, sondern weil eben dieses Geld eine Anweisung auf jede beliebige von anderen geleistete Arbeit ist, — Anweisungen, mit denen jedermann seinen lebensnotwendigen Bedarf und seine sonstigen Bedürfnisse befriedigen kann. Erst wenn dieser Bedarf gedeckt ist, und das Geld wieder der Wirtschaft zugeführt ist, ist der einfache Kreislauf des Geldes vollendet. Bleibt aber das Geld als Hamster- oder Spargeld in einer Hand liegen, so ist nur ein halber Tausch, so ist nur der halbe Kreislauf durchgeführt. Das Geld hat seinen Zweck noch nicht ganz erfüllt, im Gegenteil, es ist dem Zwecke, zu dem es erfunden wurde, und zu dem es da ist, — entzogen worden. Wir müssen grundsätzlich feststellen, daß diese Unterbrechung der volkswirtschaftlichen Aufgabe des Geldes, aus volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Gründen unzulässig ist. Es kann sich selbstverständlich nicht darum handeln, daß jeder eingenommene Geldbetrag gleich wieder ausgegeben werden müßte, so reich muß natürlich der Geldmarkt mit Geld versehen sein, daß jeder Privatmann seine wirtschaftlichen Dispositionen so treffen kann, daß er sich Summen zur Deckung seines Monats-Bedarfes, oder die Beträge für größere einmalige jährliche Leistungen aufbewahrt, aber es muß als durchaus volkswirtschaftlich unzulässig bezeichnet werden, daß die vom Staate zum Wohle der Allgemeinheit ausgegebenen Zahlungsmittel als Hamstergeld dem öffentlichen Verkehr entzogen werden.

Die Ausgabepflic

Dem Wesen des Geldes entspricht also auch die Ausgabepflicht, d. h. die Pflicht, vereinnahmtes Geld wieder in den Verkehr zu bringen.

Das richtige Spa

Man möge nun auch hier gleich wieder ganz scharf unterscheiden, daß damit keineswegs das Sparen unmöglich gemacht wird. Sparen richtig verstanden, ist keineswegs das gierige und geizige Aufspeichern von Geld, sondern — wenn man schon die beliebte Verquickung des Spargedankens mit der Fürsorge für die Kinder zusammenspannen will, dann ist das Schaffen und Erwerben von Sachgütern, der Kauf oder die Erbauung eines Häuschens, der Erwerb wertvoller Gegenstände, von Sammlungen, von Büchern, Gemälden, von Hausrat, die Erweiterung und Verbesserung des Geschäftsbetriebes, die Ausdehnung der Warenvorräte etc. ein weit besseres „Sparen", als das Zusammenkratzen von Geld.

Gerade wir Deutsche haben über diese Frage einen Anschauungsunterricht größten Stiles erleben müssen. Diese eben geschilderte richtige „Sparsamkeit" hat sich bestens gelohnt, die falsche auf das Geld gerichtete Sparsamkeit, hat sich bitter gerächt.

In Sage und in Märchen hat sich dieses unbeirrbar richtige Gefühl des Volkes auch für diese Dinge ganz richtig niedergeschlagen. Das gehamsterte Gold verwandelt sich in wertlose Klumpen, oder es verschwindet, oder es bringt endloses Unglück. Dagegen hat noch immer und überall derjenige, der es aus eigener Tüchtigkeit „Zu etwas gebracht hat"

Digitized by Google

und darunter versteht gesunder Sinn immer eine blühende Privatwirtschaft, sei es kaufmännisch, gewerblich oder industriell, — Achtung und Ansehen erworben. Solche Vermögensbildung ist einwandfrei, sie ist nicht gegen den Geist des Geldes gerichtet, sie ist als blühendes Glied der Gesamtwirtschaft im besten Sinne sozial.

Nach diesen kurzen aber notwendigen, weil grundlegenden Bemerkungen über das Wesen des Geldes kehren wir zurück zum Ausgangspunkt unserer Frage: „Was versteht man unter Zinsknechtschaft?"

Das ...sche Sparen

Wenn durch das Zurückhalten von Geld in den Händen von Leuten, die sich der volkswirtschaftlichen Aufgabe des Geldes nicht bewußt sind, oder noch mehr in den Händen derjenigen, die das angesammelte Geld als Machtinstrument gebrauchen wollen, eine Stockung entsteht, so wird das Geld, das dem Verkehr verbleibt, knapper, es tritt eine Geldklemme ein. Die Geldbesitzer geben aber auch jetzt noch nicht ihr Geld in volkswirtschaftlich gesunder Weise in den Verkehr zurück, indem sie ihrerseits weitergehende Bedürfnisse befriedigen würden und Häuser bauen ließen, oder sonst gewerbliche oder industrielle Erzeugnisse erwerben würden. Sie nehmen also dem Kaufmann, dem Fabrikanten, der zur Aufrechterhaltung seines Betriebes eben das Betriebsmittel Geld unbedingt braucht, nicht seine Erzeugnisse ab, aber gegen einen besonderen Tribut — gegen Zins — geben sie ihm das von ihnen in volkswirtschaftlichem Sinne widerrechtlich zurückgehaltene Geld hinaus. — Die volkswirtschaftliche Erpressung beginnt.

...ie widerrechtliche Geldzurückhaltung

Die Zins-Erpressung

Das Verhältnis des Gütererzeugers — des Produzenten — des volkswirtschaftlichen Arbeiters zum Gelde kehrt sich auf einmal um. Das Geld, das seinem Wesen und seiner Erfindung nach dazu bestimmt war, der Wirtschaft zu dienen, hat sich plötzlich emanzipiert und übt eine Erpressung aus auf die Gütererzeugung. Die Geldherrschaft beginnt. Gewiß ist die Privatwirtschaft froh, daß sie wenigstens auf diese Weise ihre Betriebe aufrecht erhalten kann, denn sie fühlt sich verpflichtet, volkswirtschaftlich der Produktion zu dienen. Der Geldhamsterer zieht aus diesem volkswirtschaftlichen Pflichtgefühl des volkswirtschaftlichen Arbeiters einen doppelten Nutzen: Erstens läßt er sich eine Schuldurkunde ausfertigen — also einen Rechtstitel — wonach der Darlehensnehmer mit seinem ganzen Vermögen für die ungeschmälerte Rückzahlung der geliehenen Summe haftet, meist werden noch bestimmte Vermögensobjekte ganz besonders verpfändet, und zweitens muß sich der Darlehensnehmer noch zu einer dauernden Extraleistung verpflichten, die man Zins nennt.

Beginn der Geldherrschaft

Der gewährte Kredit wird also nicht etwa aus Beweggründen gegeben, die dem Wortsinn des Wortes Kredit entsprechen würde, d. h. dem Vertrauen! auf die größere wirtschaftliche Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit, sondern rein aus der defacto erpresserischen Absicht, die Notlage des Wirtschaftlers auszunützen, um sich einen Teil von dessen Arbeitsertrag ohne jede Mühe zu verschaffen. Der Kredit wird auch nicht gegeben, um dadurch die Produktion zu fördern, sondern einzig und allein um den Geldbesitz „rentabel" zu machen. Zu welchen Geschäften der Kredit verwendet wird, ist dem Geldgeber im Grunde völlig gleichgültig, wenn er sich dafür interessiert, so geschieht dies nur, um sich davon zu

Kredit ...icht aus Interesse an der Produktion ...ndern wegen des Zinses

Digitized by Google

überzeugen, ob sein Geld auch sicher ist, und vor allem — ob es sich auch tüchtig *verzinst*.

Loslösung d Kapitals v der Arbei

Im Großen betrachtet ist das Kreditwesen, das durch die Banken vermittelt wird, heute soweit ausgebaut, daß ganz allgemein der Kapitalist, der Geldbesitzer und Geldgeber, vollkommen losgelöst ist von der Arbeit. Er hat keinerlei Beziehung persönlicher Natur zu den verschiedenartigen Zweigen der Produktion, in denen er „sein Geld arbeiten läßt", wie der beliebte irreführende Ausdruck lautet. Was weiß der Aktienbesitzer von „Girmes", „Pöge", „Weser", „Riebeck Montan", „Otavi", „Salitrera", „Steaua Romana" u. s. w. davon, was in diesen Werken hergestellt wird? Er hat ja gar kein Interesse daran, er hat nur das einseitige Interesse, ob die Aktien steigen oder fallen, und wie hoch die Dividende ist, die sein Kapital abwirft. Dem Kapitalisten ist es auch höchst gleichgiltig, ob die Aktiengesellschaften oder die sonstigen Formen kapitalistischer Betätigung (Kommanditgesellschaft auf Aktien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Gewerkschaft u. s. w.) überhaupt der Produktion dienen. Die Hauptsache, und das einzig maßgebende ist — die „Rentabilität". Ein Beweis für diese Tatsache ist die ungeheure Beliebtheit, deren sich die Bankaktien erfreuen. Die Großbanken, sowie jedes Kreditinstitut, leisten überhaupt keine produktive Arbeit im Sinne der Gütererzeugung — und trotzdem „rentieren" sich die Banken ausgezeichnet. Woher diese Gewinne fließen, Gewinne, die die Arbeitserträgnisse der größten Industriewerke weit in den Schatten stellen, Riesengewinne, obwohl heute die Banken ganze Heere von Menschen beschäftigen, die Zahlen über Zahlen schreiben, rechnen und zählen und mit aller ihrer Arbeit nicht einen Menschen satt machen oder bekleiden. Hier im Großbankwesen feiert der Zinsgedanke, das heißt die Möglichkeit, einen Riesenanteil der Erträgnisse der schaffenden Arbeit in den Besitz des reinen Geldbesitzers für den letzteren vollkommen mühelos überzuführen, wahre Orgien. Heute gibt es fast kein Unternehmen mehr, das nicht in irgend einer Form von der Bank abhängig wäre, das nicht in einer rein zinskapitalistischen Form betrieben würde. Die volkswirtschaftliche Gesamtarbeit ist vom Bank- und Börsenkapital abhängig und diesem zinspflichtig.

„Rentabilität die Hauptsa

Das Leihkapi der Herr de Produktion

Die Herren der Banken — die Großfinanz — sind somit auch die Herren der Produktion. Von ihnen ist es abhängig, ob die Arbeit stille steht, oder ob der Markt mit Unmassen von Schund überschüttet wird. Die Bedarfsdeckung für die geordnete kleine Privatwirtschaft ist durchaus Nebensache. Ein gut rentierendes Kinounternehmen, oder ein Verlag für Schundliteratur, oder für Kitsch aus Porzellan oder Blech ist dem echten Zinskapitalisten bedeutend lieber als ein schlecht rentierliches Tuberkuloseheim.

Die volkswi schaftliche Unmoral d Leihkapitalis

Wir haben es also bei dieser zinskapitalistischen Wirtschaftsform des modernen Kreditwesens mit der *vollendeten volkswirtschaftlichen Unmoral* zu tun, mit einer völligen Umkehrung des Sinnes des Geld- und Kreditwesens als eines Dieners der Wirtschaft in die Stellung des absoluten Herren der Wirtschaft.

Ein Teufelsstück voll Lug und Trug hat es fertig gebracht, Unrecht zu Recht, und den Herren zum Knecht zu machen.

Digitized by Google

Die schöpferische und schaffende Arbeit ist der Knecht geworden, und der listige raffende, ewig bewegliche jüdische Wuchergeist beherrscht die Welt.

Ein Erpresserstück, nur möglich durch die Hervorrufung eines künstlichen Notstandes durch volkswirtschaftlich unzulässige Zurückhaltung des Geldes gilt heute als Recht, als ein Recht, das niemand anzutasten wagt, weil es ihn in Konflikt bringt mit der weltbeherrschenden Macht des Großleihkapitals.

Die Zinsknechtschaft ist vollendet.

Vollendung insherrschaft

Sie wurde vollendet, dadurch, daß es den Verführungskünsten des beweglichen Geistes gelang, auch noch den Staat selbst, den gegebenen Hüter des Geldwesens, in die Zinsknechtschaft einzuspannen, so daß auch er heute mit gebundenen Händen das Weltkapital als seinen Herren anerkennt und er sich von seiner eigentlichen Aufgabe als Hüter der Volkswirtschaft hat abdrängen lassen — hinein in die Stellung des Büttels, des Zinseintreibers für das Großleihkapital.

Digitized by Google

Die staatliche Finanzwirtschaft.

Es ist nun unsere besondere Aufgabe, diese Entwickelung der staatlichen Finanzwirtschaft zu verfolgen.

Auch hier wird es wieder der richtige Weg sein auszugehen von der Feststellung der Tatsachen, wie wir sie heute vorfinden.

Die hervorstechendste Erscheinung im staatlichen Leben der Völker des westlichen Kulturkreises ist die ungeheure Verschuldung aller Staaten. Ob Sieger oder Besiegte, alle tragen riesige Schuldenlasten auf ihren durch den Krieg schwer getroffenen Volkswirtschaften.

In meiner mit meinem Freunde Dr. Buckeley zusammen herausgegebenen Schrift „Der kommende Steuerstreik" habe ich auf Seite 82 die Verschuldung der wichtigsten Staaten mitgeteilt nach den Quellen, die ich in der Münchner Staatsbibliothek vorfand. Das bedeutendste statistische Werk des britischen Imperiums ist „The Staatesman Year-Book", dieses offizielle statistische Jahrbuch bringt für die einzelnen Staaten ganz genaue Uebersichten über den Stand ihrer öffentlichen Schulden, über den gesamten Staatshaushalt usw.

Danach war die Verschuldung Englands — d. h. des englischen arbeitenden Volkes an das Weltkapital — am 31. März 1921 7 537 200 000 Pfund Sterling mit einem jährlichen Zinsendienst von rund 350 Millionen Pfund Sterling. Es ist recht nützlich, sich diese Summen in deutsche Mark umzurechnen, da man auf diese Weise am besten sieht, daß es sich bei dieser Zinsfrage um eine Weltfrage größten Umfangs handelt. Bei einem Kursstand des Pfundes von rund 800 000 000.— Mark für 1 Pfund errechnet sich die Summe von

6 049 760 000 000 000 000.— Mk., (6 Trillionen, 49 760 Billionen).

Diese wahnsinnige Summe hat das englische Volk an das Kapital zu verzinsen.

Frankreich schuldet an seine inländischen und ausländischen Zinsgläubiger rund 310 Milliarden Goldfranken, das sind rund 2 500 000 Billionen per 17. September 1923.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, das gesegnete Dollarland, wie wir uns einbilden, trägt eine öffentliche Schuldenlast von rund 25 Milliarden Dollars. Bei einem Dollarkurs von rund 200 000 000 ergibt das die astronomische Zahl von 5 Trillionen.

In Kanada, in Australien, in Indien, in Italien, in der Tschechoslowakei, in Polen, überall finden wir das gleiche Jammerbild einer hoffnungslosen Verschuldung der Staaten und damit der Völker an das Weltkapital. Ueberall dreht sich das staatliche Leben um die eine Frage: Wie bezahlen wir die Zinsen für unsere Anleihen, d. h. für unsere Schulden an die Weltfinanz, an das Großleihkapital?

Unabläßig sind die Finanzministerien in allen Staaten damit beschäftigt, neue Steuerquellen zu erschließen, monatelang beraten die Parlamente über die neuen Steuervorlagen, aber alles Sträuben nützt nichts. Vor

Digitized by Google

der Majestät des Weltwucherkapitales und dessen verbrieften „Rechts"-Ansprüchen auf die Zinszahlungen brechen Parlamente und Regierungen immer wieder zusammen und bedrücken ihre Völker mit unerhörtesten Steuerlasten, statt daß sie es wagen würden, diesem unerhörten Weltbetrug mit einem glatten Nein ein Ende zu machen.

Unrecht ward zu Recht, der Herr zum Knecht.

Wie es bei uns in unserem armen Vaterlande aussieht, erleben wir täglich und stündlich.

Entwickelung Deutschland

Gewaltig und kraftvoll erhob sich der junge deutsche Arbeitsriese, nachdem er durch Blut und Eisen zu staatlicher Einheit gelangt war. Seine unermüdliche Arbeit, sein schöpferischer Geist brachte immer neue Erfindungen. Deutscher Unternehmergeist und Wagemut eroberte die Märkte der Welt. Mit staunender Besorgnis sah sich das französische und englische Leihgeld der Rothschilds und der übrigen Bankmagnaten, sowie das Trustkapital der amerikanischen Finanzleute, der Kahn, Loeb, Speyer usw. in ihrer Rentabilität auf's schwerste bedroht. Der Wert der deutschen Mark, d. h. die Güte und Preiswürdigkeit der deutschen Erzeugnisse stieg immer mehr, man konnte berechnen, bis die Mark den Wert des Dollars erreichen würde, bis der englische Welthandel von Deutschland überflügelt sein würde, man sah wie in der ganzen Welt die deutschen Verkehrseinrichtungen, die deutschen Unterrichtsanstalten, die deutschen sanitären Einrichtungen, die deutschen Stadtverwaltungen, die deutschen militärischen Methoden zum Muster genommen wurden, man sah wie überall in der Welt deutsche Ingenieure als Pioniere deutscher Leistungsfähigkeit Bahnen, Brücken und Straßen bauten. All dies bedeutete aber, daß die Rentabilität der von der Weltfinanz in der ganzen Welt ausgeliehenen Kapitalien bedroht war. Da beschloß die Weltfinanz unter Benützung der Weltfreimaurerei Deutschland einzukreisen, unter Ausnützung aller Mittel der Lüge und Verleumdung als Weltfeind hinzustellen. — Eduard VII. war nur ein vorgeschobener Posten in diesem Schachspiel. Die nationalen Leidenschaften wurden gegen Deutschland geschürt, in England ebenso wie in Frankreich. Es gehört nicht hierher, die politische Vorgeschichte des Weltkrieges anzudeuten, sicher ist jedenfalls, daß Deutschlands Partie trotz seiner militärischen Stärke verloren war, weil von einem politischen Gegenspiel gegen das von der Freimaurerei geführte Ränkespiel der Ententemächte bei uns überhaupt keine Rede sein konnte (Vergl. Rosenberg „Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik".)

tsche Arbeit drohte die tabilität des anzkapitals

Weltfinanz schließt die inkreisung

Auch die einzige Gruppe, die in Deutschland noch außenpolitischen Instinkt hatte, die Alldeutschen, hatten keine Ahnung, daß dieses gewaltige Ringen zwischen den bewaffneten Völkern nicht um politische Erfolge ging, sondern dem Ziel die finanzielle Unterwerfung der deutschen Arbeit unter die Zinsknechtschaft des Weltkapitales galt. Die militärische Niederringung Deutschlands war natürlich Frankreichs spezielles Ziel, die Vernichtung der deutschen Flotte das spezielle Ziel Englands, aber über diesen beiden imperialistischen Zielen Frankreichs und Englands stand schon immer das Weltherrschaftsstreben des Weltkapitals.

Weltkrieg

Während sich so die Völker im wilden Ringen zerfleischten und das Blut der Besten auf den Schlachtfeldern in Strömen floß, war das

Digitized by Google

Judentum der ganzen Welt in Bewegung. Für Alljuda war die Zeit der Ernte gekommen.

Die Hochfinanz finanzierte den Weltkrieg; bei allen Völkern in der ganzen Welt saßen die jüdischen Skribenten in den Redaktionen der Weltpresse und logen und hetzten die Völker zu immer neuen Anstrengungen gegeneinander. 26 Staaten wurden so in den Kampf gegen die Mittelmächte geführt. Aus dem Osten ergoß sich ein Strom von Ostjuden über die deutschen Lande; diese schoben und schacherten, rafften und bereicherten sich, besetzten die Wohnungen in den Städten, brachten alles an sich, was sie kriegen konnten. In den Kriegsgesellschaften wurde dieses Geschäft der Ausplünderung und Mißwaltung der deutschen Volkskraft durch die Angehörigen der jüdischen Rasse besorgt, und in allen Stellen in Staat und Wirtschaft drängten sich die Juden vor und hinauf. Die innere Zermürbung wurde ebenfalls bewußt von Juden geleitet, die Haase, Ditmann, Cohn, Luxemburg, Barth, dann die Parvus-Helphand, Eisner, Levien, Gradnauer, wühlten und hetzten unterstützt von Ehrgeizigen, Dummköpfen und machthungerigen Verbrechern am deutschen Volk.

So brach endlich von innen heraus das deutsche Volk zusammen. Der Zusammenb
Juda's Stern ging blutrot auf. Das letzte Volk, das standhaft der Weltfinanz und deren Hexenkünsten widerstanden hatte, brach zusammen, es warf seine Waffen weg und beugte sich unter das furchbare Joch der Versailler Diktates. Aus tausend Wunden blutend, führerlos, nicht etwa wegen der Verjagung der Fürsten, denn gerade diese hatten ja als wirkliche Führer vollkommen versagt, wurde das deutsche Volk von seinen Parlamenten und Parlamentregierungen mit der verhängnisvollsten Phrase, die je in solchen Zeiten angewendet werden kann, mit der Phrase: „Um Schlimmeres zu verhüten“ in die jammervollste Knechtschaft, in die Zinsknechtschaft gegenüber dem Großleihkapital, hineingeführt.

Digitized by Google

Das Versailler Diktat.

Das Ziel des Weltkrieges war erreicht: Deutschland, das fleißigste und tüchtigste Volk der Welt als Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgeschaltet, militärisch niedergeschlagen, führerlos gemacht und von den marxistischen Irrlehren verführt und vergiftet, sittlich verwahrlost und mit einem Gebirge von Schulden zugeschüttet, daß es sich niemals mehr soll erheben können, sondern auf ewige Zeiten als Zinssklave dem Weltkapital dienen soll.

Das deutsche Volk als Zinssklave des Weltwucherkapitals

Nach dem Londoner Zahlungsplan hat Deutschland eine verzinsliche Schuld von 132 Milliarden Goldmark anerkennen müssen, zu dieser Schuld kommen noch die Zinsen hinzu. Diese Zinsen betragen aber während der vorgesehenen Tilgungsfrist bedeutend mehr als die Schuldsumme selbst — nämlich 333,5 Goldmilliarden. Zusammen hat also das deutsche Volk insgesamt zu leisten 465,5 Goldmilliarden Mark. Auch diese Summe müssen wir uns auf die heutige Papiermark umrechnen, denn wir verdienen ja auch nur mehr Papiermark, und nur aus diesem Verdienst können wir Steuern zahlen, die dann an den Feind ausgeliefert werden müssen für diese Reparationszahlungen.

Die deutsche Schuldenlast

Das 20 Markstück wird heute mit rund 800 000 000 Mk. bewertet, 1 Goldmark ist daher 40 000 000.— Mk. Multiplizieren wir demnach die obigen 465,5 Goldmilliarden mit dieser Papiermarkumrechnungsziffer, so ergibt sich als Gesamtschuld des deutschen Volkes die Wahnsinnsziffer von

18 620 000 000 000 000 000 Mk. (18 Trillionen 620 000 Billionen Mk)

Für normale Zahlenbegriffe ist eine derartige Summe tatsächlich unfaßbar, selbst der Mathematiker tut sich schwer, sich bei solchen Ziffern nicht um eine Null zu irren. Aber wir müssen einen begreifbaren Maßstab finden, die uns die Größe dieser Schuldenlast klar macht, denn diese Zahlen sind die Schicksalszahlen Deutschlands.

Das naheliegende ist, daß wir einmal diese Summe mit der Kopfzahl der deutschen Bevölkerung teilen. Dann ergibt sich

$$\frac{18\,600\,000\,000\,000\,000\,000}{62\,000\,000} = 300\,000\,000\,000$$

300 Milliarden Schuld für jeden Deutschen

eine Schuld von 300 Milliarden Mark für jeden einzelnen Deutschen Mann oder Frau, Kind oder Greis, für jeden einzelnen Arbeiter, aber auch für jeden Kranken und Siechen, für jeden Arbeitsalten und jeden Säugling.

Für jeden einzelnen Steuerzahler, denn nur diese sind die Objekte der Besteuerung, ergibt dies, da im Durchschnitt auf jeden Steuerzahler rund 2 Angehörige treffen, den dreifachen Betrag dieser Summe.

Jeder deutsche Steuerzahler schuldet nach dem Kursstand vom 20. September 1923 rund die Summe von 900 Milliarden!!

Digitized by Google

für sich und seine Kinder an das Weltkapital auf Grund des Versailler Diktates und des Londoner Zahlungsplanes.

Es wäre lächerlich, wenn es nicht so furchtbar ernst wäre, und wenn es die Feinde nicht so unerbittlich genau nehmen würden entgegen allen Phrasen der Pazifisten „es werde schon nicht so arg werden", und „einmal müsse doch die Vernunft siegen". Nein! sie wird nicht siegen! und die Weltfinanz wird alles tun, um Deutschland dauernd in dieser Zinsknechtschaft zu erhalten. Nur wir selbst können uns befreien.

Es ist die tiefe Tragik des deutschen Volkes, daß es, so tüchtig es im allgemeinen in seinem engeren Arbeitskreis ist, sofort unsicher wird, wenn es den Blick über die Grenzen der täglichen Arbeit erheben soll und den großen Weltgeschehnissen gegenüber gestellt wird. Hier verliert der gewissenhafte und genaue Deutsche jeden Maßstab, er wird zum hoffnungslosen Phantasten und Schwärmer. Der „deutsche Professor", der in seinem Fache Hervorragendes leistet, wird gegenüber den Dingen der Welt, vom Vergessen des Regenschirmes angefangen bis zum Phrasenschwall weltschwärmerischer Ideologen zum Gegenstand der Witzblätter; der deutsche Offizier ist geneigt im Vertrauen auf die ausgezeichnete Tüchtigkeit seiner Truppe die seelischen Imponderabilien politischer Natur und die Kraft der Ideen zu unterschätzen, und dadurch den Enderfolg in Frage zu stellen, der deutsche Beamte neigt dazu, sich als Vorgesetzter der Bevölkerung zu fühlen, statt als den Diener der Gesamtheit.

Die Deu
sind Phar
und Spezi

So sehen wir im Großen wie im Kleinen diesen verhängnisvollen Grundzug im deutschen Charakter: die Deutschen sind Spezialisten und Phantasten. Im Einzelnen auf allen Spezialgebieten tüchtiger und fleißiger als irgend ein Volk, auch durchaus fähig, sich für irgend eine große Idee zu begeistern und heldenmütig sein Leben einer Idee zu opfern, aber minderbegabt, im zwischenliegenden Kreis der weltwirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten das Richtige zu sehen und zu treffen.

Der Niederschlag solch grundsätzlichen Charakterzuges im Deutschen ist auf politischem Gebiet der so oft und immer wieder beklagte Mangel an Nationalgefühl und seine politische Unfähigkeit. Es fehlt dem Durchschnittsdeutschen gewissermaßen der Sinn für Größenordnungen, so begreift er auch meist nicht, daß wirklich diese Schuldziffern des Londoner Diktates sein Schicksal sind, daß diese Ziffern, daß die Anerkennung dieser Schuld, und die Bereitwilligkeit und der Versuch, diese Summen in Geld und Sachgütern zu leisten, die Grundursache für die ganze verzweifelte Lage des deutschen Volkes sind. Noch weniger sieht er aber, daß die Nutznießer dieser deutschen Leistungsverpflichtung nicht etwa die anderen Völker sind, sondern einzig und allein — die Weltfinanz.

Der Weltfinanz kommt es aber keineswegs auf die Abzahlung der Schuld an, sondern nur auf die dauernde Tributpflicht. Deshalb und nur deshalb hat die Weltfinanz, die ja den Versailler Vertrag in seinen finanziellen Teilen gemacht hat, schon von vornherein die Grundsumme so phantastisch hoch angesetzt, daß an eine Abzahlung nie gedacht werden kann, sondern daß auch bei einer eventuellen Herabsetzung der Grundsumme — (jedenfalls aber nur bei gleichzeitiger Hinaufsetzung des Zinsfußes) — Deutschland dauernd in Zinsknechtschaft erhalten wird.

Eine Abza
unmögl

Die Welt
will die da
Zinsknech
Deutschl

Digitized by Google

Die Aufrichtung dieser Zinsherrschaft über unser armes fleißiges Volk war das letzte Ziel des Weltkrieges, es war das Ziel der Großfinanz, und dieses Ziel ist restlos erreicht worden.

schlägigen Versailler ktates

Die einschlägigen §§ des Versailler Diktates sind so furchtbar, sie zeigen so sehr den ganzen Ernst und die vernichtende Härte dieser Zinsknechtschaft, die alles was wir haben und was wir erarbeiten dem Zugriff der Weltfinanz ausliefert, daß ich sie im Folgenden im Auszug anführe.

Artikel 231. Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an (!), daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber (!) aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.

Obwohl in Artikel 232 ganz zynisch anerkannt wird, „daß die Hilfsmittel Deutschlands nicht ausreichen, um die vollständige Wiederherstellung aller dieser Verluste und Schäden sicherzustellen"

wird trotzdem die Verpflichtung verlangt, „daß alle Schäden wieder gutgemacht werden."

Artikel 233 sagt: „Die Höhe der erwähnten Schäden wird von der Wiedergutmachungskomission festgestellt.

Artikel 234 sagt: „Die Wiedergutmachungskomission wird von Zeit zu Zeit die Leistungsfähigkeit Deutschlands prüfen. . . . Doch kann sie ohne Ermächtigung der verschiedenen in der Komission vertretenen Regierungen auf keinen Betrag verzichten.

Artikel 234 bestimmt: „Deutschland zahlt vor Feststellung der endgültigen Höhe der Ersatzansprüche . . . . . 20 Milliarden Mark in Gold (in Gold, Waren, Schiffen, Wertpapieren, oder auf andere Weise).

Deutschland wird außerdem in § 12 c der Anlage II vorgesehenen Schuldverschreibungen übergeben.

Und nun kommt hübsch verstaut und neben draußen in dieser Anlage II § 12 c zu Art. 235 im Abschnitt VIII des sogenannten Versailler Friedensvertrages die finanzpolitische Erwürgung Deutschlands. Dieser § 12 lautet in seinen wichtigsten Punkten wie folgt:

Die Komission hat alle Vollmachten und übt alle Befugnisse aus, die ihr in diesem Vertrage zugesprochen sind.

Die Kommission hat überhaupt die weitestgehende Vollmacht zur Ueberwachung und Vollstreckung hinsichtlich der Fragen der Wiedergutmachung. Sie hat die folgenden Bedingungen und Bestimmungen einzuhalten:

a) Jeder Teil des Gesamtbetrages der festgestellten Forderungen, der nicht in Gold, Schiffen, Wertpapieren oder Waren oder in anderer Weise beglichen wird, muß von Deutschland unter den durch die Kommission festgesetzten Bedingungen durch die Übergabe eines entsprechenden Betrages an Schuldverschreibungen oder Obligationen jeder Art gesichert werden, um ein Anerkenntnis des geschuldeten Betrages zu schaffen.

b) Die Kommission wird in gewissen Zeitabschnitten Deutschlands Leistungsfähigkeit abschätzen und das deutsche Steuersystem prüfen (!), damit erstens alle! Einkünfte Deutschlands einschließlich der für den Zinsen- und Tilgungsdienst seiner inneren Anleihen bestimmten Einkünfte vorzugsweise (!) zur Bezahlung der Summen verwendet werden, die es unter dem Titel Wiedergutmachung schuldet, und um zweitens die Gewißheit zu erlangen, daß das deutsche Steuersystem genau (!) so drückend ist wie das irgend einer anderen in der Kommission vertretenen Macht.

Dieser Absatz ist teuflisch auf die dauernde Niederhaltung Deutschlands abgestellt, er enthält praktisch die Möglichkeit mit dem Hinweis auf irgend einen kleinen Raubstaat, in dem uferlose Steuern ausgeschrieben

Digitized by Google

werden, auch in Deutschland die Auferlegung der gleichen Steuern einfach festzusetzen. Er bekennt aber auch gleichzeitig mit brutaler Offenheit, daß auch die anderen Völker in der gleichen Schuldknechtschaft gehalten werden sollen. Und nun kommt der berüchtigte Absatz c.

> c) Um die sofortige Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in den alliierten und assoziierten Ländern zu erleichtern und durchzuführen, wird die Kommission, wie es in Artikel 232 vorgesehen ist, von Deutschland als Bürgschaft und Anerkenntnis seiner Schuld eine erste Leistung erhalten, bestehend in Schuldverschreibungen auf den Inhaber, zahlbar in Gold, die von jeder Steuer oder Abgabe jeglicher Art frei sind, (!) die von den Regierungen des Reiches oder der deutschen Staaten oder von irgend einer von ihnen abhängigen Behörde eingeführt sind oder eingeführt werden können. Diese Schuldverschreibungen werden als Abschlagszahlung (!) übergeben und zwar in drei Raten wie weiter unten bestimmt ist.
>
> 1. Es sind sofort 20 Milliarden Mark Gold zu zahlen.
> 2. Es werden sofort 40 Milliarden Mark Gold in Schuldverschreibungen ausgegeben, die mit 5% + 1% Zuschlag zur Tilgung ab 1926 zu verzinsen sind.
> 3. Es wird unverzüglich eine schriftliche Verpflichtung zur Ausgabe von weiteren 40 Milliarden Mark Gold Schuldverschreibungen übergeben mit 5% Zinsen zur Deckung.

Dieser § ist der Kern des ganzen Versailler Diktates. Wir wissen, daß das Londoner Ultimatum nicht nur nicht weniger Zahlungen festgesetzt hat, sondern im Gegenteil die Gesamtsumme auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt hat. § 16 bestimmt dann noch ausdrücklich: „Vom 1. Mai 1921 an hat die deutsche Regierung für die Zinsen ihrer Schuld aufzukommen." Der Zinsfuß wird auf 5 Prozent festgesetzt.

Dann folgt der § 17, der die Handhabe gibt für jede Vergewaltigung:

> § 17. Sollte Deutschland mit der Erfüllung irgend einer Verpflichtung im Rückstand bleiben, die ihm der vorliegende Teil des Vertrages auferlegt, so teilt die Kommission dieses Versäumnis sofort jeder beteiligten Macht mit und schlägt gleichzeitig die dagegen zu ergreifenden Maßnahmen vor.

und nun folgt einer der empörendsten Paragraphen des ganzen Vertrages:

> § 18. Deutschland verpflichtet sich, die Maßnahmen, zu deren Ergreifung die alliierten und assoziierten Mächte gegen eine absichtliche (!) Nichterfüllung Deutschlands berechtigt sind (was wäre nicht berechtigt in den Augen der Feinde?)!, nicht als feindliche Handlung aufzufassen. (!!!!). Diese Maßnahmen können bestehen in Einfuhrverboten und wirtschaftlichen und finanziellen Zwangsmaßnahmen und überhaupt (!) in allen Maßregeln (!), die den betreffenden Regierungen durch die Umstände geboten erscheinen können. (!!!)

Mit diesem Paragraph ist natürlich jedem auch dem brutalsten Terror Tür und Tor geöffnet, und die deutsche Regierung hat noch dazu ausdrücklich unterschrieben, daß sie auch die größten Bedrückungen, Ermordungen Deutscher, die brutalsten Ausweisungen, Plünderungen, Zerstörungen usw. „nicht als feindliche Handlung ansehen darf!!".

Diese schriftliche Auslieferung des deutschen Volkes an einen grausamen, rachgierigen, unversöhnlichen Feind ist überdies für ewige Zeiten vorgesehen, denn der § 23 sagt:

> „Die Kommission wird aufgelöst, wenn Deutschland und seine Verbündeten alle Summen gezahlt haben, die sie zur Ausführung des vorliegen-

Digitized by Google

den Vertrages oder gemäß der Entscheidungen der Kommission schulden, und wenn alle diese Summen oder ihre Gegenwerte unter den beteiligten Mächten verteilt sind.

Dies ist die ewige Zinsknechtschaft Deutschlands.

Vielleicht begreifen jetzt unsere politischen Freunde und Gegner, was man unter Zinsknechtschaft verstehen muß, vielleicht begreift man jetzt warum unsere Forderung nach Brechung dieser fürchterlichen Zinsknechtschaft im Mittelpunkt unserer Forderungen steht. Vielleicht begreift man auch, warum es sich bei dieser Forderung um eine Sache handelt, die eine Weltfrage allererster Ordnung ist. Sie ist für Deutschland die Schicksalsfrage schlechthin, und auch für die anderen Völker ist sie die einschneidenste Frage für die Wiedergesundung.

echung der sknechtschaft ie größte Tat

Neben dieser Weltfrage sinken geradezu alle anderen Fragen in Nichts zusammen, denn ohne Brechung der Zinsknechtschaft ist ein Aufstieg der schaffenden Völker überhaupt nicht möglich, bleibt die jetzt angebahnte Zinsherrschaft des Großleihkapitals aufrechterhalten, so hat Gott Mammon den Thron dieser Welt bestiegen. Gott ist tot, die Seelen der Völker sterben, ein Menschenbrei erfüllt die Welt als Zinssklaven der Weltfinanz. Geld regiert die Welt. — — —

Digitized by Google

Die Auswirkungen der Zinsknechtschaft.

Wie wirkt sich nun diese Zinsknechtschaft im einzelnen aus? Zunächst müssen wir eine vollkommene Umschichtung feststellen, in den Kreisen, die bisher als die Besitzenden galten. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man erklärt, daß die gesamte höhere Staatsbeamtenschaft, das gesamte Offizierskorps in den höheren Chargen, die freien Berufe, Künstler, Ingenieure, Architekten, dann die soliden ehrlichen Gewerbetreibenden, fast vollkommen verarmt sind. Wer aus diesen Kreisen nicht den Anschluß an die modernen Geschäftspraktiken gefunden hat, und sich außerdem der Spekulation in die Arme geworfen hat, wurde das Opfer der kapitalistischen Idee in materieller Hinsicht — und die anderen aus diesen Kreisen, die aus Not und Pflicht ihre früheren Begriffe von Ehre und Wohlanständigkeit verleugnet haben, sind erst recht Opfer der kapitalistischen Idee geworden, denn sie haben damit das beste, was die Menschen haben — ihre Seele — dem Teufel-Geld verkauft. Unsere Banken wimmeln heute von früheren Offizieren, die Töchter unserer höheren Beamten müssen in Kontore gehen, alle spekulieren, sie sehen, wie auf der einen Seite mühelos Millionen und Aber-Millionen gewonnen werden, sie sehen auf der anderen Seite, daß man mit ehrlicher Arbeit nicht „vorwärts" kommen kann auf dem einzig möglich erscheinenden Erdenweg — dem Weg zum Reichtum. So bröckeln die Imponderabilien ab, die Deutschland groß gemacht haben, Beamtenehre, Pflichtbewußtsein, Offiziersehre, Strenge gegen sich selbst, Wohlerzogenheit werden über Bord geworfen, man will leben. Was Ehre! — leben will man und gut leben — was Vaterland — im besten Fall schimpft man noch auf die roten Lumpen — es geht einem ja noch ganz gut, die Gehälter steigen, und alle Monat kommt ein neues Bezugsrecht heraus von irgend einer Aktie, die Ziffern schwellen an, man sitzt ja an der Quelle, man hört die besten Tip's — nationale Not? — ach ja Ruhrgebiet — ja aber was soll man machen? Waffen haben wir keine mehr, man könnte es auch nicht verantworten, denn die Franzosen sind die stärkste Militärmacht Europas und sie würden unsere Städte mit Fliegerbomben in Schutt und Asche legen. Aus Helden wurden Händler!

Die Verarmu des Mittelstan

Die moralisc Verlumpun

Die Gier nach Geld, der Fluch des Geldes, — „auri sacra fames" — tötet die Seelen, der völkische Zerfall ist die Folge. Gewiß werden sich auch unter diesen Menschen genug befinden, die stöhnen und seufzen unter diesen Zuständen, sie werden versuchen sich rein zu halten, gewiß warten auch unter diesen viele auf ein Wiedererwachen der deutschen Seele — — aber lange geht's so nicht mehr, dumpfe Resignation kriecht in die Herzen. Müd und matt, sind gerade diejenigen Schichten, die immer die Träger völkischer Wiedergeburt gewesen sind, in der größten Gefahr entnationalisiert zu werden. Dies ist aber nichts anderes als der Volkstod —es ist die Auflösung eines Volkes in eine strukturlose Masse. Masse, Brei, will nur leben, sonst nichts. Masse hat keinen Charakter, keinen Willen, Masse ist nur Unterschicht, Misch-Masch, unfähig zur Erneuerung, Heloten, Sklaven.

Der völkisch Zerfall

Digitized by Google

nfähigkeit der Regierung

Man kann diese furchtbare Gefahr gar nicht hoch genug einschätzen, diese Gefahr ist riesengroß, in den Regierungen und den Parlamenten macht sich gerade dieser Geist ja schon in einer Weise breit, daß von der Wahrung nationaler Würde überhaupt keine Rede mehr sein kann. Die Geschichte der außenpolitischen Handlungen seit dem Jahre 1918 ist eine Geschichte hündischer Unterwürfigkeit gegenüber jeder Niedertracht und jedem Uebergriff der Feinde. Viel wäre noch aus diesem Volke herauszuholen gewesen, das zeigen die militärischen Operationen gegen kommunistische Aufstände, aber im Großen hat man alles vertan, was noch an nationaler Kraft sich zeigte.

nterwerfung und Verpfändung

Grausam lähmend legt sich dieser Zustand auf das ganze Land — „um Schlimmeres zu verhüten"! duldet man alles, parlamentarisch geschäftig wird immer ein neues Stück deutschen Landes, deutscher Souveränität preisgegeben, nichts bleibt dem deutschen Volke erspart, ja im Gegenteil unsere eigene Regierung überbietet sich in immer neuen Angeboten — wie gerade jetzt in der neuen Stresemann'schen Unterwerfungsnote — nicht nur den gesamten deutschen Staatsbesitz an Eisenbahnen usw., sondern auch das gesamte gewerbliche und immobile Privatvermögen der Deutschen für die neuerdings als rechtsverbindlich anerkannten Reparationen zu verpfänden.

utschland, die Sklavenkolonie r Weltfinanz

Deutschland wird von seiner eigenen Regierung zur Sklavenkolonie der Weltfinanz gemacht. Alles was irgend wie nach Tat aussehen könnte, wird peinlichst vermieden, wenn man nach innen eine nationale Geste gemacht hat, so war dies eitel Spiegelfechterei, denn der Umfall kam mit tödlichen Sicherheit, wir erinnern uns an die Reden und an die Taten von Simons, wir denken an das berüchtigte Wort vom passiven Widerstand, d. h. dem von vorneherein proklamierten Verzicht auf jeden Widerstand, oder auch nur der Vorbereitungen hiezu in den nicht von den Franzosen besetzten Gebieten.

Von der Bevölkerung in den neubesetzten Gebieten verlangt man „ungebrochenen Widerstand" und heraußen geschieht nichts, gar nichts, um diesen Widerstand zu unterstützen. Man komme nur ja nicht mit dem Hinweis auf die sog. Ruhrhilfe.

Dies ist ja nur ein neues, geradezu erschütterndes Dokument dafür, wie tief das mammonistische Gift überall eingedrungen ist, — man weiß nur einen Rat: Zahlen, zahlen! Betteln, da wurden wieder Hunderttausend von Sammlern und Sammlerinnen in Bewegung gesetzt, die auf der Straße und in den Gaststätten betteln müssen. Dabei kommt natürlich gar nichts heraus; bis da ein paar Milliarden zusammengebettelt sind, stehlen die Franzosen das zehn- und mehrfache aus den Kassen der besetzten Gebiete, aber in der Bevölkerung wird der dem Weltkapital erwünschte Eindruck erweckt, als hätte man mit solchen Almosen seiner vaterländischen Pflicht Genüge geleistet. Wenn man noch dazuhält, daß in der gleichen Zeit die Reichsbank ungezählte Milliarden neues Papiergeld in die deutsche Wirtschaft hineinpreßt, so wäre es wirklich sehr viel einfacher, man würde gleich noch eine Tagesproduktion der Reichsdruckerei ins neu besetzte Gebiet versenden.

Dies sind einige Streiflichter auf die verheerenden Wirkungen dieser Zinsknechtschaft auf sittlichem und nationalem Gebiet. Es sind dies

Digitized by Google

die Erscheinungen, die zu den sittlichen Forderungen nach Deutschlands Erneuerung geführt haben. Gewiß ist dies unser aller Endziel, gewiß ist dies das Hochziel, dem wir alle nachstreben, die sich noch als Erben echten deutschen Geistes fühlen — aber alle solchen „Du sollst"-Forderungen, die also eine Besserung der Zustände von einer sittlichen Wiedergeburt des deutschen Menschen erwarten, übersehen, daß die jetzigen Zustände eben nicht die Folgen einer sittlichen Verwahrlosung des deutschen Volkes sind, sondern, daß die sittliche Versumpfung des deutschen Volkes erst die Folge des Eindringens der kapitalistischen Idee in Staat und Wirtschaft sind, so wie wir dies soeben geschildert haben.

Die sittliche wahrlosung Folge der k listischen Id Staat und schaft — u umgekehr

Der Rückweg muß also logischerweise gefunden werden über eine grundsätzliche Umstellung von Staat und Wirtschaft zum Kapital, die Erneuerung muß ihren Ausgang nehmen von einer Reinigung und Säuberung unserer Staatsfinanzwirtschaft, die heute vollkommen unter der Botmäßigkeit des Kapitales steht. Diese Erneuerung hat naturgemäß eine innen- und eine außenpolitische Seite. Die außenpolitische Frage fällt zusammen mit der Frage der Abschüttelung des fremden Joches, die innerpolitische Seite bringt zugleich die Lösung der sozialen Frage, die Aufhebung der innerpolitischen Spannungen und die Entgiftung des innerpolitischen Lebens.

Die Erneue und Befrei muß bei Staatsfina wirtschaf beginnen

Erst von da aus kann dann die wirtschaftliche Gesundung auf die Privatwirtschaft übergreifen zunächst in materieller Hinsicht und erst am Ende langer und geduldiger Reformarbeit kann und darf man eine wirkliche Vollendung von Deutschlands sittlicher Wiedergeburt erwarten.

Wir haben nun die Aufgabe, die Auswirkungen der Zinsknechtschaft oder besser hier gesagt der kapitalistischen Idee mit dem Endergebnis der Zinsknechtschaft für den Staat näher zu untersuchen, um aus den gewonnenen Erkenntnissen die Maßnahmen abzuleiten, die notwendig sind, um diese Zinsknechtschaft des Staates zu brechen.

Digitized by Google

Die Anleihewirtschaft.

e falsche Einstellung zum eldbedarf des Staates

„Wenn der Staat Geld braucht, so muß er sich dieses Geld bei denjenigen seiner Bürger zu leihen nehmen, die davon mehr haben, als sie selbst gebrauchen können. Er muß für die Hingabe dieses Geldes natürlich Zinsen bezahlen, sonst würde er das Geld nicht bekommen, er hat ja auch so schon genug Mühe, seine Anleihen unterzubringen."

Diese Formulierung gebrauchte der frühere sozialistische Minister Dr. David mir gegenüber in einer Unterredung in Berlin. Ich habe diese Formulierung absichtlich hiehergesetzt, weil sie geradezu musterhaft die zinskapitalistische Denkweise unseres Zeitalters wiedergibt; daß es ausgerechnet ein Marxist war, gibt dem Ganzen nur einen besonderen Reiz.

Ich weiß nun aus hunderten von Unterredungen und aus Vorträgen, daß die obige Formulierung so vollkommen aus der heutigen zinskapitalistischen Vorstellungswelt geschöpft ist, daß kaum jemand die Unrichtigkeit dieser Begründung für die Zins- und Schuldenwirtschaft des Staates fühlte, geschweige denn eine richtige Antwort darauf fand.

Es hat dies einen sehr einfachen psychologischen Grund, nämlich den, daß die oben angeführte Begründung durchaus zutrifft für die Deckung des Geldbedarfes eines Privatmannes im Rahmen der zinskapitalistischen Wirtschaftsform.

Für den einzelnen Privatmann, wie für die Privatwirtschaft überhaupt gilt allerdings der Satz: „Wenn jemand Geld braucht, so muß er sich dieses Geld bei denjenigen gegen Zins zu leihen nehmen, die mehr Geld besitzen, als sie selbst gebrauchen können."

Wir müssen aber einmal grundsätzlich dazu übergehen, Fragen der Staatsfinanzwirtschaft nicht vom privatkapitalistischen Standpunkt aus zu beantworten, sondern vom staatsmännischen. Ich behaupte, daß es geradezu das Hauptunglück war, daß man ohne weiteres diese privatwirtschaftliche Denkungsweise ungeprüft auf die Staatswirtschaft übertragen hat.

taat ist nicht leich Privatmann

Der Staat mit seinen unerhörten Machtmitteln, mit seinen souveränen Machtvollkommenheiten *ist eben nicht* gleichzusetzen mit jedem beliebigen Privatmann. Drei gewaltige Möglichkeiten besitzt der Staat, daraus er kraft seiner Souveränität seinen Bedarf decken kann zur Durchführung seiner Aufgaben. Es sind dies seine *Leistungshoheit*, seine *Münzhoheit* und seine *Finanzhoheit*.

ie 3 Möglichen des Staates en Geldbedarf zu decken

Die istungshoheit

Unter Leistungshoheit ist zu verstehen das souveräne Recht des Staates, seinen Bürger zu kostenlosen Leistungen heranzuziehen. Im gewaltigsten Ausmaß zeigt sich diese Hoheit des Staates über den einzelnen in der Militärdienstpflicht und noch mehr im Kriegsdienst. Gegenüber den ungeheuren Anforderungen, die der Staat in Kriegszeiten von seinen Bürgern verlangen kann, müssen alle privaten Rücksichten zurückstehen. Familie, Beruf, Geschäft und Erwerb, alles hat zu schweigen, wenn der Staat seine Söhne zu den Fahnen einberuft. Aber nicht nur zum Kriegsdienst kann der Staat seine Bürger einrufen, auch zu großen wirtschaft-

Digitized by Google

lichen Unternehmungen kann dies der Staat tun, wir erinnern uns an das Hilfsdienstgesetz, das allerdings leider ganz im Gegensatz zur Wehrpflicht eine hohe und immer steigende Entlohnung für die geleisteten Dienste vorsah, so daß bald eine tiefe Kluft zwischen den Frontsoldaten, die täglich ihr Leben fürs Vaterland einsetzen mußten — ohne Lohn, das wollten sie ja auch gar nicht — und den in der Heimat unter dem Schutze der Front gegen hohen Lohn Beschäftigten entstand. Nur im Vorbeigehen sei auch an gewaltige Leistungen anderer Völker erinnert, die auf der Leistungsverpflichtung der Bewohner gegründet waren, wir erinnern uns an die Erbauung der chinesischen Mauer, an die Pyramiden, an die Stadtumwallungen unserer mittelalterlichen Städte usw. Praktisch würde es also durchaus in der Machtvollkommenheit des Staates stehen, die alten Hand- und Spanndienste wieder aufleben zu lassen und zu erweitern und mit den auf diese Weise zur Verfügung stehenden Kräften große volkswirtschaftliche Aufgaben zu lösen.

Die Münzhoheit des Staates ist eine zweite Kraftquelle, aus welcher der Staat seinen Geldbedarf unmittelbar decken kann. Niemand bestreitet dem Staate das Recht, Münzen zu schlagen oder Schatzscheine auszugeben, ja darüber hinaus hat der Staat kraft seiner Souveränität aus allem Möglichen Geld gemacht. Aus Kupfer, Nickel, Eisen, Porzellan, Aluminium und vor allen Dingen aus — Papier. Ich brauche meinen Zeitgenossen nicht weiter zu schildern, daß das wirklich so ist, in einer Zeit, in der sich unsere Reichsregierung berechtigt hält, täglich 100 000 000 000 000 Mark neues Papiergeld auszugeben. Wir wollen uns auch hier nicht eingehender bei der Frage aufhalten, ob dies richtig und zulässig ist — wir verurteilen eine derartige Bankerotteurwirtschaft auf das entschiedenste — sondern nur darum, daß der Staat diese zweite Möglichkeit besitzt, seinen Geldbedarf zu decken und daß er diese Möglichkeit je nachdem auch aufs gründlichste und unverantwortlichste auszunützen weiß. Wir haben hier also augenblicklich nur festzuhalten, daß der Staat tatsächlich seinen Geldbedarf kraft seiner Münzhoheit decken *kann*, und daß er eben nicht gezwungen ist, „bei denjenigen seiner Bürger, die davon mehr haben, als sie selbst gebrauchen können, sich das Geld gegen *Zins* zu leihen.“ Die Münzho

Die *Finanzhoheit* oder die Steuerhoheit des Staates wird ebenfalls von niemandem bestritten werden können und wer dies bestreiten möchte und praktisch durchzuführen versuchen würde als einzelner, würde in Gestalt des Gerichtsvollziehers die Staatsgewalt zu spüren bekommen. Diese Finanz- oder Steuerhoheit des Staates, d. h. das Recht des Staates, seine Bürger zu geldlichen Leistungen heranzuziehen, ist so selbstverständlich und so alt, als es Staatenbildungen gibt. Diese Form ist auch die natürlichste und gesündeste, wenn es auch auf diesem Gebiete unserer Zeit vorbehalten geblieben ist, den vernünftigen Sinn der Besteuerung in direkten Widersinn zu verwandeln und in dem Steuerwesen ein Mittel zur vollständigen Ausplünderung des Volkes zugunsten der überstaatlichen Geldmächte zu machen. Ich verweise hier auf meine Veröffentlichung „Der kommende Steuerstreik“ (Verlag Jos. C. Huber, Diessen), in welchem ich die wahnsinnigen Belastungen unseres Volkes mit direkten und vor allem mit indirekten Steuern geschildert habe. Inzwischen sind die dort gegebenen Ziffern noch bei weitem überholt. Auch hier soll uns an dieser Die Finanzh

Digitized by Google

Stelle nicht weiter die Frage der Zulässigkeit der Steuer beschäftigen, sondern nur die Tatsache, daß der Staat seinen Geldbedarf sehr wohl auf dem Wege der Steuer zu decken weiß, also wieder auf einem Wege, der dem Privatwege nicht offen steht, der aber jedenfalls den Staat durchaus der Notwendigkeit überhebt, seinen Geldbedarf — wie der Herr Minister Dr. David gemeint hat — gegen die Uebernahme einer Zinszahlungspflicht gegenüber den Kapitalisten aufzubringen.

Das schuldenmachen

Gewiß hat der Staat natürlich auch wie jeder Privatmann die weitere Möglichkeit, seinen Bedarf zu decken, indem er — Schulden macht. Dies ist aber schon für den Privatmann, wie wir in dem Kapitel über die Volkswirtschaft gesehen haben, ein recht zweischneidiges Schwert, für den Staat ist es aber offen und gut deutsch ausgedrückt das Dümmste, was er überhaupt machen kann. Es ist aber nicht nur das Dümmste, sondern es ist geradezu verbrecherisch im Hinblick auf die Aufgabe des Staates als Hüter der allgemeinen Interessen.

Der Anleihewahnsinn hat die Staaten in die Zinsknechtschaft gebracht

Die Anleihewirtschaft der Staaten hat die Staaten geradezu zugrunde gerichtet und in die Hände der Weltfinanz ausgeliefert, sie hat die Reichtümer der Völker den Geldmächten ausgeliefert, und heute sind die Staatsanleihen die fürchterlichen Blutegel, von denen sich die Völker nicht zu befreien wissen und an denen sie rettungslos zugrunde gehen werden, wenn wir nicht entschlossen durch die Brechung der Zinsknechtschaft diesem Spuk ein Ende bereiten werden.

Wir sind nun mitten drin im Gebiete der staatlichen Finanzpolitik, also auf einem Gebiete, in dem sich der normale Deutsche gar nicht zu Hause fühlt. Schon die Abgeordneten fliehen meistens bei den Budgetberatungen, was soll man auch nur mit all den vielen und großen Ziffern anfangen. Der gewöhnliche Staatsbürger liest Budgetdebatten überhaupt nicht und vor den Schleichwegen und Irrgängen der Finanzkunst hat er so heiligen Respekt, daß er am liebsten von diesen Dingen ganz verschont sein möchte. Im Unterbewußtsein hängt dies sicherlich auch damit zusammen, daß jeder einzelne so ein leises Gefühl von der Steuerhoheit des Staates in sich herumträgt, und ans Zahlen will niemand erinnert sein. Erst wenn der Steuerzettel ins Haus fliegt, dann bemerkt der Zeitgenosse, daß ihn eigentlich diese Dinge doch recht erheblich viel angehen und daß er der jeweils Leidtragende jeder falschen Staatsfinanzpolitik ist.

Es ist nun äußerst bemerkenswert, daß aber im Grunde die Dinge der Staatsfinanzpolitik gar nicht so undurchsichtig und mysteriös wären, wie sie im ersten Augenblick erscheinen, ja daß sie im Grunde so klar und einfach sind, daß sie wenigstens in ihren großen Linien von jedem durchschnittlichen Verstand begriffen werden können und sie sind auch interessant genug, um die Aufmerksamkeit der Zuhörer zu fesseln.

Verbrecherischer Leichtsinn und Blindheit haben den Staat in die Zinsknechtschaft gebracht

Es bedarf also keiner großen staatsrechtlichen Begründungen, daß der Staat sehr wohl die geschilderten Möglichkeiten besitzt, seinen Geldbedarf zu decken, denn jedermann weiß und hat es am eigenen Leibe erfahren, was es mit der Leistungshoheit des Staates für eine Bewandtnis hat, und jedermann bekommt täglich die vom Staate herausgegebenen Papierscheine in die Hand und keiner wird von der Steuer verschont. Es wäre also die natürlichste Sache von der Welt, wenn der Staat seinen Geldbedarf ausschließlich auf diese dreierlei Weise decken würde.

Digitized by Google

Für den Privatmann sind allerdings diese drei Wege ungangbar, denn weder würde er mit Erfolg seinen Nachbarn zu Arbeits- oder Steuerleistungen heranziehen können, noch würde es ihm gut bekommen, wenn er auf eigene Faust Geld zu drucken und in Verkehr zu bringen versuchen würde. Ihm bleibt freilich nur der Weg des Schuldenmachens gegen Zinsen, wenn er schon absolut meint, nur mit fremdem Gelde glücklich werden zu können und es sich nicht versagen kann, Schulden zu machen.

Der Privat nicht die M lichkeiten wi Staat seine Geldbedarf decken

Daß aber der Staat nachgerade überhaupt nur das einzige Mittel als richtig ansieht, verzinsliche Anleihen — also Schulden — aufzunehmen, wenn er Geld braucht, und seine übrigen Hoheitsrechte heute nur mehr hinterdrein anwendet, um die gemachten Schuldzinsen aus dem Volke herauszuholen, das sind Zustände, so verbrecherisch dumm, daß man vergeblich nach einer vernünftigen Begründung dafür sucht. Es gibt eben keine vernünftige Begründung dafür, sondern nur die Tatsache, daß unser ganzes Denken auch in staatsfinanzpolitischen Dingen rein privatkapitalistisch eingestellt bzw. verseucht ist. Bei einer solchen allgemeinen Verseuchung des öffentlichen Denkens spielen solche scheinbar logischen Begründungen für die Anleihepolitik des Staates, wie ich sie berichtet habe, eine große, ja geradezu alles beherrschende Rolle.

Die Aufnah von Staats anleihen zie die Zinspfli nach sich

Der Jude hat sich auch in diesen Dingen als Meister der Psychagogie erwiesen. Es ist in solchen Fällen immer sehr schwer, nicht gleich in grober Weise von direkter Bestechung der verantwortlichen Staatsmänner zu sprechen, die Vermutung liegt sehr nahe, und trotzdem ist es in den meisten Fällen sicherlich keine Bestechung gewesen, sondern nur Unsicherheit in den Dingen des Geld- und Kreditwesens, Kurzsichtigkeit und Bequemlichkeit, die dazu geführt haben, daß die Staatsfinanzverwaltungen langsam aber sicher in das Anleihedelirium hineingeraten sind, aus dem sie bis jetzt keinen Ausweg mehr wissen.

Die psychagogisch Künste de Juden

Sehr wesentlich hat zu dieser Entwickelung der Umstand beigetragen, daß man zunächst die Finanzierung von großen öffentlichen Aufgaben, wie Bahnbauten etc., die einen Ertrag abzuwerfen versprachen, auf dem Anleihewege für unbedenklich hielt. Man schloß folgendermaßen: Aus den Einnahmen der Eisenbahnen oder Wasserstraßen können die Zinsen ohne weiteres gedeckt werden, denn wir haben ja die Preisbildung in der Hand. Aus eigenen Mitteln kann der Staat so große Arbeiten auf einmal nicht seinen Kassen entnehmen, also nimmt er dankbar die angebotene Kredithilfe der Banken an. Dies überhebt die Regierung der Mühe, neue Steuern im Landtag genehmigen zu lassen, die flüssigen Mittel des Staates werden nicht beansprucht und die Bahnen können die Zinsen leicht aus den Ueberschüssen bezahlen. Den Verführungskünsten des Leihkapitals, das an sich ja mit seinem Geld gar nichts anfangen kann, wenn es nicht jemanden findet, der so dumm ist, und es ihm abnimmt und ihm noch dazu Zinsen bezahlt, war es gelungen, schwarz für weiß auszugeben, und den Staat selbst zum Zinseneintreiber für das Privatkapital zu machen.

Die verführer Kredithilfe

Selbst die einfachste wirtschaftliche Ueberlegung von Seite einer ihrer Verantwortung bewußten Regierung oder Volksvertretung müßte doch zu folgendem Ergebnis führen: Wenn man die Bahnen mit fremdem Geld baut und man muß dafür jahraus, jahrein mit allem, was drum und dran hängt, nur 5% Zinsen bezahlen, so bezahlt man in 20 Jahren schon

Digitized by Google

einmal die ganze Schuldsumme zurück, in 40 Jahren schon zweimal und immer bleibt noch die gleiche ursprüngliche Schuld bestehen. Diese außerordentlichen Beträge, die die ursprünglichen Anlagekosten um das Vielfache übersteigen, müssen aber doch wieder indirekt vom Volke, von der Gesamtbevölkerung aufgebracht werden, die eben die genau um diese Zinsbeträge erhöhten Eisenbahnfrachttarife bezahlen muß. Ein einmaliges Herantreten an die Bevölkerung mit einer großen Eisenbahnumlage ist also, bzw. wäre also viel besser gewesen. Dann wären zwar einige Jahre lang diese Umlagen etwas drückend gewesen, aber auch nicht viel mehr als so die Kosten für die Frachten, und die Bahnen wären sehr bald ein wirklich schuldenfreies Vermögensobjekt des Staates geworden, das ihm später alljährlich große Einnahmen sichergestellt hätte. Aber es ist die alte Geschichte, daß man dem Hunde lieber den Schwanz stückweise abhackt, weil man glaubt, daß es ihm so weniger wehe täte. Das Gegenteil ist natürlich richtig. Die Anlagekosten eines solchen staatlichen Unternehmens müssen doch einmal von der Bevölkerung bezahlt werden, sind sie aber auf dem Anleiheweg erbaut worden, dann kommen unausweichlich die Zinsen noch dazu, die im Laufe der Jahre das Mehrfache der Schuld selbst ausmachen. Es ist also schlechthin finanzpolitische Torheit, derartige öffentliche Arbeiten durch Anleihen zu finanzieren. Schon hier sei die Andeutung gemacht, die in Zukunft die Erlösung des Staates aus seinem Anleihewahnsinn bringen wird, daß ja niemand dem Staate verbieten könne, z. B. für solche produktive Unternehmungen Gutscheine auszugeben — also Staatskassengutscheine auszugeben und damit die Arbeiten zu bezahlen. Eine solche Geldschöpfung des Staates in Fällen, wo nicht einmal von einer Inflation die Rede sein kann, weil den neuen Geldzeichen auch ein neuer Wert gegenübersteht, würde mit einem Schlage die ganzen Schwierigkeiten lösen und Staat und Volk für alle Zukunft frei machen von der zinspflichtigen Verschuldung an das Privatkapital.

Wir werden uns an anderer Stelle noch eingehend mit dieser Aufgabe befassen müssen. Eine geschickte Finanzverwaltung sollte es so einzurichten wissen, daß derartige größere Aufgaben aus besonderen Steuermitteln zusammen mit der Heranziehung anderer Einnahmequellen des Staates und nur mit teilweiser Ausgabe von neuen Geldzeichen durchgeführt werden. Diese Möglichkeit wäre erst dann freilich in erhöhtem Maße gegeben, wenn alle übrigen Staatsausgaben, besonders die sog. unproduktiven für Verwaltung, Rechtspflege, Unterricht usw. aus den Ueberschüssen der werbenden Staatsbetriebe gedeckt werden könnten.

e Gesundung chaus möglich

Dies mag angesichts der derzeitigen rasenden Defizitwirtschaft der Eisenbahnen, Posten usw. wie eine Ironie klingen und doch waren wir von solchen Möglichkeiten gar nicht so weit entfernt, wie ich schon im Jahre 1919 in meiner ersten Veröffentlichung in den Süddeutschen Monatsheften (Februarheft) „Was nun?“ unter der Ueberschrift „Das Radikalmittel“ nachgewiesen habe. Von diesem Idealzustande der Staatsfinanzwirtschaft trennte uns nur — die Zinspflicht des Staates gegenüber dem Privatkapital. Die auch damals schon wirksame Verblendung, daß der Staat, wenn er Geld brauchte, eben einfach dieses Geld sich pumpen müsse gegen Zins, hat dies verhindert.

Digitized by Google

Es steht fest und jedermann dürfte meinen Ausführungen haben folgen können, daß der Staat keineswegs auf fremdes Geld, also auf Schuldenmachen angewiesen ist, wenn er etwas unternehmen will, daß er z. B. Arbeits- und Spanndienste verlangen könnte, daß er Steuern für solche Zwecke ausschreiben könnte und daß er schließlich zweifellos berechtigt wäre, für derartige Zwecke Staatskassengutscheine auszugeben, um damit ohne Belastung der Bevölkerung diese Werke zu errichten. Ein solches Vorgehen hätte den ungeheuren Vorteil, derartige Werke von vornherein von jeder Zins- und Tributpflicht zu entlasten, die Werke würden sofort freier und schuldenfreier Staatsbesitz. Aus den Einnahmen der Werke können sogar in kurzer Zeit die etwa ausgegebenen Staatskassenscheine eingelöst und vernichtet werden, die Erzeugnisse solcher Werke bzw. die Fracht- und Personenverkehrspreise könnten ganz erheblich ermäßigt werden. Dadurch könnten ganz allgemein der gesamten Volkswirtschaft die größten Dienste geleistet werden, der Staat hätte sich ganz bedeutende Einnahmequellen verschafft, die sowohl der Volksgesamtheit von größtem Nutzen gewesen wären, wie sie auch den Staat selbst ganz unabhängig von der Großfinanz gemacht hätten. So müßte es aber auch sein. Denn der Staat ist der Herr des Geldwesens und nicht die Großfinanz, d. h. so wird es sein im nationalsozialistischen Staate der Zukunft.

Es war wirklich ein psychagogisches Gaunerkunststück gewesen, daß es die Banken fertiggebracht haben, solche an sich naheliegenden und selbstverständlichen — einmal ausgesprochen — gar nicht mehr zu widerlegenden Gedankengänge gar nicht zu Worte kommen zu lassen und mit der oben angeführten Phrase Staat und Wirtschaft vollkommen zu benebeln und in den Zinsendienst für das Kapital einzuspannen.

Ich weiß, daß, trotzdem diese Dinge jetzt so sonnenklar liegen, immer noch viele meiner Leser ihrem gesunden Menschenverstand mißtrauen und einfach nicht glauben wollen, wie ein solcher Wahnwitz möglich sein sollte und lieber annehmen werden: „Das kann nicht stimmen, unsere Staatsmänner werden schon nicht so dumm gewesen sein — aber ich kann dies halt nicht beurteilen.“ Dieses Bekenntnis zur Urteilsunfähigkeit gegenüber so aufgelegter staatlicher Unfähigkeit in finanzpolitischen Dingen steht in doppelt komischem Widerspruch mit dem doch sonst immer bereiten Besserwissen und Schimpfen über staatliche Maßnahmen und der Tatsache, daß es sich hier um Dinge handelt, die jeden einzelnen aufs empfindlichste an seinem Geldbeutel treffen.

Die Hart
keit, gew
Denkbahne
zu verla

Diesen Leuten möchte ich gerne noch einen Gesichtspunkt zur Ueberlegung anheimgeben, die mit der Technik der Kreditbewilligung durch den Land- oder Reichstag zusammenfällt.

Die
Kreditbewi

Derartige größere staatliche Aufgaben werden doch aufs eingehendste in den Parlamenten beraten. Nach langen Debatten werden dann endlich die „Kredite bewilligt“. Der Normalstaatsbürger glaubt nun, daß nun alles in schönster Ordnung ist und daß der Staat, der doch so ein reicher und mächtiger Kerl ist, die bewilligten Millionen schon haben würde. Ganz Schlaue werden sich vielleicht noch hinterm Ohr kratzen und sich sagen, das kostet wieder neue Steuern. Aber ich glaube wohl keck behaupten zu dürfen, daß außer den Eingeweihten — zu denen weder die Abgeordneten noch die Minister zu gehören brauchen — wohl nur höchst selten

Digitized by Google

einer sich darüber klar wird, daß diese großartige Kreditbewilligung im Land- oder Reichstag nichts anderes bedeutet als die Genehmigung, sich diesen „Kredit“ anderweitig gegen Zins kreditieren zu lassen. Diese „Kreditbewilligung durch die Volksvertretung“ ermächtigt also nur den betreffenden Minister, sich nun diesen Kredit bei den Großbanken gegen Zinsen geben zu lassen. Damit wird natürlich die „Kreditbewilligung durch die Volksvertretung“ geradezu zu einer Farce, zu einem Possenspiel, denn das ganze Volk, das zwar letzten Endes für Kapital und Zinsen aufkommen muß, war nicht in der Lage, den „Kredit“ auch wirklich bereitzustellen, nein, der muß erst vom Großleihkapital beschafft werden.

Das einzig Logische und Natürliche wäre doch das, daß mit der Kreditbewilligung durch die Volksvertretung gleichzeitig und automatisch eben die Bewilligung enthalten wäre, daß nunmehr die Staatsbank auch die genehmigten Beträge auf Grund von Zahlungsanweisungen vonseiten der ausführenden Behörden an die betreffenden Unternehmer auszahlt oder anweist.

Die Kredite sind ja bewilligt, für die benötigten Zahlungsmittel muß so oder so gesorgt werden, es entbehrt daher jeden Sinnes, wenn — wie dies jetzt üblich ist — erst eine Anleihe ausgeschrieben wird und man sich die soeben „bewilligten“ Kredite nun gewissermaßen ein zweitesmal von den Kapitalisten geben läßt.

sche Schlüsse

Nun möchte man behaupten können, daß eben auf diese Weise überflüssiges Geld vom Staate wieder eingezogen wird, und daß dies einen wohltätigen Einfluß auf den allgemeinen Geldstand des Landes haben müsse, daß also eine derartige Kreditgebarung inflationsmindernd wirken würde. Dies ist aber natürlich keineswegs der Fall und zwar aus Gründen, die von keinem Bankfachmann bestritten werden können. Es sei zugegeben, daß ein ganz kleiner Teil von solchen Zeichnungen und Einzahlungen auf derartige Anleihen wirklich in bar geleistet wird, es handelt sich hier um die Kreise der kleinen Sparer, die mit solchen Zeichnungen den Weg an die Bank suchen, die sich ein paar hundert oder tausend Mark zusammengespart haben, die sie nun auch einmal in einem Zinspapier anlegen möchten, in einem solchen Zauberpapier, von dem man alle Jahre nur ein Stück herunterzuschneiden braucht, wofür man dann einen gewissen Betrag ausbezahlt bekommt, ohne daß dadurch das Papier weniger wert würde. Die auf diese Weise bei den Banken eingehenden Gelder sind aber ganz geringfügig, es kommt noch hinzu, daß ja auch die Banken, bei denen solche Gelder einbezahlt werden, ihrerseits gar nicht diese Bargeldbeträge an die Staatskasse weiterleiten, sondern, daß die Ueberweisung solcher Zeichnungsbeträge ausschließlich auf dem Ueberweisungs- bzw. Verrechnungswege erfolgt.

Alle größeren Zeichnungen auf solche Anleihen erfolgen aber schon von vorneherein vonseiten der Kapitalisten bei ihren Banken im Wege der Anweisung bargeldlos oder durch Vornahme bankgeschäftlicher Transaktionen etc.

In Wirklichkeit kommt also kein Bargeld in die Hände des Staates und wenn er solches bekommt, so muß er dieses ja auch gleich wieder ausgeben für die Durchführung der Arbeiten. Dieser vermeintliche Vorzug besteht also in Wirklichkeit nicht. Dagegen tritt Folgendes ein: Der

Digitized by Google

Staat gibt bekanntlich für entliehene Beträge sogenannte Wertpapiere oder Schuldverschreibungen aus. Diese Schuldverschreibungen des Staates sind schön oder weniger schön bedruckte Papiere, die mit allen staatlichen Sicherungen ausgestattet eine Schuldurkunde über die empfangenen Beträge enthalten, die nötigen Bestimmungen über Zinszahlungstermine enthalten und auf eigenen Zinsbogen die Koupons enthalten, auf grund deren der Staat sich verpflichtet, viertel-, halb- oder ganzjährig die Zinsen für die in der Urkunde vermerkten Beträge zu bezahlen. Außerdem ist diesen Zinsbogen noch ein sog. Erneuerungsschein (Talon) angehängt, der den Inhaber zur Empfangnahme eines neuen solchen Zinsbogens berechtigt, wenn der erste nach Ablauf von so und so viel Jahr abgelaufen ist. Die staatli Schuldve schreibung

Ein solches Wertpapier, das vom Staate ausgegeben ist, für das der Staat mit seinem ganzen Vermögen für Kapital und Zinsen haftet, bedeutet nun doch zweifellos in der Hand des Besitzers Kaufkraft. Der Besitzer von solchen Staatspapieren kann sich doch zweifellos mit diesen Papieren jederzeit etwas kaufen, sei es, daß er diese Papiere direkt in Zahlung gibt oder daß er zuerst diese Papiere an der Börse oder bei seinem Bankier verkauft und dann mit dem Erlös bar zahlt.

Nun unterliegt es doch gar keinem Zweifel, daß die Ausgabe von neuen Wertpapieren von Seite des Staates die Schaffung v[on] zusätzlicher Kaufkraft bedeutet — ob dies richtig und be[rech]tigt ist, soll uns augenblicklich hier nicht interessieren — ganz genau das gleiche würde eintreten, wenn z. B. der Staat neues Papiergeld drucken würde. Der Unterschied bestünde darin, daß im einen Falle Wertpapiere geschaffen sind, die den Staat außer der Schuld mit einer dauernden Zinspflicht belasten, während im Falle der Neuausgabe von Papiergeld eine Zinspflicht gar nicht in Betracht kommt. Wir sehen also schon jetzt, daß die letztere Form auf alle Fälle die günstigere für den Staat und fürs Volk wäre. Schaffung z licher Kau (Inflatio

Wenn wir nun aber der Technik solcher Finanzierungen weiter nachgehen, so ergibt sich, daß eine direkte Finanzierung von großen staatlichen Werken unter Vermeidung des Anleiheweges noch weitere ungeheure Vorzüge aufweist.

Wir haben also gesehen, daß die jetzt geübte Form der Finanzierung von staatlichen Aufgaben zu einer Schöpfung von zusätzlicher Kaufkraft führt, die durch die Ausgabe der neuen Wertpapiere dargestellt wird. In diesem Falle werden und müssen natürlich die ganzen neuen Anleihesummen aufeinmal ausgegeben werden, auch dann, wenn die neu zu erbauenden Bahnen, Wasserwerke etc. erst im Bau begriffen sind, und noch keinerlei nennenswerten Sachwert repräsentieren.

Würde man dazu übergehen, solche großen staatlichen Werke in der von mir vorgeschlagenen Weise zu finanzieren, dann würden zunächst die ungeheuren Werbungskosten für die Anleihe wegfallen, man erinnere sich daran, welche Unsummen allein von den Ausschreibungen in den Zeitungen verschlungen werden, ferner fallen weg die Prozente, die von vornherein den Banken und sonstigen Kreditinstituten bewilligt werden, auch dies sind wiederum Millionen, ferner pflegt man die Anleihen unter dem Nennwert auszugeben, mit anderen Worten, für 1000.— Mk. Schuldverschreibung sind von dem Erwerber dieser Papiere nur 970.— Anreizmit

Digitized by Google

oder weniger oder etwas mehr einzubezahlen, und doch bekommt er die volle Summe verzinst. Auch dies sind Verluste, die von vornherein zu Lasten des Staates bzw. des Unternehmens und zu Gunsten des Kapitalisten gehen. Ja man pflegt solche Anleihen wie eine alte Hure noch mit anderen „Reizen auszustaffieren" wie der börsenmäßige Ausdruck lautet, indem man besondere Extravergünstigungen in Aussicht stellt, die bis zur Steuerbefreiung! ansteigen. Ich erinnere hier an die Erzberger'sche Prämienanleihe, die das tollste an solchen Reizmitteln aufwies, wozu sich jemals ein Staat hergegeben hatte. Man stellte den Lotterie- und Spielteufel in den Dienst der Anleiheverbung, indem man auf eine sehr große Zahl von Anleihestücken zu 1000 Mark gleich Millionengewinne auszuzahlen versprach, außerdem wurden sogenannte Bonuszahlungen in Aussicht gestellt, ferner noch eine allerdings verklausuliert ausgedrückte Verzinsung von 5% und überdies wurde bei einer Reihe von Steuern, die Sparprämienanleihe von jeder Steuer befreit! — Woher man die Unsummen nehmen wollte, um diese Prämien und Vergünstigungen, diese märchenhaften Lotteriegewinne zu bezahlen, darüber dachte kein Mensch nach — obwohl es für jeden ernsten und einsichtigen Menschen klar sein mußte, daß alle diese Beträge nur wiederum aus den Taschen des Volkes herausgeholt werden müssen. Denn die damals eingenommenen Summen sind ja sofort für dringendste Ausgaben verwendet worden. Das sind alles finanzpolitische Verbrechen am Volk, bei denen man sich nur über die unübertreffliche Frechheit wundern muß, mit der sie in Szene gesetzt werden.

e vernünftige
atsfinanzkraft
benützt die
eitsrechte des
Staates

Würde man also gar nicht erst lange den Anleiheweg beschreiten, sondern gleich den Weg der direkten Geldschöpfung, dann würden alle diese schweren und ungerechten Belastungen des Staatshaushaltes in Wegfall kommen, — man müßte aber nicht einmal die benötigten Summen auf einmal in neuem Papiergeld herstellen, sondern dies könnte ganz langsam erfolgen, so wie eben die neuen Arbeiten fortschreiten. Dies hätte den weiteren ungeheuren Vorzug, daß von der Ausgabe ungedeckten Geldes überhaupt keine Rede sein könnte, denn neues Geld wird eben nur dann ausgegeben, wenn wieder ein erhebliches Stück der Arbeiten geleistet ist. Wir hätten es hier mit einem voll durch Sachwerte gedeckten Geld zu tun, also mit einem Gelde, das stabil ist, mit einem Gelde, dem so und soviel geleistete Arbeitsstunden gegenüber stehen. Aber selbst diese schon sehr viel günstiger erscheinende Form der sukzessiven Ausgabe der neuen Baugeldscheine ist noch keineswegs der letzte Schritt. Es wird sich nämlich gar nicht für notwendig erweisen, eine den neugeschaffenen Werken gleichwertige Summe von neuen Geldzeichen in den Verkehr zu bringen, denn die neu ausgegebenen Scheine fließen ja immerwieder zurück in die öffentlichen Staatskassen, sie können also wiederum ausgegeben werden, ohne daß neue Serien in den Verkehr gebracht werden müßten. Und nun gehen wir noch einen Schritt weiter, nämlich den, daß wir die Ausgabe von eigenen neuen Geldzeichen für solche besonderen Staatsaufgaben an sich grundsätzlich als gar nicht notwendig bezeichnen, wenn wir auch die Zulässigkeit und besonders die Bildhaftigkeit des Finanzierungsvorganges gerade an der Ausgabe eigener

Digitized by Google

Baugeldscheine recht gut erläutern konnten, und für bestimmte Zwecke auch durchaus daran festhalten wollen.

Dieser letzte Schritt ist der zur vollkommen bargeldlosen Finanzierung solcher Staatsaufgaben. Es ist nämlich wie schon oben gezeigt, irrig, anzunehmen, daß der Staat durch die Anleihe in den Besitz von Bargeld käme, womit er die Unternehmer und Arbeiter von Bahn- oder Elektrizitätswerksbauten bezahlen könnte. Trotzdem werden die Unternehmer allwöchentlich von ihren Banken die benötigten Summen für die Auszahlung ihrer Arbeiter in Bargeld holen müssen. Die Banken ihrerseits müssen diese außergewöhnlich großen Anforderungen an ihre Kassenbestände wiederum bei den Notenbanken bzw. bei der Reichsbank decken. Nun genügen in normalen Zeiten die insgesamt vorhandenen flüssigen Mittel schon durchaus für die wöchentlichen Lohnauszahlungen der Gesamtarbeiterschaft und es ist im Grunde gleichgültig, ob vorübergehend z. B. bei der Erbauung des bayer. Walchenseekraftwerkes örtlich größere Arbeitermassen zusammengezogen sind, denn wären sie nicht da beschäftigt, so würden sie eben verteilt in anderen Betrieben ihre wöchentlichen Lohnzahlungen erwarten und erhalten müssen, oder aus Mitteln der Arbeitslosenunterstützung Geld bekommen. Das heißt, daß es eine ganz allgemeine Staatsaufgabe ist, für den Gesamtbedarf an Zahlungsmitteln für die gesamte Volkswirtschaft zu sorgen, gleichviel, ob vorübergehend an einem Punkte zur Durchführung größerer staatlicher Werke größere Arbeitermassen beschäftigt sind oder nicht.

Die Bereitstellung der Zahlungsmittel für die Lohnzahlungen und die Vornahme der sonstigen bargeldlosen Ueberweisungen an die Unternehmer sind Aufgaben des Zahlungsverkehres und haben ursächlich mit den Kreditverhältnissen gar nichts zu tun.

Nun komme ich zurück zu dem Ausgangspunkt dieser Ueberlegungen, nämlich dahin, daß es das selbstverständlichste und natürlichste wäre, wenn eben mit der Kreditbewilligung durch die gesetzmäßige Vertretung des ganzen Volkes für irgend eine große Staatsaufgabe auch gleichzeitig damit die Ermächtigung verbunden wäre, daß die Staatsbank auf grund dieser genehmigten Kredite die benötigten Auszahlungen vornehmen kann. Selbstverständlich auf dem üblichen Wege, daß diese Auszahlungen erst erfolgen, wenn die verschiedenen beauftragten Staatsstellen (Landbauämter, Straßen- und Flußbauämter, Eisenbahnbausektionen, Spezialstellen für besondere Zwecke etc.) die von den Unternehmern angeforderten Auszahlungsbeträge nachgeprüft und bestimmungs- und vertragsgemäß zur Zahlung angewiesen haben.

Der ganze zwischen hineingeschobene Anleiheschwindel — denn es ist nichts anderes als die moderne Form des Volksbetruges — ist vollkommen unnütz und nur schädlich.

Wie verheerend die jetzt geübte Form der Anleihewirtschaft auf die Staatsfinanzen und von da rückwirkend auf die Volkswirtschaft drückt, werden wir getrennt und noch sehr eingehend untersuchen müssen.

Wir wollen uns jetzt aber zunächst den Fragen des engeren Geldwesens, insbesondere der Reichsbank und den Notenbanken zuwenden.

Digitized by Google

Die Reichsbank A.-G.

Die Reichsbank ist nicht etwa, wie doch schließlich jeder gutgläubige Staatsbürger glauben sollte, eine Staatsbank, sondern eine Aktiengesellschaft. Die Reichsbank ist also keineswegs eine staatliche Einrichtung, wenn auch der Staat bis vor kurzem (Juni 1922, wo sie auf Verlangen der Entente vollständig „autonomisiert" wurde), gewisse Aufsichtsrechte hatte. Auch waren die Beamten der Bank vom Reiche ernannt und bezahlt, aber der Aufsichtsrat setzte sich ausschließlich aus Vertretern der Großbankwelt und des Weltjudentums — beides sind natürlich die gleichen Personenkreise — zusammen.

Aufsichtsrat Reichsbank

Schon bei ihrer Gründung im Jahre 1875 verzeichnete der erste Aufsichtsrat unter insgesamt 15 Mitgliedern die folgenden Namen: Baron Rothschild, Geh. Kommerzienrat Bleichröder, Geh. Kommerzienrat Mendelsohn, Th. Plaut, Geh. Kommerzienrat Oppenheimer, Geh. Kommerzienrat Warschauer und Geh. Kommerzienrat Zwicker, Kommerzienrat Stern, Kommerzienrat Gelpke; also 11 rassenreine Großjuden und zur Dekoration noch vier Herren mit deutschem Namen.

Es war wieder ein schlauer Schachzug, mit dem der Bismarck beratende Bankier Bleichröder dem Altreichskanzler empfahl, die Reichsbank nicht als reine Staatsanstalt auszubauen, weil sie dadurch im Kriegsfalle auf Grund der international anerkannten Sicherheit des Privateigentums nicht vom Feinde beschlagnahmt werden könne, während sie als reine Staatsbank dem Zugriff des Feindes ohne weiteres offen stehe. *)

Gründung Reichsbank utete den rzicht des es auf seine ünzhoheit

In Wirklichkeit kam es dem schlauen Juden natürlich nur darauf an, selbst mit den übrigen Großfinanziers das erste Geldinstitut des Reiches in seinen Machtbereich zu bekommen. Dies ist den Herren auch gelungen, und das Reich hat damit in aller Form auf eines der wichtigsten Gebiete seiner Münzhoheit verzichtet — auf das Notenprivileg.

Die Reichsbank nimmt heute eine ganz eigenartige Stellung ein im Geldwesen des deutschen Reiches, eine Stellung, über die sich auch heute noch in ihrer fürchterlichen Tragweite für Staat und Volk die allerwenigsten klar sind.

Es muß Aufgabe einer Einzeluntersuchung sein, einmal genau nachzuprüfen, in welcher Weise die Großbanken ihre bestimmende Einflußnahme auf die Reichsbank zu ihren egoistischen Zwecken mißbraucht haben, während der bisherigen Zeit ihres Bestehens. Solange Bismarck im Amte war, hat sein staatsmännischer Blick und die Furcht vor ihm die Börsenhyänen wohl im Zaum gehalten, nur ein einzigesmal in der ganzen Geschichte der Reichsbank wurde von ihm von dem im Reichsbankgesetz vorgesehenen Einspruchsrecht des Reichskanzlers Gebrauch gemacht, als er verbot, Russenwerte aufzunehmen. Heute ist die Reichsbank unter dem freundlichen Druck der Weltbankiers, wie schon eingangs erwähnt, vollkommen selbstständig gemacht worden. Die Reichsregierung hat also gar

*) Genau dasselbe Mannöver wie augenblicklich bei der neuen „Währungsbank"

Digitized by Google

keine Möglichkeit mehr, auf die Geschäftsführung der Reichsbank bestimmend einzuwirken.

Irrige V stellungen die Reichsb A.-G.

Was man jetzt von der Reichsbank erfährt, sind eigentlich immer nur die Reichsbankberichte in den Zeitungen, daß die „Anlagen der Reichsbank um so und soviel Milliarden zugenommen hätten". Das Volk erblickt in der Reichsbank die Stelle, die ihren Papiergeldsegen über das ganze Land ausgießt; man denkt sich in naiver Weise diesen Vorgang so, daß die Reichsregierung ihr Geld, das sie täglich in wahnsinnigen Beträgen braucht, eben einfach bei der Reichsbank holt, und damit zahlt. So einfach und schmerzlos geht nun aber die Sache nicht vor sich. Gewiß holt das Reich unaufhörlich riesenhafte Summen von der Reichsbank ab, aber dafür muß das Reich auch brav Schuldscheine hinterlegen und zwar muß das Reich natürlich (!) diese Schuldscheine auch tüchtig verzinsen. Für jede Milliarde, die das Reich also bei der Reichsbank entnimmt, wird das Reich der zinspflichtige Schuldner der Reichsbank.

Die „unver lichen" S wechsel

Die Form dieser Schuldscheine sind die sogenannten „unverzinslichen (!) Schatzwechsel des deutschen Reiches". Es muß zunächst auffallen, daß diese Schatzwechsel den Aufdruck „unverzinslich" tragen, denn diese Schulden müssen sehr wohl verzinst werden. Diese Zinsen werden gleich von vornherein in Abzug gebracht, wie dies bei Halsabschneidern Sitte ist, von wo aus diese „Sitte" ins „Wechselrecht" übernommen wurde. Mit anderen Worten: Das Reich, das einen Schatzwechsel über 1, 2—100 Milliarden unterschreiben muß, bekommt von der Reichsbank nicht etwa die auf dem Wechsel vermerkte Summe, sondern nur den um den Zinsbetrag gleich verringerten Betrag. Nach 1, 2 oder 3 Monaten, je nach der Laufzeit der Wechsel muß dann das Reich die vollen auf den Wechseln verzeichneten Summen an die Reichsbank zurückzahlen!

Die Reichsdruck

Damit ist aber das Narrenspiel noch nicht zu Ende, die Banknoten selbst werden von der Reichsdruckerei — also von einem rein staatlichen Institut hergestellt — nun sollte man doch meinen, daß es wieder das einfachste und natürlichste von der Welt wäre, daß eben die Reichsdruckerei einfach ihre „Produktion" an das Reich abliefern würde. Dies geschieht aber, wie ich soeben geschildert habe, n i c h t, sondern erst müssen die zinskapitalistischen Schröpfköpfe angesetzt werden, bis das Reich an das von der eigenen Reichsdruckerei hergestellte Geld herangehen darf!

Die „schwebend Schulden Reiches mi verzinst we

Nach den neuesten Meldungen der Reichsbank beträgt Anfangs September 1923 die auf diese Weise dem deutschen Volk aufgeladene Schuld rund 1400 Billionen Mark!, so groß ist der derzeitige Papiergeldumlauf. Diese 1400 Billionen müssen, wie geschildert, verzinst werden und zwar in Höhe des Reichsbankdiskonts der nach der letzten Erhöhung 90 % (!) beträgt, das sind also 960 Billionen reine Zinsen! dafür, daß das Reich die Reichsbanknoten, die in der reichseigenen Druckerei hergestellt werden, ausgeben darf. *)

Die Papier wirtschaft u gräbt unse Währun

Diese Dinge sind so phantastisch ungeheuerlich, daß man es nicht für möglich halten möchte. Es ist also noch nicht genug damit, daß heute durch diese wahnsinnige Papiergeldwirtschaft unsere Währung in einer Weise untergraben wird, daß unsere frühere gute deutsche Mark

*) Alle diese Zahlen haben sich während der Drucklegung vervielfacht!!

Digitized by Google

eine reine Lumpenwaluta geworden ist, sondern hinter dieser irrsinnigen Papiergeldinflation wächst automatisch eine gleichgroße Staatsschuld empor, die von unserem armen gequältem Volke auch noch verzinst werden muß.

Wie ein apokalyptisches Tier lastet dieser ungeheure Geldschwindel auf dem deutschen Volk, mit einem Zynismus ohnegleichen werden dem deutschen Volke auch noch Mitteilungen darüber gemacht, daß es — wie es in den Märztagen so schön in den Zeitungen zu lesen stand — „den Anstrengungen der Reichsbank gelungen sei, durch die Indienststellung von 32 Papierfabriken und 24 Druckereien, die tägliche Produktion (!) von Reichsbanknoten auf täglich 100 Milliarden (!!) zu steigern". Statt vor Scham zu versinken über eine solche Finanzschweinerei, wird dies dem deutschen Volke noch mit einem gewissen Behagen mitgeteilt. Aber selbst das ist noch nicht das Aergste; die Reichsbank hat sich gerade im Zusammenhang mit der Diskonterhöhung noch eine ganz besondere Verhöhnung des deutschen Volkes geleistet. In Nummer 110 der Münchner Neuesten Nachrichten berichtet dieses Blatt unter der Spitzmarke „Waffenlos nicht wehrlos" folgende Ungeheuerlichkeiten aus der am 23. April 1923 stattgehabten Zentralausschußsitzung der Reichsbank. Reichsbankpräsident Havenstein hatte angeführt, daß zwar die Aufgabe der Reichsbank darin erblickt werden müßte, die Aufrechterhaltung der Produktion im Ruhrgebiet durch Gewährung umfangreicher Kredite (!) zu unterstützen. Im Hinblick auf die Markstützungsaktion (!) sei aber die Reichsbank nach wie vor bemüht, die Kredite auf das geringste Maß einzuschränken (!) (also das Gegenteil von dem zu tun, was die wohlverstandene Pflicht der Reichsbank eigentlich wäre). Havenstein erklärte dann mit erhobener Stimme weiter, man sei zwar „waffenlos, aber nicht wehrlos", und dann kündigte er an, daß die Reichsbank den Diskont von 12 auf 18 % (!) hinaufsetzen werde. Eine ärgere Verhöhnung unseres armen Volkes kann man sich kaum denken — höhnend klingt es uns im Ohr — das deutsche Volk ist waffenlos — — aber die Reichsbank ist nicht wehrlos, — sie erhöht den Diskont auf 18 % (inzwischen auf 90 % erhöht!) — Wie mögen da die Auguren gelächelt haben!

liche Begung über Zeitungen Lotenpresse

hnung des hen Volkes: enlos nicht hrlos" nterhöhung f 90%

Ich kann sehr wohl begreifen, daß meinen Lesern dies alles wie ein wüster irrsinniger Traum vorkommen muß, daß sie bedauern möchten, daß in der Behandlung dieser ernsten und nüchternen Fragen eine wüste Spukgeschichte aufgetischt wird, leider aber ist es die volle Wahrheit und jeder kann sich davon überzeugen, der die Jahresberichte der Reichsbank und die Haushaltsziffern des Reiches liest. Dort findet er schwarz auf weiß gedruckt, wie viele Milliarden Jahr für Jahr in Gestalt von Zinsen, d. h. man nennt es ja bei den Reichsschatzwechseln „Diskont", in den unersättlichen Rachen der Reichsbank verschwinden, die diese Beträge ihrerseits wiederum an die Inhaber der Schatzwechsel — das ist das Großleihkapital — hinauszahlt. Und im Reichshaushalt finden wir durch all diese Jahre hindurch als weitaus größten Ausgabeposten — den Posten für den Zinsendienst des Reiches für seine fundierten und schwebenden Schulden.

dierte" ulden

Fundierte Schulden nannte man schönrednerisch früher die festverzinslichen Schulden, die auf dem sehr viel umständlicheren Anleiheweg gemacht worden waren, und unter schwebenden Schulden sind diejenigen

Digitized by Google

Schuldbeträge zu verstehen, die auf die jetzige bolschewistische Methode einfach darauflos gemacht werden, ohne daß sich im Reichstag noch jemand darum kümmern würde.

Wir von unserem nationalen Standpunkte aus können ja bei diesem Hexenkessel nur das eine begrüßen, daß durch die irrsinnige Geldentwertung die früheren Schulden nicht mehr von Gewicht sind, tatsächlich bedeuten heute die während des Krieges aufgenommenen 100 Milliarden Kriegsanleihe oder die übrigen Reichs- und Staatsschulden keine Last mehr, aber an Stelle dieser Lasten sind die millionenfach größeren schwebenden Schulden getreten und die noch unendlich viel mal größeren zinspflichtigen Verbindlichkeiten gegenüber der Weltfinanz durch das Londoner Diktat.

Zinsknechtschaft der Völker bedeutet Bank- und Börsenherrschaft. Die Brechung der Zinsknechtschaft ist die weitaus größte und gewaltigste Aufgabe des Nationalsozialismus.

Alles was heute in Staat und Wirtschaft geschieht, — alles wird zu einer Zinsforderung des Großkapitals gegenüber der schaffenden Arbeit. — Wird eine Bahn gebaut, so wird eine Anleihe daraus, wird ein Krieg geführt, so werden Kriegsanleihen daraus, werden Bodenschätze oder Wasserkräfte ausgebaut, so werden Wasserkraft-Anleihen daraus, wird eine Fabrik erweitert, so werden neue Aktien ausgegeben, wird ein neues Unternehmen gegründet, so wird irgend eine zinskapitalistische Gesellschaftsform gewählt, die die Arbeit und das Risiko den Unternehmern, und den Löwenanteil der Gewinne den Geldgebern zufließen läßt. Gehts gar nicht mehr auf dem Anleiheweg vorwärts, so wird der soeben geschilderte viel einfachere und ausgiebigere Weg des Notendruckens gewählt, der ebenfalls dem Großkapital die allergrößten Zinsen einbringt. Wie bei König Midas in der Sage, dem alles, was er berührte, zu Gold wurde, so wird heute für die Weltfinanz alles, was geschieht, zu zinstragenden Wertpapieren.

Es wird in eine Anle daraus

Leider haben die Weltbankiers einen verflucht guten Appetit und Wertpapiere sind ja geradezu ihre Leibspeise, die ihnen offensichtlich ausgezeichnet bekommt. Wir können nicht damit rechnen, daß sie verhungern werden, wie König Midas, dem bekanntlich auch die Speisen im Munde zu Gold wurden. Im Gegenteil zuerst werden die Arbeitenden verhungern, bevor die Zinsherrn verhungern.

Sie denken auch gar nicht daran, ihre Herrschaft aufzugeben oder zu mildern, deshalb muß diese Zinsherrschaft gebrochen werden.

Wir haben nun noch eine dritte Seite zu beleuchten, die das Bild der zinskapitalistischen Ausbeutung auch für den Laien vervollständigen und abrunden wird, das ist die Teuerung.

Digitized by Google

Die Teuerung.

s Einkommen
ot weit hinter
en Preisen
zurück

Die Teuerung ist der allen sichtbare Ausdruck für unser finanzpolitisches Elend. Die Teuerung trifft jeden — jeden, der sein Brot verdienen muß, mit furchtbarer Härte. Was nützen die Einkommensziffern mit 4 und 5 Nullen dran, wenn die Preise der täglichen Bedarfsartikel den Lohn- und Gehalts- und sonstigen Einkommensteigerungen immer weit voraneilen.

uerung und
ise, das täg-
he Gespräch

Wir wissen alle, daß das Denken unseres Volkes heute fast restlos mit dem ewig sich erneuernden Gespräch über die Teuerung angefüllt ist. Dieser Umstand ist auch von höchst bedauerlichem Einfluß auf die Moral, denn wenn die Köpfe nur mehr ausgefüllt sind mit der nagenden Sorge, wo sollen wir das Geld hernehmen, um Frau und Kinder zu ernähren, wenn die Kinder schon nur immer fragen: Was kostet das und das? und ihnen ein Wunsch nach dem anderen versagt werden muß, weil es „zu teuer" ist, wenn man bei jedem Einkauf die drängende Phrase hört, „kaufen Sie gleich, die nächste Sendung ist um 30, 50, 100 % teurer", so wird alles Denken schließlich ein Denken in Geld. Für andere Gedanken besteht kein Raum mehr, das Volk wird zum Krämervolk, die Kultur stirbt langsam.

oher kommt
Teuerung?

Woher kommt nun aber die Teuerung? Auf diese Frage kann man eine ganze Anzahl von Begründungen hören, die teils aus dem engeren Gesichtskreis des Antwortgebenden entnommen sind, teils dem demagogischen Schlagwörterlexikon, teils wirkliche Teilursachen bezeichnen, ohne indes die letzte treibende Ursache richtig zu bezeichnen. Wenn man diese Teuerungsursachen von den verschiedenen Seiten bezeichnet hört, so gibt es bald keinen Stand und keinen Beruf mehr, der nicht von irgend einer Seite als die Ursache der Teuerung bezeichnet würde.

landläufigen
Meinungen

Der Arbeiter sieht im Fabrikanten, im „Blutsauger", die Ursache der Teuerung, der Städter im Bauern, der Bauer im Händler mit landwirtschaftlichen Maschinen und mit Kunstdünger, der Arbeitgeber sieht die Teuerung wiederum in den dauernden Lohnforderungen und Gehaltsaufbesserungen der Arbeiter und Angestellten, wer sich über diesen engsten Kreis von Interessengegensätzen hinaushebt, bezeichnet die Wucherer und Schieber als die Hauptursache der Teuerung. Damit ist auch eine wesentliche Ursache der Teuerung getroffen, aber keineswegs die grundlegende, wohl aber die verwerflichste.

Besonders kluge Leute leiten die Teuerung von der Geldentwertung her, und merken nicht, daß dies ja nur verschiedene Ausdrucksformen für die gleichen Sachen sind. Dann ist wieder der Dollar an der Teuerung schuld, wenn der Dollar „steigt", dann müssen angeblich auch alle Preise in die Höhe steigen. Nun ist hier zunächst einmal richtig zu stellen, daß es dem Dollar gar nicht einfällt zu „steigen" oder zu „fallen". Gerade der Dollar steigt und fällt eben nicht, sondern dieser bleibt dauernd fest, deshalb ist er ja das Maß für die Güter dieser Welt geworden, weil

Digitized by Google

er eben fest bleibt in Bezug auf die Preise der Güter. Was in jähen Sprüngen und Stürzen immer tiefer fällt, ist unsere Mark. Am Dollar gemessen müssen wir sogar durchaus feststellen, daß in Deutschland alle Dinge, besonders alle Dinge, an denen viel Hand- oder gar Kopfarbeit hängt, sehr viel billiger geworden sind, weil wir in einem schrecklichen Entwertungsprozeß der Arbeit stehen. Am schwersten ist von diesem Entwertungsprozeß die geistige Arbeit getroffen, am wenigsten die ungelernte Arbeit, d. h. mit anderen Worten für die gebildeten Schichten des Mittelstandes, für die höheren Beamten, für die geistigen Berufe muß wirklich von einer fürchterlichen Teuerung gesprochen werden, denn diese Kreise konnten ihre Einnahmen in keiner Weise entsprechend der Geldentwertung steigern. Ihr Einkommen steht also jetzt in unheilbarem Mißverhältnis zu ihren Ausgaben, dann verringert sich dieses Verhältnis langsam immer mehr bis es bei den ungelernten Arbeitern immer noch über 10 % Minderlohn gegenüber der Zeit vor dem Kriege beträgt. Diese Ziffer bezieht sich aber auf den Inlandslebenshaltungsinder. Am Dollar oder an der Goldmark gemessen ist die Entwertung der Arbeit noch weit höher. Wo fließt nun aber der doch mit dieser Arbeit erzeugte Mehrwert hin? Denn die Produkte sind ja nicht billiger geworden, nur die Arbeit wird schlechter entlohnt. Der Gesamtmehrwert ist also noch um diese ungeheuren Summen größer, die die Unterbezahlung der Arbeit ausmacht. Um dieses Rätsel zu ergründen, genügen alle vorher angedeuteten Erklärungsversuche nicht. Diese Erklärungsversuche besagen nur, daß zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten ein Wettrennen um die möglichste Erhaltung der früheren Einkommensverhältnisse eingesetzt hat.

Die Entwer der Arbe

Die Antwort ist für diejenigen, die den Darlegungen des Buches über die Zinsknechtschaft gefolgt sind, nicht schwer selbst zu finden. Die Urschuld an der Teuerung trägt die Zinspflicht der Arbeit gegenüber dem Kapital.

Die Zinspf trägt die Ha schuld an Teuerun

Daß dies so sein muß, ist gefühlsmäßig für jeden klar, der die Verheerungen, die die Zinsknechtschaft in Wirtschaft und Staat angerichtet hat, nur ist noch nicht zu ersehen, in welcher Weise diese Erscheinungen von einander abhängen und durch einander bedingt sind.

Zins — Steuer — Teuerung, so lautet die logische Kette, die ausgehend von dem unseligen und widersinnigen Zinsversprechen des Staates zur Konsequenz zwingt, daß der Staat die übernommenen Zinspflichten durch Steuern aus dem Volke herausziehen muß; die Steuern und zwar die Steuern aller Art, direkte und indirekte, Zölle, sowie die verwerflichste indirekte Steuer, die der ungedeckten Banknotenausgabe, ziehen dann die Teuerung nach sich. So geht es im ewigen Kreislauf immer weiter, denn die Teuerung bedingt immer größere Aufwendungen des Staates, die er, in dem Anleihewahnsinn befangen, immer nur durch die Aufnahme neuer Schulden zu decken können glaubt, diese neuen Schulden tragen neue Zinspflichten in sich, die neuen Zinspflichten machen neue Steuern notwendig, die Steuergesetzgebung versagt allmählich vollkommen, denn bei solchen Währungszusammenbrüchen bleiben alle Steuereinkünfte weit hinter der Geldentwertung zurück und nun überläßt sich der Staat widerstandslos dem Finanzbolschewismus der Notenpresse.

Zinsen b denten Ste

Digitized by Google

Die Kampfschriften gegen den Zins

Der Aufdeckung dieser Zusammenhänge waren meine bisherigen Kampfschriften vornehmlich gewidmet, auf die ich mich an dieser Stelle ausdrücklich beziehen muß. Im „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft" habe ich in großen Linien allgemein die alles überragende Bedeutung des Zinsproblems entwickelt, im „Staatsbankerott die Rettung", habe ich ganz speziell die Torheit des staatlichen Anleihewesens aufgezeigt und auf die unzähligen Steuergesetze hingewiesen, die die Lebenshaltung der breiten Massen verteuerten und deren Ergebnisse restlos für den Zinsendienst verwendet werden mußten. In der Schrift „Der kommende Steuerstreik" ist an Hand der neuen Hochflut von Steuergesetzen aus dem Jahre 1920 und 21, sowie an Hand des Reichshaushaltes für 1918 der schlüssige Nachweis geführt worden, daß die gesamte Finanzverwaltung des Reiches und der Staaten restlos in den Zinsendienst für das Großleihkapital eingespannt ist. Im letzteren Buch ist aber bereits der Weg gewiesen für eine Umkehr aus so vollkommen verwahrlosten Verhältnissen an Hand eines ganz greifbaren Beispiels.

Ich muß mich deshalb hier auf eine kurze knappe Zusammenfassung dieser Zins-Steuer-Teuerungskette beschränken, indem ich an der Hand von neuesten Ziffern zeige, wie die Steuer die Grundursache an der Teuerung ist.

Die Kohlensteuer

Nach der vom statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" vom 1. März 1923 betrug die Einnahme aus der Kohlensteuer allein im Januar 1923 die riesige Summe von 67 Milliarden. Ohne Berücksichtigung der weiteren Geldentwertung ergibt dies auf das Jahr 1923 ungefähr einen Betrag von 800 Milliarden Mark! Nach den Angaben des statistischen Jahrbuches für das deutsche Reich betrug der Gesamtwert der im Jahre 1914 geförderten Steinkohle in ganz Deutschland — also in einem Jahre höchster Konjunktur, in einem Jahre, in dem noch die oberschlesischen Gruben, die Saargruben usw. freier deutscher Besitz waren, 1,7 Milliarden. Erst solch ein Vergleich kann uns zum Bewußtsein bringen, wie verheerend eine derartige Steuer auf das wichtigste Rohprodukt Deutschlands wirken muß.

Auf 1,7 Milliarden Friedenswert unserer ganzen Kohlenproduktion sind bis Januar 1923 immer steigend 800 Milliarden allein an Kohlensteuern hinaufgepackt worden! Eine derartige Steuer bedeutet, daß allein wegen dieser Steuer die Kohle, wenn sie die Zeche verläßt, mindestens 1000 mal so teuer sein muß, nur wegen der Last dieser Steuer. Nun wird die Kohle aber auf den Eisenbahnen, die ja diese vom Staat durch die Steuer so maßlos verteuerte Kohle verfeuern müssen, der deutschen Industrie zugeführt, zunächst müssen die Eisenbahnen ihre Frachttarife natürlich entsprechend den ungeheuren Kohlenpreisen ganz außerordentlich in die Höhe schrauben, diese teuren Frachten verteuern die Kohle natürlich weiter. Nun kommt die Kohle in alle Betriebe der deutschen Wirtschaft, zum Bauern, zum Korndreschen, zum Bäcker und Schmied, in jeden Haushalt, in jede Fabrik, die Kamine rauchen, und in vielfacher Verwandlung wird aus dem Leder der Schuh, aus dem Erz die tausenderlei Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens, aus Wolle und Baumwolle die Kleidung und bei diesem Werdegang saugt sich an die Ware eine zweite fast ebenso riesenhafte Steuer an — die Warenumsatzsteuer — die oft bis zu

Digitized by Google

10 mal vom Rohprodukt bis zum Fertigfabrikat das Erzeugnis verteuert. Nun kommt aber die Ware auf den Markt und will gekauft sein. — Da stehen sie dann da die armen Lohn- und Gehaltsempfänger und erklären mit erbitterter Stimme: Wie sollen wir mit unseren paar Pfennigen Lohn diese wahnsinnigen Preise bezahlen? — Wir verlangen Lohnerhöhung!

Lohnerhöhung eine Folge staatliche Steuerpol

Diese Forderung ist so selbstverständlich und natürlich und niemand soll die Arbeiter und Angestellten ob dieser Forderung tadeln. Daß sie ihre Forderungen oft weiter spannen als augenblicklich durch die Verteuerung der Ware sich rechtfertigen ließe, ist ebenfalls selbstverständlich, denn sie wissen aus der Geschichte der Lohnkämpfe, daß die Unternehmer sich jeden Pfennig Lohnerhöhung abzwingen lassen.

Auch den Unternehmern sollte aus ihrem Widerstand gegen jede Lohnerhöhung kein Vorwurf gemacht werden, denn schließlich vertreten sie das im Grunde ganz richtige Prinzip, daß jede Lohnerhöhung natürlich eine Verteuerung der Produkte nach sich zieht, die dann letzten Endes wieder die Lohnempfänger am härtesten trifft. Es käme den Unternehmern schließlich weniger auf die paar Pfennige Lohnerhöhung an, — sie denken auch vielleicht im Durchschnitt nicht so volkswirtschaftlich weitsichtig, wie ich soeben andeutete — es kommt ihnen viel mehr auf den Wirtschaftsfrieden an, der aber nur dann gewahrt werden kann, wenn nicht dauernde Lohnkämpfe die Arbeit stören, die Produktion hemmen, die Kalkulation in Frage stellen und die Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen.

Der Kam zwischen Ar geber un Arbeitneh

Es ist im Grunde ein unendlich trauriges Schauspiel, wie sich bei diesen Lohnkämpfen Arbeiter und Arbeitgeber mit Ingrimm und Erbitterung in die Haare geraten und wie sie beide, die doch aufs innigste in der Arbeit zusammengehören, — denn ohne Arbeiter keine Produktion, und ohne Arbeitgeber keine Produktion — ihre gemeinsame Aufgabe, die Produktion, schädigen und die Grundursache für die Verteuerung der Ware selbst nicht erkennen. Es war in den letzten Jahren mit Unterstützung der Regierungskreise üblich, daß der volkswirtschaftlich richtige Widerstand gegen die Lohnforderungen immer wieder gebrochen wurde und nun gings im furchtbaren Reigen mit den Preisen weiter in die Höhe. Die Lohnerhöhungen mußten natürlich auf die Preise draufgeschlagen werden, ebenso die verschiedenen Steuern, die außer den zwei genannten größten Steuern — der Kohlensteuer und der Warenumsatzsteuer — noch auf die einzelnen Fabrikate gelegt wurden. Teuerung — und kein Ende. Für die stark gesteigerten Löhne, sowie für den Umsatz der im Preise gestiegenen Waren werden nun aber neue große Mengen von Zahlungsmitteln bei den Banken angefordert, diese müssen sich an die Reichsbank wenden. Die Reichsbank, die ja auch die ungeheuren Ansprüche des Reiches für den Zinsendienst an das Weltkapital in der geschilderten Weise decken muß, gibt dann auf Grund der vom Reich empfangenen Papierwechsel das Papiergeld in den Verkehr.

Nun ist es ganz selbstverständlich, daß durch die Ueberschwemmung einer Volkswirtschaft mit Papiergeld die Kaufkraft dieses Papiergeldes immer mehr abnehmen muß.

Da das Geld seinem innersten Wesen nach, wie wir erkannt haben, Anweisung auf geleistete Arbeit ist, so muß von uns auch die sog. Quanti-

Digitized by Google

Quantitätstheorie des Geldes

tätstheorie des Geldes wenigstens in ihren Grundzügen anerkannt werden. Diese Theorie lehrt, daß die in einer Volkswirtschaft im Umlauf befindliche Geldmenge in einem gewissen gleichbleibenden Verhältnis bleiben muß, wenn nicht Kaufkraftveränderungen des Geldes eintreten sollen. Das Geld steht gewissermaßen den Gütervorräten gegenüber und — ausgerechnet auf die Menge der Güter — ergibt sich eine bestimmte Anzahl von Werteinheiten der landesüblichen Währung, d. h. der durchschnittliche Preis der Ware. Ich lege hier sehr stark den Ton auf das Beiwort durchschnittlich. Ja man muß noch weiter gehen und sagen: das durchschnittliche Preisniveau — also keineswegs die Höhe der einzelnen Preise — steht in einer gewissen Abhängigkeit von der Menge der insgesamt im Lande vorhandenen Kaufkraft. Kaufkraft ist aber schon wieder ein viel weiterer Begriff — als nur die Menge der Umlaufsmittel. Wir wollen uns indes hier nicht zu sehr in wirtschaftswissenschaftliche Einzelheiten verlieren, denn sonst müßte hier die Frage von effektiver und potentieller Kaufkraft in ihrer Wirkung auf die Preise angeschnitten werden.*) Jedenfalls steht fest, daß eine Vertausendfachung der umlaufenden Zahlungsmittel naturgemäß eine ungefähre Vertausendfachung der Preise nach sich ziehen muß. In Wirklichkeit sind natürlich nicht eigentlich die Preise in die Höhe gegangen, es hat sich nur die Kaufkraft der Mark im umgekehrten Verhältnis zur Vervielfachung der Menge der Zahlungsmittel verringert.

Jedenfalls steht für uns im Rahmen unserer augenblicklichen Betrachtungen fest, daß die Inflation, — so heißt die Ueberschwemmung des Marktes mit Papiergeld, — an sich weniger eine Ursache für die Teuerung, als vielmehr deren Ausdruck ist.

Die Grundursache für die Teuerung ist — das Zinsversprechen des Staates. Dieses Zinsversprechen macht die Steuer notwendig, denn der Staat kann eben nur geben, was er seinen Bürgern in irgend einer Form wieder abnehmen muß.

direkten und indirekten Steuern

Diese Form der Beraubung seiner Bürger durch den Staat ist, wie wir gesehen haben, eine dreifache — entweder durch direkte Steuern, — oder in noch viel wirksamerer Form durch die indirekte Steuer, — oder in der speziellen indirekten Form der Inflation. Die letztere Form ist die verwerflichste, sie ist auch diejenige, mit der sich bankerotte Staaten noch über Wasser zu halten versuchen; — sie ist vollendete Falschmünzerei. Diese letztere Form ist aber besonders deshalb so schändlich, weil dadurch das Sparvermögen des tüchtigsten und fleißigsten Teiles der Bevölkerung einfach vernichtet wird.

Es ist dies eines der erschütterndsten Kapitel in der Tragödie des deutschen Volkes. Hunderttausende von fleißigen Handwerkern, Ange-

*) Potentielle Kaufkraft ist die aufgespeicherte, augenblicklich nicht auf den Markt drückende Kaufkraft. Dazu gehört das gehamsterte Bargeld ebenso wie das festangelegte Sparkapital.

Effektive Kaufkraft ist die Gesamtmasse aller Forderungsansprüche an die Volkswirtschaft, die sich in Form von Bargeld oder in Form von Wertpapieren, an den Warenmarkt wendet und in Sachgüter umzuwandeln sucht.

Potentielle Kaufkraft kann sich jederzeit in effektive verwandeln, man spricht bei dieser Erscheinung von der „Flucht vor der Mark".

Digitized by Google

stellten, Beamten, Angehörige freier Berufe, Aerzte, Ingenieure usw. haben ihr Leben lang in zäher unermüdlicher Arbeit für sich und für ihre Familien gespart und gespart, damit sie einen sorgenfreien unabhängigen Lebensabend genießen könnten. Sie haben ihre Ersparnisse Pfennig für Pfennig und Mark für Mark zusammengespart, und jede Mark bedeutete die Sicherstellung des Existenzminimums für je einen Tag im Alter — denn eine Mark — war eine Goldmark, und eine Goldmark wird heute vom Staate selbst mit 30 000 000.— Mk. bezahlt — also immerhin genug für einen alten Menschen um damit leben zu können. Aber der Staat, dem diese Unglücklichen ihre Ersparnisse anvertraut haben, bezahlt heute keineswegs für eine Mark, die ihm als Sparguthaben in irgend einer Weise anvertraut worden ist, — auch dann nicht, wenn diese Spargroschen seinerzeit in blanken Goldstücken eingezahlt worden sind, — etwa 30 Millionen Papiermark, sondern er macht sich den von ihm selbst verschuldeten Währungsverfall zu nutze und erklärt: Mark = Mark. Damit beraubt er alle diese Menschen der Früchte ihres lebenslangen Fleißes und stürzt sie in die bitterste Not. In den meisten Fällen haben diese Aermsten der Armen die Altersgrenze schon überschritten, daß sie wieder an die Werkbank oder in ihren Beruf zurückkehren könnten, sie müssen es ja wohl meistens probieren, aber sie können nicht mehr mit bei dem furchtbaren Konkurrenzkampf, in dem gerade diese Berufe stehen. So sinken sie rettungslos in Armut und Elend. Mit jämmerlichen und kläglichen Almosen werden sie dann vom Staat abgespeist, private Wohltätigkeit soll helfend einspringen — aber gerade diese Form ist für die Betroffenen besonders beschämend, denn von privater Hand bleiben diese Gaben wirkliche Almosen, mildtätige Gaben, für die sich diese Unglücklichen noch bedanken müssen, obwohl es sich doch um organisierte Beraubung wohlerworbener Rechte handelt. Um Rechte, die, wenn sie wiederhergestellt würden, noch nicht einmal ein „Dankeschön" von Seiten der Beraubten notwendig machen würden.

Die Tragödi Sparer

Der Staat l seine Bürger ihre Ersparn betrogen

Wir wiesen an anderer Stelle schon darauf hin, daß sich an diesen Armen ein falsches Prinzip — eben das Rentenideal in furchtbarer Weise rächt. Nicht als ob diese Kreise dieses Schicksal verdient hätten, im Gegenteil — es wird eine Ehrenpflicht des nationalsozialistischen Staates sein, diese Beraubten, so gut es geht, zu entschädigen. Immerhin steht zu hoffen, daß trotzdem diese furchtbare Lehre im Unterbewußtsein des Volkes nachzittern wird, und daß das Rentenideal versinken wird und dem richtigen Sparideal — der rein deutschen Idee der Vorsorge für das Alter, für Frau und Kinder durch die Schaffung eines eigenen Heimes, von Feld und Garten usw., zum Durchbruch und Siege verhelfen wird.

Das verderbl „Rentenide

Die zweite oben genannte Form der Beraubung der Bürger durch den Staat ist die indirekte Steuer. Die indirekte Steuer ist in ihrer Auswirkung geradezu ein soziales Verbrechen. Erbarmungs- und schonungslos, in einer Form, der niemand entrinnen kann, trifft sie die große Masse der Bevölkerung in voller Schwere, während die Reichen verhältnismäßig von der indirekten Steuer überhaupt kaum berührt werden.

Die indirek Steuer trifft die Besitzlose

Was kümmert den Reichen die Geldentwertung? Er versteht es und hat es verstanden, sein Einkommen der Geldentwertung nicht nur anzupassen, sondern ihr immer noch voranzukommen; ja noch mehr: er

Digitized by Google

versteht es, sich an der Not des Volkes zu bereichern. Was kümmern ihn die Kohlen- und Warenumsatzsteuern — schließlich kann er auch nicht mehr Brot und Milch und Bier verzehren wie ein Mann aus dem Volke, schließlich braucht er auch nicht mehr Zündhölzer und Hosenträger als ein armer Teufel. Für den Arbeitenden, der auf den Verdienst von seiner Hände und seines Kopfes Arbeit angewiesen ist, bedeutet es aber schwere Belastungen, wenn alle diese Nahrungsmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs durch unerträgliche indirekte Steuern belastet sind. Für den Alt- und Neureichen spielen aber auch hohe und höchste Schaumwein-, Wein- und Alkoholsteuern keine Rolle, ihn lassen die Luxussteuern kalt, noch nie konnten sich die Reichen in Automobilen von solchem Luxus spazieren fahren lassen, wie heute, noch nie gab es so raffinierte Kostüme, solche Pelze wie jetzt. Unermeßlich ist der Reichtum, der sich in den Händen der Großfinanz zusammenballt, und das ganze Hofgeschmeiß der Wucherer und Schieber, die sich um die Throne der Hochfinanz drängen, hat herrliche Zeiten und läßt sichs auf seine Weise wohl sein mit Fressen und Saufen, mit Huren und Prassen. Und daneben stirbt ein großes fleißiges Volk körperlich und seelisch. „Es ist etwas Großes, am Sterbebette eines großen Volkes zu stehen", meinte bekanntlich der Revolutionsreichskanzler Dr. Wirth zu einigen amerikanischen Journalisten, die ihn ausfragten — ein Mann, unter dessen Kanzlerschaft die meisten und verheerendsten Steuergesetze beschlossen wurden, — so spottete er seiner selbst und wußte nicht — wie.

ne richtig abestufte direkte euer ist gerecht

Die direkte Steuer ist, wenn sie wohl abgestuft ist nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerzahler, eine an sich gerechte und richtige Steuer. Eine direkte Steuer ist als Beitragsleistung für Gemeinschaftsaufgaben an den Staat auch keineswegs eine Steuer, die grundsätzlich die Produktion verteuern müßte, denn sie sollte nur genommen werden, wo wirkliche Mehrerträgnisse über die Deckung des auskömmlichen Lebensbedarfes hinaus vorhanden sind. Aber wie heute diese direkte Steuer gehandhabt wird, kommt sie, wie die Inflation, auf eine glatte Beraubung hinaus und setzt sich somit in direkten Widerspruch mit der in § 153 der Weimarer Verfassung ausgesprochenen Gewährleistung für das Eigentum.

Zusammenfassend sei nochmals darauf hingewiesen, daß wir es hier mit einer Teuerung zu tun haben, die sich ganz allgemein als eine Folge des Zinsversprechens des Staates gegenüber der Weltfinanz auswirkt. Es handelt sich also um eine dauernde Blutabzapfung aus dem Wirtschaftskörper unseres Volkes zu Gunsten der überstaatlichen Geldmacht, für welche unser eigener Staat den Zinseintreiber macht.

skapitalistische nd natürliche Teuerung

Es handelt sich hier also um eine ganz besondere Form der Teuerung — um die zinskapitalistische Teuerung. Die natürliche Teuerung entsteht, wenn Mißwachs oder Seuchen ein Land treffen, wenn die natürliche Nachfrage größer als die vorhandenen Vorräte sind. Eine solche Teuerung ist aber immer nur vorübergehender Natur. Das nächste fruchtbare Jahr beseitigt die Not und die Preise kehren auf ihr natürliches Maß zurück.

Die zinskapitalistische Teuerung ist aber wie ein fressendes Feuer, das nicht eher erlischt, bis es nicht alle Schätze der Welt aufgezehrt und die ganze Menschheit zu Zinssklaven der Weltfinanz gemacht hat, — oder bis die Zinsknechtschaft gebrochen ist.

Digitized by Google

Staatsfinanzreform.

Nach so eingehender Diagnose der Krankheit unserer Staatsfinanzen, wie unseres Geldwesens überhaupt, dürfen wir hoffen, die richtigen Vorschriften für die Heilung geben zu können.

Die Maßnahmen zur Gesundung unserer durch und durch zerrütteten Staatsfinanzwirtschaft ergeben sich zum großen Teil ganz zwanglos aus der Vermeidung der erkannten Fehler. Auch die aufbauenden Neuerungen wurden schon größtenteils angedeutet; auch bei ihnen handelt es sich nicht um völlig neue Experimente, die man — wie eine beliebte Phrase unserer Gegner heißt — „einem schon so sehr geschwächten Wirtschaftskörper nicht mehr zumuten dürfte", — sondern um Vorschläge, die einzeln für sich bereits bekannt und erprobt sind.

Unsere Re vorschläge im Einzel erprobt

Nicht in den Rahmen dieser Arbeit gehören diejenigen Verordnungen und Maßnahmen hinein, die den Uebergang regeln aus den jetzigen Zuständen in die zukünftige Form. Für diese Maßnahmen gilt die allgemeine Richtlinie, daß durch dieselben nach Möglichkeit jede Erschütterung des Wirtschaftslebens vermieden werden muß. Natürlich wird es da und dort nicht ohne eine gewisse Härte und auch nicht ohne vorübergehende Eingriffe abgehen, aber ohne einen gewissen kleinen Blutverlust geht es auch bei der sorgfältigst vorbereiteten Operation nicht ab. Daß selbstverständlich die Hochfinanz Zeter und Mordio schreien wird, ist klar. Dies kann uns aber natürlich nicht abhalten, ruhig und sicher unseren Weg zu gehen. Es ist aber für die siegreiche Durchführung eines solchen Kampfes wichtig, daß das zu erreichende Ziel ganz klar vor Augen gestellt ist. Dagegen wäre es geradezu eine taktische Unklugheit, einzelne Maßnahmen bekanntzugeben, die zum Ziele führen sollen. Eine zielbewußte Kriegführung wird nie versäumen, dem Heer und dem Volk die Kriegsziele bekannt zu geben und es war eine der verhängnisvollsten psychologischen Fehler im Weltkrieg gewesen, daß die deutsche Regierung nicht nur selbst kein Kriegsziel hatte, sondern sogar eine Diskussion über die Kriegsziele in der deutschen Oeffentlichkeit verbot. Das einzige, was sie dem deutschen Volke zu sagen wußte, war: „Aushalten! Durchhalten!" und nicht mit Unrecht ergänzte der Volksmund „Maulhalten"! Auf diese Weise ließ sich natürlich kein Krieg gewinnen. Dagegen wäre es natürlich heller Wahnsinn, dem Gegner die geplanten taktischen Maßnahmen bekanntzugeben — etwa ähnlich der blödsinnigen Anordnung im U-Bootkrieg, daß unsere U-Boote vor einem Angriff auf feindliche Hilfskreuzer auftauchen müßten — eine schon politisch grundfalsch gedachte Maßnahme, die uns eine Unzahl bester deutscher Seehelden und unwiederbringliche Zeit gekostet hat.

Das Hoch allen klar verständl

Diese Uebergangsmaßnahmen richten sich auch nach Zeit und Umständen, sie müssen beweglich sein, sie können gar nicht starr vorherbestimmt sein. Solche Maßnahmen zu treffen, gehört in den freien Verfügungsbereich der Führer. Durch Mehrheitsbeschlüsse oder kollegiale

Die taktis Maßnahm bleiben ge

Digitized by Google

Beratung sind aber noch niemals in der Weltgeschichte grundlegende Neuerungen in die Tat umgesetzt worden. Ein Anderes ist es, daß das geplante Endziel einer Operation zwar von einem Hirne zuerst gedacht, dann aber mit den berufenen Führern beraten und festgelegt wird. Dann kann und muß es auch dem vollen Licht der Oeffentlichkeit ausgesetzt werden.

Unser großes leuchtendes Endziel, das in seiner Folge noch weit über den Rahmen des Befreiungskampfes des deutschen Volkes hinausweist, ist die **Brechung der Zinsknechtschaft.**

Was Zinsknechtschaft bedeutet, dürfte nun wohl jedem klar geworden sein, und er wird mit wachsendem Entsetzen die schauderhaften Zustände zur Kenntnis genommen haben, die aus einer vollkommen falschen Einstellung des Staates gegenüber dem Geld- und Kreditwesen im Allgemeinen und gegenüber seinem eigenen Geldbedarf im Besonderen sich ergeben haben.

rstaatlichung Reichsbank A.-G.

Die erste und grundlegende Maßnahme, die sich aus der Preisgabe des staatlichen Geldwesens an ein Privatinstitut, die **Reichsbank A.-G.** ergibt, ist die **Verstaatlichung der Reichsbank.**

Es müßte schon aus dem Namen dieser Bank heraus ganz selbstverständlich sein, daß eine „Reichsbank" eben eine Anstalt des Reiches sein müßte, ebenso wie die Reichspost oder das Reichsgericht. Es muß geradezu als Irreführung der öffentlichen Meinung bezeichnet werden, daß die Reichsbank-A.-G. diesen Namen führen durfte.

e Aufgaben er wirklichen Reichsbank

Die Aufgabe einer wirklichen Reichsbank muß sinngemäß eine zweifache sein. Erstens muß ihr die Besorgung der Geldgeschäfte des Reiches selbst obliegen, soweit dieselben nicht von den einzelnen Verwaltungsstellen selbst und direkt besorgt werden können, wie etwa Post und Eisenbahn, und zweitens muß sie den starken Rückhalt für die gesamte Volkswirtschaft bilden für die treuhänderische Vermittlung des Zahlungsverkehres. Ihre Aufgabe muß ferner sein, dafür zu sorgen, daß dauernd genügend Umlaufsmittel für den Geldverkehr vorhanden sind. Sie muß für diesen Aufgabenkreis ausführendes Organ für die Staatsfinanzverwaltung sein, der sie vollkommen unterstellt sein muß. Die Beamten der Reichsbank müssen Staatsbeamte sein, wie die übrigen Beamten auch. Ein Aufsichtsrat, der sich aus den Vertretern des Großjudentums zusammensetzen würde, wie heute, ist natürlich vollkommen überflüssig. Es genügt durchaus, wenn ein besonderer Staatskommissar zur Ueberwachung der Geschäftsführung der Bank von der Regierung aufgestellt ist, der für die Geschäftsführung der Bank verantwortlich ist. Die Aufgaben der Bank werden durch ein eigenes Reichs-Bankgesetz genau umschrieben werden, so daß auch schon die Geschäftsführung der Bank Gewähr dafür bieten wird, daß die Einrichtung der Reichsbank eben nur den staatlichen Interessen dienen wird.

ie bayerische Staatsbank

Wir besitzen nun aber bereits ein Bankinstitut, das durchaus diesen Anforderungen entspricht, die wir an die Reichsbank stellen müssen. Es ist dies die Bayerische Staatsbank. Die Bayerische Staatsbank ist wirklich eine reine Staatsbank und niemand wird behaupten können, daß sie ihre Aufgaben als Bankinstitut nicht in einwandfreier Weise erfüllt hätte. Letzteres natürlich mit dem Vorbehalt, daß sie ebenfalls nach den allge-

Digitized by Google

meinen Gepflogenheiten der zinskapitalistischen Wirtschaft gearbeitet hat. Aber jedenfalls hat diese Bank dem Geldverkehr gedient, ohne die Rentabilität für das Bankkapital als erste Aufgabe zu betrachten. Es hat sich dabei folgende sehr bemerkenswerte Erscheinung gezeigt, daß die Bank mit ihrem verschwindend kleinen Eigenkapital von nur 8 000 000 Mark sehr wohl in der Lage war, allen Anforderungen des Geldverkehrs zu dienen und Milliardenumsätze zu bewältigen.

Es ist nicht uninteressant, festzustellen, daß im Börsenjahrbuch (Saling's Börsenjahrbuch für 1914/15, Ein Handbuch für Kapitalisten und Effektenbesitzer, überreicht durch die Deutsche Bank) die Existenz dieser Bayerischen Staatsbank (damals noch „Königlich" Bayerische Bank) einfach unterschlagen wird, obwohl auf den 644 Seiten dieses Handbuches dieses immerhin bedeutende Staatsinstitut zu nennen Gelegenheit und Platz gewesen wäre. Eine Bank aber, die nicht privatkapitalistischen Zwecken ausschließlich dient, ist offenbar für die Hochfinanz keine Bank.

Bemerkenswert ist ferner, daß vor etwa zwei Jahren Bestrebungen im Gange waren — die Bayerische Staatsbank „auf eine breitere Basis zu stellen", wie der köstliche börsentechnische Ausdruck dafür gelautet hat, — um auch dieses unabhängige Institut der „Rentabilisierung" für das Privatkapital zugänglich zu machen. Unsere Forderung hat also ein praktisch bewährtes Vorbild in unserer Bayerischen Staatsbank. Der Einwand, daß es nicht möglich sei, eine Bank als Staatsinstitut zu betreiben, ist damit widerlegt.

Für die Reichsbank selbst sah das Reichsbankgesetz sogar eine Verstaatlichung vor, wonach das Reich das Recht hatte, nach einjähriger Kündigung, erstmals am 1. 1. 1891, dann in Zeiträumen von 10 zu 10 Jahren entweder die Reichsbank aufzuheben und die Grundstücke derselben (einschließlich der ungeheuer wertvollen Gebäude) gegen Erstattung des Buchwertes (!) zu erwerben oder die sämtlichen Anteile zum Nennbetrage (!!) zu erwerben. Am 1. Januar 1921 hätte also das Reich einen schweren Fehler der Reichsgesetzgebung gegen das deutsche Volk wieder gut machen können, indem es den gesamten Besitz der Reichsbank gegen die Kleinigkeit von 180 Millionen — das ist der Nennwert der Reichsbank-Aktien — erwerben hätte können.

Das Reichsbankgesetz sieht Verstaatlichung vor

Der Völkische Beobachter, der damals noch nicht im Besitze der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei war, der aber damals schon von Männern geleitet war, die zu den geistigen Wegebereitern des Nationalsozialismus gehörten, hat zu rechter Zeit — wohl als einzige öffentliche deutsche Blätterstimme darauf hingewiesen *) — natürlich ohne jeden Erfolg.

Es ist ferner noch bemerkenswert, daß, trotzdem die Reichsbank-Anteile auf Namen lauten, nicht weniger als 2153 Ausländer im Besitz von Reichsbankanteilen waren! Ueber welchen Anteil am Gesamtkapital der Reichsbank diese 2153 Ausländer (Stand 1913) verfügten, ist aus den Reichsbankausweisen leider nicht ersichtlich. Jedenfalls handelt es sich um einen sehr erheblichen Prozentsatz, nachdem die Zahl der inländischen Anteilseigner mit nur 16 646 angegeben werden. Nun ist es klar, daß

*) Desgl. „Der deutsche Finanzmann" Wochenschrift von Dr. Hch. Pudor.

Digitized by Google

ie Reichsbank auch während des Krieges ividenden an as Ausland bezahlt

bei den inländischen Anteilseignern sehr viel kleinere Beträge übernommen worden sein dürften, während natürlich mit Recht angenommen werden darf, daß ein Ausländer, wenn er schon Deutsche Reichsbankanteile kauft, nicht nur ein oder zwei Stück erwirbt, sondern gleich einen ordentlichen Posten. Diese Tatsache enthüllt den unglaublichen Zustand, daß ganz bedeutende Summen in Form von Dividenden auch während des Krieges von der „Deutschen Reichsbank" an das Ausland abgeführt worden sind.

Die Gewinnverteilung der Reichsbank, die ihre Hauptgewinne aus der Wechseldiskontierung zieht — wie wir oben kennen gelernt haben — ist nun eine höchst originelle. Zunächst bekommen die Aktionäre eine Vorzugsdividende von 3½%, von dem dann verbleibenden Gewinn wird ein Viertel an die Aktionäre verteilt. ¾ dieses Gewinnrestes erhält das Reich überwiesen, nachdem noch 10% einem Reservefond überwiesen worden sind. Im Jahre 1913 erhielt das Reich auf diese Weise 31 025 655 Mark überwiesen. Dafür hat das Reich diesem merkwürdigen Institut das sog. Notenprivileg übertragen, d. h. das Recht nach dem Bedürfnis ihres Verkehrs Banknoten auszugeben. Bis zum Kriegsausbruch war die Reichsbank wenigstens gehalten, als Deckung für diese Banknoten bis zu einem Drittel Gold oder Silber in deutschen oder ausländischen Münzen oder in Barren bereit zu halten. Nachdem auch diese Schranke gefallen war, stand dem uferlosen Papiergelddrucken kein Hindernis mehr im Wege. Die einzige Deckung (!), die die Reichsbank heute noch für ihr Papiergeld hält, sind die famosen Reichsschatzwechsel — — also auch nur wieder ein anderes Papier, hinter dem ein bankerotter Staat steht. Was Wunder, wenn unter solchen Zuständen ein unaufhaltsamer Zusammenbruch der deutschen Währung sich vollziehen muß.

Die Bereitstellung der ahlungsmittel

Es ist nun zweifellos eine ganz wichtige staatliche Aufgabe für eine verstaatlichte Reichsbank, daß sie immer dafür sorgt, daß die Ansprüche der Wirtschaft nach Zahlungsmitteln voll befriedigt werden; denn nur wenn hier keine Stockungen entstehen, wenn auch die übrigen Geldinstitute allen Ansprüchen glatt genügen können, ist eine Zinserpressung aus Gründen von Geldknappheit, die sich bis zu den größten Weltkrisen steigern können, ausgeschlossen. Umgekehrt fließen ja auch in Zeiten geringerer Lebhaftigkeit der Wirtschaft die ausgegebenen Geldbeträge wieder auf den unzähligen Kanälen des öffentlichen Geldverkehrs zur Reichsbank zurück, so daß diese die Noten wieder aus dem Verkehr ziehen kann. Bei der Bank von England ist es bekanntlich üblich, daß eine Note, die zur Bank zurückfließt, nicht mehr wieder ausgegeben wird, sondern gegen eine neue umgetauscht wird, während die alte vernichtet wird. Dies geschieht vornehmlich aus hygienischen Gründen.

ie Bank von England

Nun wird ja in Zukunft die Frage der Zahlungsmittel von abnehmender Bedeutung sein, nachdem die sogenannten Geldsurrogate, wie Wechsel und Schecks und besonders der bargeldlose Zahlungsverkehr immer mehr an Bedeutung gewinnen.

bnehmende deutung des rgeldverkehrs

In einer solchen Verrechnungswirtschaft werden die Postscheckämter ganz außerordentlich an Bedeutung gewinnen, die heute schon vorbildlich sind für einen reinen Geldverkehr auf bargeld- und zinsloser Grundlage. In den heutigen Postscheckämtern sind die leicht auszubauen-

r bargeldlose Verkehr

Die stscheckämter

Digitized by Google

den Kernzellen zu erblicken für ein ideales Geldverkehrswesen unter staatlicher Oberaufsicht — ganz entsprechend dem staatlichen Personen- und Güterverkehr.

Niemand kann bestreiten, daß sich der Zahlungsverkehr durch die Postscheckämter in ausgezeichnet schneller und zuverlässiger Weise abwickelt. Es kommt kaum vor, daß Gut- und Lastschriften nicht innerhalb längstens 48 Stunden erledigt würden, wogegen man es heute bei den Banken erleben kann, daß Gutschriften für längst eingegangene Beträge erst 8—14 Tage später erfolgten. Braucht der Bankkunde Geld für seinen Betrieb, so ist er gar noch gezwungen, Bankkredit in Anspruch zu nehmen. Dies kostet bei den heutigen Zins- und Provisionssätzen so viel, daß eventuelle Zinsgutschriften aus Bankguthaben dagegen überhaupt gar nicht in Betracht kommen. Bei der galopierenden Schwindsucht unserer Mark tritt häufig ein Verlust von der Hälfte bis zu einem Viertel ein. Bei dem Geldverkehr vermittels der Postscheckämter fällt auch die gesamte Zinsberechnung fort. Dies bedeutet eine ganz ungeheure Entlastung und Vereinfachung des Zahlungsverkehrs und besonders an den Jahresschlußterminen. Am 2. Januar jeden Jahres erhält der Postscheckkunde, wie sonst auch jeden Tag, die genaue Mitteilung über den Stand seines Kontos bei der Postscheckkasse. Bei den Banken vergehen jetzt Wochen, ja Monate, bis für die zahllosen Buchungen während des vergangenen Halbjahres die langwierigen und langweiligen Zinsberechnungen, — die jetzt in der Hauptsache von unseren früheren Offizieren als Bankbeflissene ausgeführt werden müssen, — fertiggestellt sind.

Diese Vermittlung des Geldverkehrs durch die Banken ist also keineswegs besonders vorteilhaft für die Wirtschaft. Der reine Geldverkehr durch die Banken belastet die Produktion nur mit Provisionen aller Art und von den Zinsen haben nur und ausschließlich die Banken Nutzen, aber niemals derjenige, der sich der Banken bedient. Dem richtigen Fabrikanten und Unternehmer kommt es ja auch auf den Erhalt von ein paar Mark Zinsen für vorübergehende Guthaben gar nicht an. Ein richtiger Unternehmer richtet sich so ein, daß er auf der Bank immer nur gerade soviel Geld verfügbar hat, daß er seine Löhne und die sonstigen laufenden Zahlungen daraus bestreiten kann.

Die Postscheckkassen entsprechen diesen Anforderungen durchaus und es ist nicht von ungefähr, daß noch während des Krieges die englische Gesellschaft der „Fabier", die „Fabian Society" in London an den Lord Schatz-Kanzler eine Denkschrift gerichtet haben mit der Ueberschrift: Wie bezahlen wir unseren Krieg?, in welchem sie als Hilfsmittel zu diesem Ziele auf die Organisation der deutschen und österreichischen Postscheckkassen hingewiesen haben. Feinde sind immer scharfsichtig und wenn sie eine Einrichtung für das eigene Land als nachahmenswert bezeichnen, dann kann man sicher sein, daß etwas daran ist.

Die Denk der „Fa Societ

Das Gleiche, was über die Verstaatlichung der Reichsbank gesagt wurde, gilt natürlich auch für die Verstaatlichung der übrigen Notenbanken, für Bayern also der „Bayerischen Notenbank". Die Bayerische Notenbank ist ebenfalls eine reine Aktiengesellschaft, in welcher eine Majorität der Aktionäre z. B. einfach beschließen könnte, die Goldreserve der Bank, auf die sich das Notenprivileg der Bank gründet, an die Aktionäre

Die Ver lichung Notenba

Digitized by Google

zu verteilen. Es ist ja noch in unserer Erinnerung, daß von dem jüdischen Bankier Schweißheimer in München Vorstöße in dieser Richtung versucht worden sind. An dem Einspruch der bayerischen Regierung scheiterte diesmal der Plan. Der bayerische Staat hatte seinerzeit $^1/_6$ der Aktien übernommen gehabt, während ein weiteres Sechstel von der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank übernommen worden war und die restlichen zwei Drittel an die Aktionäre ausgegeben wurden.

gefährdete
bestand der
. Notenbank

Es ist an sich geradezu ungeheuerlich, daß ein Staat befürchten muß, daß der Goldbestand der Notenbank durch den Zugriff der „Aktionäre" dieser Bank gefährdet werden kann. Wer jüdische Zähigkeit kennt, der weiß, daß die Gefahr für Bayern für seinen Goldbestand noch lange nicht dadurch beseitigt ist, daß die Regierung einmal standhaft geblieben ist. Hiegegen gibt es eben nur das eine durchgreifende Mittel der Verstaatlichung der Notenbanken. Außer der Bayerischen Notenbank haben wir in Deutschland noch die Badische Bank, die Sächsische Bank zu Dresden und die Württembergische Notenbank.

Bei der Verstaatlichung der Reichsbank und der Notenbanken werden selbstverständlich die Beamten und Bediensteten der Banken in gleicher Eigenschaft vom Staate als Staatsdiener übernommen. Das Recht der Notenausgabe wird dadurch ausschließlich vom Staate ausgeübt. Eine solche Notenausgabe darf nur erfolgen nach Anordnung des Finanzministeriums und nur gegen vollwertige Deckung. Hier in diesem Zusammenhang ist die große Aufgabe der Stabilisierung unserer Währung zu lösen. Es ist dies jedoch keine Aufgabe im engeren Kreis der Notenbanken, die nur dafür zu sorgen haben, daß keine Notenausgabe ohne Deckung erfolgt.

Für die Herstellung der Wertzeichen gelten die bisherigen Bestimmungen. Jede Nachahmung wird mit größter Strenge nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches, Abschn. VIII §§ 146—152, bestraft.

Die Anteilseigner werden entschädigt. Irgend ein Anspruch auf die Goldbestände der Bank von seiten der Aktionäre wird gesetzlich ausgeschlossen.

bilisierung
öglich ohne
chung der
knechtschaft

Eine Stabilisierung unserer Währung ist unter den jetzigen Umständen völlig ausgeschlossen. Alle Versuche dazu sind Stümperei, solange man dem deutschen Volke in der geschilderten Weise Zins- und Tributlasten zumutet, die eben nicht geleistet werden können und die nur vorübergehend durch eine Geldverwässerung wenigstens teilweise aufgebracht werden können. Es ist nun falsch, ein Radikalmittel für eine Stabilisierung der Währung angeben zu wollen. Es handelt sich hier eben nicht um ein Spezialproblem, das man loslösen könnte von dem Weltproblem der Zinswirtschaft. Solange diese Weltraubwirtschaft der alljüdischen Hochfinanz weiter besteht, werden die Währungen der verschiedenen Völker immer das willkommene Spekulationsobjekt der Hochfinanz bleiben. Ferner hängt die Stetigkeit einer Währung — also das, was eigentlich der innere Sinn des Ausdruckes „Währung" ausdrücken sollte — noch von anderen Faktoren ab, vor allem von der Aktivität oder Passivität der Handelsbilanz. Hier weiten sich unsere Blicke über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus, und die innere Wirtschaft tritt mit den Volkswirtschaften der fremden Nationen in Wechselbeziehungen.

Digitized by Google

Weltwirtsch
und Volksw
schaft

Um in diesem ungeheuren Gebiete der Weltwirtschaft uns kurz zurechtzufinden, müssen wir uns ebenfalls wieder vor Augen halten, daß der Sinn und Zweck dieser Weltwirtschaft nicht die Rentabilität für das Privatkapital ist, sondern die Bedarfsdeckung. Alles übrige ist nur Beiwerk, Hilfsmittel. Die internationale Geldwirtschaft, der zwischenstaatliche Zahlungsverkehr, ist aber heute dasjenige, das als die Hauptsache erscheint und was auch heute wirklich die erste Rolle spielt. Die internationalen Weltbankhäuser sind es, die heute tatsächlich die Welt beherrschen, die den Geldbedarf der Staaten „decken" und sich dafür die Herrschaft angemaßt haben; die internationalen Bankhäuser sind es, die heute in Riesentrusts die Produktion kontrollieren, Eisen, Stahl, Petroleum, Konserven, Getreide, Fett, Oel, Baumwolle usw.. Die internationalen Bankhäuser haben die Kriege finanziert, die großen Bankhäuser haben alle Kriegslieferungen finanziert und kontrolliert. *) Sie haben selbst gar nichts geleistet im Sinne des schaffenden Menschen, weder haben sie sich an der Produktion beteiligt, von aktiver Anteilnahme an den Kriegshandlungen ganz zu schweigen, — sie haben aus allem und jedem nur Nutzen gezogen, aus Blut und Tränen, aus den Schrecknissen des Krieges, aus dem Hunger der Massen, aus der Verschwendungssucht der Neureichen, aus der Spekulationswut des Börsenpublikums, alles wird der Weltfinanz zu Gold und Goldeswert. Jede Arbeit der schaffenden Völker bringt der Weltfinanz Zins. Auch hier in der Weltwirtschaft haben wir es mit einer vollständigen Umkehrung des richtigen und vernünftigen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu tun.

Weltwirtsch
und
internation
Zahlungsver

Vernünftigerweise arbeiten doch die Völker und bieten ihre Arbeitsprodukte auf dem Weltmarkt an — um fremde Arbeitsprodukte (Rohprodukte, Halb- oder Fertigfabrikate) dafür einzutauschen. Eine vernünftige Wirtschaft ist doch nicht darauf eingestellt, etwa für gelieferte optische Instrumente fremde Geldzeichen (Dollars- oder englische Pfundnoten) einzutauschen und diese dann aufzuheben und nun weiter in Devisen zu spekulieren. In Zeiten gesunder Wirtschaft wird kein Fabrikant an so etwas gedacht haben. Er braucht ja auch den Erlös für seine Fabrikate wieder, um weiter produzieren zu können, um seine Arbeiter zu entlohnen und um neue Rohstoffe einzukaufen. Im Großen der ganzen deutschen Volkswirtschaft betrachtet, ist es ganz klar, daß es völlig unmöglich ist, daß sich etwa die gesamte deutsche Wirtschaft ihren Erlös aus ihrem Export von Industrieerzeugnissen in Form von fremden Geldsorten oder in fremden Devisen herlegen würde, denn die gleiche deutsche gesamte Volkswirtschaft muß ja ihren Rohstoffbedarf an Baumwolle für die ungeheure deutsche Textilindustrie, an Kupfer für unsere ebenfalls riesige elektrische Industrie, an Seide, Jute, Südfrüchten, den Mehrbedarf über die heimische Erzeugung hinaus an Nahrungs- und Futtermitteln usw., um nur einiges zu nennen, einzukaufen. Dafür müssen also die eingenommenen Beträge an fremden Geldern gleich wieder ausgegeben werden. Dies ist auch an sich ganz natürlich, denn in normalen Zeiten kann man ja mit den fremden Geldsorten im eigenen Land gar nichts anfangen, als sie umwechseln. Dies ist auch heute noch so. Der amerikanische Arbeiter

*) cf. Alfr. Rosenberg. „Die Geheimnisse der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik".

Digitized by Google

kann nicht mit französischen Franken bezahlt werden und dem englischen Geschäftsmann ist in seinem Laden mit italienischen Lire nicht gedient. Es hat auch gar keinen Sinn, die Geldsorten in fremde Länder zu verbringen, wo sie gar nicht als gesetzliches Zahlungsmittel verwendet werden können. Das Landesgeld dient nur und soll ja auch nur den inneren Bedürfnissen des Landes dienen, das die Geldzeichen ausgibt. Wie im Inneren einer Volkswirtschaft der Sinn der Gütererzeugung nicht darin besteht, Geld einzuhandeln und dann auf dem Gelde gewissermaßen sitzen zu bleiben und es der Wirtschaft vorzuenthalten, so ist auch der weltwirtschaftliche Güteraustausch erst dann vollendet, wenn mit der Ausfuhr die Einfuhr bezahlt wird.

Valuta

Der theoretische Idealzustand wäre nun, daß jedes Land seinen Einfuhrbedarf genau mit seiner Ausfuhr decken und damit bezahlen könnte. Dann und nur dann könnte von einer absoluten Stabilität der Valuten die Rede sein. Nun geht begreiflicher Weise das Bestreben jeder aufwärtsstrebenden Volkswirtschaft dahin, einen Ausfuhrüberschuß über den Einfuhrbedarf zu erzielen. Dies bedeutet erst Reichtumsmehrung. Man spricht dann von einer aktiven Handelsbilanz. Bleibt aber der Einfuhrbedarf über der Ausfuhr, so müssen zum Ausgleich dieses Fehlbetrages inländische Vermögensbestandteile an das Ausland abgeliefert werden. Diese Abgaben müssen aber, da sie eben nicht aus dem Arbeitsertrag entnommen werden können, wieder nur vom Vermögen weggenommen werden. Dies geschieht entweder durch die Ausfuhr von Gold oder von Wertpapieren. Besonders die letztere „Ausfuhr" ist aber nichts anderes, als der Beginn der internationalen Zinsknechtschaft. Ob diese „Ausfuhr von Wertpapieren" sich auf vorhandene inländische Wertpapiere erstreckt oder sich in die Form der ausländischen „Anleihe" hüllt, ist im Effekt für die davon betroffenen Völker gleichgültig. Seitdem aber auch im internationalen wirtschaftlichen Denken nur mehr der Rentabilitätswahnsinn zugunsten des Großleihkapitales herrscht, werden alle vernünftigen Bedenken ehrlicher Volkswirte mit den Mitteln der Presse und der Parlamente niedergetreten und die internationale Versklavung aller Völker gegenüber der diese Anleihe machenden Weltfinanz nimmt in erschreckendem Umfange zu.

ch der internationale hlungsverkehr t ein Mittel maßloser Beicherung der Weltfinanz

Auch hier in der Weltwirtschaft zeigen sich dann die gleichen Erscheinungen wie in der inneren Volkswirtschaft und die fürchterlichen Krisen, die heute die verschiedenen Volkswirtschaften erschüttern, sind in der Hauptsache eine Folgeerscheinung dieser Versklavung aller Völker des westlichen Kulturkreises, wie wir sie bereits oben kennen gelernt haben. Die valutaschwachen Länder, deren innere Wirtschaft zu schwach (Rußland) oder deren innere Verhältnisse durch Revolution unsicher geworden sind (Deutschland) und deren immer noch riesigen Produktionsüberschüsse kostenlos als Reparationen vom Feinde beschlagnahmt werden, haben keine überschüssige Kaufkraft mehr, sie können also ihren Einfuhrbedarf nicht mehr mit Ware bezahlen, sondern mit Papiergeld, das sie in großen Massen ins Ausland werfen, um damit Devisen einzukaufen. Dadurch schädigen sie in gleicher Weise die innere Wirtschaft, wie auch die fremden Wirtschaften. Die valutastarken Länder dagegen ersticken geradezu an diesem Hochstand ihrer Valuten (Schweiz z. B.). Sie können in die früheren großen Absatzgebiete ihrer Erzeugnisse nichts mehr ausführen,

e gegenseitige sraubung der alutastarken und valutaschwachen Länder

Digitized by Google

weil dort ihre Erzeugnisse auf Grund des hohen Kursstandes ihres Geldes zu teuer sind. Ihren Einfuhrbedarf können diese Länder leicht mit ihrer starken Valuta decken. Aber nachdem die Fertigfabrikate in den Ländern mit schlechter Valuta viel billiger sind, fahren die Händler und Schieber in die valutaschwachen Länder und kaufen und rauben diese Länder aus zum Schaden der beiden Länder — zum Schaden der einheimischen Produktion und zum Schaden des Verbrauches in den ausgekauften Ländern, in denen die ohnedies knappe Gütervorratsmenge durch diese wilden Einkäufe noch weiter geschmälert wird. Dadurch sinkt wiederum die Kaufkraft der Landeswährung in den valutaschwachen Ländern aufs neue.

Daß nicht schon längst in Anbetracht dieser völlig verkehrten Verhältnisse alles zusammengebrochen ist, hat seinen Grund darin, daß eben doch über alle Machenschaften der Weltfinanz hinweg der wechselseitige internationale Bedarf sich einfach durchsetzt. Nur geht alles mit Hängen und Würgen, mit Aechzen und Stöhnen, weil sich in das Räderwerk der Weltwirtschaft die Sperrklinke — die Zinsforderungen des Weltkapitals — eingeschaltet hat. Oder im medizinischen Bild gesprochen: In den gesunden Blutkreislauf der Weltwirtschaft hat sich eine zuerst kleine, heute aber schon ungeheuer große Krebsgeschwulst eingeschaltet, die nur das einseitige Interesse hat, auf Kosten des übrigen Körpers alles Blut durch sich hindurchzusaugen und von allem einen Durchgangszoll, einen Zins, zu erheben. Im Herzen strömt wohl auch alles Blut durch, aber das Herz gibt auch mit jedem Pulsschlag das angepumpte Blut wieder von sich. Genau diesem Gleichnis entspricht die Staatsbank, die nur dem reinen Geldverkehr dient — und der Krebsgeschwulst entspricht aufs Haar die Tätigkeit der Weltfinanz, die auch alles Geld der Welt durch ihre Kreditbanken kontrolliert und die ganze Weltwirtschaft mit ihren Saugarmen umklammert hält und überall Zins nimmt. Notwendig ist dies alles nicht! Brauchen tun die Völker der Welt diese überstaatlichen Geldmächte keineswegs. Selbstverständlich sind Einrichtungen notwendig, die den internationalen Geldverkehr im Sinne eines Clearinghouses oder im Sinne der Postscheckkassen international regeln würden. Das können und werden staatlich geleitete Devisenzentralen besorgen.

Die Zinsforderungen die Sperrkli in der We wirtschaft

Jedenfalls gibt es genug Mittel und Wege, ganz ähnlich wie es möglich war, einen Weltpostverein zu schaffen, auch den internationalen Zahlungsverkehr in der Hauptsache auf dem Verrechnungswege zu organisieren, ohne daß die Weltfinanz sich an allen diesen einfachen kaufmännischen Operationen zwei und dreimal die Finger abputzen und auf Kosten der schaffenden Völker dick und fett werden würde.

Wie schon eingangs dieses Kapitels bemerkt, wollen wir hier keine weiteren Details geben.

Die Stabilisierung einer Währung kann also wie betont nicht losgelöst werden von den zwischenstaatlichen Beziehungen. Immerhin sind eine Reihe von Möglichkeiten gegeben, die Fehlerquellen und Unverantwortlichkeiten zu beseitigen, die in Mängeln der inneren Verwaltung liegen oder in der unbeschränkten Handhabung der Notenpresse.

Die Stillegung der Notenpresse ist selbstverständlich ein Mittel, um weitere Geldentwertung aufzuhalten, wenn dies nur so leicht möglich wäre. Der Papiergeldschleier, der sich immer dichter auf die

Die Stillegu der Notenpr

Digitized by Google

Blößen des deutschen Volkskörpers gelegt hat, hatte wenigstens das eine Gute, die Inganghaltung der Wirtschaft zu ermöglichen. Nun ist der Markt mit Papiermark übersättigt und es wäre möglich, die Notenpresse zu stoppen. Wenn wir aber weiter erfüllen, dann müssen weiter die Reparationsleistungen mit barem Gelde von der Regierung bezahlt werden, unsere Einfuhr an Rohstoffen muß ebenfalls mit Mark, um die wir uns Devisen kaufen müssen, bezahlt werden, und sehr bald ist die Kaufkraft der Mark wieder um soviel weiter gesunken, daß die vorhandenen Zahlungsmittel wieder nicht ausreichen, durch Steuern können ebenfalls nicht rasch genug genügend Mittel aufgebracht werden — also geht die Tätigkeit der Notenpresse von Neuem an. Erst dann, wenn dieser dauernde Aderlaß gestoppt wird, kann von einer Stabilisierung die Rede sein. *)

ie alte deutsche ark kommt nie wieder

An sich kann dann auf jeder beliebigen Höhe eine Stabilisierung erfolgen. Hand in Hand mit einer solchen Stabilisierung wird dann auch die Einführung einer neuen Währung erfolgen. Unsere gute alte deutsche Mark, die kommt ja nie wieder und mit einer Währungseinheit, um die man sich überhaupt gar, aber auch gar nichts mehr kaufen kann, kann man auf die Dauer doch nicht rechnen. Es ist schon wertvoll, wenn man wieder einmal von dem Zahlenwahnsinn loskommt und man nicht mehr in Millionen denkt. Zwar wird es dann erst wieder Vielen klar, wie arm sie in Wirklichkeit geworden sind, aber das schadet nichts. Wichtig ist vor allen Dingen, daß der neue Maßstab ein fester ist und bleibt. Auch dies ist möglich, wenn durch staatliche Regelung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland durch eine straffe staatliche Devisenzentrale der innere Markt vom Kursstand der sog. Edelvaluten unabhängig gemacht wird.

Die tägliche Kursnotiz der Sorten — ein volkswirtschaftlicher Unfug

Wir werden eine tägliche öffentliche Bekanntgabe der Kurse der Devisen in den Tageszeitungen nicht zulassen. Die einheimische Bevölkerung braucht absolut nicht zu wissen, wie hoch jeden Tag der Dollar, der holl. Gulden und die finnische Krone und der Peso usw. stehen. Wie einen täglichen Wetterbericht liest das Volk diese Nachrichten, es nimmt diese Nachrichten auch hin wie ein überirdisches unabwendbares Ereignis dieses „Es steht der Dollar auf . . . .“ Genau so wie, wenn es hört „Es donnert“, „Es blitzt“, „Es regnet“ — und die letzte Gemüsefrau richtete sich nach diesem Geldbarometer — und „Es steigt der Preis für Kartoffeln“, „Es steigt der Preis für Butter und Stiefel“. Würde diese tägliche Börsennotiz nicht in allen Zeitungen stehen, so hätten wir ein ungleich stabileres Preisniveau — und solche Schwankungen, wie wir sie jetzt bei jeder Dollarhausse erleben — ohne daß man jemals bei einer Dollarbaisse, bei einem Sinken des Dollarkurses ein entsprechendes Nachlassen der Preise hätte feststellen können — könnten einfach nicht vorkommen. Ebenso selbstverständlich würde im Zusammenhang damit der wilde Devisenhandel mit den schwersten Strafen verfolgt werden. Die Einfuhr würde direkt durch die staatliche Devisenzentrale nach Prüfung der vertragsgemäßen Lieferung bezahlt werden.

Wem wäre es denn früher eingefallen, Dollars oder Schweizer Franken oder Gulden im Inland zu kaufen? Heute handeln Gymnasiasten mit Dollars,

*) Daran kann selbstverständlich auch die neue „Goldbank“ nicht das geringste ändern.

Digitized by Google

Dienstmädchen und Hausdiener ebenso wie Kaufleute und Industrielle, legen sich Devisen her, wo und wie sie sie nur bekommen können. Warum? Ja schließlich kann man dieses Devisenhamstern den Leuten nicht einmal übel nehmen — sie haben eben, abgesehen natürlich von den reinen Devisenspekulanten, nur den begreiflichen Wunsch, ihr Geld oder ihre Ersparnisse dem sicheren Verlust bzw. der rapiden Entwertung zu entziehen, den sie gewärtigen müssen, wenn sie ihre Ersparnisse in Mark aufbewahren würden.

Diese Gier nach fremden Geldsorten verschwindet natürlich in dem Augenblick, wo eine neue Währung auf gedeckter Grundlage die Möglichkeit in der eigenen Landeswährung zu sparen, wieder eröffnet.

Deflati

Es versteht sich ferner noch, daß mit der Einführung einer neuen Währung eine sehr erhebliche Deflation — d. h. eine Herabsetzung der Menge und des Nennwertes des umlaufenden Geldes durchgeführt werden wird.

Zusamm fassung de seinen Ref

Die bisher geschilderten Reformen beziehen sich auf das engere Gebiet des Geldwesens. Die vorgeschlagenen Maßnahmen liegen alle im Bereich bereits erprobter Systeme, sie ergeben sich wie die Verstaatlichung der Reichsbank und der Notenbanken einfach als die logische Konsequenz einer Neueinstellung des Staates zu seinen Aufgaben als Hüter des Geldverkehrs. Sie stellen nur die naturgemäße Reaktion dar gegenüber Zuständen, die einzig allein dem Interesse der Großfinanz dienten zum größten Schaden des Volkes. Der sinngemäße Ausbau der Verstaatlichung der Reichsbank ist die Regelung und Vermittlung des Zahlungsverkehrs von Staatswegen nach dem Muster des Postscheckwesens, das zu diesem Zwecke noch ausgebaut und seiner derzeitigen Schönheitsfehler beraubt werden wird, die ihm heute noch anhaften. Die entsprechende Maßnahme zur Besorgung und Ueberwachung des Zahlungsverkehrs mit dem Auslande ist die Schaffung einer staatlichen Devisenzentrale.

Die Vollendung der inneren Reformen auf dem Gebiete des Geldwesens wird dann noch die Einführung einer neuen Währung auf gedeckter Grundlage. Alle diese Maßnahmen bedeuten zwar schon ganz gewaltige Schritte vorwärts, aber sie könnten auch durchgeführt werden, ohne daß dadurch die Wirtschaftsgesinnung im Sinne des mit allem Nachdruck dargelegten nationalsozialistischen Grundsatzes: „Die Aufgabe der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung und nicht die Rentabilität des Privatkapitales", schon grundlegend umgestaltet werden müßte.

Diese grundsätzliche Umstellung und Neuordnung auf dem Gebiete des Finanz- und Steuerwesens, sowie insbesondere bei der Finanzierung großer staatlicher Aufgaben unter Vermeidung des Anleiheweges, sowie die finanzpolitischen Maßnahmen, die sich schon dem Aufgabenkreis aus dem Gebiete der Sozialpolitik nähern, werden uns im nächsten Kapitel beschäftigen.

Digitized by Google

Neue Wege.

Die Finanzierung großer öffentlicher Arbeiten.

renzung des beitsgebietes

Zu den wichtigsten Staatsaufgaben gehört die Durchführung von ganz großen wirtschaftlichen Unternehmungen, deren Durchführung die Kapitalkraft von privaten Unternehmerkreisen übersteigt, bei deren Durchführung ferner erhebliche öffentlich-rechtliche Interessen berührt werden und deren Durchführung sich auf die Ausnützung von Bodenschätzen oder natürlichen Energiequellen stützt. Aufgaben also, bei denen die Ausnützung von natürlichen, der Allgemeinheit gehörigen Kräften in Frage steht, oder deren Durchführung im Rahmen der hauptsächlich dem Staat obliegenden Aufgaben zu geschehen hat, wie das gesamte Gebiet des Verkehrs.

Man sieht, es ist durchaus möglich, das Gebiet ziemlich genau abzugrenzen, auf welchem sich staatliche Initiative entwickeln kann, ohne daß dadurch der privaten Unternehmerinitiative Schranken gezogen würden oder ihr vom Staate Konkurrenz gemacht werden müßte. Es kommt überdies noch hinzu, daß natürlich die Ausführung dieser großen öffentlichen Arbeiten fast durchaus an private Unternehmungen vergeben werden.

Wir haben schon bei den grundsätzlichen Betrachtungen so eingehend geschildert, in wie vorbildlicher Weise der Staat unser deutsches Verkehrswesen ausgebaut hat. Gewiß wäre vielleicht da und dort vom privaten Unternehmertum rationeller und billiger gearbeitet worden, aber darauf kommt es tatsächlich bei Aufgaben, bei denen die Sicherheit von Millionen von Menschen auf dem Spiele steht, nicht so sehr an, als auf größtmöglichste Solidität. Der **Betrieb** der Verkehrsmittel ist nun aber unbedingt reine Staatsaufgabe. Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Sicherheit, einheitliche Tarife für Bahn und Post müssen die ausschlaggebenden Gesichtspunkte für das Verkehrswesen sein — und nicht — die Rentabilität für das Privatkapital.

Diese Frage hängt aber tief zusammen mit der Art der Finanzierung solch großer öffentlicher Aufgaben.

iderſinn der bisherigen nanzierungsmethode

Wir haben schon den inneren Widersinn kennen gelernt, der sich darin offenbart, daß die von der Volksvertretung „genehmigten Kredite" hintennach erst wieder vom Privatkapital „genehmigt" werden müssen, wofür dann der Staat eine ganz außerordentliche Belastung durch das Zinsversprechen auf sich nehmen muß. Es wird an dieser Stelle nicht mehr notwendig sein, allgemein auf die verheerenden Folgen dieses Zinsversprechens hinzuweisen. Dem Nachweis dieser Tatsache dient ja in der Hauptsache das vorliegende Werk. Immerhin sei hier noch der spezielle Hinweis darauf gebracht, wie außerordentlich und in welch unglaublicher Weise für jedermann, der diese Ziffern zum ersten Mal hört, dieses Zinsversprechen für die Staatsanleihen z. B. die Eisenbahntarife verteuert hat.

Die Anlagekosten für das gesamte Netz der deutschen Reichseisenbahnen, die aus Anleihemitteln gebaut, bzw. übernommen waren, betrugen

Digitized by Google

rund 25 Milliarden Goldmark bis zum Jahre 1914. Der Zinsendienst für diese Summe betrug bei einer durchschnittlichen Verzinsung von 3½—4% rund 800—900 Millionen Goldmark. Die Reineinnahmen betrugen nach Abzug der Kosten für persönliche (Beamten und Bedienstete) und sachliche (Kohle und Schmiermittel) Ausgaben cq. 800 bis 1100 Millionen Mark.

Die deutsch Staatseise bahnen sin privatkapitali finanzier

Die Verzinsung verschlang demnach fast den gesamten Reinertrag der deutschen Reichseisenbahnen. Es war immer eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn man mit einem gewissen Stolz erklärt hat, daß die Einkünfte aus Post und Eisenbahn das Rückgrat des Staatshaushaltes gebildet hätten. Freilich hätten sie das sein können, wenn eben nicht der Zinsendienst fast die gesamte Reineinnahme verschlungen hätte. Noch eine andere interessante Parallele läßt sich noch zum Vergleich ziehen, das ist, daß die Gesamtausgaben für Löhne und Gehälter an sämtliche deutschen Eisenbahnbeamte und Bedienstete und an die Eisenbahnarbeiter in den Werkstätten und auf der Strecke zusammengenommen nur genau ebensoviel ausgemacht haben, als dieser Zinstribut an das Leihkapital betragen hat! M. a. W. das riesige Heer der deutschen Eisenbahner bis hinauf zu den höchsten Stellen mit einer Kopfzahl von 782 731 Personen haben für ihre Arbeit nur gerade ebensoviel Einkommen bezogen, wie die vollkommen untätige Hand des Leihkapitals eingesteckt hat.

Die Erträgn der staatlich Verkehrsein tungen wer restlos vo Zinsendien verschlung

Diese Zinszahlung an das Leihkapital nur aus den Eisenbahnanleihen war größer als die gesamten Aufwendungen für unser ganzes großes Reichsheer von damals!! — und zwar für alles was drum und dran hängt, also auch einschließlich der Militärintendanturen, der Militärjustizverwaltung, einschließlich des Garnisonsverwaltungs- und Militärbauwesens, des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens der technischen Institute, der Unterstützungen und der Militärwitwenkasse — ferner einschließlich der Bekleidung und Ausrüstung der Truppen!!! Die Gesamtsumme für unser ganzes Heer betrug im Jahre 1913 — also im letzten vollen Friedensjahr 775 385 300 Mk. Solche Vergleichszahlen lassen ungeheuer tief blicken. Während gegen die „Last der militärischen Rüstungen" von sozialistischer und demokratischer Seite immer in den Reichstagssitzungen und in der Presse gehetzt wurde, findet man niemals auch nur ein Sterbenswörtchen gegen derartige — alle anderen Ausgaben weit in den Schatten stellende — Zinslasten aus öffentlichen Anleihen. Ja auch die ganze Marine hätte man noch aus den Zinsen für die Anleihe des allgemeinen Bedarfes bezahlen können. Die Gesamtaufwendungen für unsere stolze Reichsmarine betrugen im Jahre 1913 197 Millionen. Solche Ziffern erscheinen uns heute schon ganz unwahrscheinlich niedrig, und wir ermessen erst an solchen Vergleichsziffern, wie viel eine Goldmillion war, und wir bekommen erst daraus wieder einen Begriff, was es heißt, daß alle diese Aufwendungen ohne einen Pfennig Steuern hätten bestritten werden können, wenn unser Staatshaushalt nicht mit solch riesenhaften Zinslasten belastet gewesen wäre. — **Eine Handvoll von Groß-Leihkapitalisten** — (die paar tausend Mitläufer von kleinen Sparern mit ihrem Besitz von ein paar Tausend Mark an solchen öffentlichen Anleihen, spielen gar keine Rolle!) — **steckte dem-**

Die Zins zahlung für Eisenbahn anleihen wa größer als Kosten für H und Flott

Digitized by Google

nach jahraus jahrein vollkommen arbeits- und mühelos Summen ein, mit denen wir unsere gesamte Reichsverwaltung, unser ganzes Heer und unsere Flotte hätten halten und bezahlen können.

Die beweisträftigen Zahlen sind jedermann zugänglich

Wem angesichts solcher Zahlen nicht endlich das Verständnis für die alles überragende Wichtigkeit des Zinsproblems im allgemeinen und für die vollkommen verfehlte Staatsfinanzpolitik mit ihrer Anleihewirtschaft im Besonderen aufgeht, dem ist allerdings nicht mehr zu helfen. Dabei sind die Zahlen und Ziffern, die solche Einblicke vermitteln, jedermann zugänglich, sie finden sich in den mit größter Gewissenhaftigkeit vom früheren kaiserlich Statistischen Amte herausgegebenen „Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich" und sie finden sich ebenso in den vom republikanischen statistischen Reichsamte herausgegebenen „Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich", Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht.

Zölle und Steuern, die Quelle für Bezahlung der Staatszinsen

Daß derartige Mißverhältnisse zwischen den notwendigen Ausgaben für die Reichsverwaltung, für Heer und Flotte und den Aufwendungen des Staates für den Zinsendienst an das Leihkapital zum himmelschreienden Unrecht werden, wird aber erst dann völlig klar, wenn wir nachprüfen, auf welche Weise denn nun das Reich seinen Geldbedarf für diese Zinszahlungen deckt. Hier stoßen wir auf das Gebiet der Zölle und Steuern. Ich muß hier wiederum auf die eingehende Darstellung dieser Verhältnisse in meinem Buch „Der kommende Steuerstreik" verweisen, wo ich den schlüssigen Nachweis geführt habe, daß der Großteil aller Steuern von der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung genommen wird. Wir haben also die Tatsache vor uns, daß der Staat zunächst in völliger Verkennung der in seiner Finanzhoheit liegenden Möglichkeiten bei der Ausführung großer staatlicher Aufgaben den Anleiheweg beschreitet, d. h. sich in Schulden stürzt; daß er dann weiter dadurch seinen Haushalt derartig belastet, daß er alle seine Reineinkünfte für den Zinsendienst verwenden muß und daß er darüber hinaus noch das Volk mit Zöllen und Steuern bedrücken muß, nur um seinen Zinsverbindlichkeiten nachkommen zu können. Alle lebensnotwendigen Staatsaufgaben muß er sich nun in den Land- und Reichstagen erkämpfen unter den größten Widerständen und schließlich sieht sich der Staat in die Rolle des Zinseintreibers gedrängt für das Leihkapital, wie wir ihn heute vor uns sehen.

Die Entwertung des inneren Zinsendienstes ist keine Entlastung, an dessen Stelle tritt der Zinsendienst an das Weltkapital durch das Versailler Diktat

An dieser Tatsache ändert sich nichts, auch wenn wir heute bei uns sehen, wie der Zinsendienst für unsere inneren Anleihen in Anbetracht der maßlosen Geldentwertung keine Rolle mehr spielt. — Dafür ist für uns Deutsche der noch viel fürchterlichere Zinsendienst aus den Reparationen getreten. Heute müssen wir in gleicher Weise Steuern bis zur Bewußtlosigkeit bezahlen — für den Zinsendienst an das Weltkapital. Der Großempfänger der Zinsen hat sich nicht geändert — es war und ist — die überstaatliche Finanzgewalt, der wir tributpflichtig sind. Nur die kleinen, im Rentenideal befangenen Kleinrentner und Sparer sind geprellt und betrogen worden.

Digitized by Google

Der Ausweg ist schon längst angedeutet, er liegt nach so eingehender Untersuchung der jetzigen sinnwidrigen Zustände auf platter Hand — er lautet:

Der Ausw

Alle großen staatlichen Neuschöpfungen finanziert der Staat kraft seiner Finanzhoheit und nach Genehmigung durch die Volksvertretung unter strengster Vermeidung des Anleiheweges durch direkte Bereitstellung der Mittel im Wege des bargeldlosen Überweisungsverkehrs oder durch Ausgabe unverzinslicher Staatskassenscheine.

Ich mache diese Maßnahme am besten an der Hand eines Beispieles klar, das heute im Mittelpunkt des Interesses der bayerischen Wirtschaft steht — die Erschließung der bayer. Wasserkräfte.

Beispiel: Die Finanzierung bayr. Wasserkräfte

Schon mehr als zwei Jahrzehnte reichen die Vorschläge und Bestrebungen zurück, die in unseren bayerischen Gebirgsflüssen unter Einbeziehung unserer großen Gebirgsseen vorhandenen ungeheuren Wasserkräfte nutzbar zu machen. Unbestreitbar handelt es sich bei diesen Wasserkräften um Energiequellen des Landes, die der Gesamtheit gehören und von ihr zu eigenem Nutzen ausgenützt werden sollen. Ebenso ist es klar, daß bei der Vornahme so großer Bauten sehr viel öffentliche und privatrechtliche Interessen berührt werden. Es handelt sich also hier um ein Gebiet, das ausschließlich in den Wirkungsbereich des Staates gehört. Das Volk hat nun auch durch den Mund seiner Abgeordneten im Dezember 1920 die Kredite bewilligt. Beraten und geprüft und immer wieder umprojektiert war ja genug worden und über die großen wirtschaftlichen Vorteile war man sich völlig klar. Staat und Volk war entschlossen, die Energiequellen zu erschließen, nun hätte man eben einfach mit dieser Kreditbewilligung den entsprechenden Beschluß fassen müssen, daß die von den Unternehmern verdienten Beträge von der Staatsbank direkt auf Grund der bewilligten Kredite ausbezahlt werden könnten. Ob dies bargeldlos auf dem Wege der Ueberweisung im Giroverkehr oder durch Gutschrift auf Postscheckkontis oder bar erfolgen würde, ist schließlich gleichgiltig.

Die Ausgab unverzinslich Staatskasse gutscheine

Recht sinnfällig und klar ist es, wenn wir uns vorstellen, daß die Staatsbank für solche Zwecke ein eigenes Geld ausgeben würde in der Höhe der benötigten und bewilligten Kredite. Diese Wasserkraft-Baugeldscheine würden also gewissermaßen Staatskassen-Gutscheine darstellen, die auf die erstehenden Wasserwerke als Bevorschussung unter staatlicher Garantie ausgegeben würden. Es würde sich also um ein mehrfach gedecktes Geld handeln. Die Deckung bestünde erstens in dem fertigen bzw. in dem entstehenden Walchenseewerk etc. und zweitens in der Staatsgarantie dafür, daß das Geld an den öffentlichen Kassen vollwertig an Zahlungsstatt angenommen wird. Die Baugeldscheine wären also gewissermaßen Teilschuldverschreibungen auf die Wasserwerke, ohne daß allerdings damit Zinsansprüche verbunden wären. Dies ist aber ja bekanntlich bei keinem sonst im Umlauf befindlichen Geldzeichen der Fall.

Die Scheine sind vollgedeck Staatsgeld

Die Wasserkraft-Baugeldscheine könnten diese Angaben über die volle Deckung ihres Wertes sehr wohl im Texte ihres Aufdruckes machen. Z. B.: „Dieser Tausendmarkschein findet seine Deckung anteilsweise in dem Wert der errichteten Bauanlagen

Digitized by Google

zur Ausnützung der Bayer. Wasserkräfte. Er wird an allen staatlichen Kassen in Zahlung genommen."

Will man noch ein übriges tun, so steht gar nichts im Wege, daß sich der Staat verpflichtet, nach Fertigstellung der Werke gegen Einlieferung des Scheines so und soviel Kilowattstunden elektrischen Strom, oder so und soviel Zentner Stickstoff abzugeben.

Dieses voll- ecte Staats- d hat vollen rswert und leibt stabil. erfreut sich ßter Beliebt- heit

Kein Mensch würde sich weigern, derartiges vom Staate ausgegebenes, voll durch Sachwerte gedecktes Geld, das gleichzeitig noch als Bezugsschein für elektrischen Strom in bestimmter Menge verwendet werden kann, anzunehmen. Im Gegenteil dürften wir überzeugt sein, daß sich ein derartiges Geld besonderer Beliebtheit erfreuen würde, denn dieses Geld ist — stabil, genau so stabil wie ein Dollar — oder noch besser, weil man dafür eine ganz bestimmte Menge elektrische Kraft oder Stickstoff erhalten kann — unabhängig von Konjunkturschwankungen. Es ist ein Zeichen für die völlige Borniertheit der Menschen, daß sich bei der öffentlichen Propaganda von verschiedenen Diskussionsrednern der Einwand erhob — „dies Geld würde niemand annehmen." Kein Mensch hat sich jemals geweigert, auch diese Herrn Diskussionsredner nicht — irgend ein Geld anzunehmen, das der Staat ausgegeben hat. Jeder hat auch das schäbigste Papiergeld der Reichsbank angenommen, obwohl dieses Geld reines Inflationsgeld war. Und trotzdem nahm es jeder, auch wenn die klugen Spekulanten versuchten, es so schnell als möglich wieder loszuwerden gegen Devisen oder Ware. Ja selbst das Notgeld der Städte und Gemeinden, das doch ebenfalls ungedecktes Papiergeld war, hat niemand zurückgewiesen. Und nun sollte auf einmal ein so vorzüglich gedecktes Papiergeld, wie es das voll durch Sachwerte gedeckte Baugeld für unsere großen Werke ist, nicht genommen werden? Das glauben im Grunde sicherlich selbst diejenigen nicht, die im Auftrage oder im Geiste Ihrer Herren derartige Einwendungen gegen das zinslose staatliche Baugeld erheben. Es erweist sich eben als unwiderleglich trotz allen Jammers der „Metallisten", die als Geld nur das Geld aus Edelmetall gelten lassen möchten, daß „Geld" ist, was der Staat zu Geld erklärt; — ob dieses Geld aus Papier oder Porzellan, aus Eisen oder Leder oder sonst welchem Zeug besteht, ist ganz gleichgiltig. Etwas anderes ist es, wie es um die Kaufkraft dieses Geldes steht. Da haben die Metallisten recht, daß ein Geld aus Gold, seinen Tauschwert im Großen und ganzen behält, auch wenn politische Unruhen den Staat erschüttern. Diese Stabilität verdankt aber das Metallgeld aus Edelmetall nach Gewicht nicht seinem Geldcharakter, sondern seiner Eigenschaft als Ware nämlich Gold.

elbst völlig gedecktes Not- d wurde vom Verkehr auf- genommen

ie Kaufkraft ungedeckten ldes schwindet

old behält einen Wert, il es Ware ist

Ueber die Berechtigung des Staates in der geschilderten Weise seinen Geldbedarf für eine große öffentliche Arbeit zu decken, kann gar kein Zweifel bestehen. Erstens ist der Staat souverän, d. h. er braucht sich von niemanden etwas dreinreden lassen, denn er hat die Macht, und zweitens kann eine solche Maßnahme auch vor strengster kaufmännischer Prüfung standhalten. Der Staat gibt mit diesem Baugeld gewissermaßen Gutscheine aus auf Grund seines Kredites. Warum sollte jemand den Kredit des Staates für geringer achten, als den Kredit irgendwelcher Banken, besonders dann, wenn der Staat nützliche Werke schafft zum

ur Ausgabe eslosen Staats- ldes ist der Staat aus ründen seiner Souveränität nd auch aus aufmännischen Gründen berechtigt

Digitized by Google

Wohle der Allgemeinheit. Selbst, wenn man streng genommen sagen würde, daß der Staat aber doch Papier für geleistete Arbeit (an die Unternehmer und Arbeiter, die am Walchenseewerk beschäftigt sind) bezahlt, so ist eben gerade so richtig, daß dann später der Staat nach Fertigstellung der Werke, dieses Papier wiederum für die dann von ihm geleistete Arbeit (Lieferung von elektrischem Strom oder Stickstoff etc.) in Zahlung nimmt. Damit ist der volkswirtschaftliche Kreislauf wieder geschlossen. Aus den Stromlieferungen etc. der ersten Jahre werden also die Baugeldscheine wieder eingelöst, die Scheine werden vernichtet, und ein Riesenwerk staatlicher Organisationskunst ist als schuldenfreier Besitz für die Gesamtheit auf zinslosem Wege geschaffen worden. Ein Werk, das dem Staate dann ohne große Belastung der Strombezieher eine weitere große Geldquelle erschlossen hat, die den Staat wieder dem Idealziel gesunder staatlicher Finanzpolitik näher bringt — dem Staate ohne Steuern.

Der baargeldlo Weg.

Es kommt nun noch hinzu, daß der geschilderte Vorgang mit der Ausgabe von eigenem Baugeld für ein bestimmtes Werk, gar nicht einmal die Ausgabe der gesamten genehmigten Summe in solchen Baugeldscheinen notwendig macht, weil ja der weitaus größte Teil der Zahlungen an die Unternehmer nicht in Bargeld, sondern bargeldlos durch Ueberweisungen erfolgt. Aber selbst gesetzt den Fall, daß man die ganze Neubausumme in neuen Staatsbanknoten ausgeben würde, würden diese Beträge im Vergleich zu den übrigen Beträgen, die heute der Staat benötigt, gar nicht ins Gewicht fallen. Um die gleiche Zeit, in der man sich im bayerischen Landtag wegen der 800 Millionen Kredit für die bayerischen Wasserkräfte den Kopf zerbrach — oder besser gesagt eben nicht zerbrach, sondern wieder zur „Anleihe" seine Zuflucht nahm — wurden im Reichstag „ohne Debatte 8000 Millionen in dritter Lesung bewilligt für Zwecke des allgemeinen Bedarfes."

Geldausgabe auf gedeckter Grundlage ist keine Inflatio

Ich erinnere an dieser Stelle auch noch einmal an die Ueberlegungen, daß durch eine solche Finanzierung durch die Neuausgabe von Geld keinerlei Inflation hervorgerufen würde, daß dagegen die Ausgabe von festverzinslichen Schuldverschreibungen jedenfalls während der Bauzeit eine gewisse Inflation bedeutet, da bereits Zinsen bezahlt werden müssen, obgleich von den Werken noch keine produktive Arbeit geleistet wird.

Keinesfalls aber wird die volkswirtschaftliche Bilanz zwischen Geld und Sachgütern im Sinne der Quantitätstheorie in Mitleidenschaft gezogen, denn der Zunahme der Zahlungsmittel auf der Geldseite steht ein genau ebenso großer Zuwachs an Gütern gegenüber. Wird dann später aus den Erträgnissen solcher Werke das ausgegebene Geld wieder eingezogen und vernichtet, dann verbessert sich die volkswirtschaftliche Bilanz natürlich zugunsten des Nationalvermögens um den ganzen Wert solcher neuen Werke.

Auch an dieser Stelle sei wieder darauf hingewiesen, wie tief einschneidend der Zins auf die Kosten der Erzeugnisse solcher Werke einwirkt. Oskar Pöbing hat in einer eingehenden Untersuchung über diese Frage festgestellt, daß die Gestehungskosten für die Kilowattstunde durch die Belastung mit der Verzinsung der Anleihen um den ungeheuren Betrag von 500% (!) verteuert werden. Fünfmal so teuer kommt uns nun der elektrische Strom aus unseren bayerischen Wasserkraftwerken,

Die Verteuerun des elektrische Stromes durc die Zinsbelast beträgt 500%

Digitized by Google

weil wir wiederum auf den „so naheliegenden“ Anleiheweg verfallen sind. Auch hier ist es wieder zweckmäßig, sich vorzustellen, daß die gesamten sachlichen und persönlichen Ausgaben für den Betrieb und die Unterhaltung der großen bayerischen Elektrizitätswerke und Ueberlandzentralen — also sämtliche Löhne und Gehälter für alle an diesen Werken beschäftigten Personen — Schleusenwärter, Maschinisten, Arbeiter, Streckenarbeiter, Aufsichtspersonal, ferner der gesamte technische und kaufmännische Verwaltungsapparat bis hinauf zu den Direktoren zusammen für ihre Arbeit jahraus, jahrein nur den fünften Teil von den Summen beziehen, die die — ach so gütigen — Leihkapitalisten ebenfalls jahraus jahrein mühe- und arbeitslos beziehen — als Zins.

Zwar gilt auch hier, wie für die übrigen inneren deutschen Schulden, daß auf der Rutschbahn unserer Mark in die Tiefen einer Lumpenwährung, auch diese Leihkapitalisten geschädigt werden. Die obigen Berechnungen sind aber auf einer gleichbleibenden Basis aufgebaut, denn anders kann man ja überhaupt nicht mehr rechnen. Dafür ist natürlich auch nicht in Betracht gezogen, daß vielleicht die Papierkörbe und Federhalter für die Büroeinrichtung der Wasserkraftwerke ziffernmäßig mehr kosten werden als die gesamte Turbinenanlage, dann nämlich, wenn wir mit unserer Währung den jetzt mit so großem Erfolg beschrittenen Weg der Markstützungsaktionen weitergehen und der Dollar bald auf 500 Millionen Mark und höher stehen wird. Dann wächst aber auch der „Anleihebedarf“ ebenfalls in astronomische Zahlen und ebenso die Zinslast!

er Zins ver-euert alles

Für alle stabilen Verhältnisse gelten aber unsere Darlegungen uneingeschränkt. Der Zins frißt alles auf, der Zins verteuert alles. Nutzen hat nur das Leihkapital, Schaden hat die Bevölkerung. Schaden hat die Bevölkerung, die die Werke aus ihrer eigenen Kraft baut; denn wer baut denn die bayerischen Werke? — doch nur bayerische Ingenieure, bayerische Arbeiter, bayerische Werkmeister und Unternehmer; bayerische Fabriken liefern die meisten Maschinen und Ausrüstungsgegenstände — und was nicht in Bayern selbst hergestellt wird, dafür muß eben bayerisches Getreide oder Vieh ausgeführt werden, also muß wiederum bayerische Arbeit in Tausch gegeben werden — nur das Geld für den Bau bringt (angeblich!) das bayerische Volk nicht auf, dazu braucht es die Großkapitalisten aus Neuyork und London, aus Paris und Berlin. Das Geld, das muß sich das bayerische Volk aus aller Herren Länder zusammenpumpen und seine Wasserkräfte mit einem Zinsendienst belasten, der den Strom um 500% verteuert!!

ayer. Intelli-z und Arbeit al die Werke

Ist dies nicht Wahnsinn? Ist dies nicht ein volkswirtschaftliches Verbrechen? Den Leuten, die nichts getan haben, als daß sie einmal ihre Feder in Bewegung gesetzt haben und einen Scheck herausgeschrieben haben oder ihren Bankier angewiesen haben, die Bayerische Wasserkraftanleihe zu zeichnen, diese bekommen Jahr für Jahr dafür Zinsen vom bayerischen Volk bezahlt.

s Leihkapital t mühe- und beitslos den Nutzen

Nicht nur das, sondern die Wasserwerke sind damit gar nicht mehr freier Besitz des bayerischen Volkes, sondern sie sind ja dem Kapitalisten verpfändet. Besonders spaßig ist noch der Umstand, daß natürlich die Großkapitalisten „ihr gutes Geld“ nicht einem Staate leihen würden, der nicht an sich immer noch „gut“ für Kapital und Zinsen wäre, der also

Digitized by Google

immer noch so viel Kredit genießt, daß man ihm 800 Millionen pumpen kann. Und tatsächlich enthielten auch die Ausschreibungen für die Wasserkraftobligationen die für die Kapitalisten so verlockende und beruhigende Zusicherung, „daß der bayerische Staat mit seinem ganzen Vermögen für Kapital und Zinsen garantiere. (!)“ —

Der bayer. garantie

Geldsack, was willst Du mehr! Hier gesteht also der bayerische Staat noch ausdrücklich zu, daß er so viel wert ist, daß man ihm 800 Millionen für die Erbauung der Walchenseewasserkräfte und der Mittleren Isar leihen könnte, aber — er kann nicht von seiner Finanzhoheit Gebrauch machen und diese Werke aus eigener Machtvollkommenheit finanzieren. — Warum?? — Weil er zu tiefst verstrickt ist im Anleihe- und Zinsenwahn, weil seine verantwortlichen Staatsmänner nicht soviel eigenes Denkvermögen und Verantwortungsgefühl haben, daß sie diese einfachen und klaren Vorschläge zur zinslosen Finanzierung nicht selbst zu beurteilen wagen und sich deshalb an die berufenen Bankfachleute wenden. Dies ist gerade so, wie wenn ein Lungenschwindsüchtiger die Tuberkelbazillen fragen würde, ob sie es für richtig hielten, daß er nach Davos oder ins Engadin ginge, um seine Krankheit loszuwerden, und diese ihm nun versichern würden: „Nein, tun Sie dies nur ja nicht, die Reise könnte Ihnen schaden, vielleicht passiert gar ein Eisenbahnunglück, bleiben Sie lieber zuhause in Ihrer Wohnung in Ihrer gewohnten Umgebung. Bei Ihrem Zustand dürfen Sie keine Experimente machen! usw.“ Die Auszehrung macht natürlich bei der Befolgung dieses vom Standpunkt der Tuberkelbazillen ganz richtigen Rates reißende Fortschritte, die Bazillenvermehren sich ausgezeichnet. Genau so in unserem Falle der Geld- und Zinswirtschaft. *Der Staat bricht unter seiner Schulden- und Zinsenlast völlig zusammen, die Teuerung macht rasende Fortschritte und — die Banken gedeihen wie die Pilze nach einem warmen Regen.*

Die bayeri Wasserkraftr sind an d Kapital v pfändet

Dieses blöde sich Rats erholen bei seinen natürlichen Gegnern ist überaus charakteristisch für den arglosen Deutschen. Wenn ein Mann auftritt, der leidenschaftlich sein Volk liebt, und ihm dies und das rät und die verantwortlichen Männer auf diese oder jene Schurkerei aufmerksam macht, so kann man zehn gegen eins wetten, daß der Betreffende zu dem Schurken hinläuft und ihn ganz naiv fragt: „Sagen Sie, da hat mir der und der gesagt, daß Sie ein Lump seien, bitte sagen Sie mir doch, ob das richtig ist!“ Und wenn ihm dann der andere mit dem ehrlichsten Gesichte von der Welt erklärt: „Aber was glauben Sie denn, — ich ein Schuft! — im Gegenteil — ich bin doch Ihr bester Freund, ich habe Ihnen doch immer aus Ihren Geldverlegenheiten geholfen“, dann ist der arglose Frager ganz glücklich, — er hat genug getan und er ist besonders froh, daß er seinen Hirnkasten nicht anstrengen muß. Den lästigen Volksfreund aber würdigt er überhaupt keiner Antwort — und in den ausgefahrenen Gleisen der zinskapitalistischen Anleihepolitik wird weitergewurstelt, bis das letzte Stück freien Volksvermögens den Geldmächten verpfändet ist und das ganze Volk nur mehr der Weltfinanz zinst.

Der argl Deutsche f immer sei natürliche Feinde n glaubt ih

Zum Schlusse muß gerade in diesem Zusammenhang noch darauf hingewiesen werden, daß der bayerische Staat — als es sich keineswegs um eine so wichtige Staatsaufgabe handelte, wie es doch schließlich der

Digitized by Google

ungedecktes
otgeld in
lauf zu setzen
at sich der
aat nie ge-
scheut

Ausbau der bayerischen Wasserkräfte ist, nämlich als es sich darum handelte, die Geldnöte der Novemberregierung zu heilen, gleich bei der Hand war, und von der bayerischen Staatsbank rund 130 Millionen Staatskassengutscheine der bayerischen Staatsbank ausgegeben hat. Dies geschah vollkommen ungedeckt — und jedermann nahm diese bayerischen Geldzeichen genau so gern wie die Scheine der Reichsbank, und jedermann konnte sich für die bayerischen Scheine soviel Brot kaufen, wie für die Reichsbankscheine. Ja es mußte noch nicht einmal der ganze bayerische Staat sein, es genügte schon, wenn der Herr Bürgermeister der Landeshauptstadt München und einige Stadtväter ihre Namen auf solche bunte Papierzettelchen drucken ließen, und — auch dieses Notgeld lief um, jeder nahm es und jeder gab es aus genau so wie die Fetzen der Reichsbank, und selbst dieses Notgeld erfüllte die Aufgabe jedes Geldes — ein Hilfsmittel für den Warenaustausch zu sein — in einwandfreier Weise.

Notgeld-
verbot

Nur eine Stelle war äußerst unangenehm berührt von diesen Kunststücken der Länder und Gemeinden — die Hochfinanz — und sie drückte im Oktober 1923 ein Reichsgesetz durch, wonach den Ländern und den Gemeinden strenge verboten wurde, Notgeld weiterhin auszugeben. Dieses Gesetz ist in seiner Wirkung mindestens ebenso wichtig als Judenschutzgesetz, wie die sog. Republikschutzgesetze vom Juli vorigen Jahres.

Ich kann mir sehr wohl das jähe Entsetzen der Weisen von Zion denken, wie sie erkannten, daß die Völker im zinslosen Geld, selbst in der harmlosen Form des Notgeldes eine Waffe in der Hand hielten — natürlich ohne daß die Völker dies ahnten —, die mit einem Schlage das mit Lug und Trug in jahrhundertelanger Minier- und Fälscherarbeit aufgerichtete goldene Netz zerreißen und die Völker aus ihrer Zinsknechtschaft befreien könnte.

Schon seinerzeit bei Ausgabe des bayerischen Staatsgeldes verlangte die Reichsbank sehr bald, daß dieses Geld wieder eingezogen werden müßte, was auch dann im Laufe des Jahres 1923 folgsamer Weise geschah. Grund: Dieses Geld brachte der Hochfinanz keine Zinsen, wie dies das Geld der Reichsbank auf dem Umweg über die Reichsschatzwechsel tut.

Im nationalsozialistischen Staate werden in Zukunft alle großen staatlichen Aufgaben in der geschilderten Weise unter völliger Vermeidung des Anleiheweges finanziert und organisiert werden. Wir werden selbstverständlich den Umweg über das zinslose Baugeld überhaupt nur dann beschreiten, wenn nicht aus den Ueberschüssen anderer staatlicher Betriebe oder aus besonderen Umlagen für solche besonderen Zwecke die benötigten Mittel aufzubringen sind. Jedenfalls wissen wir, daß uns diese Form der Finanzierung ganz ungeahnte und ungeheure Möglichkeiten eröffnet, die natürlichen Reichtümer des Landes zu erschließen, die Verkehrswege zu verbessern usw. Keine Utopie ist dann der Satz mehr, mit dem ich mein letztes Buch geschlossen habe:

is zinslose
atsbaugeld
öffnet un-
heure Per-
spektiven

Jedes Volk ist so reich, als es Arbeit zu organisieren vermag.

Digitized by Google

Die soziale Bau- und Wirtschaftsbank.

Im logischen Zusammenhang mit dem vorigen Kapitel steht die Schaffung einer sozialen Bau- und Wirtschaftsbank, die die Aufgabe hat, zinslose Baugeldscheine auszugeben, besonders für die Errichtung von Wohnungen. Zwar soll diese soziale Bau- und Wirtschaftsbank nicht als Staatsinstitut geführt werden, sondern als eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Rangmäßig müßte deshalb die Besprechung erst hinter der Darstellung des nationalsozialistischen Steuerwesens stehen, aber nachdem diese soziale Bau- und Wirtschaftsbank nichts anderes ist als die auf die Verhältnisse der Privatwirtschaft und zwar insbesondere auf das Wohnungsbauwesen — also eines Zweiges der Wirtschaft von höchster allgemeiner Bedeutung — übertragene zinslose Finanzierung, ist diese Voranstellung wohl gerechtfertigt.

Die soziale Bank, ein öffentlich-rechtliches Institut

Warum eine solche Baubank nicht als reiner Staatsbetrieb geführt werden soll, hat seinen Grund darin, daß ein solches öffentlich-rechtliches Geldinstitut freier beweglich sein muß, als es ein Staatsbetrieb sein kann. Weniger wäre dies ein Grund, wenn es sich nur um den reinen Wohnungsbau handeln würde, aber es werden viel Fälle vorkommen, wo es sich um Aufgaben von größter Wichtigkeit handelt, die indirekt öffentliches Interesse berühren, da soll und muß dann die Bank, die ja in ihrer Leitung dem Staate für ihre Geschäftsführung verantwortlich ist, freie Hand haben, nach eingehender Prüfung aller Verhältnisse ebenfalls zinslose Darlehen zu geben.

Eine solche Freiheit der Entschließung ist aber in reinen Staatsbetrieben nicht möglich. Deshalb muß dies privater Initiative überlassen bleiben.

Vorgeschichte sozialen Bau

Dr. Buckeley und ich haben bereits vor Jahresfrist die Vorschläge für eine solche Soziale Bau- und Wirtschaftsbank in der Form ganz eingehend durchgearbeiteter Gesetzentwürfe bei den bayerischen Ministerien in Vorlage gebracht. Es hat auch durchaus nicht an Verständnis und anfänglich gutem Willen gefehlt, der Sache näher zu treten — dann hat sich aber natürlich wiederum die bekannte Zuratziehung der Bankfachverständigung vollzogen — und die mit so großen Hoffnungen in Bewegung gesetzte Aktion verlief im Sande.

Im Grunde war dies ja von einem durch und durch zinskapitalistisch orientierten Staatsregierung auch gar nicht anders zu erwarten. Zur Veranschaulichung sei hier der Entwurf eines solchen Gesetzes angeführt.

Gesetz über die Errichtung einer bayerischen sozialen Bau- und Wirtschaftsbank.

Der Gesetzentwu

§ 1.

Es wird eine nationale, bayerische soziale Bau- und Wirtschaftsbank gegründet. (BWB.)

Die BWB hat die Aufgabe, Unternehmungen des Staates, oder volkswirtschaftlich wertvolle Unternehmungen Privater, (seien es Einzelpersonen oder

Digitized by Google

Gesellschaften), welche für die Erschließung des Landes dienlich oder dem allgemeinen Wohl förderlich sind, finanziell zu unterstützen.

§ 2.

Die BWB ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die näheren Vorschriften über ihre Organisation, ihre Verwaltung und Tätigkeit und Kontrolle derselben werden durch das Gesamtministerium erlassen.

§ 3.

Der BWB wird die Befugnis eingeräumt, erstmals für einen Betrag bis zu 50 Millionen Goldmark zinslos, sachwertgedeckte Kassenscheine auszugeben.

Die Ausgabe darf nur derart und in solcher Rechtsform erfolgen, daß die Summe der jeweils ausgegebenen und in Kurs befindlichen Geldbeträge durch Sachpfänder mindestens gleichen Wertes (zinslose Sicherheitshypotheken, Sicherheitsübereignungen, Verpfändungen o. ä.) gedeckt ist und aus den Erträgnissen der zu schaffenden Unternehmungen oder Einrichtungen die Rückzahlung bzw. der Wiedereinzug der Kassenscheine innerhalb angemessener Frist, längstens jedoch 50 Jahren gesichert ist.

§ 4.

Die Gesamtheit der für die ausgegebenen Kassenscheine der BWB zustehenden Pfänder und Sicherheiten bildet den Deckungsverband der BWB.

Rechtsgeschäfte jeder Art, welche eine dem Deckungsverbande zugehörende Sicherheit oder Sachdeckung stören oder beeinträchtigen, sind nichtig.

Eigentums- oder Besitzveränderungen jeder Art an den dem Deckungsverbande unterliegenden Sachen oder Rechten berühren den Bestand der Sicherheiten nicht und bleiben an der Sache auch dem neuen Erwerber gegenüber haften; der Rechtsvorgänger wird von einer persönlichen Haftung nur dann befreit, wenn die BWB der Aenderung in der Person des Schuldners zustimmt. Entgegenstehende Vereinbarungen sind nichtig.

§ 5.

Ueber sämtliche Bestandteile und Rechte des Deckungsverbandes der BWB wird durch diese ein öffentliches Buch geführt; für dieses Buch gelten sinngemäß die Grundsätze und Rechtsfolgen, wie für die Grundbücher; das Buch hat öffentlichen Glauben und die Vermutung der Richtigkeit für sich.

In das Buch, bzw. die einschlägigen Teile desselben ist jedermann die Einsicht zu gewähren, der an der Einsichtnahme ein rechtliches Interesse glaubhaft macht.

Ueber die Gesamtbeträge der ausgegebenen Kassenscheine, sowie die Gesamtsumme der dafür der BWB zustehenden Sicherheiten, sowie Zu- und Abgänge, und über die erfolgten Rückzahlungen und Wiedereinziehungen von Kassenscheinen sind jährlich bilanzmäßige Uebersichten zu veröffentlichen.

§ 6.

Die Kassenscheine der BWB sind gesetzliche Zahlungsmittel. Jedermann hat sie zum vollen Kurs ihres Nennwertes gegenüber dem Kurs der sonstigen gesetzlichen Zahlungsmittel des Staates in Zahlung zu nehmen. Verweigert ein Gläubiger die Annahme von Kassenscheinen der BWB an Zahlungsstatt zum obigen besagten Mindestkurs, so wird der Schuldner, sofern er die Zahlung in Kassenscheinen effektiv angeboten hat, von der Schuld dieses Betrages befreit.

Die BWB gibt die Kassenscheine zinslos aus und vereinbart über die Zeiten und Raten der Ausgabe, die von dem Schuldner zu leistenden Sicherheiten und Pfänder, sowie die Rückzahlungen und die sonstigen einschlägigen Rechtsverhältnisse in einem Vertrage die allgemeinen und besonderen Bedingungen des gegenseitigen Rechtsverhältnisses. Abschrift dieser Verträge ist als Anlage zu dem Eintrag in das Buch des Deckungsverbandes der allgemeinen Einsicht zugänglich zu machen.

Die BWB ist berechtigt, Zuschläge oder Vergütungen für die Verwaltungskosten bei der Hingabe der Darlehen und für die jährlichen Einzüge zu bedingen oder entsprechende Agios oder Disagios jeweils einheitlich öffentlich festzusetzen.

Die Ausgabe oder börsenmäßige Notierungen zu höherem Kurse als den in Abs. 1 festgelegten Mindestkurs ist zulässig.

Die Rückzahlungen können nur in Kassenscheinen gleicher Art wie ausgegeben erfolgen.

Digitized by Google

§ 7.

Die Tätigkeit der BWB unterliegt, sowie sie sich auf die Einhaltung der in diesem Gesetz enthaltenen Vorschriften erstreckt, der Kontrolle und Aufsicht eines öffentlichen Ueberwachungsrates, bestehend aus dem Finanzminister oder einem von diesem zu benennenden Vertreter, dem Minister des Innern oder einem von diesem zu benennenden Vertreter, dem Justizminister oder einem von diesem zu benennenden Vertreter und drei vom Parlament auf die Dauer von zwei Jahren zu wählenden Personen.

§ 8.

Strafbestimmungen: Gefängnisstrafen für absichtliche Schädigungen der Sicherheiten des Deckungsverbandes und ebenso für gewerbsmäßige oder gewohnheitsmäßige, insbes. börsenmäßige Sabotage der Baubankscheine oder des Kurswertes derselben oder den Versuch hiezu. Dazu hohe Geldbußen hiewegen, auch an juristische Personen.

In den „Ausführungsbestimmungen" sind dann genaue Vorschriften erlassen über die Besetzung der Vorstandschaft und den Beirat, dem Vertreter der Ministerien, der Volksvertretung und der Bauherren angehören. Die Aufgabe dieses Beirates ist die Kontrolle über die gesetzmäßige Verwendung der Baugeldscheine, die Prüfung der Rückzahlungen, ferner die Nachprüfung der hypothekarischen Sicherstellungen, die Genehmigung der Grundlagen für die Belehnung mit zinslosen Baugeldscheinen usw. Die Ausführungsbestimmungen

Die weiteren Bestimmungen regeln dann die Rückzahlung und Tilgung, die Bestandsbuchungen über die ausgegebenen Serien von Baubankscheinen und über die dafür eingetragenen Sicherheiten, ferner noch Vorschriften über die zugelassenen Bauarten etc. Anlaß zur Errichtung einer sozialen Baukank gab die ungeheuere Wohnungsnot und der Umstand, daß Reich und Länder in keiner Weise dem Uebel in wirksamer Weise steuern konnten. Die getroffenen Einrichtungen der Wohnungsämter konnten zwar da und dort einzelne Wohnräume freimachen — aber sie konnten keine neuen Wohnräume schaffen. Die Neubautätigkeit litt unter Materialmangel, vor allem aber darunter, daß bei der bestehenden Zwangsbewirtschaftung der Mieten das Errichten von neuen Häusern für das Privatkapital absolut „unrentabel" war. Die Wohnungsäm

Bei den herrschenden Mietpreisen läßt sich auch nicht einmal so viel aus den Mieten herauswirtschaften, daß die notwendigsten Unterhaltungsarbeiten an den Gebäuden hätten geleistet werden können. Da ist es begreiflich, daß sich das Privatkapital, das sich sonst auf dem Baumarkt betätigt hatte, gänzlich von der Neubautätigkeit zurückzog und die so viel leichtere spekulative Vermehrung seines Kapitals an der Börse vorzog. Die Mieto

Die vom Reich und den Ländern zur Abhilfe gegebenen Zuschüsse zur Deckung des sog. verlorenen Bauaufwandes genügten bei der fortschreitende Geldentwertung bei weitem nicht. Auch die vereinzelten da und dort begonnenen Siedlungsbauten vermochten nicht das allgemeine soziale Elend zu beheben. Auch die Beschaffung von billigen Hypothekgeldern war unmöglich, weil selbst das billigste Baugeld bei den festgesetzten Mieten eine 4% ige Verzinsung ausschloß. Die Zuschü für verloren Bauaufwa

Es ergibt sich daher, daß, wie schon bei den grundsätzlichen Betrachtungen angedeutet, trotz größten Bedarfes — wegen man-

Digitized by Google

gelnder Rentabilität — der Bedarf einfach nicht gedeckt wird.

Nur dann, wenn es gelingt, die alljährlich wiederkehrenden Zinslasten zu beseitigen, wenn man also Vorkehrungen trifft, die darauf hinausgehen, den Baubedürftigen zinslose Mittel zur Verfügung zu stellen, ist eine Belebung des Wohnungsbaumarktes in großem Stile möglich. Damit wird aber nicht nur die schreckliche Wohnungsnot mit allen ihren sozialen und gesundheitlichen Schädigungen behoben, sondern auch der innere Markt wird in außerordentlicher Weise belebt, weil am Baugewerbe alle die unzähligen Hilfsgewerbe, die Schlosser, Schreiner, Dachdecker, Spängler, die Glaser, Installateure, Hafner, die Fußboden- und Fließenleger, die Maler und Stukkateure daranhängen, die dann ihrerseits wieder Arbeit und Brot finden und in ihrer Kaufkraft gefestigt werden.

Dieses Mittel bietet sich aber darin dem zinslosen Baugeldschein.

Das zinslose Baugeld

Diese Baugeldscheine werden durch die „Soziale Bau- und Wirtschaftsbank" ausgegeben. Mit diesem Gelde werden die Lieferanten und Unternehmer für das Bauwerk bezahlt. Der Bauherr zahlt das empfangene zinslose Baugeld in angemessenen Jahresraten etwa in einem Zeitraum von 30—50 Jahren je nach Charakter und Dauerhaftigkeit des Bauwerkes zurück. Die Baugeldscheine unterscheiden sich von dem Reichs- oder Landesgeld etwa in der Weise, wie sich die Reichsbanknoten von den Darlehenskassenscheinen unterschieden haben. Diese Baugeldscheine finden, wie schon bemerkt, ihre volle Sachdeckung darin, daß zugunsten der Baubank in der gleichen Höhe der ausgegebenen Scheine gleichzeitig neue Sachwerte (Häuser) entstehen, die juristisch durch die Eintragung von zinslosen Hypotheken in gleicher Höhe gesichert sind.

Praktisch wird auch hiebei nicht der volle Wert der neuen Gebäude in Baugeldscheinen gegeben werden, sondern nur der wirkliche Bauaufwand. Grund und Boden wird also mindestens von den Baulustigen oder den Baugenossenschaften oder von den Gemeinden zur Verfügung gestellt sein müssen und überdies muß von den Baubedürftigen mindestens 10—30% des Bauwertes selbst beschafft werden, wovon 5% zur Deckung der Verwaltungsspesen der Baubank dort einzubezahlen sind.

Die Rückzahlung erfolgt aber dann ohne weitere Berechnung irgendwelcher Zinsen. Auf diese Weise wächst Jahr für Jahr das freie Eigentum der Hausbesitzer an ihren Häusern und ebenso erhöhen sich die im Gesamtverband als Deckung für die ausgegebenen Baugeldscheine verhafteten Werte. Dabei nimmt die Menge der im Umlauf befindlichen Baugeldscheine entsprechend den geleisteten Rückzahlungen ab.

ugeldscheine sind uldscheine

Die Rechtsnatur dieser Baugeldscheine ist nichts anderes als die Ausgabe eines Schuldscheines. Der Schuldner dieses Schuldscheines ist die Baubank. Gläubiger eines Schuldscheines ist der jeweilige Inhaber dieses Scheines.

Man kann niemandem verbieten, Schuldscheine auszustellen, es kommt immer nur auf die äußeren Umstände an, ob die von jemanden ausgegebenen Schuldscheine allgemein an Zahlungsstatt angenommen werden. Wie bereits mehrfach erwähnt, sind die Baubankscheine immer und

Digitized by Google

unter jeder nur denkbaren wirtschaftlichen und politischen Lage vollgedeckt durch die gegenüberstehenden Sachwerte. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß die Bank einmal in Schwierigkeiten geraten könnte.

Die staatliche Bürgschaft

Die allgemeine Annahme ist aber in dem Augenblick verbürgt, wo sich der Staat verpflichtet, die Bürgschaft für die verfallgemäße Einlösung der Baugeldscheine zu übernehmen und während der Laufzeit die Scheine an seinen Kassen in Zahlung zu nehmen bzw. wenn sie zu gesetzlichen Zahlungsmitteln erklärt werden.

Eine derartige Bürgschaftsübernahme bedeutet nun faktisch für den Staat nicht die geringste Belastung, im Gegenteil. Heute muß der Staat jährlich ungezählte Millionen tatsächlich aufwenden, verzinsen und dann wieder durch allgemeine Steuern hereinbringen für die von ihm ja bewilligten Zuschüsse für verlorenen Bauaufwand. Dies fällt dann vollkommen weg.

Die jetzt vom Staat gegebenen Zuschüsse sind also wirklich verlorenes Geld, das von der Allgemeinheit wieder aufgebracht werden muß, und das einigen Glücklichen zufällt, die eben gerade solche Zuschüsse ergattern konnten.

Also selbst dann, wenn wirklich einmal ein säumiger Zahler unter den Empfängern von zinslosen Baugeldscheinen seinen Verpflichtungen nicht voll nachkommen sollte, spielt dies gar keine Rolle gegenüber den ungeheuren Ersparnissen, die der Staatshaushalt macht, weil er eben auf diese Weise gar keine vollkommen verlorenen Opfer bringen muß.

Der Kurswert der Baugeldscheine

Die Uebernahme der Bürgschaft ist aber eine soziale Pflicht des Staates. Es erscheint müßig, Betrachtungen über den Kurswert dieser Baugeldscheine anzustellen. Im jetzigen zinskapitalistischen Staat konnten wir mit aller Bestimmtheit erklären, daß dieses durch Sachwerte gedeckte Baugeld stabil bleiben würde und jedenfalls sehr bald mit Agio — also zu höherem Kurs gegenüber dem völlig ungedeckten Inflationsgeld der Reichsbank gehandelt werden würde. In einem wieder geordneten Staate, in dem auch die Forderung nach einem gleichbleibenden Wert des Geldes erfüllt sein wird, kommt diese Frage ja kaum in Betracht, denn dann wird eben das Baugeld neben dem Landesgeld in gleichem Kurs umlaufen, genau so wie die bayerischen Banknoten neben den Münchener Notgeldscheinen und den Reichsbanknoten in Umlauf waren.

Trotzdem ist festzuhalten, daß es sich hier nicht um ein Notgeld oder um ein Ersatzgeld — auch nicht um offizielles Landesgeld handelt, sondern um den Schuldschein eines Bankinstitutes, der in Verkehr gebracht wird und der eine entsprechende Sachdeckung hinter sich hat.

Die öffentlich-rechtliche Stellung der Baubank

Da es sich um eine Aufgabe von großer sozialer Bedeutung handelt, ist es gerechtfertigt, als Instrument und Träger für die Durchführung eine eigene Körperschaft des öffentlichen Rechtes zu errichten.

Auf diese Weise wird dieses Institut aus der Sphäre der privatwirtschaftlichen Gesellschaftsformen herausgehoben, denen in den Augen des Volkes ganz natürlich persönliche Gewinn- und Bereicherungsabsicht anhaftet. Andererseits wird das Institut aus dem Bereich des reinen Staatsbetriebes herausgehoben, gegen den nicht ganz mit Unrecht ebenfalls

Digitized by Google

in allen wirtschaftlichen Dingen beim Publikum eine gewisse Abneigung besteht.

In den Ausführungsbestimmungen ist alles aufzunehmen, was grundsätzlich für die Oeffentlichkeit und für die Sicherheit des Geschäftsgebarens der Bank unerläßlich ist.

Der Beirat

Der vorgesehene Beirat kann überdies seinen Einfluß geltend machen. Der Beirat selbst ist wieder ein Spiegelbild aller in Betracht kommenden Interessentengruppen.

Die Errichtung der Baubank als Körperschaft des öffentlichen Rechtes hat auch die angenehme Nebenwirkung, daß auf diese Weise der Gesamtkomplex der so geschaffenen Vermögenswerte nicht als Eigentum des Staates erscheint, sondern Eigentum einer selbständigen Rechtsperson, der Baubank ist.

Die juristische Konstruktion bzw. die Rechtsnatur dieser Baubank ist also folgende: Die Baubank ist Rechtspersönlichkeit kraft des Umstandes, daß sie als öffentlich rechtliche Körperschaft anerkannt bzw. eingerichtet wird; diese Baubank besteht überhaupt nicht aus Einzelmitgliedern; sie ist in sich Träger der Rechte und Verpflichtungen, die aus ihrer Tätigkeit sich entwickeln. Sie ist aber auch keine Behörde und keine staatliche Einrichtung, kein Glied eines staatlichen Organismus.

Die Schaffung einer solchen Rechtsform ist zwar nicht etwas Alltägliches und Althergebrachtes; aber immerhin etwas in den Gesetzen bereits Vorgesehenes; die heutigen Zeitverhältnisse verlangen nun aber einmal und drängen zu entsprechenden Einrichtungen moderner Art. Darin wird eben das Verdienst liegen, wenn etwas derartiges geschaffen wird: daß man über den Rahmen des Hergebrachten einigermaßen hinausgeht unter Anpassung an die Forderungen der Zeit.

Der Geschäftsgang

Wie die Abwicklung der Geschäfte vor sich geht, ist am besten an einem Einzelbeispiel zu erläutern. Die Baubank gibt im voraus die Grundlagen und Voraussetzungen bekannt, welche erfüllt sein müssen, wenn ein Antrag auf Bewilligung von Baubankgeld Berücksichtigung finden soll. Der Bewerber leitet sein Gesuch mit kompletten Unterlagen der Baubank zu, diese prüft die gesamten Unterlagen nach und schließt im bejahenden Falle einen Vertrag mit den Baubedürftigen. (Bauherrn.)

In diesem Vertrag ist in erster Linie all das vorzusehen, was die Baubankverordnung und die Ausführungsbestimmungen vorschreiben, also die Verpflichtung, das Baubankgeld nur zur Herstellung des Baues zu verwenden, die Verpflichtung für Hypothekenstellung und die Heimzahlungsverpflichtungen. Des weiteren aber sind in diesem Vertrag alle sonstigen einschlagenden Rechtsverhältnisse festzulegen. Insbesondere muß bestimmt werden, daß der Baubedürftige nicht berechtigt ist, das Anwesen weiter zu verkaufen, was ja übrigens schon praktisch aus der Hypothekenbestellung erhellt. Es sind die Verhältnisse für den Erbfall und für den Fall des Zahlungsverzuges mit einer oder mehreren Heimzahlungsraten entsprechend zu regeln.

(Alle diese Details hier weiter auszuführen, ist zunächst nicht veranlaßt, sie ergeben sich alle aus der Natur der Sache.)

Der Kreislauf der Baugeldscheine

Weil alle Lieferfirmen und alle Arbeiter nur in Baubankscheinen bezahlt werden, welche die Baubank selbst herstellt, gelangen erstmalig unter

Digitized by Google

allen Umständen Baubankscheine nur in dem Maße in Kurs, als der Gegenwert an Leistungen dem Anwesen zuwächst. Von den Arbeitern und Lieferanten aus gelangen die Baubankscheine in das Publikum; mit Rücksicht auf die bestehenden Sicherheiten, und besonders weil der Staat die Bürgschaft für die Baubankscheine übernimmt und staatliche Kassen die Baubankscheine in Zahlung nehmen, wird das Publikum die Baubankscheine wie jedes andere Geld in Zahlung nehmen. Es bleibt deshalb für später dem Bauherrn überlassen, wie er sich seiner, der Baubank gegenüber eingegangenen Verpflichtung, alljährlich 2% der entlehnten Summe in Baubankscheinen zurückzubezahlen, entledigt. Mit anderen Worten, der Bauherr und Hypothekenschuldner der Baubank muß sich alle Jahre seine 2% an Baubankscheinen aus den im Verkehr befindlichen Mengen derselben beschaffen. Praktisch wird das so gehen, daß die Hypothekenschuldner Baubankscheine, die ja unter dem landläufigen Geld kursieren, vor den Fälligkeitsdaten ihrer Heimzahlungspflichten sammeln und damit ihrer Zahlungspflicht genügen. Eine besonders geeignete Stelle, Baubankscheine zu erhalten, werden die jeweils in Betrieb befindlichen Baustellen sein.

Nimmt man, um ein Bild zu haben, an, daß in einem Jahre für 10 Millionen Baubankscheine in München ausgegeben werden, so werden alljährlich hiervon 200 000 Goldmark zur Baubank zurückwandern; längstens nach 50 Jahren sind also die gesamten 10 Millionen zurückgekommen und von der Baubank eingezogen, längstens nach 50 Jahren sind somit die hieraus erbauten Häuser zurückbezahlt und schuldenfreies Eigentum ihrer Besitzer. Die ganze Leistung ist geschehen, ohne daß ein Pfennig für Zinsen nutzlos verausgabt werden mußte; die Leistung ist ferner vollbracht, durch nichts anderes, als das einfache Mittel der Einrichtung der Baubank, verbunden mit der staatlichen Bürgschaft.

Die soziale Tat besteht also darin, daß der Staat den Wert der Häuser gradezu aus nichts geschaffen hat, daß er Tausenden von Arbeitern und Geschäftsleuten durch den Bau dieses Gesamtobjektes Verdienst verschaffte. Nimmt man an, daß es sich um tausend Einzelsiedlungen handelt, so sind damit tausend Schollenlose zu bodenständigen Leuten umgewandelt.

Es werden verschiedene Einwände und Bedenken geltend gemacht werden, deren wichtigste hier angedeutet seien:

a) Der Einwand der Inflation. Dieser Einwand ist ebenso kurzsichtig wie hinfällig; wie bereits an früherer Stelle dargelegt, kann eine Inflation nur dort entstehen, wo ungedecktes Geld ausgegeben wird. Hier steht den Baubankscheinen die Sachdeckung gegenüber; es ist also belanglos, wenn selbst namhafte Beträge von Baubankscheinen in Kurs kommen.

b) Der Einwand, daß diese Sache neu und unerprobt sei. Dieser Einwand ist sachlich unzutreffend, und neu ist die Sache vielleicht für Deutschland. Anderwärts ist man an solche, durch Sachwerte gedeckte zinslose Schuldscheine gewöhnt. Das typische Beispiel hierfür ist der englische Warrant, der seit 100 Jahren eingeführt und bewährt ist. Der Warrant ist eine Anweisung, welche dem Inhaber das Anrecht gibt, auf eine bestimmte Menge an einem bestimmten Zentrallager hinterlegten Roheisens. Diese Warrantscheine werden als Zahlungsmittel benutzt; die

Digitized by Google

Kaufkraft des Warrants hat nur jene Schwankungen, denen der Roheisenpreis auf dem Weltmarkt unterworfen ist.

Hätten wir z. B. in Deutschland solche Warrants, so wären diese von der deutschen Valuta und deren Schwankungen gänzlich unabhängig. Der Wert dieser Warrants würde sich nach dem Roheisenpreis richten, und der Wert dieser Preise wiederum würde sich im Verhältnis zur Valuta automatisch regeln.

In den Warrants ist das sprechende Beispiel für die Volkstümlichkeit dieser durch einen Sachwert gedeckten Schuldbescheinigung und Schuldanweisung zinsloſen Charakters gegeben.

technisches Sofern erhebliche und volkswirtschaftlich ins Gewicht fallende Aufstellungen von neuen Bauten erzielt werden sollen, ist es unerläßlich, serienweise ganze Kolonien zur Aufstellung zu bringen.

Es wäre ein verfehlter Standpunkt, wollte man nur Einzelwohnhäuser oder auch Reihenhäuser nur dann aufstellen, wenn der Wohnungssuchende selbst Besitzer werden will. Der zu behebende Schaden ist die Wohnungsnot, es handelt sich also nicht in erster Linie um Ansiedlung, sondern es handelt sich vorwiegend um Beschaffung von Wohngelegenheit. Dieser Not wird auch dadurch abgeholfen, wenn man die gewerbsmäßige Aufstellung von Mietswohnungen fördert. Es hindert also grundsätzlich nichts, daß nicht z. B. ein Mietshausbesitzer alten Stils zur Erstellung eines neuen Mietshauses Baubankscheine erhält. Grade bei solchen Persönlichkeiten wird es möglich sein, eine größere Anzahlung als nur 10 % des gesamten Bauwertes in bar voraus zu erlangen; viele dieser Leute sind bereit und in der Lage, namhafte Geldbeträge aus eigenen Mitteln für Wohnungsbau aufzuwenden, wenn sie einen entsprechenden Rest- oder Teilbetrag zinslos durch die Baubank zugeschossen erhalten. Grade die zinslose Natur des Baubankgeldes ermöglicht es, diese für Großstädte so unendlich wichtige Seite der Belebung des Wohnungsmarktes zu berücksichtigen.

e weitere eutung der Baubank Diese soziale Bau- und Wirtschaftsbank wird aber auch über den Rahmen der Finanzierung des Wohnungsbaues hinaus später dazu übergehen, an volkswirtschaftlich wichtige Unternehmungen, Industrien, gemeindliche Werke, Verbesserungen in Landwirtschaft usw., zinslose Kredite hinauszugeben, wenn auch mit kürzerer Rückzahlungsfrist.

Digitized by Google

Der Staat ohne Steuern.

Das Hochziel des nationalsozialistischen Staates ist: der Staat ohne Steuern. Mag dies unter den heutigen Zuständen wie eine wahnwitzige Utopie klingen, mag es vielen als eine Verheißung erscheinen, die zu schön ist, um wahr werden zu können, so wissen wir dennoch, daß dieses Ziel durchaus erreichbar ist, wenigstens insoferne als der ungeheure Steuerdruck von der Bevölkerung genommen werden muß. — Oder ist es nicht geradezu wahnsinnig, wenn jetzt ein Arbeiter pro Woche 150 000 000 Mk. und mehr Steuern zahlen muß! Ist nicht gerade umgekehrt der jetzige Zustand vollendeter volkswirtschaftlicher Wahnsinn? Ein Wahnsinn, der sich gegen Aller Interesse richtet, der einzig und allein einer verschwindenden Zahl von Geldgewaltigen von Nutzen ist, deren Reichtum durch dieses System immer weiter vermehrt und vergrößert wird? Der Steuerdr

Mit aller Deutlichkeit haben wir in den vorhergehenden Kapiteln den Nachweis geführt, daß heute fast alle Steuern nur vom Zinsendienst verschlungen werden. Wir bezahlen Steuern in jedem Stück Brot das wir essen, jede warme Stube kostet ein Uebermaß von Steuern, jeder Einkauf ist durch die Warenumsatzsteuern belastet. Aber alles was auf diese Weise an Steuern eingeht, langt noch lange nicht aus, um nur die Zinsen an den Reparationsschulden zu bezahlen. Wir haben dann weiter kennen gelernt, in welch unverantwortlicher Weise die Notenpresse in Tätigkeit gesetzt wird, und wie mit deren Erzeugnissen die fehlenden Beträge an den Reparationsleistungen gedeckt werden, indem die Lieferanten der Sachleistungen für ihre Ware mit Papier bezahlt werden, wie ferner das mächtig angeschwollene Beamtenheer ebenfalls mit Papier bezahlt wird. Diese bolschewistische Methode mit ungedeckten Erzeugnissen der Notenpresse den staatlichen Geldbedarf zu decken, ist ja nichts anderes als eine indirekte Besteuerung der Bevölkerung. Notenpress

Wenn wir also eine grundsätzliche Abkehr von einem solchen, Staat und Wirtschaft verwüstenden Finanzbolschewismus erstreben, so gibt es nichts, was mehr im Sinne der allgemeinen Wohlfahrt läge. Abkehr vo Finanz bolschew mus

Es verrät immer wenig Geschmack und kritischen Verstand, wenn man ein solches Hochziel, wie es zweifellos der Staat ohne Steuern ist, ohne weiteres als Utopie abtut. Wer mit uns die weiten und verschlungenen Pfade der heutigen Finanzpolitik gegangen ist, und wer den Ariadnefaden — die Zinspflicht des Staates — nicht verloren hat, dem muß es ein leichtes sein, auch den Ausweg aus diesem Labyrinth des Minotaurus zu finden.

Wer sich über die Niederungen erhebt und von gehobenem Standpunkt aus die geschilderten Zusammenhänge: Zinsversprechen des Staates — Steuer — Teuerung übersieht, wer die Zinspflicht aller Völker des westl. Kulturkreises als die alles überragende Tatsache

Digitized by Google

erkannt hat, wer erkannt hat, daß wir in einem Zeitalter einer völligen Umkehrung der gesunden und vernünftigen Verhältnisse zwischen Arbeit und Geldbesitz leben, wer sich der zwingenden Logik nicht mehr entziehen kann, daß insbesondere der Staat kraft seiner Finanzhoheit durchaus nicht an den Anleiheweg gebunden ist, sondern daß er selbstschöpferisch aus eigenem Recht alle großen öffentlichen Staatsaufgaben finanzieren kann, für den ist es nur der letzte Schritt in finanzpolitisches Neuland, einen Staat zu fordern, in dem die Staatsfinanzverwaltung es nicht als ihre erste Aufgabe erachtet, aus den Staatsbürgern möglichst viel Steuern herauszuziehen, sondern im Gegenteil jeden lästigen Steuerdruck zu beseitigen, und die Volkswirtschaft zu befruchten.

iffernmäßiger weis für den Staat ohne Steuern

Nun sind wir aber sogar in der Lage den ziffernmäßigen Nachweis zu führen, daß der Staat ohne Steuern durchaus keine Utopie ist, sondern, daß die Möglichkeit dazu in jedem geordneten Staatshaushalt gegeben ist, wenn sich der Staat von den auf ihm liegenden Zinslasten frei macht. Daß er dies ebenfalls kann, ohne daß er deshalb zur Rechenschaft gezogen werden kann, beweist die Geschichte der Staatsbankerotte, die von Dutzenden von Fällen erzählt, in welchen sich die Staaten durch den Staatsbankerott der auf ihm ruhenden Zins- und Schuldenlasten entzogen haben.

aatsbankerott

Es würde zu weit führen, hier nochmals im Einzelnen auf die genaue Beweisführung einzugehen, die ich in meiner kleinen Kampfschrift „Der Staatsbankerott die Rettung" gegeben habe, daß nämlich die Einstellung der Zinszahlung aus den öffentlichen Anleihen unter gleichzeitiger Umwandlung der Anleihetitel in zinslose Bankguthaben keineswegs den übelberüchtigten Namen Staatsbankerott verdient, sondern daß diese Form der Befreiung des Staates und Volkes aus seiner zinspflichtigen Verschuldung tatsächlich die Befreiung von Staat und Wirtschaft aus unerträglichen Fesseln bedeutet.

Der bayer. aatshaushalt 1911

Eine Einstellung dieser Zinszahlungen hätte aber schon vor dem Krieg die Deckung staatlicher Ausgaben für die gesamte Staatsverwaltung ermöglicht. Als Beispiel habe ich den bayerischen Staatshaushalt von 1911 angeführt. Damals betrugen die Einnahmen des bayerischen Staates aus den sogenannten werbenden Staatsbetrieben (Eisenbahn, Post und Telegraph) 120 Millionen Goldmark, die Erträgnisse aus dem staatlichen Waldbesitz 40 Millionen. Die Gesamtausgaben für die gesamte Staatsverwaltung betrugen für die Justizverwaltung (sämtliche Amtsgerichte mit ihrem gesamten Personal und Sachauslagen, sämtliche Land-Gerichte, die Oberlandesgerichte und die obersten Gerichtshöfe in München, Nürnberg etc.) 27 Millionen. Für die ganze große, so sorgfältig aufgebaute innere Verwaltung des ganzen bayerischen Staates, also für die zahlreichen Bezirksämter, für die Kreisregierungen, für die Polizeidirektion München, für die Gendarmerie, ferner für die zahlreichen dem Ministerium des Innern unterstehenden sonstigen Stellen und Behörden, wie die Medizinalbehörden, die Landesimpfanstalt,

Justiz-Etat

Digitized by Google

die Untersuchungsanstalten für Nahrungs- und Genußmittel, die Heil- und Pflegeanstalten, den Verwaltungsgerichtshof, das statistische Landesamt, die Aichbehörden, die Versicherungskammern usw. waren im Staatshaushalt von 1911 40 Millionen aufzuwenden gewesen. Für den Unterricht, Schule und Kirche, also insbesondere für sämtliche mittlere Schulen, die Gymnasien, die Progymnasien, die Lateinschulen, die Realgymnasien, die Real- und Oberrealschulen, die Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, für alle die staatlichen Bauschulen und Spezialfachschulen, die Handels- und Musikschulen, die landwirtschaftlichen und Kreisackerbauschulen, für Weihenstephan und für die Biologische Versuchsanstalt, für alle die weiblichen Unterrichtsanstalten, dann aber vor allem für die Hochschulen mit ihren unzähligen Sammlungen und Instituten, die Technische Hochschule, für die übrigen Kunsthochschulen, für die Handelshochschule, für die Akademie der Tonkunst, dann für das Maximilianeum, ferner für die Zentralanstalten für Wissenschaft und Kunst, die Akademie der Wissenschaften, die wissenschaftlichen Sammlungen des Staates, die Kunstsammlungen des Staates, die bayerischen Museen, die Staatsbibliothek, die Staatstheater usw., für diesen ungeheueren Aufgabenkreis des Kultusministeriums mit seinen tausenden von Beamten, mit seinen ungeheuren Kunstschätzen in den Sammlungen und Museen, die doch alle Gebäulichkeiten, Verwaltung und Pflege brauchen, wurden 1911 insgesamt 51 Millionen ausgegeben. Im Geschäftsbereich des Finanzministeriums, das ja nicht nur Funktionen ausübt, die Geld aus dem Volke herausziehen, liegen die Tätigkeiten der Forstverwaltung mit Hunderten von Forstämtern, ferner die Verwaltung der Berg-, Hütten und Salzwerke, die sämtlichen Haupt- und Nebenzollämter, das Hauptmünzamt, die Staatsschuldenverwaltung und die Staatsbank, ferner die Messungsämter und das Landesvermessungsamt, dann noch die staatlichen Badeverwaltungen, das Hofbrauamt München usw. Dieser ebenfalls sehr große Betrieb hat 13 Millionen Ausgaben verursacht. Die Ausgaben des Verkehrsministeriums werden von den eigenen Betriebseinnahmen gedeckt, dagegen verlangten die Pensionen der alten Staatsdiener noch die sehr hohe Summe von rund 36 Millionen.

Etat für das Kultusministerium

Etat für das Finanzministerium

Zusammen erforderten also Justizverwaltung, innere Verwaltung einschließlich der Bauten — die ich oben nicht eigens erwähnt habe — ferner Finanzverwaltung sowie Erziehung und Bildung und die Pensionen 27 + 40 + 51 + 13 + 36 = 167 Millionen.

Die Ueberschüsse, welche die staatlichen Betriebe, Post und Eisenbahn, Bergwerke und Forsten an die Staatskasse abgeliefert haben mit zusammen 160 Millionen, hätten also tatsächlich beinahe ausgereicht, um den ganzen riesigen Staatsverwaltungsapparat zu decken — ohne einen Pfennig Steuern!

Der Staat ohne Steuern hätte also Wirklichkeit sein können, wenn nicht die sämtlichen aus dem bayerischen Volk herausgezogenen Steuern, nämlich 60 Millionen direkte Steuern und 53 Millionen indirekte Steuern, dazu noch 31 Millionen Gebühren zusammen also 134 Millionen restlos für den Zinsendienst an das Leihkapital hätten verwendet werden müssen. Allein der Zinsendienst für die bayerischen Staatsschulden erforderte 34,6 Mil-

Die bayerischen direkten und indirekten Steuern

Digitized by Google

lles für den Zinsendienst

lionen, (!) und 50 Millionen mußte Bayern an das Reich abliefern, ebenfalls für den Zinsendienst aus der Reichsschuld.

Ich habe gerne und mit allem Nachdruck hier einen kurzen Ueberblick gegeben über die großen und weiten Gebiete unseres staatlichen Lebens. Es erscheint dies auch deshalb besonders wichtig, daß sich auch der Nationalsozialismus vor Augen hält, wie außerordentlich vieles und wie viel mustergiltiges der alte Staat geleistet hat, unendlich viel, das keiner Reform und keiner Verbesserung bedarf, soweit es nicht überhaupt in den Dingen liegt, daß sie nie abgeschlossen sein können. Auch für jeden Staatsorganismus gilt, daß er nicht stille stehen darf, wenn er nicht verknöchern will. Auf manchen Gebieten wird ein frischerer und freierer Geist nicht schaden, und da und dort sind durchgreifende Reformen am Platze. In vielen Zweigen unseres Verwaltungsapparates muß zum mindestens ein neuer Geist einziehen, besonders der Geist der unbedingten Verantwortlichkeit des Staatsdieners gegenüber seiner Aufgabe und gegenüber dem Volke, dem er dient.

r alte Staat viel musterliges geleistet

Nur ein Gebiet war auf vollkommen falsche Bahnen gedrängt worden — die Staatsfinanzverwaltung. Wenn solche Zustände, wie die soeben geschilderten möglich sind, so ist dies eben ein Zeichen, daß hier gründlich Wandel geschaffen werden muß. Nun gilt dies aber schon für den Staat vor dem Kriege — schon damals war der Staat eingespannt in den Zinsendienst für das Privatleihkapital. Nichts beweist schlagender die damals schon bestehende Abhängigkeit des Staates vom Leihkapital, als eine Uebersicht über die Verteilung der Steuern auf die verschiedenen Einkommensformen. Nach dem Haushaltjahr 1911, das wir unseren bisherigen Betrachtungen zugrunde gelegt hatten, war der Grundbesitz mit 12,6 Millionen, der Hausbesitz mit 12,1 Millionen, der Gewerbebetrieb mit 17 Millionen, dagegen die Kapitalrenten bei einer Gesamtrenteneinnahme von 253 (!) Millionen Goldmark, nur mit 10 Millionen veranlagt gewesen. Dies ist also wirklich eine äußerst schonende Behandlung derjenigen, die mühe- und arbeitslos auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung leben können.

ie Finanzwaltung wane auf falschen Bahnen

Abhängigkeit Leihkapital

e schonende andlung der pitalrente

Die Unzahl der kleinen Renteneinkommen — wir haben dabei die Rentenklassen von 70—700 Mk. im Auge — stellen zwar der Zahl nach die überwältigende Masse der Kapitalrentensteuerpflichtigen dar, nämlich damals rund 150 000, aber weder deren Einnahme aus Kapitalzinsen, noch deren Steuerleistung mit rund 0,7 Millionen würden eine Rolle spielen im Staatshaushalt, — aber was für uns diese Ziffern so bemerkenswert macht, ist der Umstand, daß sich das Großleihkapital in diesen Hunderttausenden von kleinen Zinsenempfängern eine gewaltige Schutzgarde geschaffen hat gegen alle Angriffe, gegen das mühe- und arbeitslose Einkommen aus Zins.

ie Kleiner sind die tzgarde des leihkapitals

Es ist natürlich ein Leichtes diesen kleinen Zinsempfängern einzureden, daß ihnen ihre Ersparnisse gewissermaßen einen dauernden Anspruch auf Zinsen verbürgen müßten, denn diesen Leuten, die sich ihr Leben lang geplagt haben und die sich ihre Ersparnisse wirklich erarbeitet haben, liegt die Parallele mit dem Pensionsempfänger im Staats- und Angestelltenverhältnis nahe. Was aber diese Einstellung vom Pensionsgedanken unterscheidet, ist der grundlegende Unterschied, daß der Pensions-

nsion und Rente

Digitized by Google

anspruch an der Person hängt, und mit dem Tode erlischt, während der Zinsanspruch ein sachlicher ist, und unabhängig von der Person unpersönlich am nackten Geldbesitz als ein „ewiger Rechtsanspruch" haftet.

Wir werden auf diese Zusammenhänge noch bei der Besprechung der allgemeinen Altersrente zu sprechen kommen, weil uns diese Betrachtungen den Uebergang finden lassen wird vom unberechtigten ewigen Zins zum berechtigten Anspruch jedes Volksgenossen auf ein sorgenfreies Alter.

Diese kleinen Zinsempfänger kommen also bei der uns beschäftigenden Frage der merkwürdig schonungsvollen Behandlung des Leihkapitales von seiten des alten Staates nicht in Betracht, sondern nur diejenigen, die den Löwenanteil an den Kapitalrenten schlucken und die dann immer wieder als die großen Geldgeber des Staates auftreten.

Deshalb fort mit diesem volkswirtschaftlichen Widersinn einer zinskapitalistisch eingestellten Staatsfinanzverwaltung und hinaus in den freien von allen belastenden Steuern befreiten nationalsozialistischen Staat der Arbeit und Leistung.

Die Befreiun des Staates v seiner Zinspfli

Ist erst der Staat von dem Bleigewicht seiner Zinsverpflichtungen befreit, dann wird man erst sehen, was der Staat leisten kann. Kommen noch neue Einnahmequellen großen Stils hinzu, wie die Erschließung der Wasserkräfte und Bodenschätze des Landes, dann wird tatsächlich der Staat ohne Steuern keine Utopie mehr sein, sondern frohe Wirklichkeit werden.

Die Steuern national- sozialistische Staat

Wenn wir trotzdem von einer Steuerpolitik des nationalsozialistischen Staates sprechen wollen, so geschieht dies deshalb, weil aus solchen Steuerquellen die Mittel fließen können für recht viele Aufgaben, die eigentlich staatlicher Lösung harren würden, für die aber niemals im Staatshaushalt Mittel mehr übrig waren. Wir denken hier an die weiten Gebiete der Volksgesundheit, an die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, des Alkoholmißbrauches, an die Förderung von Leibessport, an die reichlichere Förderung von Kunst und Wissenschaft, an Mutterschutz, Kinderfürsorge, an die Anlage von Gartenstädten und vor allem an die Abtragung der Ehrenschuld des deutschen Volkes gegenüber seinen Kriegsbeschädigten und Kriegswitwen und Waisen.

Als Leitsätze für ein nationalsozialistisches Staatswesen auf dem Gebiete der Steuerpolitik hat Folgendes zu gelten:

1. Eine Besteuerung für Zwecke der Zinszahlung für innere Anleihen ist ausgeschlossen.

2. Steuern sind nur zulässig für die Deckung von staatlichen Ausgaben für unproduktive Zwecke, für Verwaltung, Rechtspflege, Militär, Polizei, Gesundheitswesen und Erziehung, soweit zu deren Deckung die Ueberschüsse der werbenden Staatsbetriebe, der Eisenbahnen, Posten, Telegraphen, der Staatsforsten und staatlichen Bergwerke sowie der Elektrizitätsversorgung aus den großen staatlichen Ueberlandzentralen nicht ausreichen sollten.

3. Zur Deckung besonderer Bedürfnisse oder für besondere Notfälle, also besonders für den Kriegsfall, sind direkte und indirekte Steuern nicht nur zulässig, sondern geboten.

4. Direkte Steuern können auf den Besitz in jeder Form gelegt werden, hiebei ist eine weitgehende Staffelung vorzusehen. Das Ein-

Digitized by Google

kommen ist bis zu einem auskömmlichen Maß steuerfrei zu lassen. Hiebei muß eine viel weitergehende Berücksichtigung eintreten, ob der Steuerpflichtige Familie mit Kindern hat, oder sonstige Versorgungspflichten, wie bisher.

5. Staatsbeamte sind grundsätzlich steuerfrei zu lassen. An Verheiratete werden Kinderzulagen gewährt.

6. Indirekte Steuern kommen in normalen Zeiten nur für Luxussteuergegenstände in Betracht. Der Staat hat hierin ein ausgezeichnetes Mittel in der Hand, auf die Produktion von Artikeln hemmend und verteuernd einzuwirken, die nur dem Aergernis erregenden Luxus, der Ueppigkeit und Völlerei im Essen und Trinken, sowie Auswüchsen der Mode dienen. Auch reine Genußmittel, wie Alkohol, Wein, Tabak, soweit er nicht sanitären Zwecken dient, vertragen indirekte Steuern. Dagegen sind alle indirekten Steuern, wie sie heute das Volk in seiner Gesamtheit ausbeuten, grundsätzlich zu vermeiden. Wir meinen hier alle die unsinnigen, weil nur preistreibend wirkenden indirekten Steuern auf Zucker, Salz, Zündhölzer, Leuchtmittel, Limonade, ferner die die Produktion an der Wurzel verteuernden Steuern auf Kohle, ferner die Steuern auf den Personen- und Güterverkehr, und vor allem die Warenumsatzsteuern.

7. Als eine Aufgabe der Gerechtigkeit ist die Einziehung der Kriegs- und Revolutionsgewinne durchzuführen. Für eine derartige Aufgabe muß natürlich zuerst die Grundlage einer vernünftigen Rechnungsbasis geschaffen werden, auf der man die jetzigen Vermögen mit den früheren vergleichen kann. Selbstverständlich ist auch hier wieder ein Unterschied zu machen zwischen Vermögen, die aus produktiver Arbeit herstammen, für die der Krieg aber eine besondere Konjunktur bedeutet hat. Es ist nicht mehr wie recht und billig, daß von solchen ganz bedeutenden Konjunkturgewinnen ein Teil der Allgemeinheit zugeführt wird. Eine viel schärfere Erfassung ist dagegen bei denjenigen Vermögen durchzuführen, die aus Zwischenhandel und Spekulation herrühren.

8. Stempelsteuern und Gebühren, auch Steuern, die das freie Verfügungsrecht über Vermögensbestandteile einengen, soferne diese Verfügung nicht gegen das allgemeine Wohl gerichtet ist, sind nach Möglichkeit einzuschränken. Hiezu gehören auch die Erbschafts- und Schenkungssteuern.

Grundsätzlich soll die Staatsfinanzpolitik dem Endziel des „Staates ohne Steuern" zustreben, denn es ist nicht die Aufgabe des Staates, aus seinen Bürgern Geld herauszuziehen, um eine grundfalsche staatliche Anleihewirtschaft zu verewigen, sondern die allgemeine Wohlfahrt des Volkes zu heben. Der Staat ist nicht dazu da, um den Zinseneintreiber für das Großleihkapital zu machen, sondern um die Person und das Eigentum seiner Staatsbürger zu schützen und um die natürlichen Schätze des Landes der Allgemeinheit dienstbar zu machen. Die Mittel für die unproduktiven Staatsaufgaben sollen in erster Linie, wie schon geschildert, aus den Ueberschüssen der werbenden Staatsbetriebe genommen werden, in zweiter Linie aus Luxussteuern, in dritter Linie aus Vermögen und Einkommen, die oberhalb der Grenze liegen, die durch reine Arbeitsleistung

Die ngordnung r Steuern

Digitized by Google

erzielt werden können, dann erst aus dem besitzenden Mittelstand, sowie durch indirekte Steuern auf Genußmittel, deren Verbrauch nicht lebensnotwendig ist. Und nur in Kriegszeiten, durch welche das Leben des ganzen Volkes bedroht ist, kann der Staat verlangen, daß auch die Allgemeinheit, — wie er ja auch von jedermann kraft seiner Leistungshoheit den Dienst mit der Waffe verlangen kann, — wieder unter besonderer Heranziehung der besitzenden Kreise in Form von indirekten und direkten Steuern ihren finanziellen Beitrag zur Kriegführung leistet. Nur in solchen Zeiten ist auch die Ausgabe von Kriegsnotgeld zulässig. Kriegsnotgel

Zum Schlusse sei noch ein Wort gesagt zu der Frage der „werbenden Staatsbetriebe". Man weist jetzt immer mit Vorliebe darauf hin, daß sich Staatsbetriebe nicht „rentieren". Ueber die grundsätzliche Frage der Rentabilität haben wir uns schon verbreitet. Nun ist heute tatsächlich von einer Rentabilität oder besser gesagt von einer vernünftigen Wirtschaft bei unseren Eisenbahnen und Posten keine Rede mehr — weniger zwar aus Schuld der Eisenbahnverwaltungen selbst, als vielmehr wegen der währungszerrüttenden Finanzpolitik des Reiches, der sich die Eisenbahnverwaltungen etc. nicht so rapid anpassen können, wie dies die Devisenschieber tun. Unsere Eisenbahnen haben aber in Zeiten stabiler Währung durchaus gute Erträge abgeworfen. Ertrag ist nämlich etwas völlig anderes wie müheloser Zins! Die „werbende Staatsbetrieb

Diese Erträgnisse unserer Staatsbetriebe müssen — unter Befreiung von den Zinslasten, die den ganzen Reingewinn aufgefressen haben — der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden, sie bilden dann wirklich das Rückgrat der Staatsfinanzen — sie dürfen deshalb aber auf keinen Fall an das Privatkapital ausgeliefert werden.

In dem Bestreben, die Bahnen etc. „kaufmännischer zu betreiben", sie „von dem unwirtschaftlichen Staatsbetrieb loszulösen" oder „sie in eine gemischtwirtschaftliche Form überzuführen" ist ja nur der schlecht verhüllte Wunsch des Großleihkapitales versteckt, auch noch diese erheblichen Vermögensbestandteile des Volkes sich restlos dienstbar zu machen. Liefert der Staat auch noch diese Vermögensbestandteile aus, dann ist er dem Leihkapital völlig ausgeliefert, und er hat außer der Erlaubnis als Zinseintreiber für das Leihkapital zu fungieren, kein Gebiet mehr, auf dem er souverän wäre, oder auf welchem er regulierend wirken kann und woraus er erhebliche Einnahmen zur Deckung seiner Ausgaben erzielen kann.

Ein bayerischer Sonderfall, der augenblicklich die bayerische Oeffentlichkeit beschäftigt, ist die Absicht, das bayerische Hofbräuhaus mit einer großen Privatbrauerei zu verschmelzen. Der Hofbräuhaus Skandal

Auch dieser Betrieb ist zuerst heruntergewirtschaftet worden, als ob man den Nachweis erbringen wollte, daß nur der Privatbetrieb im Stande sei, wirtschaftlich zu arbeiten, und nun soll dieses ausgezeichnete Regulativ, dieses Sicherheitsventil für die Bierpreisbildung verschwinden in den Armen einer Dividendenbrauerei.

Daß Landtag und Regierung gegen solche Pläne nicht von vornherein ganz energisch Front machen, ist bezeichnend für die völlige Verkennung der Aufgabe des Staates, in derartigen Betrieben zwar keine Konkurrenzbetriebe für die Privatindustrie zu schaffen, auch nicht Betriebe, die dem Staate besonders hohe Renten abwerfen, sondern die Muster-

Digitized by Google

betriebe darſtellen ſollen, als Vorbilder für die Erzeugung, die ihre Ueberſchüſſe für immer neue Verbeſſerungen verwenden ſollen, und die auch gleichzeitig einen Marktpreisregulator bilden ſollen.

In früheren Zeiten war eine willkürliche Bierpreiserhöhung der Privatbrauereien nicht möglich, wenn das Hofbräuhaus nicht mitmachte. Letzteres hatte aber keine dividendenhungrigen Aktionäre zu befriedigen, denen natürlich vom Standpunkte der Rentabilität aus kein Bierpreis zu hoch geweſen wäre.

Dieſe kurzen Bemerkungen ſollen nur ausdrücken, für wie wichtig wir derartige Muſterbetriebe des Staates halten und wie durch ſolche wirtſchaftlichen Beiſpiele viel mehr Gutes gewirkt werden könnte als durch Verbote und Verordnungen und polizeiliche Eingriffe.

Wir kehren nun wieder zu den großen Fragen der finanzpolitiſchen Aufgaben des nationalſozialiſtiſchen Staates zurück und zwar zum letzten Kapitel der Löſung des Staates aus den Feſſeln der beſtehenden zinspflichtigen Verſchuldung.

Digitized by Google

Die finanzpolitische Befreiung des Staates.

Wir haben zuerst geschildert, welche Maßnahmen ergriffen werden, um Zustände, wie wir sie jetzt erleben, in Zukunft unmöglich zu machen. Diese Aufgaben verlangen zwar schöpferische Leistungen, aber sie können immerhin frei getroffen werden, ohne daß bestehende Rechtsverhältnisse verletzt oder geändert werden müssen. Anders steht es mit der Sprengung der bestehenden Fesseln der zinspflichtigen Verschuldung unseres Staates gegenüber seinen in- und ausländischen Gläubigern.

Die Abschüttelung der inneren Schulden

Die hier zu ergreifenden Maßnahmen an sich sind natürlich, wie alles im Kriege höchst einfach, — nur die Durchführung wird manche Schwierigkeiten ergeben. Das Heilmittel gegen die ewige Zinsverpflichtung aus den inneren Anleihen ist sehr einfach: **die gesetzliche Aufhebung dieser Zinszahlung.** In Anbetracht der fantastischen Geldentwertung ist heute kein besonderer Widerspruch von Seiten der kleinen Leute zu erwarten, denn diese sind ja längst nicht nur um ihre Zinsen, sondern um ihre ganzen Ersparnisse betrogen worden. Dagegen wird das Großleihkapital unter Vorschiebung der Interessen der kleinen Rentner ein großes Geschrei erheben und die fürchterlichsten Drohungen ausstoßen, gegen einen Staat, der „unverbrüchliche Rechte mit Füßen tritt", der „einen Rechtsbruch begeht, der ihm den letzten Rest von Vertrauen rauben wird". Das Großkapital wird natürlich alle Hebel in Bewegung setzen, um „das ungeheure Verbrechen gegen wirtschaftliche Grundgesetze" zu verhindern. Natürlich! — man kann wirklich nicht erwarten, daß eine Weltmacht ohne weiteres auf ihre Herrschaftsurkunden verzichten wird.

Das Wehgeschr der Großfinan

In diesem Kampfe heißt es nur eiserne Nerven behalten und sich nicht bange machen lassen durch das Geheul der Pressekulis, die von der Hochfinanz ausgehalten werden.

Mit zähester Verbissenheit wird der Jude diesen Kampf führen, denn hier handelt es sich um „sei Ehr", wie der alte Rothschild gesagt hat. „Mei Geld is mei Ehr!" und wer nimmt mei Geld, der nimmt mer mei Ehr".

Nun soll ja den Besitzern der staatlichen Schuldverschreibungen keineswegs ihr Geld genommen werden, sondern es müssen nur Rechtsforderungen aufgehoben werden, die in ihrer Auswirkung zum größten Unrecht an der Volksgesamtheit geworden sind.

Die Einstellu der Zinszahlu ist die Ein stellung jah zehntelange Unrechts geg die arbeiten Bevölkerun

Vom Gesichtspunkte des Staates aus, ebenso wie vom Gesichtspunkte der Bevölkerung aus, die mit ihrer Arbeit die Unsummen aufbringen muß, um diese „Rechtsforderungen der Staatsgläubiger" zu befriedigen, handelt es sich aber nicht um „Rechtsforderungen", sondern um die größte Ungerechtigkeit aller Zeiten, — um eine dauernde Beraubung des arbeitenden Volkes zu Gunsten einer kleinen Schicht von Großkapitalisten unter staatlicher Beihilfe. **Ein Staat, der die „Brechung der Zinsknechtschaft" zur Tat macht, begeht keinerlei Unrecht,**

Digitized by Google

sondern er sühnt nur ein ganz gewaltiges Unrecht, zu dessen Verübung er selbst Handlangerdienste geleistet hat.

Freilich bedeutet dies eine völlige Umstellung des heutigen Staates; er muß sich entscheiden, ob er der Gesamtheit dienen will, oder ob er wie jetzt weiter der Büttel der Weltfinanz sein will. In dieser Frage gibt es absolut keine Kompromisse. Hier kann nur entschlossenes Durchgreifen zum Ziele und zum Heile führen.

Entscheidung ist groß

Der nationalsozialistische Staat ist sich auch dieser gewaltigen Entscheidung wohl bewußt — es wäre unendlich schwierig, einen so entscheidenden Schritt zu tun, wenn wir nicht genau wüßten, was wir an die Stelle der zinskapitalistischen Wirtschaft zu setzen haben. Aber weil wir dies wissen, gehen wir mit der vollkommensten Gewißheit des Sieges in diesen größten Kampf der Weltgeschichte. Wir wissen, daß die Zinsherrschaft nur auf Lug und Trug aufgebaut ist, und weil wir dies wissen und klar erkannt haben, wissen wir auch, daß ein solches Spinnennetz aus Lug und Trug, so mühsam es gesponnen sein mag, mit einem Griff zerrissen werden kann.

Unsere Gewißheit

Nur noch eine Frage, die letzte muß uns noch beschäftigen, die Frage: Was wird das Ausland zu einer so durchgreifenden Reform und besonders zu einer Verweigerung weiterer Zinszahlungen an ausländische Zinsgläubiger sagen?

Was sagt das Ausland

Ja, was wird das Ausland dazu sagen? Diese Frage ist an sich schon so unendlich bezeichnend für unser deutsches Elend, und auch für die kosmopolitische Einstellung weitester Kreise. Was ist überhaupt das „Ausland"? Sind es die Franzosen, die Engländer, die Amerikaner? Sind es die Schweizer und Holländer und Norweger? Sind es die Russen oder die Chinesen? oder sind es die Inder oder die Feuerländer oder die Kongoneger? Schließlich gehören doch alle diese Völker zum „Ausland" uns gegenüber. Nun — weitaus die überwältigende Masse aller „Ausländer" wird gar nichts dazu sagen, die wenigsten Chinesen, auch die allerwenigsten Russen und Franzosen werden überhaupt wissen, um was es sich handelt. Zum Schluß bleiben die Regierungen unserer Kriegsfeinde und dann natürlich als die eigentlich Interessierten — die jüdischen Weltbankiers — übrig, die „etwas dazu sagen werden". Was die Weltfinanz dazu sagen wird, ist aber sehr einfach zu beantworten. Sie werden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ein solches Vorgehen als unerhörtes Verbrechen an der Kulturmenschheit bezeichnen, sie werden durch die ihr ergebene Presse unter allen möglichen Lügen und Verdrehungen die sogenannte gesittete Welt gegen einen solchen unerhörten Bruch eingegangener Verpflichtungen aufrufen, sie werden vom völligen Zusammenbruch Europas reden und sie werden versuchen, Frankreich als den besonders geeigneten Träger europäischer Gesittung zu einem offenen Exekutivkrieg gegen Deutschland aufzuhetzen. Das alles wird das Ausland, ließ jüdische Hochfinanz, gegen ein derartiges Attentat auf die Allmacht des Großjudentums sagen.

An sich könnte man sich also sowohl die Frage wie auch die Antwort sparen, denn daß diejenige Macht, gegen die sich der Befreiungskampf richtet, sich nicht kampflos unterwirft, ist sonnenklar, nachdem

Digitized by Google

es sich hier nicht um Deutsche handelt, denen die fremden Interessen und Rechte meistens heiliger sind, als die Rechte der Deutschen, sondern um Menschen, deren hervorstechendste Eigenschaft ein brutaler Machtwille ist.

Was werden die Engländer dazu sagen, wenn sich die Iren erheben? — oder was werden die Türken sagen, wenn sie sich unterwerfen sollen? — — Sie werden alle Anstrengungen machen, sich dagegen zu wehren. Alle anderen Völker werden eben gar nicht lange so törichte Fragen stellen, sondern instinktiv ihrem Willen zum Leben folgen und kämpfen und nicht lange Betrachtungen anstellen.

In allen solchen letzten Schicksalsfragen ist es vollkommen müßig, spekulative Betrachtungen anzustellen darüber, was der Feind nun wohl tun wird, denn daß dieser eine Befreiung oder Erhebung nicht ohne weiteres zulassen wird, versteht sich von selbst. Etwas ganz anderes ist die Ueberlegung, welche Machtmittel der Gegner zur Verfügung hat und zu wissen, über welche Kräfte man selbst verfügt. Weiß man ferner ganz genau, was man selbst tun muß und tun will, dann muß man zusehen, wie der Feind den Angriff parieren wird, und erst dann kann man die Gegenmaßregeln ergreifen. Kein Generalstabsplan kann über den ersten Angriff hinaus den Feldzug festlegen, wohl aber kann er die allgemeinen Richtlinien für das tatkräftige Vorgehen angeben. So auch hier.

Strategie und Taktik

In unserem Falle sind die Gegner nun sehr schwer zu fassen, weil es sich um eine überpersönliche und überstaatliche Macht handelt. Der Feldzugsplan wird daher zunächst einmal zu berücksichtigen haben, welche Mächte und Interessengruppen als Gegner nicht in Betracht kommen. Dies ist wichtig, um nicht unnötigerweise Kräfte zu verbrauchen in einer Richtung, aus der gar keine Gefahr droht.

Hinter der Frage „Was wird das Ausland dazu sagen" steckt meistens die Besorgnis, daß wir in einem solchen Falle vom Auslande keinen Kredit oder keine Nahrungsmittel oder sonstige Rohstoffe bekommen werden. Wie steht's nun damit.

Kredit? Nun, wer einigermaßen unsere Gedankengänge mitgegangen ist, der wird sich selbst sagen können, daß wir gar keinen Kredit wollen, weil wir keinen brauchen.

Als Volkswirtschaft können wir auf die Dauer unseren Einfuhrbedarf immer nur durch unsere Ausfuhr bezahlen, also Ware gegen Ware eintauschen, aber nicht mit Papiergeld, und nicht mit „Krediten". Dies geht alles wohl eine Zeit lang, solange das Ausland wirklich Kredit gibt, d. h. solange die verschiedenen ausländischen Lieferanten das Vertrauen haben, daß die deutschen Importeure die bezogene Ware auch mit vollwertigem Gelde bezahlen werden. Dieses ist aber eben nur möglich, wenn die Importeure auch als Exporteure deutscher Waren fremdes Geld dafür eingenommen haben. Die Befürchtung, daß wir wegen Verweigerung internationaler Zinszahlungen keine Baumwolle und kein Fett, kein Kupfer und keine Futtermittel erhalten werden, wirft Fragen zusammen, die grundsätzlich nichts miteinander zu tun haben. Selbst die alljüdische Großbankmacht kann es auf die Dauer nicht verhindern, daß die Ueberschüsse in den Rohstoffländern auf irgendwelchen Umwegen in die deutschen Fabriken und Werkstätten gelangen, und ebenso werden auch die deutschen Fertigfabrikate ihren Weg wieder hinaus in die Absatzmärkte

Auslandskre und Weltwirtscha

Digitized by Google

der Welt finden. Dieser Güteraustausch zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften untereinander vollzieht sich eben nach zwingenden Gesetzen von Angebot und Nachfrage. Wohl können hier zwangsweise und vorübergehend Hemmungen und Sperrungen eintreten, wie wir dies im Krieg erlebt haben, und auch jetzt wieder im Ruhrgebiet erleben. Aber dies sind alles Gewaltmaßnahmen, die auch das Ausland in gleicher Weise schädigen.

Wir können daher mit großer Bestimmtheit annehmen, daß es dem Großhandel gelingen wird, den unbedingt nötigen Einfuhrbedarf zu decken. Es wird immer wieder neutrale Länder geben, über die diese Einfuhren zu uns gelangen können.

Und was den Kredit selbst anlangt, so haben wir ja bisher zur Genüge erfahren, daß wir trotz bravster Zinszahlungsabsichten immer noch nicht die „ersehnte" internationale Anleihe bekommen haben. Dies ist ja übrigens auch ganz natürlich, denn ein Land, das innen und außenpolitisch alles tut, um seinen Ruin zu beschleunigen, ist eben nicht kreditwürdig.

Dagegen kann eine Volkswirtschaft, die sich wieder auf ihre nationalen Pflichten besinnen würde, die damit auch wieder leistungsfähiger für Exportartikel werden würde, viel eher damit rechnen, daß sie wieder das alte Vertrauen zurückerobert. Die vorübergehenden Zwischenkredite bei Import und Export sind Angelegenheiten der Handelshäuser und beruhen auf deren persönlichem Kredit.

Zwangsmaßregeln

Nun hat diese Frage noch eine andere Seite, das ist die Befürchtung von politischen Zwangsmaßregeln wegen der Einstellung des staatlichen Zinsendienstes aus den Kriegsanleihen und sonstigen verzinslichen Schuldverschreibungen des Reiches oder der Bundesstaaten. Auch dies ist äußerst unwahrscheinlich, da es sich hier um die Zinsforderungen von einzelnen privaten Gläubigern deutscher Staatspapiere handelt, um deren willen wohl kaum eine politische Aktion in Szene gesetzt werden kann. Tatsächlich ist es auch in der Geschichte der Staatsbankerotte noch nicht vorgekommen, daß eine militärische Intervention erfolgt wäre, wenn ein Staat seinen Zinsendienst eingestellt hat. Die gegenteilige Behauptung, daß in diesem Falle sofort die Franzosen Repressalien anwenden würden, ist — abgesehen davon, daß diesem haß- und angsterfüllten Feind jeder Grund recht ist, um Deutschland zu quälen — keineswegs aus logischen Gründen anzunehmen, denn sonst müßten die Feinde schon längst durch eine militärische Aktion gegen den Währungsverfall der deutschen Mark eingeschritten sein. Der Währungsverfall hat ja bis heute schon die ausländischen Gläubiger von deutschen Anleihepapieren um mehr als 999 pro mille geschädigt. Nun sehen aber unsere Maßnahmen gar nicht die Annullierung dieser inneren deutschen Staatsschulden vor, sondern nur die Zinsloserklärung und die Umwandlung der Wertpapiere in Bankguthaben. Den ausländischen Gläubigern gegenüber könnte dagegen ohne weiteres die Barauszahlung angeboten werden.

Wie sollte in einem solchen Falle, also wenn der Herr M. M. in Illinois oder Chicago von seinem Bankier die Mitteilung erhält, daß die deutsche Regierung die Kriegsanleihen bar zurückzahlt, und ihm dieser Betrag auf seinem Konto gutgeschrieben worden sei, sich groß aufregen

Digitized by Google

und seine Regierung in Bewegung setzen gegen Deutschland. Jedenfalls ist eine solche Mitteilung dem Herrn N. N. ganz gleichgiltig, denn er wird ohnedies schon seinen Besitz an deutschen Kriegs- oder sonstigen Anleihen auf reines Verlustkonto geschrieben haben. Also wegen des Zinsendienstes aus unseren inneren Staatsschulden wird sich gewiß niemand im Auslande aufregen. Auch im Inlande werden die Kriegsanleihebesitzer eine solche Regierungsmaßnahme mit der gleichen Lethargie entgegennehmen, wie sie alle bisherigen Finanzkunststücke über sich ergehen haben lassen.

An der Aufhebung des inneren Zinsendienstes ist das Ausland uninteressiert

Die inländischen Staatsgläubiger haben sich bisher jeden staatlichen Eingriff gefallen lassen

Wer hat denn gegen die finanzielle Verluderung unserer Wirtschaft jemals ernstlich protestiert? Wer hat gegen den offen betriebenen Finanzbolschewismus Front gemacht? Wir meinen natürlich nicht eine Einzelperson, sondern die Parlamente und die Regierungen oder die sonstigen maßgebenden Kreise in Staat und Wirtschaft. Einzig und allein unsere Bewegung hat von jeher die verderblichen Maßnahmen der Regierung verurteilt und bekämpft und das kommende Unheil klar vorausgesagt.

An dieser Zerstörung des Sparbesitzes der deutschen Nation, soweit er in zinspflichtigen Effekten des Reiches, der Bundesstaaten oder in festverzinslichen Papieren der öffentlichrechtlichen Körperschaften und der Sparkassen angelegt worden ist, ist daher nichts mehr zu ändern, denn nur ein Narr kann glauben, daß die deutsche Mark jemals wieder einen höheren Wert oder gar den Friedenswert erreichen werde. Dagegen werden wir dafür sorgen, daß die von dieser Vermögensberaubung betroffenen minderbemittelten Kreise unseres Volkes nach Möglichkeit wieder entschädigt werden.

Die Zerstörung des Sparbesitzes der deutschen Nation

Ein ernstlicher Widerstand ist also von keiner Seite zu erwarten, wenn eine national deutsche Regierung die Zinsloserklärung aller festverzinslichen Wertpapiere aussprechen würde unter gleichzeitiger Umwandlung dieser Papiere in zinslose Guthaben bei den staatlichen Banken oder Postscheckkassen. Für uns handelt es sich darum, daß durch unsere Maßnahmen die Gesamtheit nicht geschädigt wird, — daß von kapitalistischer Seite Widerstand geleistet werden wird, kann die befreiende Tat nicht hemmen. Man wird gerade an dieser Maßnahme sehen, daß sich hier eine Scheidung der Geister vollziehen wird und daß die geschlossene Phalanx derjenigen, die in dieser Regierungsmaßnahme eine Erlösung und Befreiung der Arbeit von ungeheurem Druck empfinden werden, sehr bald *alle* Arbeitenden umfassen wird. Ihnen werden als Gegner nur mehr die Bank- und Börsenkreise und die in ihren alten Vorurteilen befangenen Kreise der Kleinrentner gegenüberstehen.

Die Scheidung der Geister

Wer arbeitet, hat kein sonderliches Interesse daran, daß er aus seinen vorübergehenden Guthaben bei den Banken Zinsen *bekommt*, noch weniger hat er natürlich Interesse daran, recht hohe Zinsen für Kredite zu bezahlen; er will mit seinem Geld als Betriebsmittel arbeiten und verdienen. Deshalb werden alle Geschäftsleute, Fabrikanten und Gewerbetreibenden sehr wenig an der Aufrechterhaltung des zinskapitalistischen Systems interessiert sein. — Dies wird jedem sonnenklar, der sich vor Augen

Industrie und Gewerbe haben kein Interesse Zinsen zu bezahlen

Digitized by Google

hält, daß staatliche Zinsen — wie wir eindrücklichst gezeigt haben — nur durch direkte oder indirekte Steuern aus dem Arbeitserträgnis der Schaffenden genommen werden.

Wer sich immer diese Erkenntnis klar vor Augen hält, der kann keinen Augenblick schwanken, denn es ist ja geradezu ein Fundamentalsatz jeder Staatsfinanzwirtschaft: daß der Staat nur geben kann, was er seinen Bürgern in irgendeiner Form wieder abnehmen muß.

ie schaffende beit muß die ssen für den nleihedienst erarbeiten

Die Zinsen für den Anleihedienst des Staates müssen unter allen Umständen von der schaffenden Arbeit getragen werden. Von diesem Grundsatz ist kein Arbeitender ausgeschlossen, am wenigsten der Handarbeiter, der über keine zinstragenden Wertpapiere verfügt. Ihn trifft dieser Zustand am härtesten, denn ihn treffen ja auch die direkten und besonders die indirekten Steuern am härtesten. Daß gerade jetzt der Arbeiter durch die direkten Einkommensteuern in Form des Lohnabzuges vor allen anderen Kreisen zur Steuer herangezogen wird, hat den Arbeiter schon hellsichtig für diese Dinge gemacht, das Gleiche gilt für alle Lohn- und Gehaltsempfänger. Freilich die viel tiefer einschneidenden indirekten Steuern kommen diesen Kreisen viel weniger zum Bewußtsein — obwohl sie sie am meisten spüren durch die Teuerung, wie in dem Kapitel über „Die Teuerung" geschildert wurde. Die indirekte Steuer ist die unsozialste Steuer. Sie belastet die Arbeit zugunsten des reinen Leihkapitals. Niemand kann sich ihr entziehen und deshalb drückt sie natürlich den am härtesten, der das geringste Einkommen hat. Den Besitzer von großen Kapitalvermögen stören dagegen die indirekten Steuern nicht im mindesten — die Kohlen-, Salz-, Zündholzsteuern, die Zucker-, Bier- und Getränkesteuern, die Umsatz-, Personenverkehrssteuern usw.

e indirekte uer ist sozial ungerecht

Wer daher aus den Kreisen der Arbeit Gegner einer solchen Befreiungstat ist, kann es nur sein aus Unwissenheit und Unkenntnis dieser Zusammenhänge.

Mit den Gegnern werden wir uns in einem eigenen Abschnitt noch auseinandersetzen, besonders auch mit den Besorgnissen der Kleinrentner. Letzteres führt uns aber bereits hinüber in die sozialpolitischen Aufgaben des nationalsozialistischen Staates.

Die schüttelung internationa- Zinslasten

Das Letzte und Schwerste, was uns in diesem Kapitel noch zu beschäftigen hat, ist die Frage der Abschüttelung der internationalen Zinsverpflichtungen — m. a. W. die Versagung von weiteren Zinszahlungen für die Kriegsschulden.

Diese Frage hängt aufs innigste mit der deutschen Schicksalsfrage zusammen, ja sie ist geradezu **die deutsche Frage** überhaupt, denn sie lautet: Will das deutsche Volk Freiheit oder Sklaverei.

Wir wissen, daß in solchen letzten Dingen nur der entschlossene Wille entscheiden und den Sieg erringen kann — die Beantwortung dieser Frage geht deshalb über den Rahmen finanzpolitischer Betrachtungen weit hinaus. Aber es ist unerläßlich, daß ein Volk, das um seine Freiheit ringen muß, weiß, daß seine Knechtschaft in allererster Linie eine

Digitized by Google

finanzpolitische ist, daß sich hier Politik und Wirtschaft aufs engste berühren. Gerade dies ist aber das Neue an der heutigen Lage, daß sie beherrscht ist von finanziell machtpolitischen Gesichtspunkten und daß die militärisch machtpolitischen Gesichtspunkte erst in zweiter Linie kommen.

Die treibenden Kräfte

Es wäre äußerst verführerisch, an dieser Stelle die weltpolitischen Kräfte, die zum Weltkrieg getrieben haben, Revolution und Zusammenbruch verschuldet haben, historisch zu beleuchten, doch diese historische Retrospektive ist ohnedies viel zu breit in der deutschen Oeffentlichkeit behandelt worden, als daß hier wesentlich Neues gesagt werden könnte. Dagegen müssen einige grundlegende Bemerkungen gemacht werden, die auch in den historisch gewissenhaftesten Schilderungen viel zu wenig betont werden — weil sie eben nicht aktenmäßig festgestellt werden können — über das geheime Wirken der überstaatlichen Geldmächte.

Gewiß sind alle die rein politischen Momente von großer Bedeutung für die Entstehung des Weltkrieges und für seine Führung gewesen. Gewiß tragen die aktiven Kriegshetzer — die Suchomlinow, die Iwolski, die Clemenceau und Poincaré, die Grey und die Pasitsch — ihr gerüttelt politisch Maß an dem Ausbruch des Weltkrieges. Gewiß sind die Unterlassungssünden unserer deutschen Diplomatie, die ungenügende diplomatische Vertretung, die Bethmännerei und der Kaiserismus auf deutscher Seite Momente, die einen so ungünstigen Zeitpunkt für unser Volk zugelassen haben. Aber ebenso gewiß ist, daß das Weltkapital, indem es selbst immer schlau versteckt im Hintergrund geblieben ist, alle diese Strömungen und Bewegungen bewußt geleitet hat *), zu dem heute erreichten Endziel — der finanziellen Unterjochung aller Völker zu Zins- und Tributpflicht gegenüber den überstaatlichen Geldmächten.

Diese alles beherrschende Tatsache haben wir in dem Kapitel über die „Zinsknechtschaft" ziffernmäßig erhärtet, diese Tatsache übertrifft an Wichtigkeit alle anderen politischen Erscheinungen. Alle anderen Erscheinungen auf politischem und auch alle Verfallserscheinungen auf kulturellem Gebiet sind ja nichts anderes als die Auswirkungen dieser Weltherrschaft der großen überstaatlichen Geldmächte.

Das mammonistische Zeitalter

Wir können geradezu vom mammonistischen Zeitalter als einer neuen Epoche sprechen. Gott Mammon hat den Thron dieser Welt bestiegen. Kaiser und Könige beugen sich vor ihm. Die Parlamente und Regierungen sind seine willfährigen Diener. Große Bewegungen — wie das Ringen der Lohnarbeiterschaft um ihren Aufstieg — hat er in seine Dienste einzuspannen gewußt. Die Presse der Welt hat das Weltkapital ebenso seinen Zwecken dienstbar gemacht — wie es sich auch zum Verwalter der Kulturgüter und zum Verfälscher jeder nationalen bodenständigen Kunst und Literatur gemacht hat.

Als die hervorragendsten Träger dieser mammonistischen Verseuchung und Beherrschung der Welt haben wir den Juden erkannt, und so schließt sich der Ring unserer Erkenntnisse wiederum mit der Frage aller Fragen — der Judenfrage.

*) cf. Rosenberg.

Digitized by Google

Lösung des Zinsproblems ist Lösung der Judenfrage. Die Lösung des Zinsproblems im Sinne unserer Ausführungen ist die Brechung der jüdischen Weltherrschaft, weil sie die Macht des Weltjudentums — seine Geldmacht — zerschlägt.

Die Lösung des Zinsproblems ist aber darüber hinaus noch in aufbauendem Sinn auch gleichzeitig die Lösung der sozialen Frage.

Außenpolitisch ist nun aber die Abschüttelung unserer Zinslasten von der Weltfinanz sehr geschickt mit unserer Befreiung von unseren militärischen Kriegsfeinden verknüpft worden.

ıkreich der ıerge der eltfinanz

Hier steht uns Frankreich nicht nur als der Erbfeind, sondern auch als Zutreiber für die Weltfinanz gegenüber, jeden Tag bereit, neue Gewalttaten gegen uns zu begehen.

Amerika — als derzeitiger Vorort der Weltfinanz — mag noch so sehr in weiten Schichten seiner einst fanatisch gegen Deutschland eingestellten Bevölkerung über die Wirklichkeit aufgeklärt werden, gegen den Willen der Herren von Wallstreet kann und wird es nichts für Deutschland tun können, was über den doch recht engen Rahmen charitativer Hilfstätigkeit hinausginge.

England, und zwar das nationale imperialistische britische Reich, mag noch so sehr eine völlige Zertrümmerung Deutschlands mit Mißbehagen verfolgen — es wird trotzdem nichts für Deutschland tun können und wollen, denn England ist ja selbst völlig in den Händen der Weltfinanz, die auch in der englischen Regierung die ausschlaggebende Rolle spielt. Man erinnere sich nur der Balfour-Deklaration, die völlig unter dem Banne der Zionisten entstanden ist.

Frankreich steht unter dem doppelten Druck seiner chauvinistischen Generale und der allgemeinen Volkspsychose eines krankhaften Hasses und einer ebenso krankhaften Furcht vor Deutschland und unter der unbeschränkten Herrschaft des Hauses Rothschild.

utschland n sich nur ıst helfen

Gegenüber einer solchen weltpolitischen Lage des deutschen Volkes gibt es eben nur den einen Entschluß zur Selbsthilfe — zum entschlossenen Nein! — Komme was da wolle!

„Wer die Folgen ängstlich zuvor erwägt — Der beugt sich, wo die Gewalt sich regt" singt ein altes deutsches Studentenlied. Unerschütterliche Weltweisheit birgt dieser Vers.

Und gerade jetzt erhält das arme deutsche Volk wieder einen Anschauungsunterricht von fürchterlichstem Ausmaß in der französischen Gewaltpolitik im Ruhrgebiet.

Es nützt alles nichts! Wer den Willen zur Freiheit nicht hat — oder glaubt, durch Entgegenkommen oder durch Verhandeln die Freiheit erkaufen zu können — der ist verloren!

Er findet nirgends in der ganzen Welt Freunde und weder das Weltgewissen noch sonst eine deutsche Phantasie von der „am Ende doch siegenden Gerechtigkeit" wird dem deutschen Volke den blutigen Weg der Befreiungstat ersparen.

Sicher ist, daß dieser Weg kürzer und weniger opfervoll ist, als der Weg in die unvermeidliche und endgültige Sklaverei, auf dem unser armes

Digitized by Google

Volk nunmehr seit fast 5 Jahren von einer ebenso unfähigen wie unverantwortlichen Regierungskunst gezerrt wird.

Niemand kann leugnen, daß sich alle Hoffnungen, alle Tröstungen der Erfüllungspolitiker als Selbstbetrug entpuppt haben. Nichts wurde dem deutschen Volke erspart; trotz aller Opfer, trotz aller Leistungen, die noch kein Volk geleistet hat, sanken Staat und Volk in immer tieferes Elend. Immer weitere Gebiete deutschen Landes wurden vom Feinde besetzt und vergewaltigt. Die deutsche Währung verfiel immer mehr und hat schon längst die andere europäische Lumpenvaluta — die russische — unterschritten.

Jeder Kampfwille im Volk wird systematisch unterdrückt, — „um den Feind nicht zu reizen", — wie das alte Bethmann'sche Rezept hieß. Cuno erfand dafür das Wort vom „passiven" Widerstand! Schon die Wortbildung allein ist so unendlich bezeichnend für die neudeutsche Geistigkeit. „Passiver Widerstand" ist schon als Wort ein innerer Widerspruch — auf deutsch ein Unsinn. — „Leidender" Widerstand! heißt passiver Widerstand — also ein Widerstand, der keinen Widerstand leistet, sondern der sich alles gefallen läßt. Das Regierungsplakat zu diesem leidenden Widerstand zeigt auch ganz richtig einen von französischen Reitpeitschen blutig geschlagenen Arbeiterkopf, dessen Gesichtsausdruck aber auch alles vermissen läßt, was auf Trotz oder Haß oder Widerstand schließen ließe. Ergeben senkt der Geschlagene mit geschlossenen Augen sein Haupt — und erwartet neue Schläge. Die Unterschrift „Trotz allem" klingt wie ein Hohn auf die widerstandslose Ergebung in ein unabänderliches Schicksal, das die Zeichnung ausdrückt.

Der „passiv Widerstan

Nun bilden aber gerade die Erfahrungen mit der Ruhrbesetzung ein glückliches Vorzeichen dafür, daß schon allein ein gemeinsamer Abwehrwille dem Feind fast unüberwindliche Schwierigkeiten macht. Jedenfalls kann heute, nach 6 Monaten Ruhrbesetzung gesagt werden, daß die finanziellen Erfolge der Ruhrbesetzung reine Mißerfolge waren und daß auch politisch Frankreich durch seine Ruhrpolitik seine meisten politischen Sympatien verloren hat und in politischer Isolierung steht.

Der aktiv Widerstan

Gerade diese Erfahrungen geben mir das Recht, zu sagen, daß ein wirklich entschlossen geleiteter Abwehrwille in Sachen der Verweigerung von weiteren Zinszahlungen auf das sog. „Wiedergutmachungskonto" die Weltfinanz und deren Schergen Frankreich vor Aufgaben stellen würde, die schlechthin unlösbar sind.

Verweigerun jeglicher Trib leistung

Eine Verweigerung jeglicher Zins- und Tributleistungen aus den Kriegsschulden würde die Weltfinanz bzw. Frankreich vor die Frage der eigenen Uebernahme der gesamten Finanzverwaltung ganz Deutschlands stellen. Wenn alle Steuern von reichswegen aufgehoben würden, die jetzt der Zinsleistung an den Feind dienen, so würde dies erstens innerpolitisch eine Erlösung von wahnsinnigem Steuerdruck bedeuten, eine sozialpolitische Großtat allerersten Ranges, und der Feind müßte versuchen, eine eigene Finanzverwaltung in Deutschland aufzubauen.

Nun hat sich aber schon die Unfähigkeit Frankreichs gezeigt im Ruhrgebiet — also auf einem doch räumlich sehr wenig ausgedehnten Gebiet, die Eisenbahnverwaltung zu übernehmen und gegen Störungsversuche von deutscher Seite zu schützen — wie sollte es ihm nun möglich

Digitized by Google

sein, ein 60 Millionenvolk gegen seinen Willen steuerlich auszurauben. Gewiß mag es möglich und wahrscheinlich erscheinen, hunderte und tausende von Widerspenstigen von Haus und Hof zu verjagen — aber man kann nicht ein ganzes Volk von Haus und Hof verjagen.

Und wenn erst das deutsche Volk an jedem Steuer- und Rentamt den französischen oder jüdischen Steuerpächter sitzen sehen würde, und den Bauern würden von diesen fremden Unterdrückern die besten Kühe aus dem Stall geholt werden — dann würde die Wut und Empörung bald so stark werden, daß eine Nacht den fremden Spuck mit blutigem Besen auskehren und Deutschland befreien würde.

Ob daher überhaupt eine Militärmacht ein solches Unternehmen im Dienste der Geldmacht übernehmen würde, ist daher noch sehr fraglich.

Die Aussichten unseres Befreiungswillens sind daher keineswegs so ungünstige, wie es anfänglich den Anschein haben mag — im Gegenteil. Das einzige Mal, wo Deutschland geschlossen die Auslieferung seiner „Kriegshelden" verweigerte, war mit diesem „Nein" der Spuck zu End'.

Nun wird sicherlich die Weltfinanz noch andere Mittel versuchen, insbesondere das Mittel des Boykotts und der gänzlichen Abschnürung vom Weltmarkt. Daß ihm das Letztere nicht gelingen wird, darf ebenfalls als sicher gelten, und auch der Boykott deutscher Waren würde Deutschland zunächst nur in seiner wirtschaftlichen Betätigung wieder mehr oder vorübergehend ausschließlich auf seinen inneren Markt hinweisen. Es wäre somit auch hier nur die Aufgabe einer geschickten Innenpolitik, besonders durch großzügigste Förderung auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, die kritischen Zeiten zu überwinden und zum Segen des Volkes auszunützen, bis die neuen Wege in die Welt erschlossen sind.

Diese Oeffnung der neuen Wege in die Welt wird über die Brechung der Judenvorherrschaft auch bei den anderen Völkern gehen, denn nur über die innere Gesundung der einzelnen Völker von ihrer inneren Vergiftung durch das jüdisch-mammonistische Gift kann auch deren Weg zu einer gesunden nationalen Volkswirtschaft führen. Dann öffnen sich von selbst die natürlichen Wege eines gesunden zwischenstaatlichen Handels und Wirtschaftsverkehrs zwischen den Völkern — und die Menschheit wird befreit von dem jüdischen Druck, ein Zeitalter unerhörtester Hochblüte erleben — allen voran

Deutschland — das Herz der Welt.

Digitized by Google

Die Einwendungen.

Nach den weltweiten Ausblicken des vorangehenden Kapitels fällt es besonders schwer in die Niederungen des Meinungsstreites über die Möglichkeiten der Befreiung herabzusteigen.

Wohl dürfen wir hoffen, daß die törichtesten und kleinlichsten Bedenken und Nörgeleien verstummen angesichts der riesenhaften Bedeutung der Zinsfrage. Wir werden also die tausend Fragen nicht berücksichtigen, die unter die Rubrik fallen „Ein Narr fragt mehr, als zehn Weise beantworten können". Dieses qualvolle und fruchtlose Frage- und Antwortspiel hat der Verfasser im Verlauf der letzten Jahre seiner Propagandatätigkeit zur Genüge erlebt.

Wir werden daher nur in Kürze diejenigen Einwendungen besprechen, die durch das Gewicht der betreffenden Stelle oder Persönlichkeit oder wegen der wirklichen Schwierigkeiten, die neue Gedanken immer wieder den in alten Gleisen laufenden Gehirnen auferlegen, eine Antwort verlangen. Im Allgemeinen sind ja schon alle Einwendungen bei der Besprechung der einzelnen Maßnahmen vorweggenommen worden, und wer versucht hat, die grundsätzliche geistige Umstellung aus der Ideenwelt der zinskapitalistischen Wirtschaft in die Gedankengänge einer vom Wuchergeist befreiten Bedarfsdeckungswirtschaft mitzugehen, der wird sich wohl selbst alle Einwände beantworten können; aber selbst wenn dies nicht der Fall ist, so genügt es, wenn er die innere Ueberzeugung von der Richtigkeit der vom Nationalsozialismus angestrebten Wirtschaftsordnung empfindet. Kurz werden auch Bestrebungen zu besprechen sein, die mit mehr oder weniger Klarheit unser Befreiungsziel anstreben, aber in ihren Mitteln danebengreifen.

Der bayerische Handelskammertag hatte sich im Jahre 1921 eingehend mit meinen Forderungen zur Brechung der Zinsknechtschaft befaßt und den Syndikus der Handelskammer Nürnberg, Dr. Otto Heyn mit der Abfassung einer Gegenschrift beauftragt. Dr. Heyn, ein Jude natürlich, unterzog sich mit großem Eifer dieser Aufgabe. Die bayer. Handelskammer verbreitete diese Schrift mit großem Nachdruck in allen Kreisen Bayerns. Die bayerisch Handelskamm

Schon allein diese Tatsache beweist, daß die Arbeit des deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft den jüdisch-händlerischen Kreisen sehr auf die Nerven fiel, und daß sie darin mehr denn in jeder anderen Bewegung ihren Feind erblickte. Es ist auch ein Beweis dafür, daß die Periode des Totschweigens der Zeit des direkten Kampfes gewichen war.

Es versteht sich schließlich von selbst, daß ein so gewandter Finanzschriftsteller wie Dr. Heyn, der sich schon seit Jahrzehnten auf diesem Gebiete betätigt hatte, alles zusammensuchen würde, was sich gegen meine finanzpolitischen Forderungen ins Feld führen läßt. Lediglich der Wortreichtum dieser Veröffentlichung hält mich ab, dieselbe hier im Wortlaut abzudrucken. Der Hauptinhalt geht aus meiner Ent-

Digitized by Google

gegnung hervor, die in höchst dankenswerter Weise von der „Münchner Zeitung“ — trotz der zweifellos damit für die Zeitung verbundenen Gefahren — veröffentlicht wurde. (Nr. 301/302 vom 31. Oktober 1922.)

Schon in Nummer 40 der „Bayrischen Handelszeitung“ vom 14 Dez. 1920 hatte sich Dr. Heyn in einem großen Artikel mit meinen Vorschlägen befaßt. Der Inhalt dieses Artikels wurde dann auf Wunsch der Handelskammer noch erweitert und als Flugschrift in Druck gegeben.

Zunächst zieht Dr. Heyn meine sämtlichen Schriften sowie die Veröffentlichungen des Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft in den Kreis seiner Betrachtungen und bringt auch ungekürzt die 10 Forderungen des Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft zum Abdruck.

Bemerkenswerter Weise beginnt Dr. Heyn seine Entgegnung mit dem Eingeständnis, daß „die Auffassung, daß der Zins die Wurzel alles Uebels sei und daß mit seiner Ausrottung die Welt einer glücklicheren Zukunft entgegengeführt werden würde, nicht neu sei.“ Es sei indes trotz der verschiedenen Zinsverbote nicht gelungen, „an der wirtschaftlichen Erscheinung, die der Zins darstelle, etwas zu ändern.“

Demgegenüber muß mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, daß sehr wohl durch die mittelalterlichen Zinsverbote der römischen Kirche das Wirtschaftsleben der damaligen Zeit eine unerhörte Blüte von Kunst und Gewerbefleiß aufwies. Was das deutsche Frühmittelalter alles geleistet hat auf allen Gebieten der Kunst und Wissenschaft in der Malerei, Bildhauerei, Metallkunst usw., zeigt uns in lebendigster Weise heute noch ein Besuch von Nürnberg, Rothenburg, Würzburg oder Bamberg und deren Museen.

Bis in die neueste Zeit hinein hat auch die Kirche theoretisch an der alten Kirchenlehre von der Verurteilung des Zinses festgehalten. Papst Leo XIII. hat in seiner Enzyklika „Rerum novarum“ und Benedikt XIV. in der Enzyklika „Vix pervenit“ genau den gleichen Standpunkt eingenommen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die im Verlag Volksheil in Graz erschienene Schrift „Kapitalismus oder Christentum“.

Im zweiten Abschnitt stellt Dr. Heyn meine Forderungen in Parallele mit den Bestrebungen des Freiland und Freigeldbundes von Silvio Gesell, der z. Z. der Münchner Räterepublik Finanzminister gewesen war.

Meine Freunde wissen, daß ich immer die Richtung Silvio Gesell mit aller Entschiedenheit bekämpft habe. Ich verweise hiezu, daß der große zwischenstaatliche Parteitag der nationalistischen Parteien Großdeutschlands in Linz im August 1921 vornehmlich der Austragung der Frage gewidmet war, ob die Finanzreform im Sinne des deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft oder die Freigeld- und Freilandlehre Silvio Gesells richtunggebend für den Nationalsozialismus sein solle.

Nach eingehenden Beratungen haben die vereinigten Parteien Großdeutschlands damals folgende Entschließung gefaßt:

Die tschließung es Linzer arteitages

... „Die nationalsozialistische Partei lehnt mit aller Entschiedenheit die internationale Richtung der Freilandbewegung im Sinne Silvio Gesells ab, da sie den Tod unseres Volkstums bedeuten würde. ...

Digitized by Google

Was die Brechung der Zinsknechtschaft anbelangt, erblickt die nationalsozialistische Partei, im Gegensatz zum marxistischen Sozialismus, in dem überstaatlich organisierten und alle Völker ausbeutenden Leih- und Finanzkapital den größten Feind der Menschheit im allgemeinen, des deutschen Volkes nach seiner wirtschaftlichen Versklavung durch Versailles und St. Germain im besonderen, und tritt für die restlose Beseitigung des Zinses im öffentlichen wie im Privatleben ein. Sie ist jedoch mit Gottfried Feder und dem „Bund zur Brechung der Zinsknechtschaft" einer Meinung, daß für den Augenblick die unendliche Schuldenlast des deutschen Staates von entscheidender staatspolitischer Bedeutung ist, und sieht in der Umwandlung der staatlichen Schuldverschreibungen in unverzinsliche Werte einen sofort einzuschlagenden Weg. An Kleinrentner und Zinsempfänger, die infolge Krankheit usw. nicht in der Lage sind, ihren Unterhalt zu verdienen, hat der Staat die bisherigen, z. T. sogar höheren Erträgnisse aus ihrem Wertpapierbesitz auf Lebensdauer zu bezahlen. Der Staat deckt seinen Geldbedarf für gemeinnützige Aufgaben aus den Ueberschüssen seiner gewinnbringenden Staatsbetriebe, sowie aus Vermögens- und Einkommensteuern.

Die Kosten für werbende Neuschöpfungen, die er wegen des augenblicklichen Steuerdruckes nicht aus Gemeinschaftsleistungen decken kann, bestreitet er durch die Ausgabe unverzinslicher Staatskassenscheine nach Genehmigung durch die Volksvertretung. Die Staatskassengutscheine sind aus den Erträgnissen rückzuzahlen."

Mit diesen programmatischen Erklärungen hat die Gesamtpartei die hauptsächlichsten Grundsätze des Deutschen Kampfbundes übernommen und die Gesell'schen Irrlehren grundsätzlich abgelehnt.

Weiter vergleicht Dr. Heyn meine Vorschläge mit den Anregungen, die „der auch in Bankkreisen hochgeschätzte Direktor der Hypothekenbank in Hamburg, Dr. Bendixen, gemacht hat".

Dieser letztere Vergleich wird von mir nicht abgelehnt, nur geht Bendixen nicht auf den Kern der Sache — das Zinsproplem als solches — ein, sondern fordert in einem sehr temperamentvoll geschriebenen Aufsatz im Bankarchiv vom Dezember 1919 — also fast ein Jahr nach dem Erscheinen meiner Kampfschriften — nur die Zinsloserklärung der Kriegsanleihen.

Der damalige Wortlaut meiner Entgegnung lautete:

„Wenn Dr. Heyn meint, daß keinem dieser Projekte bisher ein Erfolg beschieden gewesen sei, so hat dies nicht etwa, wie Heyn behauptet, seinen Grund darin, „daß die Verhältnisse des praktischen Lebens nicht genügend berücksichtigt gewesen seien", sondern darin, daß der Widerstand des Großleihkapitals und die Gedankenlosigkeit der Massen

Digitized by Google

nicht in kurzer Zeit und nicht ohne die vorherige Erringung der politischen Macht überwunden werden kann. Was nun die Einwände selbst anlangt, so haben sich dieselben bereits selbst im Laufe der letzten Jahre ad absurdum geführt.

Der erste Einwand ist der, daß eine Umwandlung der festverzinslichen Schuldverschreibungen des Reiches usw. in zinslose Bankguthaben eine ungeheure Inflation bedeuten würde, weil dadurch die Kaufkraft vervielfältigt würde. Dies würde eine riesige Preissteigerung im Gefolge haben. Wie jedermann weiß und täglich am eigenen Geldbeutel spürt, ist nun aber seit Jahr und Tag eine derart wahnwitzige Preissteigerung eingetreten, ohne daß die von mir geforderte Zinserklärung der Staatsschuldverschreibungen vorgenommen worden wäre. Es erscheint somit zum mindesten unwahrscheinlich, daß eine Wirtschaftsform, die das Gegenteil der jetzigen Wirtschaftsform darstellt, die gleichen unheilvollen Wirkungen auf die Preise ausüben würde wie die bestehende. Freilich schlösse dies die Möglichkeit nicht aus, daß überhaupt andere Faktoren die Teuerung nach sich ziehen und die Teuerung auch nicht geradezu die Folge des zinskapitalistischen Wirtschaftssystems sei.

Hier kommt mir aber ein eigener Aufsatz des Herrn Dr. Heyn im 14. Band, Heft 3 des „Weltwirtschaftlichen Archives", herausgegeben von Prof. Br. Harms an der Universität Kiel, zu Hilfe, in welchem Dr. Heyn selbst ausdrücklich die wissenschaftliche These vertritt, daß das durchschnittliche Preisniveau in einem Lande nicht nur abhängig ist von der Menge des Papiergeldes, sondern daß als „Kaufkraft" auch insbesondere die durch die „Anleihen" für den Staat zusätzlich geschaffene Kaufkraft wirksam sei. Mit anderen Worten: Papiergeld und Anleihen (Schulden) bedingen zusammen eine Verwässerung der Kaufkraft des Geldes. Je mehr Papiergeld gedruckt wird, und je mehr verzinsliche Schulden gemacht und dafür Schuldverschreibungen ausgegeben werden, desto mehr sinkt die Kaufkraft der Mark und um so höher steigen die Preise. Wer einmal diese, auch jedem Laien einleuchtende volkswirtschaftliche Theorie erkannt hat (die sogen. Quantitätstheorie des Geldes), der wird sich auf einmal auch in der Wirrnis zurechtfinden bei der Suche nach dem „Schuldigen" an der jetzigen Preissteigerung. An der Teuerung ist nämlich weder der Bauer noch der Arbeiter, auch nicht der Fabrikant oder der Beamte „schuld", denn deren Preis- bzw. Lohnforderungen sind nur die Folge der sinkenden Kaufkraft des Geldes; mehr Schuld trifft schon den spekulativen Zwischenhandel, der sich die Geldentwertung rechtzeitig und systematisch zunutze macht. Die Haupt- und Grundursache trifft aber die durch und durch falsche staatliche Finanzpolitik und im letzten Grund das falsche antisoziale zinskapitalistische Wirtschaftssystem. Die Anerkennung des Zinses als Rechtsforderung des Geldes gegenüber der Arbeit hat dazu geführt, daß die Kriegsfinanzierung auf dem falschen Wege des zinspflichtigen Schuldenmachens (Kriegsanleihen) durchgeführt wurde, daß die Zinspflicht aus dem Versailler Diktat eine Abtragung der Kriegsentschädigung zur hoffnungslosen Versklavung der gesamt-deutschen Arbeit und Wirtschaft macht, weil allein die Zinsen das Leistungsvermögen Deutschlands weit übersteigen. Das harte Los der Reparation wird durch die Zinspflicht zum weltgeschichtlichen Verbrechen. Gegen-

Digitized by Google

über der Höhe der Reparation gilt die Forderung der Revision. Eine solche Revision würde ergeben, daß die bisherigen Leistungen Deutschlands schon längst alle vernünftigen Forderungen des Feindbundes auf Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gedeckt haben würde, und daß nur ungeheure Schiebungen und Betrügereien die Schuld daran tragen, daß die notleidende nordfranzösische Bevölkerung immer noch nicht ihre Behausungen wiederaufgebaut erhalten hat. Dagegen bedeutet die Ausgabe der verzinslichen Wiedergutmachungsschuldscheine, wie sie im Londoner Ultimatum gefordert und von der deutschen Regierung gegeben wurde — oder die törichterweise von Deutschland so sehnlich erwartete große internationale zinspflichtige Anleihe — die endgültige Anerkennung und Besiegelung der unbedingten Weltgeldherrschaft und der Unterwerfung der deutschen Arbeit unter die Zinspflicht gegenüber dem internationalen Großleihkapital.

Deshalb, weil die Lösung des Zinsproblems von so unerhörter Bedeutung für die Befreiung unseres armen Volkes aus den Fesseln der überstaatlichen Finanzgewalt ist, ist es so bedauerlich, daß von der bayerischen Handelskammer in so tendenziöser Weise eine Stellung vertreten wird, die Dr. Heyn am Schlusse seines zweiten Aufsatzes dahingehend formuliert, daß: „Die bestehenden Zinslasten unter allen Umständen weitergetragen werden müßten"!!

Nein! im Gegenteil, es ist die geschichtliche Aufgabe der jetzigen Generation, die Aufhebung der Zinslasten aus dem Versailler Vertrag durchzusetzen, im Inneren die bodenlose Schuldenwirtschaft des Staates abzulösen durch eine vernünftige Staatsfinanzreform, und in Zukunft die Wiederholung solcher Zustände unmöglich zu machen, indem sich der Staat wieder seiner Finanzhoheit bewußt wird, die er jetzt preisgegeben hat an die Finanzmächte.

Nicht durch Schuldenmachen wird ein Staat groß, sondern nur durch Gemeinschaftsleistungen an den Staat kann der Staat wieder frei werden und die Wirtschaft gesunden. Gemeinnutz vor Eigennutz und Brechung der Zinsknechtschaft ist die Losung."

Der bayeri Industriell Verband

Eine andere Stelle, die sich mit der Zinsfrage beschäftigt hatte, ist der Bayerische Industrieverband. Im Organ des bayer. Industriellenverbandes Nr. 1. vom 8. Januar 1921 setzt sich Dr. Analsa unter der Ueberschrift „Fort mit der Zinsknechtschaft" mit unseren Forderungen auseinander.

Schon das Niveau dieser Auseinandersetzung steht weit unter dem der Ausführungen des Handelskammertages — dazu mag wohl auch der Deckname Dr. „Analsa", den der Syndikus des Industriellenverbandes gewählt hat, beigetragen haben.

Nach einigen historischen Reminiszensen, die alles andere, nur nicht beweiskräftig sind, versteigt sich Dr. Kuhlo zu der kühnen Behauptung

> „Der Zins ist keine Knechtschaft des Schuldners. Im Gegenteil, der Zins macht den Nichtkapitalisten das Kapital tributpflichtig . . . . . " Töricht ist daher der Ruf nach der Brechung der Zinsknechtschaft, gefährlich und klassenverhetzend (!) vor allem aber gegen das Wohl des Vaterlandes (!) wie des einzelnen! Fort darum mit dem irreführenden Schlagwort der „Zinsknechtschaft".

Digitized by Google

In solch bodenlos leichtfertiger und oberflächlicher Weise glaubt man im bayer. Industriellenverband mit einem Weltproblem fertig zu werden! Die Rabulistik, daß „der Zins dem Nichtkapitalisten das Kapital tributpflichtig mache", muß ein arisches Gehirn schon zweimal lesen, bis es überhaupt die schnodderige Frechheit begreift, die in diesem Aufdenkopfstellen der Wirklichkeit liegt.

Gemeinhin versteht man unter Tributpflicht die dauernde, mit Gewalt oder List erzwungene Leistung des Leistungsverpflichteten gegenüber dem Vergewaltiger bzw. Darlehengeber. Nach Dr. A. müßte also der Kapitalist an den Darlehennehmer dauernd auch noch Zinsen bezahlen! Daß das gerade Gegenteil der Fall ist, wissen wir ja alle, denn nicht der Kapitalist ist dem Nichtkapitalisten tributpflichtig, sondern eben umgekehrt muß der Nichtkapitalist an den Geldbesitzer jahraus jahrein Zinsen bezahlen, die häufig genug den Arbeitsgewinn des kreditbedürftigen Industriellen ganz auffrißt.

Gerade die Geschichte unserer industriellen Entwickelung ist voll von den schändlichsten Ausbeutungen fleißigsten Unternehmertums durch die Leihkapitalisten.

Gewiß wird in Zeiten aufsteigender Konjunktur der Industrielle den Zins, das ist der heute übliche Tribut des „Nichtkapitalisten" an das Kapital leisten, wenn sein kühner Unternehmungsgeist ihm mehrfachen Gewinn verspricht. — Wie stehts aber dann, wenn die Konjunktur rückläufig ist? — dann zeigt es sich, in welch fürchterliche und brutale Knechtschaft der Nichtkapitalist gegenüber dem Kapital geraten ist; denn dann heißt es trotz aller Verluste „Zinsen zahlen" und kann er nicht mehr, dann kommt der Staatsanwalt und belegt alles irgendwie erreichbare Betriebsvermögen mit Beschlag zur Sicherung von Kapital und Zinsen. — Der Kapitalist hat ja so enorme Arbeit geleistet — er hat vor 15 Jahren einmal in einer halben Minute einen Scheck geschrieben, ist dann vor Uebermüdung in seinen Klubsessel zurückgesunken, er hat im Laufe der Jahre das ganze Geld bereits in Gestalt von jährlichen Zinsen zurückbekommen, hat alle Jahre einmal schmunzelnd die Daumen umeinandergedreht, wenn er kraft seiner „Tributpflicht" nach Dr. Analsa, die Mitteilung seiner Bank über den richtigen Eingang der Zinsen bekommen hat. Und nun, wo der notleidende Industrielle vom Unglück verfolgt die Zinsen nicht mehr bezahlen kann, braucht der „Kapitalist" ja nur seinem Anwalt zu telephonieren, dieser solle den Schuldner — ausspfänden lassen — schon springt der Staatsanwalt und alle Machtmittel des Staates dienen den Interessen des Kapitals, dem Idol des Zinses und der fleißige Industrielle oder Gewerbetreibende, der Arbeiter der Volkswirtschaft wird schonungs- und rücksichtslos um die Früchte jahrzehntelanger Arbeit gebracht. — Aber trotzdem „Zins ist keine Knechtschaft des Schuldners" belehrt uns der Mann mit dem klangvollen Decknamen „Analsa".

Aber nicht wahr, Herr Analsa, Sie meinen: „Töricht ist der Ruf nach Brechung der Zinsknechtschaft; gefährlich und klassenverhetzend", ja, ja wir leben ja heute in geradezu idealen Zeiten gegenseitigen sozialen Verstehens (wie die alten christlichen Urgemeinden in Liebe und Eintracht) wie die Turtelstäubchen leben heute Kommunisten und Kappisten, Demokraten und Nationalsoziale, Arbeitnehmer und Arbeitgeber beieinander, in diesen

Digitized by Google

Zeiten der unbedingten Herrschaft der Zinsidee; die Wohlfahrt des Vaterlandes und der Einzelnen blüht, deshalb „fort mit dem irreführenden Schlagwort der Brechung der Zinsknechtschaft."

Das wären also die „führenden Kreise von Handel und Industrie" in Bayern. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn gerade auf dem Gebiet des Geld- und Finanzwesens die faustdickste Unkenntnis den Weltbetrügern von Bank und Börse das Spiel so leicht macht und daß andererseits uns, die wir eine Erlösung von Staat und Volk als unsere Lebensaufgabe betrachten, durch Oberflächlichkeit und hochnäsige Dummheit die Aufklärungsarbeit so schwer gemacht wird.

Dagegen muß an dieser Stelle noch ausdrücklich bemerkt werden, daß der deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft schon vor zwei Jahren in zwei großen öffentlichen Versammlungen alle Kreise, die an diesen Fragen direkt oder indirekt interessiert sind zu einer öffentlichen Disputation eingeladen hatte.

Der öffen
Redestreit
Deutsch
Kampfbu
zur Brechu
Zinsknech

Diese Veranstaltung wurde auch von einer sehr großen Zuhörerschaft besucht und es kamen Abgeordnete, Bankfachleute, Nationalökonomen usw. zu Wort, ohne daß irgendwelche zwingende Argumente beigebracht worden wären, die die unerschütterliche Konsequenz und Richtigkeit der Grundforderungen des deutschen Kampfbundes hätten auch nur im Geringsten in Frage stellen können.

Was nunmehr noch an Einwänden verbleibt, hat seine Wurzeln in einer der 7 Aengste, wie ich sie damals schon bezeichnet hatte: 1. Die Angst ums eigene liebe Geld, 2. Die Angst vor der Inflation, 3. Die Angst um den eigenen, wenn auch noch so kleinen Zinsgenuß, 4. Die Angst vor dem Ausland, 5. Die allgemeine Angst vor etwas Neuem, 6. Die Angst für den Staat, daß dieser nicht mehr genug Geld bekommen möchte und 7. Die Angst vor neuer „Beunruhigung" der Massen.

Die 7 Ä

Es sind dies die Einwendungen der Egoisten, der Denkfaulen, der Heuchler und Spießer. Mit solchen Einwänden sich abzugeben heißt kostbare Zeit verschwenden.

Wir wenden uns nun noch kurz Bewegungen und Vorschlägen zu, die ebenfalls eine Finanz- oder Geldreform anstreben.

Die bekannteste ist die Irrlehre Silvio Gesells mit seinem Freiland und Freigeld.

Die Irrl
Silvio Ge

Silvio Gesell gehörte zu den höchst problematischen Existenzen, die in den schlimmsten Zeiten der Münchener Räterepublik an die Oberfläche geschwemmt worden sind.

Silvio Gesell — für seine Person vielleicht ein gutgläubiger Idealist — befangen, in seinen Gedankengängen international eingestellt, hat mit den damaligen jüdischen Bluthunden gemeinsame Sache gemacht — und was das Bedenklichste ist — seine Lehren wurden von den damaligen Gewalthabern als geeignet erachtet, „die Menschheit aus den Banden des Kapitalismus zu befreien". Mit Frau Eisner, Landauer und sonstigen Größen der damaligen Zeit gründete Gesell seinen S. F. B. (sozialistischen Freiheits-Bund). In der gleichen Zeit wurde Dietrich Eckart, der damals das bekannte Flugblatt „An alle Werktätigen" unter die Menge warf, worin wir den zinskapitalistischen Weltbetrug schilderten und zum ersten Mal in aller Oeffentlichkeit die Forderung nach Brechung der

Digitized by Google

Zinsknechtschaft aussprachen, mit dem Tode bedroht. Dietrich Eckart schildert auch in seinem „Auf Gut Deutsch" unser Zusammentreffen mit dem damaligen Finanzminister Silvio Gesell in köstlich sarkastischer Weise.

Leider hat Gesell mit seiner Irrlehre in den Köpfen unserer deutschvölkisch gesinnten Landsleute ungemein viel Verwirrung und Verheerung angerichtet. „Frei-Land" und „Frei-Geld" waren auch zu schöne Worte für den idealistischen Deutschen. Viele unserer Besten haben sich nur schwer von den Irrgängen Gesell'scher Geistigkeit freimachen können. Erst die schon erwähnte entscheidende Stellungnahme des zwischenstaatlichen Vertretertages in Linz im Jahre 1921 hat hier endgiltig den Bann gebrochen.

Es erübrigt sich daher, hier auf die Gesell'sche Theorie nochmals näher einzugehen. Ich verweise auf meine gründliche Abrechnung mit Gesell in den nationalsozialistischen Monatsheften „Volk und Gemeinde", herausgegeben von der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiter-Partei, geleitet von Abg. Rudolf Jung in Troppau. Unter der Ueberschrift „Die Linzer Beschlüsse zur Geldreform" habe ich in Nr. 3, 5 und 8 des 4. Jahrganges 1922 eingehend zu Gesell Stellung genommen und die restlose Ablehnung der Partei begründet. Desgleichen findet sich eine Ablehnung Gesells in der ausgezeichneten Zeitschrift unseres Altmeisters Theodor Fritsch in Nr. 444. Und ebendort eine Ablehnung Gesells aus der Feder von Paul Lehmann.

Auch Jung's Buch „Der Nationale Sozialismus" enthält in seiner neuen Auflage eine klare und entschiedene Stellungnahme gegen Gesell.

Wer sich demnach näher mit diesen Fragen befassen will, findet in der angegebenen Literatur genügend Material, sich eingehender über diese Frage zu unterrichten. Für diejenigen, die dazu nicht Lust und Zeit haben und zur inneren Abrundung der vorliegenden Arbeit wiederhole ich in Kürze, wie sich Gesell eine Reform des Geldwesens denkt und warum er sich grundsätzlich auf falschem Weg befindet.

Gesell'sche Schwundgeld

Gesell will das Geld unter einen Umlaufzwang setzen, so daß es dauernd „arbeiten" muß und nicht aufbewahrt werden kann. Er glaubt dadurch alle Schäden des Zinskapitalismus beseitigen zu können. Dies hofft er durch einen Trick zu erreichen, indem er das umlaufende Papiergeld mit einem sog. „Schwund" versieht. Gesell will Papiergeld ausgeben, das mit Abschnitten versehen ist, oder das allwöchentlich mit Zusatzmarken beklebt werden soll, damit es seinen gleichbleibenden Wert behält. Am Ende des Jahres soll dann das Geld gegen Neues umgetauscht werden.

Wenn man sich nur einen Augenblick die praktische Undurchführbarkeit einer solchen täglichen Massenkleberei vorstellt, und des jährlichen Umtausches bei der jetzigen Ueberschwemmung mit Papiergeld muß man eine solche Erschwerung des Geldverkehrs schon aus diesen Gründen ablehnen. Aber nicht diese äußerliche Unbequemlichkeit wäre ein durchschlagender Grund gegen das Freigeld, sondern vielmehr der Umstand, daß weitaus die allermeisten Zahlungen heutzutage mit Schecks, Wechseln oder bargeldlos erfolgen — daß also eine solche einseitige nur das umlaufende Bargeld berührende Maßnahme das Leihkapital, das sich in tausenderlei Form als Schuldverschreibung, Anleihepapier,

Digitized by Google

Hypothek etc. zum Herren der Wirtschaft gemacht hat, nicht im mindesten berühren würde. Den Schaden hätten daher nur diejenigen Kreise, die das umlaufende Bargeld einnehmen oder als Betriebsmittel brauchen — das sind aber alle Arbeitenden — seien sie Lohn- oder Gehaltsempfänger, Gewerbetreibende oder Industrielle. Dagegen würden die Milliardäre, die ja bekanntlich ihre Milliarden nicht in der Brusttasche als Bargeld spazieren tragen, schmunzelnd einen solchen Irrweg der „Kapitalsbekämpfer" mitmachen.

Jede Reform, die die Rechts- bzw. Machtfrage der Zinsherrschaft von der reinen Geldseite her bekämpfen will, ist daher von vornherein zu völliger Erfolglosigkeit verurteilt; denn die Zinsherrschaft ist eben keine Angelegenheit des engeren Geldwesens, sondern die einer völligen Umkehrung des gesunden Verhältnisses von Kapital und Arbeit.

Auch der ganze rast- und atemlose Geist, der in der Ausgabe eines Schwundgeldes liegt, das „unter den Fingern weniger wert wird", ist das gerade Gegenteil jeder gesunden und vernünftigen Forderung nach einem wertbeständigen Geld.

Hadenfeld

In ähnlichem engen Kreise bewegt sich die Erfindung des holsteinschen Lehrers Hadenfeld. Dessen „Reichsgegenzinsbund" will ebenfalls jährlich das gesamte Papiergeld gegen neues Papiergeld umtauschen, dabei aber einen gewissen Prozentsatz (5—10 %) in Abzug bringen. Mit dieser ebenfalls äußerst schwerfälligen Maßnahme ist aber natürlich nichts anderes erreicht als eine reine Geldsteuer — also eine Steuer auf den augenblicklichen Besitz von Bargeld. Auch dies träfe wiederum nur die Arbeitenden in voller Schwere, während die Großkapitalisten frei ausgingen. Der riesige Apparat für den Umtausch und besonders für den Neudruck der Banknoten würde überdies wohl den größten Teil dieser Geldsteuer auffressen. Der auch von Hadenfeld ausgesprochene Nebengedanke, dadurch den bargeldlosen Zahlungsverkehr im Sinne Postscheckkassen zu verallgemeinern, ist gesund, wir haben über diesen Punkt ja bereits eingehend geschrieben. Wir wissen, daß an und für sich die Entwickelung in der Richtung nach immer weiterer Ausbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs geht und wir dürfen nicht vergessen, daß natürlich eine Verallgemeinerung der bargeldlosen Wirtschaft die Vorschläge mit dem Reichsgegenzins gegenstandslos macht. An den Rechtsverhältnissen zwischen Zinssklave und Kapitalist würde aber natürlich wiederum durch eine solche „Geldsteuer" auch nicht das Geringste geändert.

Hubricht

In der gleichen Linie bewegen sich die Vorschläge von Hubricht, der auch das Zinsproblem von der Geldseite her anfassen will und durch höchst komplizierte Berechnungen gleichbleibende Preise erzwingen möchte. Da Hubricht seine im Grunde gänzlich wirren Gedanken in pseudowissenschaftlichem Gewande vorträgt, hat er da und dort Beachtung gefunden.

Grisson

Auch Grisson geht an sich von dem so sehr begreiflichen Wunsche aus, ein wertbeständiges Geld zu schaffen und glaubt dies in seinem „Einer" gefunden zu haben. Der Einer ist gewissermaßen ein Bezugschein auf Ware und Arbeitsleistung, der zugeteilt wird für eine gewisse Arbeitsstundenleistung.

Digitized by Google

Wir müssen alle derartige künstliche Regelungsversuche der Wirtschaft ablehnen, solche Vorschläge führen notwendigerweise zu einer Zwangswirtschaft. Sie würden auch, wenn eingeführt, an der Unzufriedenheit mit der Zuteilung der den Einzelnen zustehenden „Einern" scheitern.

Bank- und örsenfachverständige

Eine Auseinandersetzung mit den Sanierungsversuchen unserer zerrütteten deutschen Finanzwirtschaft durch sog. Sachverständigenkommissionen aus Bank- und Börsenkreisen ist vollkommen wert- und zwecklos, da ja diese Konferenzen gar nicht ernstlich eine Verbesserung der deutschen Lage anstreben, sondern nur dazu da sind, der Welt im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen Sand in die Augen zu streuen.

r Trick der eltbankiers

Die Herren von der Weltfinanz, die Weltbankiers, wissen natürlich ganz genau, daß die Zins- und Tributpflicht aller Völker gegenüber den überstaatlichen Geldmächten zu der allgemeinen Weltkrisis geführt hat, und daß jede wirkliche und grundsätzliche Besserung die Zertrümmerung ihrer eigenen Herrschaft bedeuten würde. Das kann man nun aber von den Zinsherren der Welt nicht verlangen, daß sie sich selbst enthaupten oder entwurzeln, sie haben also nur das eine Bestreben, mit immer neuen Methoden aus der verworrenen Wirtschaft der verschiedenen Völker ihre Zinsen herauszuholen.

Gewiß passiert den Herren dabei auch manches Malheur — wie die vollkommene Entwertung der innerdeutschen Schuldverschreibungen —, sie haben es allerdings verstanden, an deren Stelle die alles überragende Verschuldung Deutschlands auf Grund des Versailler Diktates zu setzen.

Die nwandlung r deutschen ld am Kriege deutsche verzinsliche chulden

Auch die Nervosität der Weltfinanz ist beachtenswert, daß sie trotz des Versailler Diktates an dessen Stelle „allgemein anerkannte zinspflichtige Schuldverschreibungen" zu setzen strebt. Zuerst wurde die doch recht schwankend auf der deutschen Kriegsschuld aufgebaute Kriegsentschädigungsforderung durch das Londoner Ultimatum in festverzinsliche deutsche Schuldverschreibungen umgewandelt. Und nun wird seit Jahr und Tag die deutsche Oeffentlichkeit bearbeitet, um auch diese verzinslichen Schulden an das feindliche Ausland umzuwandeln in die Form einer sog. Völkerbundsanleihe. Gelänge dies, so hätte dies den doppelten Vorteil, einmal die, der Gefahr der bewaffneten Aufkündigung des Versailler Friedens ausgesetzten Wiedergutmachungsanleihen, in die rein privatrechtliche Form einer „Völkerbundsanleihe" umzuwandeln und andererseits das deutsche Volk gefügig zu machen der gütigen Weltfinanz, die die ungeheuren Wiedergutmachungen Deutschland finanziert hat, gern und brav die Zinsen zu bezahlen. Zwei Fliegen auf einen Schlag. Wir können uns nur wundern, wie unglaublich arglos die deutsche Oeffentlichkeit nach der Völkerbundsanleihe Ausschau hält, als ob an den Verpflichtungen Deutschlands das geringste geändert würde, wenn die Zinsen für die Wiedergutmachungsanleihen bezahlt werden müssen oder die natürlich ganz genau ebenso hohen, wenn nicht höheren, für die Völkerbundsanleihe.

ie Völkerndsanleihe

Aber schon steigt die Völkerbundsanleihe auf und eines der übermütigsten Plakate der Weltfinanz sind die jetzt an allen Plakatsäulen auftauchenden Ankündigungen der Völkerbundsanleihe. Das Plakat zeigt zweimal untereinander in riesigen Lettern das Wort „Völkerbunds-

Digitized by Google

anleihe", über das ein blauer Ballon auf weißem Grunde (die zionistischen Farben) langsam emporsteigt.

Diesem Streben dient auch die gesamte Beeinflussung durch die jüdisch geleitete Presse, die bei der Hilflosigkeit der deutschen Regierung in Finanzangelegenheiten nur das eine Mittel anzupreisen weiß: „die internationale Anleihe."

Wir wissen, daß eine solche nur eine weitere Befestigung der alljüdischen Weltherrschaft bedeuten würde und lehnen solche Finanzkunststücke rundweg ab.

Vanderlip's Europäische Notenbank

Das Gleiche gilt von den Vanderlip'schen Plänen einer europäischen Zentralnotenbank, die natürlich nichts anderes wäre, als eine vergrößerte Neuauflage der deutschen Reichsbank A.-G.

Ernst Cassel

Die Anträge Sir Ernst Cassels zur Genua-Konferenz sind ebenfalls rundweg abzulehnen. Man muß sich nur über die eiserne Stirne wundern, mit der solche Vorschläge heute der ganzen Welt unterbreitet werden.

Cassel verlangt z. B. allen Ernstes als ersten Punkt seiner „Sanierungsvorschläge" eine Heraufsetzung!! des Zinsfußes.

Mit diesem Schlag ins Gesicht jeder vernünftigen Volkswirtschaft beschließen wir dieses unerquickliche Kapitel über die Einwände und Gegner gegen unsere Finanz- und wirtschaftspolitischen Reformvorschläge.

Digitized by Google

Sozialpolitik.

Die Besorgnis der Kleinrentner und der sonstigen Spargeldbesitzer vor den von uns beabsichtigten durchgreifenden Gesundungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Finanzwesens veranlaßt uns die Fürsorge für diese Kreise an die Spitze unserer sozialpolitischen Reformen zu stellen.

Sie stehen auch in logischem Zusammenhang mit den Einwendungen gegen die Finanzpolitik des Nationalsozialismus und gehörten daher z. T. noch in das vorige Kapitel hinein.

Das Rentenideal

Unser gesamter fleißiger bürgerlicher Mittelstand war in den Vorstellungen aufgewachsen und groß geworden, es „soweit zu bringen, daß man einmal bescheiden oder behaglich im Alter von seinen Zinsen werde leben können." Diesem Ziel diente die Sparsamkeit unserer Eltern, die geradezu zum Lebensinhalt breiter Volkskreise geworden war. Ja eine sehr weit verbreitete Anschauung ging dahin, es geradezu für unsittlich zu erklären über seine Zinsen hinaus Geld auszugeben und von Kapital zu zehren.

So mußte natürlich die über diese Kreise hereingebrochene Katastrophe der vollkommenen Verarmung durch die völlige Entwertung des Geldes die größte Verzweiflung hervorrufen. Wenn nun gar eine Bewegung auftaucht, die die Brechung der Zinsknechtschaft verlangt und eine zinslose Wirtschaft einrichten will, dann ist es begreiflich, wenn diese Kreise damit auch die letzten Stützen ihres Einkommens zu verlieren fürchten und sich gegen solche Forderungen wenden.

Man kann diesen Kreisen, die ihr ganzes Leben zinskapitalistisch gedacht haben, nun keinen Vorwurf daraus machen, daß sie sich eben nicht so plötzlich umstellen können und nicht sehen, daß gerade sie die Opfer dieser zinskapitalistischen Wirtschaft geworden sind.

Trotzdem erachten wir es als eine der vornehmsten Aufgaben des nationalsozialistischen Staates, die Lage dieser von einer grundverkehrten Staatsfinanzpolitik um ihre ganzen Ersparnisse Betrogenen nach Möglichkeit zu verbessern.

An eine völlige Wiedereinsetzung in die früheren Besitzverhältnisse ist leider nicht zu denken, denn im Grunde sind die bisherigen Leistungen an den Feind aus diesen Spargeldern des deutschen Mittelstandes gedeckt worden.

Aber die bittere Not zu wenden und für eine auskömmliche Altersrente zu sorgen, das ist soziale Pflicht des Staates.

Die Kleinrentner als Schutztruppen des Weltkapitals

Auf diese Weise werden auch diese Kreise Freunde eines wirklichen dem Gemeinwohl dienenden Staates werden und sich von ihren Verderbern — den Zinsherren der Welt — lossagen. Für diese waren die Kleinrentner ja nur Schutztruppen, die über der Unverletzlichkeit des Zinsanspruches wachen sollten. Und wenn wir uns an die dicken Tränen erinnern, die Erzberger im Reichstag vergossen hat aus Mitgefühl für die armen Kleinrentner, Dienstmädchen, Arbeiter usw., die ihre Ersparnisse

Digitized by Google

dem Vaterland gegen 5% Zinsen geliehen hätten, die man also auf keinen Fall durch eine Aufhebung der Zinszahlungen usw. enttäuschen dürfte, so wissen wir, daß dies eben nur Spiegelfechterei war zum Schutze der Zinsidee als solcher, während man gleichzeitig gerade diesen Sparbesitz um seine ganzen Ersparnisse betrog und an den Bettelstab brachte.

Wir erinnern uns an die Kassandrarufe vom drohenden Staatsbankerott, der eintreten müßte, wenn der Staat sich seiner Zinsverpflichtung entledigen würde, und wir haben gleichzeitig erleben müssen, daß der tatsächlich vorhandene Staatsbankerott nur mit Hilfe der Notenpresse verschleiert wurde, wodurch gleichzeitig die ganze deutsche Wirtschaft der Anarchie ausgeliefert wurde.

Die seelisch Umstellung

Eine seelische Umstellung müssen wir allerdings verlangen, das ist, daß die Kreise der Sparer von dem Begriffe des Zinskapitales wieder zurückfinden zu dem alten gesunden Begriffe des Sparkapitales. „Spare in der Zeit, so hast Du in der Not", dies war der alte deutsche Begriff vom Sparen, aber nicht — Kratze soviel Geld zusammen, damit Du einmal bequem auf Kosten Anderer leben kannst aus Deinen Zinsen — denn Zins ist die Arbeit anderer!

Zins ist di Arbeit Ande

Wir wissen sehr wohl, daß unter den Tausenden, die von ihren Zinsen leben und gelebt haben, wohl kaum einem zum Bewußtsein gekommen ist, daß diese Zinsen nicht aus der Luft herkommen, sondern daß sie von Anderen in schwerer Arbeit erarbeitet werden müssen; daß er also diesen behaglichen und bequemen Zinsgenuß nicht seinem Gelde verdankt, sondern einem Zwangsverhältnis, das die Arbeit Anderer dem Geldbesitzer zinspflichtig gemacht hat.

Der Arbeiter selbst dagegen sieht und fühlt sehr genau, daß sich durch dieses Hexenkunststück die Menschen in zwei Gruppen geschieden haben, nämlich in diejenigen, die arbeiten müssen und zwar ihr Leben lang, um leben zu können, und in eine andere Gruppe, die nicht arbeiten müssen und doch sehr bequem und behaglich leben können. Auch der Arbeiter hat den weiteren Gedanken nicht gedacht, woher es kommt, daß diese anderen mühe- und arbeitslos leben können (auf Grund von sog. Rechtsverhältnissen, m. a. W. von ihren Zinsen), sondern er sah in seinem Arbeitgeber, von dem er Arbeit und damit Brot bezog, denjenigen, der ihn vermeintlich mühelos ausbeutete. So war es wieder Kurzsichtigkeit und Dummheit, die auf der einen Seite das Rentenideal des Spießers emporblühen ließ, jene verderbliche Einstellung zu Wirtschaft und Leben, die den Zinsempfänger aus der Reihe der volkswirtschaftlich Tätigen ausstrich und den Typus des dummstolzen, jeder Neuerung abholden Privatiers entstehen ließ, und auf der anderen Seite die seelische Einstellung erzeugte, die es dann dem jüdischen Arbeiterführer leicht machte, den im Grunde durchaus berechtigten Groll des Arbeiters gegen das arbeitslose Genießen, Schlemmen und Prassen abzulenken auf den Unternehmer. So schlug der jüdische Wuchergeist wieder zwei Fliegen auf einen Schlag — den gefährlichsten und entschlossensten Feind des arbeits- und mühelosen Einkommens, den Arbeiter hatte er von seinem eigentlichen Feind, vom Großleihkapital, abgelenkt und hingehetzt auf den Arbeitgeber —

Die falsche Fr

Digitized by Google

und im Kleinrentner und allen denjenigen, die teilweise ihr Einkommen aus Zinsen beziehen, hatte er sich eine außerordentlich breite Schutzgarde geschaffen gegen alle Angriffe auf den Zins.

Geschützt von diesen beiden gewaltigen Heerhaufen — der Handarbeiterschaft, die im jüdischen Parteiführer mit Dank diejenigen zu sehen glaubte, dem die Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage am Herzen liege, und den bürgerlichen Zinsempfängern auf der anderen Seite, die diesen Zinsgenuß ganz in der Ordnung fanden — konnte das Großleihkapital an die Aufrichtung seiner Weltherrschaft gehen. Langsam wurde zuerst die innerstaatliche Finanzwirtschaft, wie geschildert, auf den verderblichen Weg des Schuldenmachens gedrängt — die Anleihe war der finanzpolitischen Weisheit letzter Schluß —; der Staat war nun auch in die Gefolgschaft des Leihkapitals eingespannt — und im Weltkrieg feierte dieses Anleihesystem seine letzten und größten Triumphe.

Stufen zur Weltherrschaft des Kapitals

Sieger und Besiegte wurden in die fürchterlichste Zinsknechtschaft eingespannt — die Weltherrschaft des Leihkapitals war erreicht. Die Schleppenträger wurden auch sofort, wie dies beim Dienst bei solchen Herren üblich zu sein pflegt, hohnlachend wie ausgepreßte Zitronen weggeworfen — die Kreise, die dem Rentenideal gehuldigt hatten, wurden in tiefstes Elend gestürzt, die Arbeiter sahen sich von ihren Führern, die doch jetzt alle politische Macht erlangt hatten, aufs Schmählichste verraten — ihre wirtschaftliche Lage war nie so schlecht als unter den Segnungen des Versailler Diktates, das zwar den Herren von Bank und Börse den vollen Weltsieg gebracht hatte, aber die Arbeiterschaft in der ganzen Welt weit hinter den Friedensstand zurückwarf. Die Staaten selbst, die den finanzpolitischen Ratschlägen der Finanzherren gefolgt waren, sehen sich in vollkommene Abhängigkeit vom Finanzkapital verstrickt, die Finanzlage aller Staaten, ist die einer hoffnungslosen Verschuldung und einer gegnerischen Stellung gegen die eigene Bevölkerung. Die Staaten hatten eben auch mit der Annahme der zinskapitalistischen Wirtschaft im Staatswesen eine Sünde gegen den Staatsgedanken begangen, sie waren ihrer ureigensten Aufgabe **untreu** geworden und zu gehorsamen Lakeien einer Macht im Staate — des Leihkapitals — geworden. Die Staaten haben diesen Verrat an ihrer eigentlichen Aufgabe, Sachwalter der Gesamtheit zu sein, mit dem völligen Verluste ihrer Souveränität bezahlen müssen. Heute sind die Staaten im Grunde nur mehr die Polizeitruppen des Weltkapitals, mit denen diese die schaffende Arbeit der Völker ausbeuten. So bleibt auch heute noch den Massen das wirkliche Kräftespiel unbekannt, und die Wut richtet sich gegen die Büttel — und die eigenen Nutznießer reiben sich die Hände. Ihr Weizen blüht am besten, wenn sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Bevölkerung und Regierung oder die Volksgenossen untereinander die Schädel einschlagen.

rat an den ührten Hilfstruppen

errat am atsgedanken

erlust von aatlicher uveränität Autorität

Doch wehe! ihr Herrn der Welt, wenn erst Besinnung und Vernunft die streitenden Parteien ihren gemeinsamen Feind erkennen läßt, dann wird die Rache furchtbar — und mit einem Schlag ist es aus mit der auf Lug und Trug aufgebauten Weltherrschaft des Zinskapitals.

Ich habe gerne und mit Absicht hier in die Besprechung der Fragen sozialpolitischer Natur nochmals einen kurzen Aufriß dieser ganzen schaudervollen Entwickelung gebracht, denn die auch heute noch im Rentenideal

Digitized by Google

befangenen Kreise müssen endlich begreifen, daß ihre ganze Einstellung falsch war, daß der Zinsanspruch kein Rechtsanspruch, sondern ein Unrechtsanspruch auf einen Teil des Arbeitserträgnisses Anderer war — daß der Zins unsittlich ist.

Zins ist die ewig dauernde mühe- und arbeitslose Bereicherung des Leihkapitalisten auf Kosten Anderer.

Etwas ganz Anderes ist dagegen der durch geleistete Arbeit erworbene Anspruch auf eine auskömmliche Altersrente. Die Altersrent

Wir Nationalsozialisten stellen dem privatkapitalistischen Zins- und Rentenideal die Forderung gegenüber, auf (24) einen großzügigen Ausbau der Altersversicherung durch Verstaatlichung des Leibrentenwesens, durch das jedem deutschen Volksgenossen, der seinem Volke in einem arbeitsamen Leben gedient hat, von einer gewissen Altersstufe ab oder bei vorzeitigem Verlust der Arbeitsfähigkeit eine auskömmliche Altersversorgung sichergestellt wird.

Die Aufgabe, die sich der nationalsozialistische Staat damit gestellt hat, ist die gewaltigste soziale Großtat, die sich ein Staat überhaupt stellen kann. Die richtige Lösung dieser Aufgabe ist zugleich die Lösung der sozialen Frage schlechthin. Die Lösung dieser Aufgabe bringt wieder Ruhe und Vertrauen auf den Staat in die Herzen des Volkes, insbesondere der Arbeiter, Angestellten und aller der Angehörigen der freien Berufe, die trotz fleißiger Arbeit keine Ersparnisse haben ansammeln können, von denen sie im Alter leben könnten. Diese Tat macht den Staat wirklich zum „Vater Staat" und der Begriff Vaterland und Heimat erfüllt sich für alle die armen wurzellosen Existenzen der Großstädte mit neuem Gehalt. Die Lösung d sozialen Frag

Gewiß, solange einer seine Arme regen kann, solange die Allgemeinheit Anspruch auf die körperliche und geistige Arbeit seiner Staatsbürger in ihrer Arbeit im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft erheben kann, besteht kein Anspruch darauf, aus Mitteln der Allgemeinheit unterhalten zu werden. Wir sind durchaus und strikte Gegner des sog. risikolosen Menschen, wie ihn sich Naumann gedacht hat, wir sind auch Gegner der Anschauung, daß der Staat für das sog. Existenzminimum zu sorgen habe, wir halten eine uferlose Arbeitslosenunterstützung für verderblich — die Pflicht des Staates in solchen besonderen Notfällen ist vielmehr die Arbeitsgelegenheit zu schaffen! —, aber wir vertreten mit aller Entschiedenheit die Anschauung, daß der arbeitende Mensch nach getaner Arbeit einen Anspruch auf ein gesichertes Alter, auf Ruhe und Muße hat. Der risikolose Mensch

Wer weiß, wie bohrend und zermürbend gerade die Sorge für das Alter an allen in ungesicherter Lebensstellung lebenden Menschen nagt, wie die Angst des Arbeiters, im Alter auf die Straße geworfen zu werden, ihm den freudlosen und angstvollen Zug aufdrückt, wer weiß, wie diese Ungewißheit die Menschen verbittert und ungerecht macht, wie diese Unsicherheit und Ungewißheit zu Ehescheu, Herabsetzung der Arbeitsfreude, ja sogar zu Verbrechen führen kann, der wird ermessen können, welch ungeheure Bedeutung gerade diese Forderung des Nationalsozialismus hat. Wie ein erlöstes glückliches Aufatmen wird diese einzige wie eine

Digitized by Google

Verheißung aussehende Forderung des Nationalsozialismus das ganze arbeitende Volk von schwerer Sorge befreien.

ie Fürsorge des Vaterlandes keine Utopie, ndern Gewißheit

Gewiß wird auch diese Heilsbotschaft von ebenfalls sehr vielen mit ungläubigem Kopfschütteln quittiert und als Utopie abgelehnt werden. Diesen ewigen Allesbezweiflern und Nörglern, an deren Miesmachen und Engstirnigkeit schon viel guter Wille zerbrochen ist, wollen wir mit eherner Stimme in die Ohren schreien: Denkt an die Milliarden und Abermilliarden, die jetzt aus dem deutschen Volke herausgezogen werden, die jetzt in den unersättlichen Rachen des Weltleihkapitals verschwinden, denkt an die wahnsinnigen direkten und indirekten Steuern, die aus dem Volke herausgezogen werden, denkt an die riesigen Gewinne der Schieber und Wucherer, seht in die Schlemmergaststätten, seht den ungeheuren Luxus, der sich in den Großstädten und Badeorten breit macht, seht die Bankpaläste an — da sollten sich keine Mittel finden nach Abschüttelung dieser Lasten für die Arbeitsalten?! Denkt daran, daß alle Personen, die im direkten Staatsdienst Arbeit und Brot finden, bereits dieser staatlichen Fürsorge um ihr Alter in den Pensionen teilhaftig sind, — und da sollte es nicht möglich sein, diesen „Pensionsgedanken" auf alle Volksgenossen, die es nötig haben, auszudehnen?! Denkt daran, daß Hunderttausende von Kleinrentnern früher auch bescheiden von ihren Zinsen leben konnten — also aus den Erträgnissen der Mehrarbeit der übrigen Volksgenossen. Ich bemerke hier ausdrücklich, daß diese Tatsache nicht etwa eine Anerkennung der Berechtigung des Zinses bedeutet, sondern nur den Hinweis darauf, daß tatsächlich aus der Gesamtarbeit des Volkes diese Summen bezahlt worden sind. Gegen den Genuß einer Rente in Höhe des Zinseinkommens auf die Dauer des Alters bis zum Tode ist an sich nichts einzuwenden, das ist's ja gerade, was wir für alle Volksgenossen erreichen wollen, hier bei diesen kleinen Kapitalien, handelt es sich nur darum, daß kein Recht auf die ewige Verzinsung dieser Spargelder anerkannt werden kann. Entweder ein solcher Sparer verzehrt im Alter seine Ersparnisse, oder er liefert seine Zinspapiere an den Staat ab, der ihm dafür eine Leibrente gewährt.

Statistische Untersuchungen

Statistische Untersuchungen haben ergeben, daß eine solche allgemeine Sicherstellung einer auskömmlichen Altersrente für alle Volksgenossen, die es nötig haben, — also an alle diejenigen, die nicht bereits aus ihrer sonstigen Lebensstellung eine Sicherung für ihr Alter beziehen — nur einen kleinen Bruchteil der Summen ausmachen würde, die jetzt unter staatlicher Beihilfe dem Moloch „Großleihkapital" geopfert werden.

Die Möglichkeit einer solchen Leistung ist somit ohne weiteres klar — so handelt es sich nur um den Willen, dies auch durchzusetzen. Im nationalsozialistischen Staate wird aber niemand wagen, diesen Willen zu einer sozialen Großtat zu hemmen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Staatliche Leibrenten

Dieser Weg führt uns sehr einfach zur Verallgemeinerung des Leibrentengedankens, nur mit dem Unterschied, daß dem Anspruch auf eine Leibrente keine geldliche Leistung notwendigerweise vorangehen muß, sondern, daß die Arbeitstätigkeit im Rahmen der Gesamtvolkswirtschaft, wie wir sie gezeichnet haben, Anspruch auf eine auskömmliche Altersrente begründet.

Digitized by Google

Bezüglich der Abstufungen haben wir in unseren Versicherungsmathematikern genügend fachlich vorgebildete Leute, welche die richtigen Altersgrenzen für die einzelnen Berufe feststellen können für den Beginn der Altersversorgung. Abstufungen

Die Arbeiter in chemischen Betrieben, die Arbeiter in Bergwerken unter Tag, werden diese Grenze früher erreichen als ein landwirtschaftlicher Arbeiter oder ein Holzarbeiter, der dauernd in frischer Luft arbeiten kann.

Doch dies sind Einzelheiten, die zwar schon auch im Einzelnen genau bedacht, den Rahmen dieser Arbeit über Gebühr ausdehnen würden.

In den Rahmen sozialpolitischer Aufgaben gehört auch als eine Tat ausgleichender Gerechtigkeit die Einziehung aller außerordentlichen nicht auf ehrlicher Arbeit beruhenden Kriegs- und Revolutionsgewinne. Einziehung der Kriegs- und Revolutionsgewinne

Zu diesem Zwecke wird ein Vermögenskataster angelegt werden, dieser Vermögenskataster wird selbstverständlich auf wertgleicher Grundlage aufgebaut werden. Personen, die vor dem Kriege noch nicht in Deutschland angesiedelt waren, werden mit einem Vermögen gleich Null in Vergleich mit dem jetzigen eingesetzt werden, sodaß auch für diese Personen ein manchmal vielleicht harter, meistens jedoch wohl durchaus zutreffender Ausgangspunkt gewonnen werden wird. Deutsche, die durch die Kriegsfolgen wieder in ihre alte Heimat zurückgekommen sind, werden natürlich anders behandelt werden, als die Angehörigen fremder Nationen, die nun kraft der überlegenen Kaufkraft ihrer „Edelvaluten" bei uns billig leben wollen, oder die gar aus den östlichen Gefilden als besitzlose Schnorrer eingewandert sind, und heute zu den reichsten „Raffkes" gehören. Vermögenskataster auf wertgleicher Grundlage

Ein recht bezeichnendes Beispiel für solche Existenzen ist der galizische Jude Sigi Bosel, der heute als der reichste Mann Deutschösterreichs gilt und dessen Vermögen ebensogroß sein soll wie die gesamte Staatsschuld Deutschösterreichs.

Sigi Bosel kam als besitzloser Handlungsgehilfe in den ersten Kriegsjahren nach Wien, in schaffender Arbeit hat er sich nie versucht, dafür mit umsomehr Glück auf dem Gebiete der Kriegsschiebungen. Solche Bosels gibt es aber eine ganze Unzahl in allen Abstufungen. Wir haben dieses Beispiel auch nur angeführt, um zu zeigen, daß aus solchen Quellen außerordentlich viel zu holen ist, wenn schon das Vermögen eines einzigen solchen Vampyrs genügt, die riesenhaften Staatsschulden eines ganzen Landes aufzuwiegen.

Wir wissen, daß ein energisches Durchgreifen gerade solchen Leuten gegenüber die begeisterte Zustimmung der Massen finden wird, denn gerade in diesem Punkte haben es ja die sog. Revolutionsregierungen so sehr fehlen lassen und damit haben sie am meisten das Vertrauen eingebüßt, das ihnen wenigstens von Seite der Massen entgegengebracht worden war.

Wem die tieferen Zusammenhänge freilich klar waren, dem war dieses Verhalten nur selbstverständlich, denn die Revolutionsregierungen sind ja nicht von „Volksgnaden", sondern von „Geldsacksgnaden".

Digitized by Google

Die Gewinnbeteiligung.

Die Gewinnbeteiligung aller an produktiven Unternehmungen Beschäftigten je nach Alter und Leistung ist eine Forderung sozialer Gerechtigkeit im Rahmen der verschiedenen Unternehmungen selbst, — sie ist aber keine Staatsangelegenheit, sie ist aber auch keine Angelegenheit des Nationalsozialismus im besonderen.

Die Frage der Gewinnbeteiligung ist ein so schwieriges und umstrittenes Gebiet, zu dem wir hier nur einige Grundgedanken niederlegen wollen.

Für die höheren Beamten und Leiter der größeren Unternehmungen sind wohl schon entsprechende Formen dieser Gewinnbeteiligung gefunden worden, doch interessiert dies hier nicht weiter, da es sich dabei um rein privatkapitalistische Angelegenheiten handelt. Die Frage der Arbeitergewinnbeteiligung schneidet dagegen schon mehr ins sozialpolitische Gebiet ein.

Hier ergeben sich aber schon erhebliche Schwierigkeiten und zwar theoretischer wie praktischer Natur.

Theoretisch widerspricht zweifellos die Forderung nach Gewinnbeteiligung grundsätzlich der nationalsozialistischen Einstellung zu der Hauptaufgabe der Volkswirtschaft — der Bedarfsdeckung überhaupt. Wo Gewinn gemacht wird, muß auch unter allen Umständen die Verlustgefahr mitgetragen werden. Dies trifft auf den Unternehmer zu — aber auf den Arbeiter kann ein Risiko kaum theoretisch und schon gar nicht praktisch abgewälzt werden. Wer nur ein wenig Einblick in das Getriebe des freien Unternehmertums hat, der weiß ganz genau, daß die Erzielung der Fabrikationsgewinne fast ausschließlich von der geistigen Arbeit im Konstruktionsbüro, im Einkauf und Verkauf, und bes. von den Maßnahmen organisatorischer Natur der Leitung des ganzen Unternehmens abhängt. Eine Dummheit in der Konstruktion oder im Einkauf oder falsche Dispositionen der Betriebsleitung, zu denen auch unrichtige Behandlung der Arbeiterfragen, wie ungenügende Berücksichtigung derselben gehören, können sehr bald die schönsten kalkulierten Bruttogewinne aufzehren und in Verluste verwandeln.

Zu diesem Kapitel geben die lehrreichsten statistischen Aufschlüsse die in der Fußnote aufgeführten, dem Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich entnommenen, Gewinne der deutschen Erwerbsgesellschaften. *)

*) Im Jahre 1917/18, also in dem Jahre, in welchem unsere einheimische Industrie aufs intensivste für die Versorgung des Heeres beschäftigt war, in dem Jahre, in welchem die sogenannten Kriegsgewinne der Industrie nach allgemeiner Meinung aufs höchste gestiegen waren, bezogen von den insgesamt 4723 Aktiengesellschaften Deutschlands nur 4081 überhaupt Gewinne, 66 arbeiteten ohne Gewinn und 576 arbeiteten mit Verlust.

Von den mit Gewinn arbeitenden A.-G. bezogen von dem dividendeberechtigten Aktienkapital 2672 Millionen bis zu 6%, 5188 Millionen über 6—10% und 6256 Millionen bezogen über 10% Dividende. Die Gesamtsumme aller auf das gesamte Aktienkapital ausgeschütteten Dividenden betrug 1630 Millionen, also einen Betrag, der jedenfalls weit hinter den Vorstellungen zurückbleibt, den man sich von den Riesengewinnen der deutschen Aktiengesellschaften zu machen

Digitized by Google

Schon die Betrachtung dieser wenigen Ziffern lehrt uns, daß es praktisch unmöglich ist, die Gewinnbeteiligung der Arbeiter allgemeingültig zu regeln.

Was werden die Arbeiter sagen, die in Betrieben beschäftigt sind, die eben keinen Gewinn abwerfen, und werden die Arbeiter, die in Betrieben tätig sind mit einem prozentualen Gewinn von nur 2—6% nicht mit Neid auf ihre Kollegen in den Betrieben mit einer Dividende von über 10% sehen? Werden die Arbeiter nicht versuchen, in die Betriebe mit besserer Rentabilität abzuwandern? und werden nicht gerade durch dieses Streben neue Unruhen hervorgerufen? Reine Luxusindustrieen pflegen sich im allgemeinen besonders gut zu rentieren, während oft Betriebe, die für die allgemeine Volkswirtschaft besonders wichtig sind, nur kargen Nutzen abwerfen. Aus diesen Betrieben werden nun die Arbeiter zu fliehen versuchen und dadurch die Lage dieser lebenswichtigen Industrien noch erschweren, während reine Luxusindustrien ein Ueberangebot von Arbeitskräften haben, aus denen sie sich dann die besten aussuchen können, und diese noch im Lohn drücken werden. Man denke doch nur daran, daß heute die best rentierlichste Industrie die Filmindustrie ist. Das schlimmste aber scheint mir zu sein, daß durch diese Arbeitergewinnbeteiligung gerade der Arbeiter privatkapitalistisch eingestellt werden wird, und sich vor den Wagen der „Rentabilität" spannen lassen wird, statt zu bedenken, daß die möglichst billige Bedarfsdeckung aller seiner Bedürfnisse viel mehr zu seinem Vorteil gereicht.

Die Arbeiteraktie würde den Arbeiter zum Privatkapitalisten machen und ihn in dieselbe Stellung drängen, in der wir den Kleinrentner dem Leihkapital gegenüber angetroffen haben.

Wir lehnen daher von staatsmännischen Gesichtspunkten aus insbesondere im Interesse des Wirtschaftsfriedens und in der großen Linie unseres Kampfes für eine vom Rentabilitätswahnsinn befreite Volkswirtschaft die Forderung nach einer staatlichen Regelung der Gewinnbeteiligung der Arbeiter an den Unternehmungen ab.

Dagegen sind wir der Anschauung, daß eine Bezahlung nach Leistung und Tüchtigkeit, nach Fleiß und Gewissenhaftigkeit in keiner Weise durch zu weitgehende Regelung der Löhne behindert werden dürfte. Wir würden es auch nur begrüßen und fördern, wenn recht viele Unternehmer sich mit dem wahrhaft grandiosen sozialen Geiste Ernst Abbe's, des Mitgründers und späteren alleinigen Leiters der Zeiß-Werke in Jena, erfüllen würden und in dessen Geist an der Lösung der besonderen Fürsorge für die Arbeiter aus den Erträgnissen der Werke arbeiten würden.

Der Segen solch wahrhaft sozialer Gesinnung würde gewiß immer zum beiderseitigen Segen ausschlagen.

Doch sind dies Dinge, die mit der Persönlichkeit und der sozialen Gesinnung so eng verknüpft sind, sie erfordern so viel Taktgefühl, daß wir

---

pflegt. Bei einer ungefähren Gesamtarbeiterzahl der bei den sämtlichen deutschen Aktiengesellschaften beschäftigten Arbeitskräften von 8—10 Millionen Menschen, würde dies auf den Kopf höchstens 150—200 Mark ausmachen.

Theoretisch würde dies also eine Gewinnanteilsumme von ca. 150 Mark ausmachen für jeden Arbeiter, also ein Betrag, der praktisch sich vollkommen verlaufen würde.

Digitized by Google

uns von einer staatlichen Regelung nichts versprechen können. Die Hetzarbeit der Sozialdemokratie hat auch den Kopf des Arbeiters so sehr mit Haß gegen den Unternehmer erfüllt, und dieser hat es auch leider viel zu wenig verstanden, sich seinerseits in die Seele des Arbeiters hineinzudenken und ihm die nötige Achtung entgegen zu bringen, daß derartige, auf staatlicher Regelung beruhende Gewinnansprüche nur mit Mißtrauen und Argwohn betrachtet würden.

Nur im Rahmen eines mehr patriarchalischen Verhältnisses, wie es zwischen Meister und Gesellen bestand, kann vielleicht eine beide Teile befriedigende Lösung gefunden werden.

eistung und egenleistung. Arbeit und rechter Lohn

Grundsätzlich muß gelten, daß der Arbeiter für seine Leistung eine genügende Gegenleistung in Form eines auskömmlichen Lohnes bekommt. Sieht der Arbeiter, daß überdies hinaus noch für nette behagliche Wohngelegenheiten mit kleinen Hausgärtchen gesorgt wird, dann wird sich auch ohne Gewinnbeteiligung bald ein neues Vertrauensverhältnis und neue Zufriedenheit einstellen und der Arbeitsfriede wird gesichert sein.

Ist überdies noch für den Arbeitsalten durch staatliche Regelung gesorgt, so wird sich die deutsche Sehnsucht nach einem Staate, in welchem „Jedem das Seine" wird, erfüllen, soweit sich überhaupt solche Ideale auf dieser unvollkommenen Welt verwirklichen lassen.

Die Behebung der Wohnungsnot.

In der Linie der im vorigen Abschnitt angedeuteten Pflicht der Unternehmungen für ihre Arbeiterschaft für gesunde Wohnungen zu sorgen, liegt die staatliche Pflicht für die Behebung der furchtbar drückenden Wohnungsnot besonders auch in den Großstädten zu sorgen.

Wir haben schon in dem Kapitel über die Schaffung einer sozialen Bau- und Wirtschaftsbank hierüber das Wichtigste gesagt. Die sozialpolitische Seite macht es zur gebieterischen Pflicht, die Schaffung neuer Wohngelegenheiten als eine der wichtigsten innerpolitischen Aufgabe in Angriff zu nehmen.

elebung der autätigkeit

Die Belebung der Bautätigkeit macht ungezählte Energien frei, die jetzt gehemmt sind, — weil sich das Bauen nicht „rentiert". Lebhafte Bautätigkeit bedeutet Arbeit und Brot für das ganze Volk. Die unerträglichen Mietsstreitigkeiten werden allmählich verschwinden, die zu den größten Erbitterungen geführt haben. Die Volksgesundheit wird sich mit dem Fortschreiten der Gartenstadtbewegung heben und ein freies Volk auf freiem Grunde wird sich wieder mit Freude zu seiner Heimat und auch zu seiner Arbeit bekennen.

Ich versage es mir, auf bautechnische Einzelheiten einzugehen. Wir besitzen aber gerade auf dem Gebiete des Bauwesens und bes. des Siedelungsbaues so hervorragende Fachmänner in Deutschland, ich nenne nur Muthesius und Th. Fischer neben zahlreichen Jüngeren, daß wir ganz beruhigt sein können, daß auf diesem Gebiete schlechthin Mustergültiges geschaffen werden wird, — wenn nur erst die Frage der Finanzierung gelöst

Digitized by Google

sein wird, — und diese ist gelöst bzw. sie wird gelöst werden durch die Schaffung einer gemeinnützigen Bau- und Wirtschaftsbank mit dem Rechte der Ausgabe zinsloſen Baugeldes.

Die Durchführung selbst wird privater Initiative überlassen bleiben, wie ja selbst die Soziale Bau- und Wirtschaftsbank schon vom starren Staatsbetrieb losgelöst sein soll durch die öffentlich-rechtliche Form, in der dieses Institut errichtet werden soll.

Die Lenkung des Staates beschränkt sich auf die Ueberwachung, daß der Staatsgrundsatz des nationalsozialistischen Staates „Gemeinnutz vor Eigennutz" gewahrt bleibt.

Körperlich Gesundun

Die Auswirkung einer solchen sozialen Betätigung des kommenden deutschen Staates legt dann ohne weiteres die Grundlagen für die körperliche und seelische Gesundung unseres Volkes.

Wenn die staatliche Innenpolitik ihr Hauptaugenmerk auf die Schaffung von Arbeitsgelegenheit richtet, wenn sie dafür sorgt, daß diese Neuschöpfungen von den Zugriffen des Privatkapitals bewahrt bleiben und die benötigten Zahlungsmittel für öffentliche Arbeiten direkt vom Staate und für die private Bautätigkeit durch die soziale Bau- und Wirtschaftsbank bereit gestellt werden, dann werden auch die körperlichen und seelischen Voraussetzungen geschaffen, daß unser vom mammonistischen Gifte des privaten Gewinnstrebens und des Eigennutzes angefressenes Volk sich wieder auf kulturelle Werte besinnt und seine arg verschüttete Seele wiederfindet.

So führen unsere sozialpolitischen Betrachtungen zwanglos zur Kulturpolitik des deutschen nationalsozialistischen Staates über.

Digitized by Google

Kulturpolitik.

Erziehung und Bildung, Förderung von Kunst und Wissenschaft und das Verhältnis des Staates zu den verschiedenen Glaubenslehren sind die 3 Hauptgruppen der Kulturpolitik eines Staates.

Nicht in den Bereich des Staates gehören u. E. die letzten Fragen über die Beziehungen des Einzelnen zu seinem Gott. Diese letzten heiligsten Dinge des menschlichen Herzens müssen außerhalb staatlicher Beeinflussung stehen. Eine staatliche Metaphysik ist ein ebenso großer Wahnsinn, wie es der Versuch einer staatlichen Regelung der Liebesneigungen der Staatsbürger wäre.

Der alte Fritz ließ bekanntlich in seinem Staate „Jeden nach seiner Fasson selig werden". Wir möchten diesen Satz für unseren Staat seines etwas zynischen Beigeschmackes entkleiden und sagen: wir wollen Ehrfurcht haben vor der religiösen Ueberzeugung eines Jeden. Wir wollen aber diese Ehrfurcht nicht ausdehnen auf Glaubenslehren, die gegen den Staat und die Gesellschaft gerichtet sind, wie dies auf die jüdischen Geheimgesetze zutrifft. Auch können Glaubenslehren, deren Inhalt dem Sittlichkeitsempfinden der germanischen Rasse widersprechen, nicht geduldet werden.

Mit dieser Ausweitung und Einschränkung hält es der nationalsozialistische Staat für seine Pflicht, die ungestörte Ausübung der religiösen Kulte zu sichern, wie er die Sicherheit von Person und Eigentum seiner Staatsbürger schützt.

So wenig heute die Kirche noch das ptolemäische Weltbild aufrechterhält und mit der modernen Wissenschaft das kopernikanische Weltbild anerkennt, ohne daß deshalb der sittliche Inhalt der Glaubenslehre Schaden gelitten hätte, so wenig wird unser Staat es als seine Aufgabe betrachten, neue Erkenntnisse, die eine Synthese wissenschaftlicher Erkenntnisse mit dem metaphysischen Bedürfnis des Menschen versucht, zu unterdrücken.

Für jede aufsteigende Kultur ist die Erkenntnis die Erlösung *) und nicht das Dogma.

Die Aufgabe des Staates ist daher nicht der Zwang, religiöse Bekenntnisse als Staatsreligion vor neuen Erkenntnissen zu schützen, auch nicht der, neue wissenschaftliche Erkenntnisse besonders zu schützen oder zu fördern, sondern er hat nur darüber zu wachen, daß die Glaubenslehren keine den Staat und die Wohlfahrt der Bürger gefährdende Lehren enthalten. Er muß daher auch fordern, daß diese Glaubenslehren jedermann zugänglich in deutscher Sprache vorliegen müssen.

Ein Glauben, der gestattet, die Christen zu berauben, wie sich Goethe in seinem Jahrmarkt zu Plundersweiler über die Juden ausdrückt, kann jedenfalls keinen staatlichen Schutz verlangen und muß unterdrückt werden.

*) cf. v. Kemnitz, „Triumpf des Unsterblichkeitwillens". Verlag E. Reinhardt.

Digitized by Google

Wir sehen, daß auch hier wieder die Judenfrage mit aller Wucht hereinspielt. Heute sind die Juden noch für die meisten Völker ein wanderndes Geheimnis, die Aufklärungsarbeit über die Juden ist noch lange nicht tief genug ins Volk eingedrungen. Nur derjenige, der in Staat und Wirtschaft und im Kultur- und Geistesleben der Völker die zerstörende Wirkung des jüdischen Geistes und der jüdischen Vorherrschaft erkannt hat, der weiß, daß der kommende Kulturkampf sich gewiß nicht gegen die christliche Religion wenden wird, sondern einzig und allein mit aller Wucht gegen den Weltfeind Juda.

Deutscher Geist oder Judentum wird die Losung für diesen Kulturkampf sein. Der Ausgang dieses Kampfes wird die Entscheidung darüber bringen, ob die Welt noch die Kraft findet, sich zu Gott durchzuringen oder ob sie dem Antichrist, dem Götzen Mammon untertan sein wird.

Die kulturpolitische Aufgabe eines großdeutschen nationalsozialistischen Staates wird daher zunächst eine ungeheure Reinigungsarbeit sein.

Eine Reinigung unserer Kunst, Literatur und Wissenschaft, Theater, Presse, sowie unserer Hochschulen von den verderblichen Einflüssen des jüdischen Geistes.

Es kann nicht die Aufgabe dieses Buches sein, diese Fragen erschöpfend zu behandeln. Dies muß einer späteren Arbeit vorbehalten bleiben, bzw. sie wird von berufener Seite geleistet werden müssen. Jedes einzelne dieser Gebiete kann Anlaß zu einer besonderen Forscherarbeit in nationalsozialistischem Geiste bilden. Wir werden dieses Gebiet noch sehr eingehend bearbeiten müssen, denn die schönste Blüte jedes Volkstums ist seine Kunst und Wissenschaft. Diese letzten und feinsten Blüten lassen sich nun zwar ebensowenig bzw. noch weniger staatlich organisieren, als Produktion und Konsumption, weil sie eben Ausstrahlungen der Persönlichkeit sind, aber ein Staat, der den Anspruch auf den Namen eines Kulturstaates machen will, muß jedenfalls die Förderung von Kunst und Wissenschaft zu seinen vornehmsten und heiligsten Aufgaben rechnen.

In dieser Hinsicht ist die monarchische Staatsform die günstigste, weil eben in Dingen von Kunst und Wissenschaft die Persönlichkeit den Ausschlag gibt. Ein feiner kunstsinniger Fürst — ja selbst dann, wenn fürstlicher Kunstsinn in Prachtliebe stecken bleibt, kann eine ganze Generation künstlerisch befruchten. Wir denken an unsere Wittelsbacher Ludwig I. und Ludwig II., an das Sanssouci Friedrich des Großen, an die Prachtbauten der französischen Ludwige, an die Medici, an die kunst- und prachtliebenden Päpste, an die großen Kalifen, an die Glanzperioden römischer Kaiserzeit usw.

Jetzt sind wir mitten im Kampf, da ist es nicht verwunderlich, wenn kulturelle Fragen in nationalsozialistischen Versammlungen und im Schrifttum des Nationalsozialismus wenig zu Worte kommen, — „Inter arma silent musae". Jedenfalls soll aber durch diese kurzen und grundsätzlichen Bemerkungen gesagt sein, daß sich der Nationalsozialismus der überragenden Bedeutung der kulturellen Probleme bewußt ist. Wir wissen aber ebenfalls, daß sich die schönsten Blüten eines harmonischen Volkstums nicht staatlich organisieren lassen, dagegen wissen wir, daß es staatliche Aufgabe ist, alle Schädigungen fernzuhalten, alle Fäulnisherde zu vertilgen und das Unkraut auszurotten. Gerade wie ein Gärtner mit sorgsamer Hand

Digitized by Google

seine „Kulturen“ von Unkraut und Ungeziefer freihalten muß, wie er seine Kulturpflanzen sorgsam gießen und aufbinden muß, wie er aber dem herrlichen Wunder der Entfaltung der Blüte und der Fruchtbildung ehrfurchtsvoll gegenübersteht, so sehen auch wir die Aufgabe des Staates beschränkt auf die Reinigungs- und Förderungsarbeit.

Die Reinigungsarbeit liegt in der Richtung der Ausschaltung des Judentums auf allen kulturellen Gebieten, die Förderungsarbeit hat zur Voraussetzung, die wirtschaftliche Gesundung von Staat und Volkswirtschaft von der Zinsherrschaft des Weltwucherkapitales.

Sachlich und organisatorisch werden sich auf dem Gebiete des Erziehungs- und Bildungswesens keine wesentlichen grundlegenden Aenderungen ergeben. Das deutsche Schulwesen in seinem technischen und organisatorischen Aufbau, in der Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit, mit welcher der Lernstoff vorbereitet und vermittelt wurde, war mustergiltig, ja es war vielleicht zu mustergiltig, so daß sich an dem deutschen Erziehungswesen schon die tragischen Mängel jeder Ueberorganisation zu zeigen begannen — die Erstarrung.

Das Lernen stand im Vordergrund, und das Leben kam zu kurz. Aufgabe der Schule ist aber „Menschen zu bilden“ und nicht nur Menschen mit Wissen anzufüllen. Gerade das letztere gilt für unsere jetzige Schwertzeit mehr denn je — wir brauchen Männer, Charaktere notwendiger als Wisser und Könner, denen es an Willen und Charakter fehlt. In dieser Richtung, in der Richtung der Charakterbildung liegt die große Aufgabe der Jugenderziehung. Schon zeigt sich eine gewisse Reaktion auf die einseitige Uebertreibung der formalen Wissensanhäufung der letzten Jahrzehnte in dem starken Hervortreten der Vorliebe unserer Jugend für Sport und Leibesübungen aller Art. Wir begrüßen diese Umstellung aufs lebhafteste, denn nichts bildet den Willen besser als die Freude, sich auf sich selbst, auf seine körperliche Kraft und Gewandtheit verlassen zu können. — Nur eine Gefahr birgt diese Entwicklung — körperliche Kraft und Gewandtheit ist vollkommen unabhängig von Charakter und Sittlichkeit, von Geist und Gemeinsinn — es ist nur das rein körperliche ohne die Zwangsläufigkeit der Erhebung des körperlich Tüchtigen zu einem geistig und sittlich hochstehenden Menschen.

Das „mens san' in corpore sano“ geht leichter auf dem Wege über den gesunden Geist, als umgekehrt, denn es ist der Geist, der sich den Körper baut.

Wir wollen damit sagen, daß eine Uebertreibung der Leibesübungen ins rein sportliche und besonders in sportlich-wettkämpferische keineswegs der Entwicklung des Volkes zu höherer Kultur zuträglich — ja eher abträglich sein kann.

Wenn unsere jungen Leute nur mehr den Fußball-Matsch vom nächsten Sonntag im Kopf haben und nur einen Ehrgeiz kennen, in der Zeitung genannt zu werden als Sieger in irgend einer sportlichen Veranstaltung, dann sind solche Sportfanatiker meistens schon für den völkischen Gedanken einer Kultur- und Schicksalsgemeinschaft verloren. — Wehe, wenn diese an sich so begrüßenswerte körperliche Ertüchtigung die Wege amerikanischen und englischen Sportsinnes geht, das einen Weltmeisterschaftsborer mehr als jeden Geistesheroen feiert, oder im Sinne des altrö-

Digitized by Google

mischen Pöbels, der schließlich nur mehr den Ruf „panem et circenses" („Brot und Spiele") kannte und schließlich in sittlicher Verwahrlosung unterging, weil alle sittlichen Momente, besonders der Pflichtgedanke, verloren gegangen waren.

Diese eine große Umstellung unseres gesamten Erziehungs- und Bildungswesens in der Richtung auf das charakterlich und sittlich Hochstehende liegt nun wiederum auf dem Gebiete des Persönlichen. Es ist eine Lehrerfrage mehr als eine Frage der Schüler oder des Lehrplanes. Soweit hier der Staat eingreifen kann, obliegt ihm strengste Auswahl und wirtschaftliche Sicherstellung der Lehrkräfte. Hier hat der Lehrerstand eine große Aufgabe noch vor sich und ebenso ist es die Aufgabe der Kirche, unermüdlich an der sittlichen Vervollkommnung zu arbeiten, ohne in starren Dogmatismus zu verfallen.

Weit entschiedener, wie auf geistig kulturellem Gebiet kann der Staat im Pressewesen eingreifen. Nicht mit Unrecht wird die Presse als siebente oder neunte Großmacht bezeichnet und ein schlauer Großjude hat auf einem zionistischen Kongreß auf die ungeheuere Bedeutung der Presse hingewiesen und es als eine Voraussetzung für die Vollendung der jüdischen Weltherrschaft bezeichnet — die Presse der ganzen Welt in jüdische Hände zu bringen.

Die Verjudung unseres öffentlichen Schrifttums übersteigt alle Vorstellung. Im Hammerverlag ist eine Schrift erschienen „Der jüdische Zeitungspolyp", die hierüber interessanten Aufschluß gibt. Eine deutsche Regierung wird daher fordern, daß nur deutsche Staatsbürger und nur unter voller Verantwortlichkeit öffentlich schreiben dürfen, und in der Richtung unserer grundsätzlichen Einstellung über die Grenzen von Staat und Wirtschaft liegt unsere Forderung der Verstaatlichung des Anzeigenwesens.

Die Anzeigen sind eine besondere Form des Verkehrs und insofern schlagen sie in das Gebiet staatlicher Wirtschaftsaufgaben ein. Heute ist die Annonce bereits zum Druckmittel des Großkapitals auf die Zeitung geworden, daß selbst Zeitungen, die noch nicht völlig verjudet sind, mit Rücksicht auf die von jüdischen Geschäftshäusern und Banken gegebenen Anzeigen nichts zu schreiben wagen, was sich gegen die Juden und ihre Vorherrschaft im wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Leben richten würde.

Für die Presse selbst soll durchaus das Recht der freien Meinungsäußerung aufrechterhalten bleiben, doch muß dies in anständiger Form geschehen unter voller persönlicher Verantwortung und darf sich nicht gegen die Grundlagen der deutschen Volkswohlfahrt richten.

Wir beschließen damit den Kreis unserer Einzelbetrachtungen zu unserem Programm und wenden uns zum Schlusse noch einigen allgemeinen Betrachtungen zu über notwendige Reformen.

Digitized by Google

Sonstige Reformen.

Zum Schlusse haben wir uns noch einem weitem Gebiet zuzuwenden, den Reformen auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens. Selbstverständlich kann keine Rede davon sein, diese Fragen noch irgendwie erschöpfend zu besprechen, immerhin ist es notwendig, ihrer Erwähnung zu tun, da sie in den Gesamtbereich einer umfassenden Staatsreform hineingehören.

Justizreform. Unser öffentliches Recht bedarf dringend einer grundsätzlichen Erneuerung im Sinne unseres deutschen Rechtsempfindens. Das Recht muß klar und jedermann verständlich sein. Im besonderen wird das kommende deutsche Recht nicht in so einseitiger Weise das Eigentum in den Vordergrund der ganzen Rechtpflege zu stellen haben, sondern mehr wie bisher auch den Schutz der Person zu pflegen haben.

Eine Aenderung im Bodenrecht wird insoferne anzustreben sein, als im Interesse der Erhaltung des freien Besitzes von Grund und Boden in den Händen der landwirtschaftlichen Bevölkerung rechtliche Sicherungen getroffen werden müssen gegen die Verschuldung von Grund und Boden an das Leihkapital.

Alle berechtigten und im Interesse einer Hebung der Landwirtschaft gelegenen Kredite und Darlehen werden von der neu zu schaffenden sozialen Bau- und Wirtschaftsbank gegeben werden. Bezüglich der Belehnung von städtischem Grundbesitz werden im Zusammenhang mit der angedeuteten Siedlungspolitik der Städte und Gemeinden ebenfalls Regelungen erfolgen, die eine Verschuldung an das Kapital ausschließen. Bei Uebergang von Grundbesitz in andere Hände wird ein Vorkaufsrecht des Staates bzw. der Gemeinden vorzusehen sein.

Das Strafgesetz muß eine wirksame Bestrafung aller Verbrechen gewährleisten insbesondere von solchen, die sich gegen das allgemeine öffentliche Wohl richten.

Auf rechtlichem Gebiet kommen noch eine ganze Anzahl von Reformen zur Durchführung, die schon seit langem die Juristen beschäftigen. — Wer sich über dieses weite Gebiet eingehender unterrichten will, dem empfehlen wir die ausgezeichnete Arbeit von Amtsgerichtsrat Wagemann Bochum „Deutsches Recht". Die umfangreiche und gewissenhafte Arbeit aus der Feder eines im juristischen Staatsdienste alt gewordenen Mannes kann von vornherein den Anspruch darauf machen, von sachkundiger Hand zu stammen. Wer sich darin vertieft, dem weht reiner deutscher Geist entgegen, getragen von tiefer Liebe für das deutsche Volk, das losgelöst von Urväterssitte ein fremdes, seinem innersten Wesen nicht entsprechendes Recht aufgedrängt erhalten hat. Wagemann hat auch einen kleinen Auszug aus seinem Hauptwerk erscheinen lassen, das von den völkischen Buchhandlungen vertrieben wird. Der von Wagemann ins Leben gerufene „Bund für deutsches Recht" zählt namhafte Juristen zu seinen Mitgliedern.

Digitized by Google

Ein neues Wahlrecht muß die Schäden des jetzigen Parlamentarismus grundsätzlich aufheben. Diese Grundschäden erblicken wir in dem jetzigen Parteiwesen, in der Unverantwortlichkeit der Gewählten, in dem völlig ungenügenden Zusammenhang zwischen Wählern und Gewählten, in der willkürlichen Altersgrenze, in den widerlichen Formen des Wahlkampfes mit den bis zur Siedehitze gesteigerten politischen Leidenschaften, in der Unterdrückung von großen Minderheiten, in der Zusammendrängung der Wahlhandlung auf einen Tag und in noch verschiedenen anderen Mängeln von untergeordneter Bedeutung. Ich habe bereits vor 4 Jahren in der ausgezeichneten Wochenschrift von Dietrich Eckart einen kurzen Auszug aus einer größeren bisher noch nicht veröffentlichten Arbeit die Grundgedanken eines neuen Wahlsystems dargelegt, bei welchem die gerügten Mängel vermieden werden.

Ich gehe absichtlich hier nicht näher auf diese Vorschläge ein, bemerke nur, daß die Einrichtung von zwei Kammern vorgesehen ist, von denen die eine die wirtschaftlichen Belange des Volkes und die andere die politischen und sonstigen öffentlichen Angelegenheiten des Volkes zu behandeln hat.

Die „Wirtschaftskammer" wird einen gewissen Vorläufer im Reichswirtschaftsrat finden, nur mit dem Unterschied, daß der jetzige Reichswirtschaftsrat mehr oder weniger nur ein Kopf ohne Glieder ist, eine Oberstelle ohne organischen Zusammenhang mit der Wirtschaft.

Ueber zwei große Gebiete des nationalsozialistischen Alldeutschland soll über den Rahmen der Programmforderungen hinaus weiter nichts mehr gesagt werden, über die Wehrmacht und über die Staatsform.

Was grundsätzlich dazu zu sagen war, ist bereits in den Kapiteln „Die machtpolitischen Grundlagen" geschehen. Mehr darüber zu sagen verbietet politischer Takt und Klugheit, wir wollen den Befreiungskampf des deutschen Volkes nicht verquicken mit dynastischen oder republikanischen Ansprüchen.

Wir wissen, daß wir mit diesem Kapitel die Antwort auf manche Frage schuldig bleiben, es ist dies aber auch gar nicht anders möglich. Vieles wird natürlich von der Entwickelung abhängen, manches wird sich erst nach Beseitigung der Grundfehler herausstellen. Schließlich ist ja selbst in der vollkommensten Natur nichts fertig vorhandenes da, das nicht weiter sich entwickeln würde, wir wollen ja auch keine starre Schablone geben.

Digitized by Google

Einschlägige Literatur.

Ein Werk wie das vorliegende bedarf an sich keines Literaturnachweises; es ist geboren aus dem Geiste einer jungen starken Bewegung, die sich in bewußtem Gegensatz weiß zu den meisten hergebrachten Anschauungen und Meinungen, nur gegründet auf heißer Liebe zu Freiheit und Vaterland und aus dem Bemühen heraus neue Wege für Deutschlands Erneuerung zu zeigen.

Als Vorläufer muß ich meine eigenen bisherigen Veröffentlichungen erwähnen:

„Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft", in welchem ich die ungeheure Bedeutung des Zinsproblems schildere in seiner zerstörenden Wirkung auf Wirtschaft und Moral der Völker. Besonders wird der Unterschied betont zwischen Arbeitskapital und Leihkapital und deren Größenordnungen nachgewiesen. Die grundsätzlichen Forderungen des Manifestes bildeten den Ausgangspunkt für die gesamte Antizinsbewegung.

„Der Staatsbankrott die Rettung" behandelt insbesonders die verheerenden Wirkungen der Zinspflicht des Staates gegenüber dem Großleihkapital, mit den Folgen ihrer unglückseligen Steuerwirtschaft.

Gemeinschaftlich mit Dr. Bukeley veröffentlichte ich 1922 die Broschüre: „Der kommende Steuerstreik". Das Buch gibt weit über den Rahmen des Titels hinaus weltpolitische Ueberblicke über die finanzielle Verschuldung aller Völker des westlichen Kulturkreises, es zeigt an Hand genauer statistischer Ziffern die unheilvolle Entwicklung der Staatsfinanzen, und es zeigt die unweigerlichen Zusammenhänge zwischen der grundsätzlich falsch eingestellten Staatsfinanzpolitik mit ihrem Steuerwahnsinn und der daraus sich ergebenden Teuerung. Darüber hinaus werden in dem Buche noch an Hand von zwei genau geschilderten praktischen Beispielen die Lösungen gezeigt für die vom Anleihewahnsinn freie Finanzierung großer öffentlicher Aufgaben auf zinslosem Wege.

Die Zeitschrift „Finanz und Geldsachen", herausgegeben von Bernhard Köhler, befaßte sich während der folgenden Jahre eingehend mit diesen Fragen. „Die Finanz und Geldsachen" waren das Organ des „Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft".

„Der deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft" veranstaltete zahlreiche große öffentliche Vorträge und Veranstaltungen, so besonders einen öffentlichen Redestreit im Sinne der mittelalterlichen Disputationen, in welchem über die positiven Vorschläge, die der deutsche Kampfbund im Anschluß an die Forderungen des „Manifestes" aufgestellt hatte, disputiert wurde. Außerordentlich zahlreiche Vorträge in allen wichtigen größeren deutschen Städten trugen die Gedanken hinaus in die deutsche Oeffentlichkeit. In finanz- und wirtschaftspolitischer Beziehung war diese Arbeit des Kampfbundes der Wegebereiter für den Nationalsozialismus.

Der Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft ist heute völlig mit der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vereinigt, was sich schon darin ausdrückt, daß der Ehrenvorsitzende der N. S. D. A. P. zum Vorsitzenden des Kampfbundes z. B. d. Z. gewählt wurde. Der Ausbau des völkischen Beobachters zur Tageszeitung erübrigte die Weiterführung der „Finanz- und Geldsachen".

Besondere Erwähnung verdient „Der Reichswart" des Grafen E. zu Reventlow, der schon in einer seiner ersten Nummern im Jahre 1920 die Lösung des Zinsproblems schlechthin als die Lösung der sozialen Frage bezeichnete. In zahlreichen Aufsätzen hatte ich Gelegenheit im „Reichswart" die Identität der Lösung der sozialen Frage mit der Durchführung der Brechung der Zinsknechtschaft nachzuweisen und gegen eine Reihe von Gegnern zu verteidigen. Sehr bemerkenswert sind nach dieser Richtung die zahlreichen Aufsätze von Reventlow aus letzter Zeit, besonders seine Auseinandersetzung mit den Kommunisten, wobei er immer aufs entschiedenste die soziale Seite einer deutschen Revolution betont und in den Vordergrund stellt.

Digitized by Google

Ein Werk, das im nationalsozialistischen Schrifttum einen hervorragenden Platz einnimmt, ist das Werk unseres Parteifreundes Ing. Rudolf Jung des geistigen Führers der nationalsozialistischen Bewegung in der Tschechoslowakei, „Der nationale Sozialismus" Grundlagen, Werdegang und Ziele der nationalsozialistischen Bewegung. Das Werk ist nunmehr in dritter wesentlich umgearbeiteter Auflage speziell für die reichsdeutsche Bewegung im Deutschen Volksverlag München erschienen.

In ausgezeichneter Weise wird die Entstehungsgeschichte der beiden Grundübel der heutigen, Zeit- Zinswucher und Bodenwucher geschildert und geschichtlich belegt. Dann die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich und die Begegnung der beiden Bewegungen, die ohne sich gekannt zu haben gleichen Zielen zustrebten.

Dr. W. Riehl „Unser Endziel".

Hans Krebs „Katechismus der deutschen Arbeiterbewegung„

Dr. Alex Schilling „Kritische Studien des Marxismus und der Sozialdemokratie".

Dr K. Binder „Kommunismus, Kapitalismus und Sozialismus".

Sowie die sehr gut geleitete nationalsozialistischen Monatshefte „Volk und Gemeinde", erschienen im Neuen Zeit-Verlag Troppau, bilden wertvolle Beiträge zum Verständnis der nationalsozialistischen Gedankenwelt.

Von wesentlicher Bedeutung für die geistige Annäherung der von München ausgehenden Bewegung der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit den älteren Bewegungen in Oesterreich und Tschechien war die Abkehr unserer tschechischen und österreichischen Brüder von der Irrlehre Silvio Gesells. Silvio Gesell hatte gerade dort in deutschvölkischen Kreisen sehr viel Anhänger gefunden, bis auf der zweiten zwischenstaatlichen Tagung in Linz im Jahre 1921 Silvio Gesell und seine Lehre rundweg abgelehnt wurde unter gleichzeitiger Aufnahme der Leitsätze des „Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft" in das offizielle Programm.

In Deutschland bildete die Forderung nach Brechung der Zinsknechtschaft schon immer den Kernpunkt der finanz- und wirtschaftspolitischen Forderungen des Nationalsozialismus, der seinen programmatischen Ausdruck in dem offiziellen Parteiprogramm vom 24. Februar 1920 fand.

Alfred Rosenberg verdanken wir die eingehenden Erläuterungen zu diesem Programm „Wesen, Grundsätze und Ziele der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei". In kurzer leichtfaßlicher Weise, ausgezeichnet formuliert, wie alles war Alfred Rosenberg schreibt, ist es ein unentbehrliches Hilfsmittel für die Propaganda geworden.

Der Nationalsozialismus verdankt Alfred Rosenberg noch eine ganze Reihe weiterer Werke, besonders zur Judenfrage. „Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltherrschaft" bringt eine mit ungeheurem Fleiß zusammengestellte Sammlung von jüdischen Zeugnissen aus der jüngsten Geschichte für das bewußte Weltherrschaftstreben der Juden. „Die Spur der Juden im Wandel der Zeiten" und „Unmoral im Talmud" sind zwei weitere Arbeiten von Alfred Rosenberg. „Das Verbrechen der Freimaurerei" und „Die Pest in Rußland" beschäftigen sich mit zwei äußerlich scheinbar gar nicht zusammenhängenden Erscheinungsformen des Judentums. Alfred Rosenberg zählt mit der Fülle dieser Schriften zu den bedeutendsten Schriftstellern der gesamten antisemetischen Literatur und dürfte wohl der beste Kenner der Judenfrage nach ihrer historischen und philosophischen Seite sein.

Es bedeutet ein großes Glück für die nationalsozialistischen Bewegung, daß Alfred Rosenberg auch unsere, jetzt zu einer Tageszeitung von Weltformat und Weltrang ausgebautes Kampfblatt „Völkischer Beobachter" als Hauptschriftleiter führt.

Im weiteren Bereiche der gleichen Weltanschauung wie der Nationalsozialismus, besonders in gleicher Kampfstellung gegen das Judentum sind die Werke von Theodor Fritsch „Der falsche Gott Jahweh", ferner „Das Handbuch zur Judenfrage" zu nennen.

Roderich Stoltheim „Die Juden im Handel". Ferner bedeutet Th. Fritsch's Zeitschrift „Der Hammer", schon seit zwanzig Jahren wohl

Digitized by Google

die beste und folgerichtigste Aufklärungsarbeit über die furchtbaren Gefahren des Judentums für völkisches Wesen.

Prof. A. Rohling's „Talmud-Jude", Der „Semi-Gotha" von älteren Werken zur Judenfrage — aus neuester Zeit O. Arnim „Die Juden in den Kriegsgesellschaften" und „Die Juden im Heer", Judas Schuldbuch von Wilhelm Meister, Gorsleben „Die Ueberwindung des Judentums", Die interessanten Gegenüberstellungen unserer Geistesheroen zur Judenfrage: „Schopenhauer und die Juden" von Maria Gröner, „Goethe und die Juden" von Dr. Maurenbrecher, „Luther und die Juden" v. Dr. Falb, „Richard Wagner und die Juden" v. Dr. Grunsky geben helle Streiflichter zu dieser Frage aller Fragen. Recht wertvolle Arbeiten besonders nach der erkenntniskritischen Seite sind die zahlreichen und umfangreichen Schriften von Arthur Trebitsch, (nicht zu verwechseln mit dem berüchtigten Trebitsch-Lincoln), „Geist und Judentum" und besonders „Deutscher Geist oder Judentum".

An Bedeutung für die Erkenntnis der gesamten umfassenden Wucht der Judenherrschaft überragt alle anderen Werke die Veröffentlichung der „Protokolle der Weisen von Zion", herausgegeben von Gottfried zur Beeck.

Nirgends ist in so konzentrierter Zusammenfassung, nirgends ist mit so zynischer Ruchlosigkeit der jüdische Welteroberungsplan auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Lebens dargestellt worden. Nur wer dieses Buch kennt, hat einen Anspruch darauf mitreden zu dürfen, nur wer mit Erschütterung trotz aller Ableugungsversuche die unerbittliche innere Richtigkeit dieser Weltverschwörerprotokolle an den Ereignissen der letzten Jahre sich erfüllen sieht, dem wird die chaotische Verworrenheit der heutigen Weltlage mit einem Schlage klar. Es ist das Buch der Bücher der gesamten antisemetischen Literatur.

Henry Ford's Schriften „Der internationale Jude" kommt besondere Bedeutung zu wegen der weltbekannten Persönlichkeit des Verfassers, des amerikanischen Großindustriellen und Automobilkönigs.

Vorstehende Aufstellung der Schriften zur Judenfrage will kein umfassendes Lexikon sein, sondern nur die bekanntesten Werke namhaft machen.

Auf finanzpolitischen Gebiet ist die Auswahl leider sehr klein; immerhin sind gerade in letzter Zeit äußerst wertvolle Beiträge für die Erkenntnis des jüdischen Finanzschwindels wieder aus der Vergessenheit aufgetaucht. Hier ist besonders der österreichische Ingenieur W. Schober zu nennen, der schon vor 30 und 40 Jahren die verderblichen Machenschaften der Juden auf dem Gebiete des staatlichen Geldwesens richtig erkannt hatte. Seine leider vergriffenen Werke sind direkte Vorläufer der nationalsozialistischen Gedankenwelt.

Ganz ausgezeichnet sind auch die Schriften von Matern, die besonders in ausgezeichneter Schärfe den inneren Widersinn der Forderung einer absoluten Währung aufdecken und das Wesen des Geldes sehr richtig als komparative Größe erkennt und nicht wie die meisten der unglückseligen modernen Pfuscher auf geldtheoretischem Gebiet als ein Meßmaß, wie das Meter oder das Kilo als Gewichtsmaß.

Oberfinanzrat Dr. Bang hat hat in einer Reihe kürzerer Aufsätze bes. in der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung" sehr wertvolle Beiträge und Vorschläge gebracht für die Sanierung unserer Staatsfinanzen. Leider ist Bang noch eine größere Arbeit auf finanztechnischem Gebiet schuldig geblieben zu dem gerade er besonders berufen wäre.

Damit ist so ziemlich der Kreis derjenigen schon erschöpft, die durch schriftstellerische Arbeiten das geistige Rüstzeug für die deutsche Freiheitsbewegung geschmiedet haben.

Auf dichterisch dramatischen Gebiet sind noch ganz besonders die Werke von Käthe Bayer zu nennen: „Der deutsche Narr", „Der Feldherr" und „Die Mörder"; ferner Armin von Oefeles Dramen „Ums deutsche Volk" und „Die Erdwarte".

Auf religionsphilosophischem Gebiet ist als Werk von ganz grandiosem Ausmaß, geboren aus reinstem arischem Geist das Werk von Frau Dr. v. Kemnitz „Triumph des Unsterblichkeitwillens" hervorzuheben, dessen reine Ethik und dessen unerbittliches Verantwortungsgefühl die Menschheit auf eine höhere Stufe des Gotteserlebens hinaufzuführen berufen sein wird.

Digitized by Google

Die Werke Dietrich Eckart's „Lorenzaccio", „Peer Gynt" u. Heinrich der Hohenstaufe" sind in ihrer Kraft und Schönheit der Sprache von ganz besonderem Rang.

Alle die genannten Werke sind durch die Deutschvölkische Buchhandlung Thierschstr. 15 zu beziehen, auf deren reichhaltiges Lagerverzeichnis auch an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen sein soll. Am Schlusse des Buches befindet sich ein Auszug aus diesem Lagerverzeichnis.

Es ist nun noch notwendig die hauptsächlichsten Werke zu nennen, aus welchen wissenschaftliches oder statistisches Material gewonnen wurde.

„Das statistische Jahrbuch für das deutsche Reich", herausgegeben vom Statistischen Reichsamt Band 35—42, und das

„Statistisches Jahrbuch für das Königreich Bayern, bzw. für den Freistaat Bayern".

„Wirtschaft und Statistik" Monatsschrift, herausgegeben vom Statistischen Reichsamt.

„Wirtschaftsdienst" Weltwirtschaftliche Nachrichten, herausgegeben vom Hamburgischen-Welt-Wirtschafts-Archiv der Universität Hamburg in Verbindung mit dem Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel.

„The Statesman Yearbook", London 1921 und 1922, das größte, statistische Jahrbuch für das gesamte brittische Imperium und für die ganze Welt.

„Weltwirtschaftliches Archiv", Zeitschrift für allgemeine und spezielle Wirtschaftslehre. Herausgegeben von Dr Bernhard Harms, Kiel.

„Der Friedensvertrag". Verlag von Reimar Hobbing, Berlin S. W. 48.

Ihm und seiner Zerstörung gilt unsere Kampfschrift in erster Linie.

Die neuen Steuergesetze gehören selbstverständlich zu den Druckerzeugnissen, mit denen wir uns auseinanderzusetzen hatten, eine Aufzählung erübrigt sich.

„Bank-Archiv", Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen, herausgegeben von Prof. Dr. Rießer, Berlin.

„Die Bank" herausgegeben von Alfred Lansburgh,

„Plutus", herausgegeben von Georg Bernhard

sind drei Zeitschriften, aus denen man sehr viel lernen kann, wie es gemacht wird, und wie man es nicht machen darf in einem deutschen Staat.

„Die natürliche Wirtschaftsordnung" von Silvio Gesell enthält viel brauchbares statistisches Material; wo aber Gesell neue Wege zu gehen versucht, kommt er auf heillose Abwege, gerät überdies in uferloses internationales Fahrwasser, und hat mit seinem Freigeld und Freiland schon unglaubliche Verwirrung angerichtet.

Eine Reihe weiterer Schriften sind in meinem Buche „Der kommende Steuerstreik" aufgeführt, auf die hiemit noch Bezug genommen wird.

Digitized by Google

Die Erfüllung.

Weite Wege sind wir gewandert unverrückbar das Hochziel im Auge. Wie die Wanderer zum Berge der Erkenntnis mußten wir oft Umwege gehen, solange wir dem Tale noch nahe waren; dichtes Gestrüpp falscher Vorstellungen und Lehrmeinungen mußten wir durchqueren und mit scharfer Axt die Bahn frei machen. Langsam wurde der Weg freier und übersichtlicher, aber immer wieder schoben sich neue Hügel und Vorberge vor, die überschritten werden mußten.

Nun halten wir Rast — frei liegt der gewaltige Berg unserer Sehnsucht vor uns — der letzte schwerste Aufstieg liegt noch vor uns, nun sammeln wir die Weggenossen zum letzten entscheidenden Sturm. Heraus aus den dumpfen Talniederungen, hinaus in die freie reine Höhenluft, hinauf auf den Gipfel unserer Sehnsucht, hinauf in die Freiheit!

Zu unseren Füßen dehnt sich das Land, klar und übersichtlich heben sich die verschiedenen Etappen unseres Marsches ab, anfänglich sind uns manche Höhen und Feldzacken unüberwindlich erschienen, und nun liegen sie tief unter uns, drunten wimmeln die Menschen und mühen sich ab im Wettkampf um ihren Götzen Mammon, ihre Seelen sind verkümmert, Nützlichkeit, Geldgewinn und Verdienst, Mühe und Plage, Sorge und Angst sind ihr Lebensinhalt geworden, kaum daß sie noch einmal Zeit finden die Augen zu erheben nach der Heimat ihrer Seele.

Wie Mehltau haben sich die Irrlehren der materialistischen Weltanschauung auf ihre Herzen gelegt, Gott wurde tot gesagt, der über alles erhabene Gedanke der Entwicklung wurde Scheittmacher einer seelenlosen Nützlichkeitslehre im Kampf ums Dasein; die unendliche Schönheit der Erscheinung der Welt hatte keinen Platz in einer Lehre, in der nur das Nützlichkeitsprinzip zu leben versprach. Schönheit war zwecklos, Wahrheit unbequem, Ehrlichkeit hinderlich, edler Gemeinsinn lächerlich, Wert der Persönlichkeit wurde zum Spott, alle Menschen mußten gleich sein, so wollte es die Masse, keiner sollte mehr gelten als der andere, so zerrte man alles Hohe und Erhabene in den Schmutz; Zügellosigkeit statt Freiheit, Haß und Neid statt gegenseitiger Hilfe. So wurden die Seelen der Menschen oft bergetief verschüttet, klein und eng, nur auf eigenen Vorteil bedacht, habgierig und kleinlich werden sie eine leichte Beute fremder Verführungskunst und eigener Leidenschaften. — Fremde Verführungskunst benützte und vollendete, was eigene Schwachheit begonnen; niemals wäre es dem fremden Verführer und seinen Hexenkünsten gelungen, den deutschen Menschen sich so zu unterwerfen, wenn dieser nicht sich selbst untreu und uneingedenk geworden wäre der großen Vergangenheit seines Volkes. Mit der Loslösung von den Sitten seines Volkes, mit dem Verlassen der guten ehrlichen Sitten in Handel und Wandel, Hand in Hand mit der Entpersönlichung und Entedelung der Wirt-

Digitized by Google

schaft, zusammen mit der Ueberheblichkeit und Verknöcherung der staatlichen Organisationsformen, die sich mehr und mehr als Beauftragte von oben, statt als Diener der Gesamtheit fühlten, drang fremder Geist bewußt geleitet von der unerhörten Herrschgier der jüdischen Rasse in alle Zweige unseres öffentlichen Lebens ein — unter allen möglichen Verkleidungen, besonders geschickt in der Verfälschung aller Begriffe, geschickt in allen Schlichen und Pfiffen des geschäftlichen Lebens, Mitleid und Humanität anrufend, bis schließlich alle staatlichen Schranken gegen den Eintritt des Juden in alle Zweige des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens gefallen waren.

Nun begann das Zerstörungswerk des jüdischen Geistes in Staat, Finanz und Wirtschaft ebenso wie in Kunst und Literatur. Von der Instinktsicherheit seiner Väter losgerissen mußte der schwerfällige arische Geist dem ewig beweglichen, rabulistisch geschulten jüdischen Geist unterliegen. So wurde das starke richtige Gefühl des Deutschen, seine Gemütstiefe in Sentimentalität umgebogen, aus dem offenen freien Wort des freien Mannes wurde zersetzende, alles herunterreißende Kritik und plumpes Schimpfen, Treue wurde umgefälscht in Prinzipienreiterei oder als überlebter Plunder verspottet. Im Geschäftsleben durchsetzten die jüdischen Praktiken der marktschreierischen Reklame und der Anreizung und Täuschung des kaufenden Publikums die alten guten Sitten, langsam vollzog sich ein völliger Wandel im gesamten Wirtschaftsleben. Nicht Erzeugung zum Zwecke bestmöglichster Bedarfsdeckung, sondern die Rentabilität für das Leihkapital wurde zum alleinigen Zweck jeder wirtschaftlichen Tätigkeit. War kein Bedarf da, so wurde durch alle möglichen Anreizmittel ein künstlicher Bedarf erzeugt, da schlechte Ware schnelleren Verschleiß und rascheren Ersatz bedingt, wurde die Qualität immer schlechter gemacht, die Maschine gestattete, eine ungeheure Menge von Schund zu erzeugen, der die ganze Welt überflutete; das gewissenhafte ehrliche bodenständige Handwerk kam in Not, eine Werkstätte nach der anderen wurde zum Kleinhändler; die gewaltigen industriellen Zentren wurden zu riesenhaften Dividendenfabriken, losgelöst von Familientradition und den starken sittlichen Impulsen ihrer Gründer, wurden sie entpersönlicht, entedelt, anonymisiert.

Der gewaltige Bedarf an Arbeitskräften zog Millionen von bodenständigen Landbewohnern in die Fabrikstädte — ein neuer Stand entstand, um den sich sofort der Jude mit seinen Verführungskünsten auf seine Weise annahm. Er schürte die Unzufriedenheit und Begehrlichkeit der Massen, schloß sie zu gewaltigen Gebilden zusammen, versprach ihnen Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage, Verteilung des Besitzes der Reichen, und schließlich die Herrschaft. Unter diesen doppelten Einflüssen, der Loslösung von der heimatlichen Scholle einerseits und den verlockenden Zukunftsbildern andererseits, wurde der deutsche Arbeiter geistig vollkommen sekundär, ein williges Werkzeug in den Händen seines Verführers. Der Begriff Vaterland wurde für ihn blutleer — er hatte ja auch keines mehr, — seine Heimat lag weit weg in den fernen Bergen oder am blauen Meer, oder in lieblicher Landschaft. — War etwa die rußige schlechte Wohn- oder Schlafstelle inmitten des sinnbetörenden Hämmerns und Stampfens von Maschinen und Verkehrsmitteln überhaupt Heimat-

Digitized by Google

erde? Vaterland? gehörte hier nicht jedes Stück Boden auf oder unter der Erde einer fremden Gewalt, für der er sich abmühte Tag für Tag, ohne daß die Früchte seiner Arbeit ihm gehörten, über die er hätte verfügen können?

Nie brachte er es weiter als zur Befriedigung des täglichen Lebensbedarfes. Ja früher, da mochte es noch angehen, da kam der Werksbesitzer noch täglich ins Werk, redete mit den Arbeitern, fragte nach Frau und Kind, da war das Gefühl der Zusammengehörigkeit noch lebendig, man war wenigstens noch als Mensch angesehen. Aber heute gibt es nur mehr Organisationen, schärfste Einteilung der Arbeit, Beamte und Direktoren — alle mehr oder weniger die gleichen Arbeitssklaven wie die Arbeiter selbst. Nur einmal im Jahre versammeln sich die Nutznießer — die Kapitalisten, Aktionäre und Aufsichtsräte — beschließen und verteilen die ungeheuren Gewinne unter sich — der Arbeiter, der körperliche und geistige Schöpfer geht leer aus. Nun kommt der jüdische Verführer, weist hin auf diese Zustände und verfälscht auch hier wieder die Gewichte — der Fabrikherr wird zum Blutsauger gestempelt, das Arbeitskapital der Industrie wird als Raub am Arbeiter hingestellt, verschwiegen wird, wie das Leihkapital Betrieb um Betrieb von seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe loslöst und auf Rentabilität einstellt, verschwiegen wird, daß ihm die Arbeiterbataillone nur Machtinstrument sein sollen.

Zerreißt so der Klassenkampfgedanke die Volksgemeinschaft in zwei feindliche Lager, so vollzieht sich auch eine Loslösung der geistigen Oberschicht der Nation von den gesunden Quellen des Volkstums. Die Weltstadt wird zum Grab des Volkstums. In den gewaltigen Steinhaufen der Großstädte wuchs ein Geschlecht empor, wurzellos, heimatlos, naturfremd, in jammervollen Wohnverhältnissen, geistig und körperlich schwach, allen Lastern der Großstadt ausgesetzt und ihnen in weitem Ausmaß anheimfallend. Naturfremd, sekundär, wuchs die Großstadtjugend hinein in die Warenhäuser, Geschäftshäuser, Banken, in die Fabrikkontore und Zeichensäle, in den städtischen und staatlichen mittleren Verwaltungsdienst, hinein in lauter unfreie, geistig ermüdende, jede Schöpferkraft abstumpfende Tätigkeit, eingestellt nur auf Geld und Gewinn.

In den höher gebildeten Kreisen trat eine völlige Abkehr von der großen völkischen Unterschicht ein. Mit Verachtung, jedenfalls mit Unbehagen sahen vielfach die „höheren Stände" auf die „Arbeiter" herab, diese vergalten dies mit Haß; Rassegesetze waren den höheren Ständen unbekannt geworden und besonders der Adel wurde den Traditionen seiner Väter untreu, und vermischte sein Blut mit den Juden. Ein falsches Humanitätsideal öffnete dem fremden Eindringling Staat und Gesellschaft, nachdem er bereits das Wirtschaftsleben durchsetzt hatte.

Im Staatsleben gewinnt die Geldmacht immer stärker wachsenden Einfluß auf die Staatsverwaltung durch eine Verfälschung der Vorstellungen über die Deckung des Geldbedarfes des Staates und seine gesamte Finanzwirtschaft, wie wir dies im breitesten Maße in diesem Buche dargelegt haben. Langsam wurde aus dem Sachverwalter der Gesamtheit — der Beauftragte und Zinseintreiber für das Großleihkapital. Damit geht auch langsam aber sicher die staatliche Autorität zu Grunde. Die alten geschichtlichen Gewalten der Dynastieen werden im Toben der Revo-

Digitized by Google

lution weggefegt — Gewerkschaftssekretäre und Parteifunktionäre treten an ihre Stelle, ihrerseits völlig unfähig aus ihrem Horizont herauszutreten und die Bedürfnisse eines Volkes und einer in die Weltwirtschaft verflochtenen Volkswirtschaft zu übersehen. Nun erst werden alle Kräfte der Zerstörung frei. Alljuda und seine Helfershelfer sind die geheimen und offenen Herren des deutschen Volkes geworden, das durch Krieg und Revolution gebunden, entwaffnet, entehrt zu ewiger Sklavenarbeit verurteilt sein soll.

Da erwacht die deutsche Seele, sie zerreißt die goldenen Netze und macht sich auf, die verlorene Heimat zu suchen. Erst ganz wenige, einsame, einfache, schlichte Männer machen sich auf, überall soweit die deutsche Zunge klingt, gehen sie mutig und entschlossen ihren Weg. Vaterland! Vaterland! ist ihre einzige Parole, soziale Gerechtigkeit ihr Ziel. Nationalsozialisten nennen sie sich, da springt einer an die Spitze, sein Name ist wie Peitschenknall, seine gewaltige Rede zwingt Tausende und Millionen in seinen Bann; er wird der Führer der deutschen Freiheitsbewegung — Adolf Hitler. Unbeugsam, unbeirrt verfolgt er sein Ziel nur dem großen Ziel von Deutschlands Befreiung gewidmet. Ein Mann ist wieder gekommen, ein Wille, kein parlamentarischer Kompromißler, Minister oder Diktator.

Kein parteipolitisches Ziel ist's, dem er mit seinen Getreuen zustrebt, nicht persönlicher Ehrgeiz bewegt ihn, einzig die große deutsche Aufgabe ist sein Ziel. Nationalsozialismus ist die neue deutsche Staatsauffassung schlechthin, Nationalsozialismus ist keineswegs an den engeren Rahmen der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei gebunden, obwohl ein solcher Zusammenschluß unerläßlich und notwendig ist, und die auch den Anspruch macht, als der Vorkämpfer der deutschen Freiheit angesehen zu werden. Hunderttausende haben sich schon unserer Kampfgemeinschaft angeschlossen, große vaterländische Verbände sind unserem Kampfbund beigetreten, alle beseelt von dem einen großen Gedanken Vaterland, Vaterland, Vaterland! Als politische Führung hat es der Nationalsozialismus übernommen, auch die geistige Mobilmachung und Vorbereitung zu treffen für einen deutschen Staat. Durch Kampfgemeinschaft zur Volksgemeinschaft!

Den besonderen staatlichen Aufgaben in Finanz und Wirtschaft soll dieses Buch gewidmet sein, es kann und will nur ein Anfang sein, denn eine Reinigung und Gesundung der Staatsfinanzen kann nur eine Voraussetzung sein, allerdings eine grundlegende für den Neubau des deutschen Staates. Schon das Programm weist noch auf weite und große Gebiete hin, die nur flüchtig gestreift wurden, und die noch der gründlichen Bearbeitung harren.

Ein neues Eigentumsrecht muß entstehen, ein neues Wirtschaftsrecht muß kommen, die Zinsknechtschaft muß gebrochen werden, die Arbeit muß wieder ehrlich werden und ihrer eigentlichen Aufgabe der Bedarfsdeckung zugeführt werden. Der Staat muß sich auf seine wichtigsten Aufgabenkreise besinnen und sich auf sie beschränken. Er ist Verwalter und Treuhänder der Gesamtheit, Hüter und Schützer von Staat und Volk,

Digitized by Google

der Wahrer von Recht und Ordnung, der Vertreter der Volksgemeinschaft nach Außen. Nur Deutsche dürfen den Staat führen. Nur so können wir erwarten, daß deutscher Geist den Riesenkampf siegreich bestehen wird, daß er die deutsche Seele wieder erlösen wird zu neuem Höhenflug. Gewaltige Werke der Dichtkunst und Philosophie werden entstehen und unseren Nachkommen von der deutschen Schicksalswende erzählen, wie das deutsche Volk in Todesnot zum letzten Kampf ausgezogen ist, — wie uns die Edda verkündet — gegen Loki den Lügner und Surtur den Zerstörer gegen alle Mächte der Finsternis, wie die Welt sich verfinsterte und Götterdämmerung über Deutschland hereinbrach, — bis ein lichter Held es wieder erlöst und zu neuem Glanze geführt.

Trotz weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Verflechtung, trotz drohender Feinde in Ost und West, trotz Zersetzung und Verderbtheit im Innern wird dieser größte Kampf der Weltgeschichte nicht ausgefochten werden mit Handelsverträgen, mit Unterwerfungs- oder Protestnoten, nicht mit Deklamationen über die Notwendigkeit einer sittlichen Erneuerung, nicht mit Paktieren und Kompromissen, sondern nur mit Blut. Blut gegen Geld. Das Blut, als Träger des Lebens und aller Seelenkräfte, das Drängen und Sehnen des Herzens nach Freiheit, Opfermut und Heldengeist, das ist's, was der Jude immer wieder vergessen hat in seiner Rechnung, weil er diese Seelenkräfte nicht begreift, ein roter Federstrich aus dem Herzblut des Ariers wirft alle seine Berechnungen über den Haufen. Der Held siegt über den Händler.

Siegreich bricht leuchtend die Sonne durch nächtliches Gewölk, die Nebel sinken, die dumpf und schwer auf der deutschen Erde lagen, strahlend verkündet die aufsteigende Sonne den Anbruch eines neuen Tages. Das Hakenkreuz, das Symbol der aufgehenden Sonne schmückt unsere Feldzeichen!

Alldeutschland ist erwacht!

Ein glückliches, freies, gemeinsinniges Volk, frei auf befreiter Heimaterde. Heil!

Digitized by Google

Ausführliche Inhaltsangabe nach den Marginalien.

Die sittlichen Grundlagen.

Verantwortung S. 13. — Sittlichkeit und Wirtschaft S. 13. — Grundsätzliche Anerkennung des Privateigentums S. 13. — Eigentum kein Machtinstrument S. 13. — Marxismus verneint Privateigentum S. 14. — Unbegrenzte Anerkennung des Privateigentums führt zur Zinsknechtschaft S. 14. — Das nationalsozialistische Wirtschaftsideal begrenzt das Eigentum S. 14. — Heute herrscht vollendete Unmoral in politischer Hinsicht S. 15. — Die Arbeit ist entwertet S. 15. — Zersetzung überall S 15. — Der nationalsozialistische Grundsatz „Gemeinnutz vor Eigennutz" ist beste deutsche Tradition S. 16. — Verantwortlichkeit erste Voraussetzung S. 17. — Das heutige öffentliche Leben steht im Zeichen der Verantwortungslosigkeit S. 17. — Verantwortlichkeit und Treue, die beiden sittlichen Eckpfeiler des nationalsozialistischen Staates S. 18.

Die wirtschaftlichen Grundlagen.

Wirtschaft und Sittlichkeit sind nicht zu trennen S. 19. — Der Marxismus hat sein Wirtschaftsideal in Rußland mit brutaler Gewalt durchgesetzt S. 19. — Bedarfsdeckung ist die Aufgabe der Volkswirtschaft S. 19. — Die Banken müssen die Diener, nicht die Beherrscher der Wirtschaft sein S. 20. — Der schaffende Geist — der raffende Geist S. 21. — Eigentum und Besitz S. 22. — Begrenzung des Eigentums S. 22. — Die Struktur der deutschen Vorkriegswirtschaft war gut S. 23.

Ueber die Grenzen von Staat und Wirtschaft.

Die Verstaatlichung ist auf ganz bestimmte Gebiete beschränkt S. 24. — Produktion und Konsumption sind individuell S. 24. — Vermittler und Verwalter steht zwischen Schöpfer und Verbraucher S. 25. — Verkehr, Handel und Geldwesen liegen im Aufgabenkreis des Staates S. 25. — Die staatlichen Verkehrseinrichtungen waren mustergültig S. 25. — Im Handel kommt nur eine staatliche Regelung für Massenkonsumgüter in Betracht S. 26. — Das Geldwesen ist Staatsangelegenheit S. 27. — Die Unklarheit und Unsicherheit des Staates im Hinblick auf das Geldwesen führt zu den verderblichsten Zuständen S. 28. — Volk und Staat in Not — die Banken blühen S. 28.

Die staatspolitischen Grundlagen.

Ohne Macht kein Staat S. 30. — Nach außen Machtstaat, nach innen Rechtsstaat S. 30. — Die Staatsform wird später entschieden S. 31. — Der Uebergang ist die Diktatur S. 31. — Die Eigenschaften des Führers S. 31. — Die monarchische Staatsform muß nicht zugleich dynastisch sein S. 32. — Der geschlossene deutsche Nationalstaat ist das deutsche Staatsideal S. 34.

Erkenntnisse und Zielsetzung.

Der Staat ist schwerkrank S. 35. — Die Krankheitserscheinungen Parlamentarismus S. 36. — Die Zinsherrschaft des Weltwucherkapitals, Wucher und Betrug S. 37. — Börsenspekulation S. 37. — Kampf Aller gegen Alle S. 38. — Klassenkampf S. 38. — Mammonismus, der Weltherr S. 38. — Marxismus der Zutreiber S. 38. — Die Juden, die Nutznießer der Weltkrisis S. 39.

Digitized by Google

Das Programm.

Das Staats- und Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei S. 45.

Der deutsche nationalsozialistische Staat.

Die völkische Zerrissenheit — Deutschlands Unglück S. 53. — Die Einigkeit der deutschen Stämme ist die Grundlage der Macht S. 54.

Der völkische Gedanke.

Antisemitische Schriften S. 56. — Die Juden sind die Fäulnißerreger im Völkerleben S. 56. — Der Wille zur Macht entscheidet im Völkerleben über Aufstieg oder Untergang S. 57. — Der Kampf gegen die jüdische Gefahr ist ein Kampf auf Leben und Tod S. 57. — Unkenntnis über die Rassenfrage erschwert den Kampf S. 58. — Reinerhaltung des Blutes ist Voraussetzung für reines Volkstum S. 58. — Die Judenemanzipation war der Ausgangspunkt für die jüdische Vorherrschaft S. 59. — Die Juden sind und fühlen sich als Staat im Staate S. 59. — Als Erfinder des Kreditwesens haben sie die Macht an sich gerissen S. 59. — Die Entpersönlichung der Wirtschaft hat zur Entedelung derselben geführt S. 59. — An Stelle der Bedarfsdeckung trat die Rentabilität S. 60. — Auch die Nationalökonomie wurde in den Dienst der jüdischen Raubwirtschaft gestellt S. 60. — Theater, Kunst und Schrifttum verjudet immer mehr S. 60. — Die Presse ist fast ausschließlich in jüdischem Besitz S. 61. — Selbst politischer Mord wurde im Dienst des jüdischen Weltmachtstrebens angewandt S. 61. — Die sittlichen und politischen Machtfaktoren im Staat wurden untergraben S. 61. — Die Lehre vom Klassenkampf zerriß das Volk S. 61. — Krieg und Revolution vollendete das jüdische Zerstörungswerk und begründete die jüdische Weltherrschaft S. 62. — Eine Ausscheidung der Juden stört das Wirtschaftsleben nicht S. 62. — Die Zuwanderung der Ostjuden ist zu verhindern S. 63. — Schmarotzer am Volkskörper werden ausgestoßen S. 63.

Das Staatsbürgerrecht.

Die Weimarer Verfassung kennt keine Staatsbürger, sondern nur Staatsangehörige S. 64. — Die Weimarer Verfassung ist von dem Juden Preuß geschrieben worden S. 64. — Das deutsche Staatsbürgerrecht muß erdient werden S. 65. — Wer sich des deutschen Staatsbürgerrechtes unwürdig erweist, hat sich zu verantworten S. 65. — Die derzeitige unverantwortliche Regierungs- und Parlamentswirtschaft muß aufhören S. 65. — Die großen Verbrecher am deutschen Volk werden zur Rechenschaft gezogen S. 66. — Jeder tüchtige Deutsche hat Anspruch auf das Staatsbürgerrecht S. 67. — Jede wirtschaftliche Tätigkeit muß sich ins Ganze fügen S. 67.

Volkswirtschaft.

Bedarfsdeckung ist die Hauptaufgabe der Volkswirtschaft S. 68. — Die großen deutschen Unternehmen waren sich dieser Aufgabe bewußt S. 68. — Der geistigen Arbeit war die allgemeine Verbesserung der Lebenslage des deutschen Volkes zu verdanken S. 69. — Tiefe Schäden fraßen an der blühenden deutschen Wirtschaft S. 69. — Die Staatsfinanzen gerieten in Abhängigkeit vom Leihkapital S. 69. — Der Grundbesitz geriet in Schulden S. 70. — Die Inflation unserer Industrie brachte dieselbe in die Abhängigkeit der Banken S. 70. — Die Banken wurden aus Dienern von Staat und Wirtschaft zu ihren Herrn S. 70. — Die Rentabilität ist der Abgott des Bank- und Börsenkapitals S. 71. — Die Bedarfsdeckung interessiert das Kapital nicht S. 72. — Sinn und Unsinn des Kredits S. 72. — Der Zinsanspruch wird zum „Recht" S. 73. — Das Verhältnis von Arbeit und Kapital wurde umgekehrt S. 73. — Ruhe und Ordnung ist kein politisches Ziel S. 74. — Alle Deutschen bilden eine Wertgemeinschaft S. 74. — Hinter der Pflicht zur Arbeit steht ein sorgenfreies Alter S. 75. — Jeder Deutsche verfügt frei

Digitized by Google

über seine Arbeit S. 75. — Arbeit ist nur, was der Allgemeinheit dient S. 75. Todesstrafe für Volksausbeuter S. 75. — Ertrag und Gewinn aus schaffender Arbeit wird geschützt S. 76. — Bauernstand und Mittelstand werden besonders geschützt und gefördert S. 76. — Die Hochblüte der modernen Zivilisation kommt dem Volke nicht zu Gute S. 76. — Diese Sinnlosigkeit einer nur auf Rentabilität eingestellten Wirtschaft muß ein Ende finden S 77. — Der Lebensmittelwucher wird besonders streng bestraft S. 77. — Die Kriegsgesellschaften waren besonders unheilvoll S. 77. — Die kleine geordnete Privatwirtschaft ist vor Auswucherung zu schützen S. 78. — Das Arbeitspflichtjahr S. 78. — Der Pflichtgedanke veredelt jede wirtschaftliche Tätigkeit S. 78.

Die Finanzpolitik des Nationalsozialismus.

Die Brechung der Zinsknechtschaft.

Die verschiedenartigen Gegner dieser Forderung S. 80. — Die Darstellung erfolgt von Grund auf S. 81. — Was ist Zinsknechtschaft S. 81. — Geld als Zahlungsmittel S. 81. — Geld als Sparmittel S. 81. — Das Wesen des Geldes S. 82. — Der Kreislauf des Geldes S. 83. — Die Ausgabenpflicht des Geldes S. 83. — Das richtige Sparen S. 83. — Das falsche Sparen S. 84. — Die widerrechtliche Geldzurückhaltung S. 84. — Die Zinserpressung S. 84. — Beginn der Geldherrschaft S. 84. — Kredit nicht aus Interesse an der Produktion, sondern wegen des Zinses S. 84. — Loslösung des Kapitals von der Arbeit S. 85. — „Rentabilität" die Hauptsache S. 85. Das Leihkapital, der Herr der Produktion S. 85. — Die volkswirtschaftliche Unmoral des Leihkapitals S. 85. — Die Vollendung der Zinsherrschaft S. 86. — Die Verschuldung S. 87. — Englands Staatsschulden S. 87. — Frankreichs Staatsschulden S. 87. — Amerikas Schuld S. 87. — Die Entwicklung in Deutschland S. 88. — Deutsche Arbeit bedrohte die Rentabilität des Finanzkapitals S. 88. — Die Weltfinanz beschließt die Einkreisung S. 88. — Der Weltkrieg S. 88. — Der Zusammenbruch S. 89. — Das deutsche Volk als Zinssklave des Weltkapitals S. 90. — Die deutsche Schuldenlast S. 90. — 900 Milliarden Schuld für jeden Deutschen S. 90. — Die Deutschen sind Phantasten und Spezialisten S 91. — Eine Abzahlung unmöglich S. 91. — Die Weltfinanz will die dauernde Zinsknechtschaft Deutschlands S. 91. — Die einschlägigen §§ des Versailler Diktats S. 92. — Brechung der Zinsknechtschaft die größte Weltfrage S. 94. — Die Verarmung des Mittelstandes S. 95. Die moralische Verlumpung S. 95. — Der völkische Zerfall S. 95. — Unfähigkeit der Regierung S. 96. — Unterwerfung und Verpfändung S. 96. — Deutschland, die Sklavenkolonie der Weltfinanz S. 96. — Die sittliche Verwahrlosung eine Folge der kapitalistischen Idee in Staat und Wirtschaft — nicht umgekehrt S. 97. — Die Erneuerung und Befreiung muß bei der Staatswirtschaft beginnen S. 97.

Die Anleihe-Wirtschaft.

Die falsche Einstellung vom Geldbedarf des Staates S. 98. — Staat ist nicht gleich Privatmann S. 98. — Die 3 Möglichkeiten des Staates, seinen Geldbedarf zu decken S. 98. — Die Leistungshoheit S. 98. — Die Münzhoheit S. 99. — Die Finanzhoheit S. 99. — Das Schuldenmachen S. 100. — Der Anleihewahnsinn hat die Staaten in die Zinsknechtschaft gebracht S. 100. — Verbrecherischer Leichtsinn und Blindheit haben den Staat in die Zinsknechtschaft gebracht S. 100. — Der Private hat nicht die Möglichkeiten wie der Staat, seinen Geldbedarf zu decken S.101. — Die Aufnahme von Staatsanleihen zieht die Zinspflicht nach sich S. 101. — Die psychagogischen Künste der Juden S. 101. — Die verführerische Kreditthilfe S. 101. — Die Hartnäckigkeit, gewohnte Denkbahnen nicht zu verlassen S. 103. — Die Kreditbewilligung S. 103. — Eine Gesundung durchaus möglich S. 102. — Falsche Schlüsse S. 104. — Die staatlichen Schuldverschreibungen S. 105. — Schaffung zusätzlicher Kaufkraft S. 105. Anreizmittel S. 105. — Eine vernünftige Staatsfinanzkunst benützt die Hoheits-

Digitized by Google

rechte des Staates S. 106. — Die bargeldlose Finanzierung S. 107. — Die Technik der Finanzierung großer Staatsaufgaben aus eigener Machtvollkommenheit des Staates S. 107.

Die Reichsbank A.-G.

Der Aufsichtsrat der Reichsbank S. 108. — Die Gründung der Reichsbank bedeutete den Verzicht des Reiches auf seine Münzhoheit S. 108. — Irrige Vorstellungen über die Reichsbank A.-G. S. 109. — Die „unverzinslichen" Schatzwechsel S. 109. — Die Reichsdruckerei S. 109. — Die „schwebenden" Schulden des Reiches müssen verzinst werden S. 109. Die Papiergeldwirtschaft untergräbt unsere Währung S. 109. — Amtliche Befriedigung über die Leistungen der Notenpresse S. 110. — Verhöhnung des deutschen Volkes „waffenlos nicht wehrlos" S. 110. — Diskonterhöhung auf 90% S. 110. — „Fundierte" Schulden S. 110. — Es wird immer eine Anleihe daraus S. 111.

Die Teuerung.

Das Einkommen bleibt weit hinter den Preisen zurück S. 112. — Teuerung und Preise das tägliche Gespräch S. 112. — Woher kommt die Teuerung S. 112. — Die landläufigen Meinungen S. 112. — Die Entwertung der Arbeit S. 113. — Die Kampfschriften gegen den Zins S. 114. — Die Kohlensteuer S. 114. — Lohnerhöhungen, eine Folge der staatlichen Steuerpolitik S. 115. — Der Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer S. 115. — Die Quantitätstheorie des Geldes S. 116. — Die direkten und indirekten Steuern S. 116. — Die Tragödie der Sparer S. 117. — Der Staat hat seine Bürger um ihre Ersparnisse betrogen S. 117. — Das verderbliche Rentenideal S. 117. — Die indirekte Steuer trifft nur die Besitzlosen S. 117. — Eine richtig abgestufte Steuer ist gerecht S. 118. — Zinskapitalistische und natürliche Teuerung S. 118.

Staatsfinanzreform.

Unsere Reformvorschläge sind im einzelnen erprobt S. 119. — Das Hochziel allen klar und verständlich S. 119. — Die taktischen Maßnahmen bleiben geheim S. 119. — Verstaatlichung der Reichsbank S. 120. — Die Aufgaben einer wirklichen Reichsbank S. 120. — Die Bayerische Staatsbank S. 120. — Das Reichsbankgesetz sieht die Verstaatlichung vor S. 121. — Die Reichsbank hat auch während des Krieges Dividenden an das Ausland bezahlt S. 122. — Die Bereitstellung der Zahlungsmittel S. 122. — Die Bank von England S. 122. — Abnehmende Bedeutung des Bargeldverkehrs S. 122. — Der bargeldlose Verkehr S. 122. — Die Postscheckämter S. 122. — Die Denkschrift der „Fabian-Society" S. 123. — Die Verstaatlichung der Notenbanken S. 123. — Der gefährdete Goldbestand der Bayerischen Notenbank S. 124. — Stabilisierung unmöglich ohne Brechung der Zinsknechtschaft S. 124. — Weltwirtschaft und Volkswirtschaft S. 125. — Weltwirtschaft und internationaler Zahlungsverkehr S. 125. — Valuta S. 126. — Auch der internationale Zahlungsverkehr ist ein Mittel zu maßloser Bereicherung der Weltfinanz S. 126. — Die gegenseitige Ausraubung der valutastarken und valutaschwachen Länder S. 126. — Die Zinsforderungen sind die Sperrklinke in der Weltwirtschaft S. 127. — Die Stilllegung der Notenpresse S. 127. — Die alte deutsche Mark kommt nie wieder S. 128. — Die tägliche Kursnotiz der Geldsorten — ein volkswirtschaftlicher Unfug S. 128. — Deflation S. 129.

Neue Wege.

Abgrenzung des Arbeitsgebietes S. 130. — Widersinn der bisherigen Finanzierungsmethode S. 130. — Die deutschen Staatseisenbahnen sind privatkapitalistisch finanziert S. 131. — Die Erträgnisse der staatlichen Verkehrseinrichtungen werden restlos vom Zinsendienst verschlungen S. 131. — Die Zinszahlungen für die Eisenbahnanleihen waren größer als die Aufwendungen für Heer und Flotte S. 131. — Die beweiskräftigen Zahlen sind jedermann zugänglich S. 132. — Zölle und Steuern, die Quelle für Bezahlung der Staatszinsen S. 132. — Die Entwertung des innern Zinsendienstes wäre eine Entlastung,

Digitized by Google

aber an deren Stelle trat der Zinsendienst an das Weltkapital durch das Versailler Diktat S. 132. — Der Ausweg S. 133. — Beispiel: Die Finanzierung der bayerischen Wasserkräfte S 133. — Die Ausgabe unverzinslicher Staatskassengutscheine S. 133. — Die Scheine sind vollgedecktes Staatsgeld S. 133. — Dieses vollgedeckte Staatsgeld hat vollen Kurs und bleibt stabil S. 134. — Es erfreut sich größter Beliebtheit S. 134. Selbst völlig ungedecktes Geld würde vom Käufer aufgenommen S. 134. — Die Kaufkraft ungedeckten Geldes schwindet S. 134. — Goldgeld behält seinen Wert, weil es Ware ist S. 134. — Zur Ausgabe zinsloser Staatsgeldes ist der Staat aus Gründen seiner Souveränität und auch aus kaufmännischen Gründen berechtigt S. 134. — Der bargeldlose Weg S. 135. — Geldausgabe auf gedeckter Grundlage ist keine Inflation S. 135. — Die Verteuerung des elektrischen Stromes durch die Zinsknechtschaft beträgt 500% S. 135. — Der Zins verteuert alles S. 136. — Bayer. Intelligenz und Arbeit baut die Werke S. 136. — Das Leihkapital hat mühe- und arbeitslos den Nutzen S. 136. — Der bayerische Staat garantiert S. 137. — Die bayer. Wasserkraftwerke sind an das Kapital verpfändet S. 137. — Der arglose Deutsche trägt immer seine natürlichen Feinde und glaubt ihnen S. 137. — Ungedecktes Staatsgeld in Umlauf zu setzen hat sich der Staat noch nie gescheut S. 138. — Das Notgeldverbot S. 138. — Das zinslose Staatsbaugeld eröffnet ungeheure Perspektiven S. 138.

Die soziale Bau- und Wirtschaftsbank.

Die soziale Baubank ein öffentlich rechtliches Institut S. 139. — Vorgeschichte der sozialen Baubank S. 139. — Der Gesetzentwurf S. 139. — Die Ausführungsbestimmungen S. 141. — Die Wohnungsämter S. 141. — Die Mieten S. 141. — Die Zuschüsse für verlorenen Bauaufwand S. 141. — Das zinslose Baugeld S. 142. — Baugeldscheine sind Schuldscheine S. 142. — Die staatl. Bürgschaft S. 143. — Der Kurswert der Baugeldscheine S. 143. — Die öffentl. rechtliche Stellung der Baubank S. 143. — Der Beirat S. 144. — Der Geschäftsgang S. 144. — Der Kreislauf der Baugeldscheine S. 144. — Bautechnisches S. 146. — Die weitere Bedeutung der Baubank S. 146.

Der Staat ohne Steuern.

Der Steuerdruck S. 147. — Notenpresse S. 147. — Abkehr vom Finanzbolschewismus S. 147. — Ziffernmäßiger Nachweis für den Staat ohne Steuern S. 148. — Staatsbankerott S. 148. — Der bayer. Staatshaushalt 1911 S. 148. — Justizetat S. 148. — Etat für das Kultusministerium S. 149. — Etat für das Finanzministerium S. 149. — Die bayer. direkten und indirekten Steuern S. 149. — Alles für den Zinsendienst S. 150. — Der alte Staat hat viel Mustergiltiges geleistet S. 150. — Die Finanzverwaltung wandelte auf falschen Bahnen S. 150. — Die Abhängigkeit vom Leihkapital S. 150. — Die schonende Behandlung der Kapitalrente S. 150. — Die Kleinrentner sind die Schutzgarde des Großleihkapitals S. 150. — Pension und Rente S 150. — Die Befreiung des Staates von seiner Zinspflicht S. 151. — Die Steuern im nationalsozialist. Staat S. 151. — Die Rangordnung der Steuern S. 152. — Kriegsnotgeld S. 153. — Die „werbenden Staatsbetriebe" S. 153. — Der Hofbräuhausskandal S. 153.

Die finanzpolitische Befreiung des Staates.

Die Abschüttelung der inneren Schulden S. 155. — Das Wehgeschrei der Großfinanz S. 155. — Die Einstellung der Zinszahlung ist die Einstellung jahrzehntelangen Unrechts gegen die arbeitende Bevölkerung S. 155. — Die Entscheidung ist groß S. 156. — Unsere Siegesgewißheit S. 156. — Was sagt das Ausland S. 156. — Strategie und Taktik S. 157. — Auslandskredit und Weltwirtschaft S. 157. — Zwangsmaßregeln S. 158. — An der Aufhebung des inneren Zinsendienstes ist das Ausland uninteressiert S. 159. — Die inländischen Staatsgläubiger haben sich bisher jeden Eingriff gefallen lassen S. 159. — Die Zerstörung des Sparbesitzes der deutschen Nation S. 159. — Die Scheidung der

Digitized by Google

Geister S. 159. — Industrie und Gewerbe hat kein Interesse Zinsen zu bezahlen S. 159. — Die schaffende Arbeit muß die Zinsen für den Anleihedienst erarbeiten S. 160. — Die indirekte Steuer ist sozial ungerecht S. 160. — Die Abschüttelung der internationalen Zinslasten S. 160. — Die treibenden Kräfte S. 161. — Das mammonistische Zeitalter S. 161. — Frankreich, der Scherge der Weltfinanz S. 162. — Deutschland kann sich nur selbst helfen S. 162. — Der passive Widerstand S. 163. — Der aktive Widerstand S. 163. — Verweigerung jeglicher Tributleistung S. 163.

Die Einwendungen.

Die Bayer. Handelskammer S. 165. — Die Entschließung des Linzer Parteitages S. 166. — Der Bayer. Industriellenverband S. 169. — Nationalökonomie S. 170. — Der öffentliche Redestreit des deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft S. 170. — Die 7 Aengste S. 171. — Die Irrlehre Silvio Gesells S. 171. — Das Gesellsche Schwundgeld S. 172. — Hadenfeld S. 173. — Hubricht S. 173. — Grisson S. 173. — Bank- und Börsensachverständige S. 174. — Der Trick der Weltbankiers S. 174. — Die Umwandlung der deutschen Schulden am Kriege in deutsche verzinsliche Schulden S. 174. — Die Völkerbundsanleihe S. 174. — Vanderlips Europäische Notenbank S. 175. — Ernest Cassel S. 175.

Sozialpolitik.

Das Rentenideal S. 176. — Die Kleinrentner, die Schutztruppen des Weltkapitals S. 176. — Die seelische Umstellung S. 177. — Zins ist die Arbeit anderer S. 177. — Die falsche Front S. 177. — Stufen zur Weltherrschaft des Kapitals S. 178. — Verrat an den verführten Hilfstruppen S. 178. — Verrat am Staatsgedanken S. 178. — Verlust von staatlicher Souveränität und Autorität S. 178. — Die Altersrente S. 179. — Die Lösung der sozialen Frage S. 179. — Der risikolose Mensch S. 179. — Die Fürsorge des Vaterlandes keine Utopie sondern Gewißheit S. 180. — Statistische Untersuchungen S. 180. — Staatliche Leibrenten S. 180. — Abstufungen S. 181. — Einziehung der Kriegs- und Revolutionsgewinne S. 181. — Vermögenskataster auf wertgleicher Grundlage S. 181. — Leistung und Gegenleistung, Arbeit und gerechter Lohn S. 184. — Belebung der Bautätigkeit S. 184. — Körperliche Gesundung S. 185.

Kultur-Politik.

Sonstige Reformen.

Die Erfüllung.

Digitized by Google